



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Ökologische Landwirtschaft in der österreichischen EZA
- Strategie(n) und mögliche Beiträge zur Umsetzung des Menschenrechts auf Nahrung

Verfasserin

Julia Jestl

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 307

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Kultur- und Sozialanthropologie

Betreuerin:

Dr. Gabriele Weichart

Ich danke von Herzen:

Dr. Gabriele Weichart

Karin und Felix Jestl

Stefan Jestl

Meinen Großeltern

Den Walachi-Mihalkovits

Esther Winter

Lena Weiderbauer

Jasmin Karnutsch

Camilla Reimitz

Nir Hakim

Suckinim Baenaim

Für Alfred Jestl

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	1
1.1	Kultur- und sozialanthropologischer Bezug	3
1.2	Persönliche Motivation	4
1.3	Ziel der Arbeit.....	5
1.4	Methode	5
1.5	Vorstellen der ExpertInnen	7
1.6	Kapitelübersicht	7
2	Entwicklungszusammenarbeit – Eine Einführung in die Thematik.....	9
2.1	Das Feld der Entwicklungszusammenarbeit, AkteurInnen und Termini.....	9
2.2	Entwicklungsdekaden und Vorstellungen von Entwicklung	12
2.3	Die Anfänge der EZA und ihr historischer Kontext	12
2.3.1	Die erste Entwicklungsdekade – Wachstum als Entwicklung	14
2.3.2	Zweite Dekade - Grundbedürfnisstrategie und eigenständige Entwicklung	16
2.3.3	Dritte Entwicklungsdekade – Strukturanpassungsprogramme und Rückkehr zur Modernisierungstheorie.....	18
2.3.4	Vierte Entwicklungsdekade – Nachhaltige Entwicklung und Armutsorientierung ..	20
2.3.5	Von den Millenium Development Goals und zur Wiederentdeckung der Landwirtschaft.....	21
2.3.6	Überblick.....	23
2.4	The New Green Revolution oder The Real Green Revolution – aktuelle Ansätze der landwirtschaftlichen EZA	24
3	Die österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) – Organisation und Schwerpunkte.....	28
3.1	Grundlagen und Organisation der OEZA	28
3.2	Schwerpunkte der OEZA	32
4	Das Menschenrecht auf Nahrung.....	33
4.1	Das Menschenrecht auf angemessene Nahrung und seine Inhalte	34
4.2	Inhaltliche Aspekte und rechtliche Instrumente	35
4.3	Aufgaben eines Staates durch die Ratifizierung des Rechts auf Nahrung.....	39
4.4	Die Umsetzung des Rechts auf Nahrung als Aufgabe der OEZA	42
4.5	Das Recht auf Nahrung und Ernährungssicherung in der Programmatik der OEZA	46
4.6	Ernährungssicherheit und Ernährungssouveränität	48

4.7	Identifying the hungry?.....	52
4.8	Zusammenfassung - Anforderungen an Instrumente und Strategien der EZA.....	54
5	Ökologische Landwirtschaft in der Entwicklungszusammenarbeit	56
5.1	Ökologische Landwirtschaft – Was ist das?	57
5.2	IFOAM Prinzipien und Standards	61
5.3	Die Multifunktionalität von Landwirtschaft	64
5.4	Ökologische Landwirtschaft als Entwicklungsstrategie in “Entwicklungsländern”?.....	65
5.5	Ökologische Landwirtschaft in sogenannten „Entwicklungsländern“	68
5.6	Zertifizierung, Standards und Exportmarktorientierung von ökologischer Landwirtschaft und ihre Bedeutung für Kleinbäuerinnen und Kleinbauern.....	73
6	Ökologische Landwirtschaft in der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit	78
6.1	Landwirtschaftliche Entwicklung als wichtiger Fokus der OEZA.....	79
6.2	Eckpfeiler der Strategien ökologischer Landwirtschaft im Kontext der Sektorpolitik nachhaltiger ländlicher Entwicklung in der OEZA	83
6.3	Zielgruppen und Zugänglichkeit.....	87
6.4	Förderung bäuerlicher Landwirtschaft.....	90
6.5	Vorrang der Eigenversorgung - kein Ausschluss der Marktorientierung	91
6.6	Partizipation, Einbezug von lokalem Wissen, angepasste Lösungen?	95
7	Ökologische Landwirtschaft und ihr Beitrag für das Recht auf Nahrung.....	99
7.1	Zugang zu produktiven Ressourcen, Erhalt der Lebensgrundlagen, Klimawandel.....	103
7.2	Abhängigkeiten, Selbstbestimmung, Empowerment.....	112
7.3	Gesundheit	122
7.4	Politisches Engagement und Rahmenbedingungen	124
8	Zusammenfassung und Conclusio.....	128
8.1	Zusammenfassende Beantwortungen der Forschungsfragen.....	128
8.2	Conclusio	132
9	Quellenverzeichnis	134
9.1	Monografien, Sammelbände, Artikel und Lexika	134
9.2	Internetressourcen.....	142
9.3	Andere Dokumente	143
9.4	Interviews und Vorträge	143
10	Anhang.....	144
10.1	Abstract.....	144
10.2	Lebenslauf.....	145

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Modellvergleich	27
Abbildung 2: Zertifizierte und nicht-zertifizierte ökologische Landwirtschaft	68

1 EINLEITUNG

Diese Arbeit setzt sich mit ökologischer Landwirtschaft¹ als Strategie landwirtschaftlicher Entwicklung in der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit und seinem Zusammenhang mit dem Menschenrecht auf angemessene Nahrung auseinander.

Entwicklungszusammenarbeit (EZA) ist ein Mittel von vielen, die zur Umsetzung des Rechts auf angemessene Nahrung beitragen sollen. Der Großteil der Literatur widmet sich anderen politischen und wirtschaftlichen Handlungsfeldern, die direkt und/oder indirekt auf das Recht auf Nahrung wirken. Besonders die mangelnde Kohärenz zwischen der Handels- und Entwicklungspolitik Österreichs und der EU wird thematisiert.

Relevanz besitzt die EZA weniger für den theoretischen Diskurs, als für die Bestrebungen der Verwirklichung des Rechts auf Nahrung. EZA und ihre Interventionen haben einen direkten Einfluss auf die lokale Lebenswelt von Menschen in sogenannten „Entwicklungsländern“. Diese Interventionen können Menschen dabei unterstützen, ihr Recht auf Nahrung wahrzunehmen, oder aber dazu beitragen, dass ihnen der physische oder wirtschaftliche Zugang zu den Ressourcen, die sie bräuchten, um sich selbst zu ernähren, verwehrt wird. Viele entwicklungspolitische Maßnahmen und Interventionen in der Vergangenheit haben zu Verletzungen des Rechts auf Nahrung in „Entwicklungsländern“ geführt. Instrumente und Strategien der EZA sind in dahingehend zu hinterfragen, ob und wie sie zur Verwirklichung des Rechts auf Nahrung beitragen können. Die verschiedenen Strategien und Ansätze, welche die Verwirklichung des Rechts auf Nahrung zum Ziel haben sind äußerst widersprüchlich. Sie verfolgen zwar vordergründig dasselbe Ziel, schlagen jedoch unterschiedliche Wege in der Verwirklichung vor. Hinter diesen Strategien und Konzepten stecken verschiedene Interessen, Entwicklungsvorstellungen und Weltansichten. Darum können unterschiedliche Auswirkungen auf die Verwirklichung des Rechts auf Nahrung erwartet werden.

Das Recht auf Nahrung ist ein Querschnittsthema² der EZA. In der Literatur zeigt sich ein verstärkter Fokus auf der ländlichen Entwicklung und besonders der (kleinbäuerlichen) Landwirtschaft. Viele Strategien der landwirtschaftlichen Entwicklung, wie die Grüne Revolution, brachten trotz großer Produktionszuwächse keine Vorteile für Kleinbäuerinnen und –bauern und –bauern und übergingen ressourcenarme, marginalisierte Kleinbäuerinnen und –bauern.

¹ Ökologische Landwirtschaft und biologische Landwirtschaft wird synonym verwendet. Unter landwirtschaftlichen Produkten werden in dieser Arbeit Nahrungsmittel, wie auch Rohstoffe verstanden.

² Als Querschnittsthemen werden Ziele und Bereiche in der EZA bezeichnet, die in allen Tätigkeitsfeldern und Belangen gültig und zu berücksichtigen sind.

Die Sicker- und Verteilungseffekte von Wachstumsstrategien traten selten ein. Darum gilt es, Strategien und Instrumente zu suchen, die besonders von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern genutzt werden können. Verschiedene Konzepte ökologischer Landwirtschaft können gerade für Kleinbäuerinnen und –bauern in marginalen Regionen eine Chance bedeuten, da die ökologischen Landwirtschaftssysteme durch die wirtschaftenden Menschen aktiv an die vorliegenden naturräumlichen, gesellschaftlichen, kulturellen und ökonomischen „Ressourcen“ angepasst werden (können).

By its nature, organic agriculture is an adaptation strategy that can be targeted at improving the livelihoods of rural populations and those parts of societies that are especially vulnerable to the adverse effects of climate change and variability—for example, the rural population in sub-Saharan Africa; and improvements via reduced financial risk, reduced indebtedness, and increased diversity (Muller 2009: 4)

Ökologische Landwirtschaft wird in der EZA unterschiedlich verstanden und eingesetzt. Manchmal wird ökologische Landwirtschaft in einem größeren Kontext von nachhaltigen und traditionellen Landwirtschaftsformen verstanden. Diese Konzepte stehen meist in Verbindung mit dem primären Ziel der Eigenversorgung der Bauern und Bäuerinnen.

Andere Ansätze instrumentalisieren ökologische Landwirtschaft im engeren Sinne einer formalen zertifizierten Produktionsweise. Bei diesen wird oft der Export von landwirtschaftlichen Produkten an nischenspezifische Märkte von „Industrieländern“ ausgerichtet. Sie sollen so einen Einkommenszuwachs für die Produzentinnen und Produzenten bewirken. Zertifizierte und nicht-zertifizierte Formen schließen einander nicht aus und kommen auch als Mischformen vor, jedoch können dabei unterschiedliche Gewichtungen in EZA Strategien festgestellt werden. Die Schwerpunkte auf zertifizierte und nicht-zertifizierte ökologische Landwirtschaft bringen unterschiedliche „Anforderungen“ an die Bäuerinnen und Bauern mit sich und wenden sich an unterschiedliche „Zielgruppen“. Hier besteht ein direkter Zusammenhang mit der Verwirklichung des Rechts auf Nahrung.

In dieser Diplomarbeit werde ich folgende Forschungsfragen beantworten:

- ♣ Welche Strategie(n) verfolgt die OEZA mit dem Instrument der ökologischen Landwirtschaft?
- ♣ Welchen Beitrag kann ökologische Landwirtschaft als Strategie landwirtschaftlicher Entwicklung für die Umsetzung der extraterritorialen Verwirklichungspflichten des Rechts auf Nahrung der OEZA leisten?

1.1 Kultur- und sozialanthropologischer Bezug

Die Verbindung zwischen Kultur und Sozialanthropologie und „Entwicklung“ zieht sich durch die gesamte Geschichte der Disziplin. *„[The] disciplinary relations to development has been both especially difficult and especially central, thanks to anthropology’s historical role as the science of “less developed” people”* (Ferguson 2005: 141). Ferguson unterstellt der Kultur- und Sozialanthropologie durch ihren Fetisch für Authentizität und das Traditionelle auch ein besonderes Interesse für die „Armen“, Marginalisierten und „weniger Entwickelten“. *„In all these cases, too, those who lack „development“ are those who putatively possess such things as authenticity, tradition and culture: all the things that development [...] places in peril”* (Ferguson 2005: 150). In diesem ambivalenten Verhältnis zu Entwicklung haben sich in der Kultur- und Sozialanthropologie seit den 1980er Jahren zwei gegensätzliche Ansätze der Auseinandersetzung mit Entwicklung und Entwicklungszusammenarbeit herausgebildet: *“[...] those who favour an active engagement within development institutions on the behalf of the poor, with the aim of transforming the development practice from within; and those who prescribe a radical critique of; and distinct from the development establishment”* (Escobar 1997: 498). Einerseits setzt sich die angewandte Variante, die Entwicklungsanthropologie, direkt in der Entwicklungszusammenarbeit ein und vermittelt zwischen den AkteurInnen. Es soll die Praxis der Entwicklungszusammenarbeit durch Kritik, Einbezug der lokalen PartnerInnen und aktives Engagement zugunsten der PartnerInnen verändert werden. Dem gegenüber steht die Anthropologie der Entwicklung, die stärker im akademischen Feld verankert ist und sich explizit gegen ein Engagement der Kultur- und Sozialanthropologie in der Entwicklungszusammenarbeit ausspricht. Der Fokus liegt für diesen Ansatz auf

institutionellen Strukturen, Machtverhältnissen und die in Interventionen der EZA vertretenen und transportierten Entwicklungsvorstellungen, Werte und Normen zu hinterfragen. Diese zwei Strömungen üben heftige Kritik aneinander. Zentral an dem Vorwurf des anwendungsorientierten Ansatzes ist, dass das Bedürfnis nach Entwicklung nicht in Frage gestellt wird und dass die Entwicklungsethnologie selbst Teil des Problems ist. „*The anthropology of development makes visible the silent violence in the development discourse; development anthropologists, in the eyes of these critics, are not absolved from this violence*” (Escobar 1997:505). Auf der anderen Seite wird die akademische Anthropologie der Entwicklung dafür kritisiert, verantwortungslos abgehoben von den praktischen Problemen der „realen“ Menschen zu sein und keine Lösungsansätze zu bieten (vgl. Ferguson 2005: 148). Grundsätzlich könnten diese Herangehensweisen als komplementär gesehen und zur Verbesserung der EZA verbunden werden. „*Anthropology can contribute to more positive forms of development thought and practice, both by working **in** development and also by providing critical account **of** development*”(Gardner und Lewis 1996: 25).

1.2 Persönliche Motivation

2009 nahm ich an einem *Erasmus Intensive Program* zu *Organic agriculture- innovation for a sustainable agriculture, food safety and public health* an der Mendel Universität in Brunn teil. Dort beschäftigte ich mich im Zuge einer Seminararbeit zum ersten Mal mit ökologischer Landwirtschaft und Ernährungssicherung. Gastvortragende und Studierende von verschiedenen europäischen Universitäten zeigten eine tendenziell starke Skepsis gegenüber ökologischer Landwirtschaft in „Entwicklungsländern“ und sahen ökologische Landwirtschaft wenn nicht als „Entwicklungshindernis“, dann primär als Chance auf Nischenmärkte und Premium-Preise. Das verwunderte und erschreckte mich gleichermaßen und bewegte mich dazu, mich mehr mit ökologischer Landwirtschaft in „Entwicklungsländern“ und dem Konzept der Ernährungssouveränität zu beschäftigen. Dazu besuchte ich auch einige Lehrveranstaltungen an der Universität für Bodenkultur Wien. Was für mich aber oft unbeantwortet blieb, war die Frage, wie ökologische Landwirtschaft in der Entwicklungszusammenarbeit eingesetzt werden kann und in der Entwicklungsdebatte, wie Praxis und Theorie der Entwicklungspolitik konzeptualisiert wird.

Neben Lehrveranstaltung auf der Universität für Bodenkultur, die meine Perspektive auf ökologische Landwirtschaft geprägt haben, nahm ich auch an verschiedenen anderen Veranstaltungen, die sich mit dem Recht auf Nahrung und Ernährungssouveränität beschäftigten, teil.

1.3 Ziel der Arbeit

Ziel der Arbeit ist es, die Position der OEZA zur ökologischen Landwirtschaft und die strategische Instrumentalisierung von ökologischer Landwirtschaft der OEZA zu beschreiben. In der Literatur wird ökologische Landwirtschaft immer öfter als Strategie zur Ernährungssicherung, zur Armutsminderung und als neue landwirtschaftliche Entwicklungsstrategie genannt. Welche Implikationen das für die Planung der EZA mit sich bringt und wie sich diese Strategien in konkreten Entwicklungsorganisationen ausgestalten, wird dabei nicht besprochen. Bestimmte Konzepte und Strategien werden in der EZA je nach Kontexten unterschiedlich verstanden und unterschiedlich eingesetzt. Das gilt auch für ökologische Landwirtschaft, was bisher aber kaum behandelt und untersucht wird. Hier sehe ich eine Lücke, bei der ich mit meiner Arbeit ansetzen möchte. Diese Arbeit soll einen Beitrag zum Verständnis der ökologischen Förderpraxis in der öffentlichen EZA leisten. Um die Strategie der ökologischen Landwirtschaft in der OEZA zu konkretisieren, möchte ich mich zusätzlich auf mögliche Beiträge der OEZA durch den Einsatz ökologischer Landwirtschaft zur Verwirklichung des Rechts auf Nahrung als Orientierungspunkte beziehen.

The conflicting literature [...] shows that there remains a research gap in understanding the human benefits (or otherwise) of conversion to organics, and it is likely that different contexts and the focus of the organics initiative in question will have different consequences for human development and food security (Beban 2009: 34f.)

Beban geht davon aus, dass unterschiedliche Fokussetzungen und Kontexte von Initiativen ökologischer Landwirtschaft unterschiedliche Konsequenzen für menschliche Entwicklung und Ernährungssicherung haben. Die Herangehensweise dieser Arbeit orientiert sich an der Perspektive der EZA-ForscherInnen Schicho und Nöst: „Das Verständnis der Vorgänge in der EZA setzt nicht nur die Vertrautheit mit den Akteuren, Produkten und Umsätzen voraus, sondern auch ein Wissen über das Spiel mit Konzepten und die Kenntnis der verwendeten Strategien“ (Schicho und Nöst 2008: 44).

1.4 Methode

Methodisch basiert die Arbeit vor allem auf einer Literaturrecherche zum Recht auf Nahrung in der Entwicklungszusammenarbeit und ökologische Landwirtschaft in „Entwicklungsländern“. Da viele Studien zu ökologischer Landwirtschaft nur im Internet zugänglich sind, war die Internetrecherche ein wichtiger Teil meiner Arbeit. Landwirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit ist ein interdisziplinäres Feld, aus diesem

Grund ist auch die herangezogene Literatur interdisziplinär. Die Literatur dient als Grundlage für die Analyse von veröffentlichten und unveröffentlichten strategischen Dokumenten der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Zur Bearbeitung der Strategiepapiere der OEZA wurden Kategorien aus der Synthese der Literatur über das Recht auf Nahrung und ökologischer Landwirtschaft in der EZA gebildet und angewendet. Im Zentrum steht das Dokument *Organic Agriculture –An approach for reducing poverty and safeguarding the environment -Thematic paper of the Austrian Development Co-operation* (2007)³ das bisher unveröffentlicht ist. Andere wichtige Quellen sind die Dokumente der *Sektorpolitik Ländliche Entwicklung* (2003) und das Fokuspapier *Ernährungssicherheit - International vereinbartes Ziel und Menschenrecht*, die öffentlich zugänglich sind. Um die Umsetzung und die Operationalisierung in der Praxis der OEZA kann es nur bedingt gehen, da diese im jeweiligen Projekt oder Programmkontext zu erheben sind und auch Projekt- und Programmdateien der OEZA in sehr geringem Ausmaß vorhanden (und erhältlich) sind. Als weitere Quelle dienen die aufgezeichneten wissenschaftlichen Vorträge von Uwe Höring zum Thema *Eine andere Landwirtschaft ist möglich* bei der Tagung *Gesellschaftliche Naturverhältnisse und Ernährungssouveränität* am 15. April 2010 in Wien, wie ein Vortrag von Michael Hauser über *Ökologische Landwirtschaft und Ernährungssouveränität* bei den Aktionstagen *Die Zeit ist reif für Ernährungssouveränität* am 9. Juni 2011 an der Universität für Bodenkultur sollen in die Arbeit einfließen. Diese wurden transkribiert und wie ExpertInneninterviews behandelt.

Um einen gewissen Bezug zur Praxis herstellen zu können, wurden ExpertInneninterviews ergänzend zu den Dokumenten durchgeführt. Meuser und Nagel schlagen dafür offene Leitfadeninterviews vor (vgl. Meuser und Nagel 2009:51f.). Im Zeitraum von Dezember 2011 bis zum Februar 2012 wurden die Interviews in den Büros der InterviewpartnerInnen in Wien geführt. Die interviewten ExpertInnen setzten sich aus Personen zusammen, die im weiteren Sinn im Feld der OEZA tätig sind. Diese ExpertInneninterviews sollen neben der genaueren Erklärung der Strategien der OEZA besonders für die Darstellung der Verbindung des Rechts auf Nahrung und ökologischer Landwirtschaft herangezogen werden. Dazu wird die spezifische Auswertungsmethode für ExpertInneninterviews nach Meuser und Nagel (2009) angewandt. In der Analyse sollen vergleichbare thematische Einheiten herausgearbeitet werden. Dabei werden die Interviews transkribiert, paraphrasiert, kodiert und schließlich in thematisch vergleichbare Kategorien verdichtet und textnahen Überschriften zugeordnet. Die

³Dieses wurde von Manfred Schnitzer, Sektion VII des Außenministeriums (BMeiA) und Waltraut Rabitsch der Austrian Development Agency (ADA) verfasst.

daraus resultierenden Themen werden danach mit der Literatur und den anderen Quellen verknüpft und kontextualisiert (vgl. ebd. 2009: 56f.).

1.5 Vorstellen der ExpertInnen

Die interviewten ExpertInnen arbeiten alle in der OEZA oder Organisationen, die mit der OEZA kooperieren. Darüberhinaus sind sie alle Mitglieder der Task Force zu Recht auf Nahrung in Wien.

- Waltraut Rabitsch ist Kultur- und Sozialanthropologin. Seit 2005 betreut sie die Bereiche ländliche Entwicklung, Dezentralisierung und Armutsminderung bei der Austrian Development Agency (ADA), zuvor arbeitete sie schon als Konsultantin für das Außenministerium in diesen Bereichen.
- Michael Hauser ist Agrarökologe und Leiter des Center for Development Research (CDR) an der Universität für Bodenkultur Wien. Das CDR ist bei einigen Projekten Kooperationspartner der OEZA. Michael Hauser beschäftigt sich in den Bereichen Partizipative Forschung und Entwicklung; Livelihood Analysen; Innovation und Wandel, Armutsminderung, Afrika, Asien, Ökologische Landwirtschaft in Entwicklungsländern, Landwirtschaftliche Beratung, Ernährungssicherung und Entwicklungszusammenarbeit.
- Manfred Schnitzer ist Kultur- und Sozialanthropologe und Volkswirt. Er war bis 2003 Referatsleiter für ländliche und gewerbliche Entwicklung und ist seither Referatsleiter für Planungs- und Programmangelegenheiten betreffend Afrika der Sektion VII des Außenministeriums (BMeiA).
- Petra Koppensteiner studierte Lateinamerikastudien an der Universität Wien und ist im Bereich Nachhaltiges Ressourcenmanagement bei der NGO Horizont 3000 in Wien beschäftigt. Horizont 3000 ist die Organisation, die den größten Anteil des Projektfinanzierungsbudgets der ADA bekommt.

1.6 Kapitelübersicht

Die vorliegende Arbeit gliedert sich in sechs Kapitel.

Einführend soll im ersten Kapitel das Feld der EZA umrissen und der Wechsel von Leitgedanken und Themen in der EZA gezeigt werden. Die Entwicklungsdebatte soll anhand der Entwicklungsdekaden veranschaulicht werden. Außerdem soll in aller Kürze ein Überblick über die zwei Strömungen der landwirtschaftlichen Lösungsansätze der heutigen und künftigen „Welternährungsproblematik“ gegeben werden. Im zweiten Teil des ersten Kapitels stehen die Grundsätze und Ziele, die Struktur, sowie inhaltliche und regionale Schwerpunkte der OEZA im Vordergrund.

Im dritten Kapitel werde ich das Recht auf Nahrung als eine Aufgabe der OEZA erklären. Dabei sind vor allem die extraterritorialen Staatenpflichten durch das Recht auf Nahrung als Teil der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte wichtig. Die Konzepte der Ernährungssicherheit und Ernährungssouveränität stehen eng mit dem Recht auf Nahrung in Verbindung und werden daher überblicksmäßig aufgezeigt. Außerdem soll geklärt werden, welche Anforderungen an landwirtschaftliche Instrumente und Strategien der EZA für die Verwirklichung des Rechts auf Nahrung gestellt werden.

Konzepte der ökologischen Landwirtschaft bilden den Schwerpunkt des vierten Kapitels. Es soll ein Überblick über die Position von ökologischer Landwirtschaft innerhalb der internationalen Entwicklungsdebatte werden. Es werden unterschiedliche Ausformungen der Praxis der Förderung von ökologischer Landwirtschaft in „Entwicklungsländern“ gezeigt. Da innerhalb der Entwicklungsdebatte die Förderung zertifizierter ökologischer Landwirtschaft und damit einhergehend die Integration in globale Märkte immer stärker verfolgt wird, wird auch auf die Auswirkungen dieser Tendenzen auf Kleinbäuerinnen und Kleinbauern und die Rahmenbedingungen für die Umsetzung von EZA Interventionen eingegangen.

Im fünften Kapitel geht es um die Strategie, mit welcher die OEZA ökologische Landwirtschaft einsetzen möchte. Die Bedeutung und Konzeptualisierung von ökologischer Landwirtschaft in der OEZA soll anhand der Geschichte und Motivation der OEZA für den Einsatz von ökologischer Landwirtschaft gezeigt werden. Die Form der geförderten ökologischen Landwirtschaft, die Zielgruppen, die strategische Orientierung im Hinblick auf Partizipation und Einbezug von lokalem Wissen und in den Bereichen marktwirtschaftlicher Ausrichtung und Eigenversorgung sollen ebenfalls als Eckpunkte der Strategie der OEZA besprochen werden.

Im sechsten Kapitel werden die möglichen Beiträge der OEZA durch ökologische Landwirtschaft als ländliche Entwicklungsstrategie zur Verwirklichung des Rechts auf

Nahrung basierend auf Themen der ExpertInneninterviews dargestellt. Die Perspektiven der ExpertInnen aus dem Umfeld der OEZA werden mit aktuellen Studien zu ökologischer Landwirtschaft in „Entwicklungsländern“ ergänzt. Dabei wird der Schwerpunkt auf den Zugang und den Erhalt zu Produktionsressourcen, sowie die Auswirkungen der Produktionsweisen auf Abhängigkeitsverhältnisse und Autonomie der Bauern und Bäuerinnen gelegt.

Abschließend werden im letzten Kapitel die Fragestellungen zusammenfassend beantwortet und eine abschließende Conclusio formuliert.

2 ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT – EINE EINFÜHRUNG IN DIE THEMATIK

In diesem Kapitel soll auf das Feld der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) eingegangen werden. Zunächst wird abgeklärt, was unter Entwicklungszusammenarbeit zu verstehen ist und welche AkteurInnen das Netzwerk der EZA prägen. Danach werde ich auf die Entwicklungsdebatte⁴ eingehen und zeigen, dass dessen zentrale Vorstellungen und Strategien eng mit der Praxis der EZA korrelieren. Nach einer Zusammenfassung der Entwicklungsdekaden und ihrer landwirtschaftlichen Aspekte wird ein Überblick über die zwei zentralen aktuellen Tendenzen von landwirtschaftlicher Entwicklung, welche die aktuelle EZA dominieren, gegeben.

2.1 Das Feld der Entwicklungszusammenarbeit, AkteurInnen und Termini

Im Folgenden möchte ich auf das Feld der Entwicklungszusammenarbeit im Allgemeinen, sowie auf dessen AkteurInnen und Termini eingehen. Zu Beginn möchte ich allerdings noch kurz auf den Terminus „Entwicklung“ per se eingehen. Entwicklung als Begriff geht immer von bestimmten Werten und Vorstellungen in einem spezifischen räumlichen und zeitlichen Kontext aus, ist somit immer wertend, normativ und auch wandelbar (vgl. Nohlen 2002: 227f.). Die Verwendung des Begriffs „Entwicklung“ kam schon zu Zeiten der Missionierung und des Imperialismus als Rechtfertigungsrhetorik auf. Viele AutorInnen setzen daher die Wurzeln des Entwicklungsbegriffs in der Kolonialzeit an und ziehen daher auch Verbindungen zur Entwicklungshilfe bzw. EZA. Es kann grundsätzlich festgestellt werden, dass der Großteil der Kriterien, die heute noch „Entwicklung“ bzw. „Unterentwicklung“

⁴ Unter Entwicklungsdebatte verstehe ich diverse Debatten zu Entwicklungstheorien, -strategien sowie praktische Auseinandersetzungen zum Thema „Entwicklung“.

definieren, modernisierungstheoretisch⁵ geprägt und problematisch sind, weil diese eine Mängelliste bilden, die an „unserer“ westlichen Entwicklung orientiert sind (vgl. Fischer et al. 2006: 27). Nach wie vor gelten eine hohe Agrar- und niedrige Industrialisierungsquote als wichtige Faktoren, um den Status eines Landes als „unterentwickelt“ zu bestimmen (vgl. Fischer et al. 2006: 26).

Die Entwicklungszusammenarbeit ist ein heterogenes Netzwerk mit verschiedenen AkteurInnen (Institutionen, Organisationen, Personen und Personengruppen verschiedener Ebenen). Diese vertreten unterschiedliche, meist ihren eigenen Bedürfnissen angepasste, Interessen. Allen AkteurInnen gemein ist allerdings, *dass sie [...] die Voraussetzung für die Präsenz der „Geber“ in den „Empfängerländern“ und deren Interventionen* (de Abreu Fialho Gomes 2008: 12) liefern. Dadurch entsteht eine Dominanzbeziehung zwischen „Geber“ und „Empfänger“, die stetig reproduziert wird, indem auch wirtschaftspolitische Positionen und Maßnahmen, sowie Strategien, Programme und Projekte in erster Linie von EntwicklungsexpertInnen der „Geberländer“ gestaltet werden. Dabei wird die Vielfalt und die Mehrdimensionalität der gegenseitigen Wechselwirkungen und Beziehungen zwischen „Geber“ und „Empfänger“ vernachlässigt (vgl. de Abreu Fialho Gomes 2003: 14f.). Ein weiterer Ausdruck des Machtgefälles innerhalb der EZA ist die homogene Beschreibung der Zielgruppe, die meist eine Passivität dieser Personen impliziert. Außerdem werden unter dem Herausgreifen eines gemeinsamen Merkmals (z.B.: Menschen aus Entwicklungsländern) komplexe Realitäten unter einem Label vereinfacht. Dadurch kommt es auch zur Vereinheitlichung von Bedürfnissen (vgl. Gardner und Lewis 1999: 105f.).

Den Rahmen von „Entwicklung“ beschreibt die Entwicklungspolitik.

Unter [Entwicklungspolitik] ist die Summe aller Mittel und Maßnahmen zu verstehen, die von [Industrieländern] und [Entwicklungsländern] eingesetzt und ergriffen werden, um die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in [Entwicklungsländern] zu fördern, d.h., die [Lebensbedingungen] der Bevölkerung in den [Entwicklungsländern] zu verbessern (Nohlen 2002: 235).

Als „Werkzeug“ der Entwicklungspolitik galt lange Zeit die „Entwicklungshilfe“, die stark von den Bedürfnissen der Geberländer geprägt war. In den 1990er Jahren löste der Begriff „Entwicklungszusammenarbeit“ den der „Entwicklungshilfe“ ab, um die Überwindung der Hierarchie zwischen „Geberländern“ und „Empfängerländern“ zu verdeutlichen und die angestrebte partnerschaftliche Kooperation zwischen gleichberechtigten Partnern aufzuzeigen.

⁵ „Entwicklungsländer“ sollen den „Industrieländern“ gleich gemacht werden

Das Standardwerk *Lexikon Dritte Welt* von Dieter Nohlen (2002: 226) definiert EZA als „[...] dem Empfängerland zusätzliche Ressourcen zu Verfügung zu stellen, d.h. Ressourcen, die über jene hinausgehen, die es selbst beschaffen kann, sei es im eigenen Lande, sei es durch kommerzielle [außenwirtschaftliche] Transaktionen“.

Weitere Begriffe, die die Entwicklungsdebatte prägen sind: „Dritte Welt“, „unterentwickelte Länder“, „Entwicklungsländer“ und auch „Länder des Südens“. Diese stehen in Opposition zu den Begriffen „Erste (und zweite) Welt“, „entwickelte Länder“, „Industriestaaten“ oder auch „Länder des Norden“ und sind Ausdruck ungleicher Machtverhältnisse (vgl. Englert et al. 2006: 13f.). Außerdem untergraben diese die Heterogenität der darin verallgemeinerten Länder und die Diversität der Problemlagen (vgl. Nohlen und Nuscheler 1993: 14; Englert et al. 2006:13). Durch die unterschiedliche Vereinnahmung von Begriffen und Symbolen ergibt sich, dass die zentralen Begriffe der EZA nicht „die eine“ Bedeutung haben, „sondern nach Kontexten, Zielen und Akteuren wechselnde Gebrauchsbedeutungen“ (Schicho und Nöst 2008: 46) verstanden werden. Neben der geografischen Unzulänglichkeit der Bezeichnungen setzt das aktuell gebräuchliche Begriffspaar „Nord – Süd“ diese Hierarchien fort und wird auch der Komplexität der Dominanz- und Abhängigkeitsverhältnisse nicht gerecht (vgl. Englert 2006: 13 f.; Gruber 2001). Da m.E. keiner der angesprochenen Begrifflichkeiten eine zufriedenstellende Option bietet, werde ich in dieser Arbeit von so genannten „Entwicklungsländern“ und „Industrieländern“ sprechen, diese aber immer unter Anführungsstriche setzen. Das soll die Problematik dieser Begriffe aufzeigen, der ich mir durchaus bewusst bin, und auch auffordern, die dahinter liegenden Hierarchien, Abhängigkeiten und Bewertungen mitzudenken. Das soll die Problematik dieser Begriffe, der ich mir durchaus bewusst bin, aufzeigen und auch auffordern, die dahinter liegenden Hierarchien, Abhängigkeiten und Bewertungen mitzudenken.

Auch wenn nach außen hin internationale Solidarität das Bild der EZA prägt, ist sie ein Bereich der nationalen und internationalen Ökonomie. Wirtschaftliche Konzepte beherrschen daher die Entwicklungsdebatte und Praxis der EZA (vgl. Schicho und Nöst 2008: 45). Als integraler Teil der Wirtschafts- und Sicherheitspolitik eines Staates lässt sich Entwicklungspolitik und EZA des Weiteren auch nicht von seinen eigenen Interessen trennen (vgl. Nuscheler 2005: 77). Auch in dem für diese Arbeit relevanten Bereich der „Ernährungssicherung“ zeigt sich, dass Maßnahmen oft in Verbindung mit Eigeninteressen gesetzt wurden, was der Wirksamkeit für die eigentliche Zielgruppe nicht gerade entgegenkam.

2.2 Entwicklungsdekaden und Vorstellungen von Entwicklung

In vielen Ideen und Handlungen innerhalb der heutigen EZA zeigen sich Relikte oder direkte Bezüge zu überkommen geglaubten Konzepten und Vorstellungen aus der Geschichte der EZA. Manche dieser gescheiterten Strömungen und Begriffe besitzen bis heute ihre Aktualität innerhalb der Entwicklungsdebatte oder wirken immer noch indirekt mit. Darum soll im folgenden Abschnitt auf die verschiedenen Entwicklungsdekaden eingegangen und die jeweils prägenden Begriffe und Ideen dargestellt werden. Ein besonderer Schwerpunkt dabei gilt dem Bereich der ländlichen Entwicklung bzw. der Landwirtschaft.

Franz Nuscheler (2005), Dieter Nohlen (2007), sowie Ulrich Menzel (2007) teilen die wesentlichen Prozesse im „*Entwicklungsdenken*“ (Menzel 2007a), der Konzeption von Entwicklung in Wissenschaft und Politik und ihrer Umsetzung in der EZA in Dekaden ein. Ich möchte neben den Dekadenstrategien der UNO aber auch auf andere dekadenspezifische Konzepte und Begriffe eingehen sowie einen Überblick über deren Auswirkungen auf die Stellung der Landwirtschaft und ländliche Entwicklung in der Entwicklungsdebatte geben (vgl. Nuscheler 2005: 77-78). Die Dekaden gehen von Tendenzen im Mainstream aus, die auch mit konkurrierenden Paradigmen konfrontiert wurden, die immer wieder den Mainstream beeinflussten und nicht selten später selbst zu Leitgedanken wurden (vgl. Menzel 2007a). Menzel benennt weltpolitische Umbrüche und Krisensituationen, die entwicklungstheoretische und akademische Debatten, sowie die Erfolge und Missschläge der EZA und Entwicklungspolitik als wesentliche Faktoren für den kontinuierlichen Wandel der Leitideen und Konzepte. Dieser rasche Wechsel von Konzepten und Inhalten erleichtert es den mächtigen AkteurInnen, das vorhandene kritische Potential oppositioneller Ansätze zu schwächen, indem sie oppositionelle Argumente und Konzepte übernehmen, ohne deshalb auf ihre eigenen Ziele zu verzichten (Schicho und Nöst 2008: 45).

2.3 Die Anfänge der EZA und ihr historischer Kontext

Die Anfänge der Entwicklungszusammenarbeit liegen in der Nachkriegszeit des Zweiten Weltkriegs. Jene Zeit wird von Menzel (2007a) als *Formations- und Pionierphase* bezeichnet. Besonders prägend zeigt sich hier die Entstehung der Entwicklungshilfe als zunächst „Nebenprodukt“ des Kalten Krieges (vgl. Nuscheler 2005: 78). Als offizieller Startschuss für die Entwicklungspolitik und auch EZA gilt meist die Antrittsrede des US-amerikanischen Präsidenten Harry S. Truman 1949 (vgl. Fischer et al. 2007: 15 und Gruber 2001). Truman postulierte in dieser, dass die wissenschaftlichen und technischen Fortschritte der USA zum

Wohl der als „unterentwickelt“ bezeichneten Länder eingesetzt und auch den entkolonialisierten Weltregionen zugänglich gemacht werden. Dabei wurde gleich unterstrichen, dass die Armut nicht nur eine Gefahr für die davon betroffenen Länder, sondern auch der westlichen Industriestaaten bedeuten sollte. Um Armut zu überwinden und Entwicklung zu erreichen, „[...] sollten „unsere“ Technologie sowie „unser“ Demokratiemodell übernommen werden“ – die armen Menschen in den „unterentwickelten“ Ländern sollten so werden wie die Menschen im „Westen“[...]“ (Fischer et al. 2007: 16). In seiner Ansprache unterteilte er auch die Menschen und Länder in jene, für die Unterstützung angebracht, und jene, die nicht unterstützenswürdig waren – damit waren Länder, die zum Kommunismus tendierten oder damit sympathisierten gemeint. Dahinter steht eine der großen Motivationsgrundlagen der Anfangsphase und der darauf folgenden Jahrzehnte der Entwicklungsarbeit.

In den Worten Trumans zeichnete sich die Idee der „nachholenden Entwicklung“ ab. Um den Prozess des Nacheiferns und eine Steigerung der Produktivität in den ehemaligen Kolonien voran zu treiben „wurden neue Wirtschaftsdisziplinen (Entwicklungsökonomie und -soziologie), neue Instrumentarien (Entwicklungshilfe) und ein neuer Politikbereich geschaffen – die „Entwicklungspolitik““ (Fischer et al. 2007: 14). Es wurde die Industrialisierung der ehemaligen Kolonien angestrebt. Diese baute stark auf dem Import von Know-How (Wissen) und Technik auf.

Schon früh kam aber auch Kritik an den post-kolonialen Entwicklungstheorien auf. Entgegen der Vorgabe der Ziele dieser nachholenden Industrialisierung waren so genannte „Entwicklungsländer“ weiterhin nur als Lieferanten mineralischer und agrarischer Rohstoffe gefragt. Schon 1950 machte Raul Prebisch darauf aufmerksam, dass die langfristigen Preisentwicklungen in den internationalen Austauschrelationen, die *terms of trade*, zwischen Primärgütern und Industriegütern weit auseinander klaffen. Daher lassen sich langfristig keine positiven wirtschaftlichen „Entwicklungstendenzen“ und Gewinne durch den Export von Rohstoffen und Primärgütern verzeichnen (vgl. Fischer et al. 2007: 34-35; Menzel 2007a; Pilgram 2002). Die westlichen Industrieländer erschlossen sich neue Absatzmärkte für ihre Exportgüter, während so genannte „Entwicklungsländer“ durch ihre Rohstoff- und Agrarexporte weiter ausgenutzt wurden.

Klaus Pilgram (2002) charakterisiert die Auffassung des Agrarsektors in dieser Zeit als der Bereitsteller von Arbeitskräften für die Industrialisierung (vgl. Pilgram 2002).

Interessant ist ebenfalls, dass die Polarisierung der industriellen Landwirtschaft und dem traditionellen Subsistenzsektor in „Entwicklungsländern“ auf die Kolonialzeit und den Einbezug in ein kapitalistisches Weltsystem zurückgeht (vgl. Menzel 2007a; Gardner 1999: 55f.). In diesem Dualismus wird der Subsistenzsektor, wie auch traditionelle und bäuerliche Landwirtschaft als ein wesentliches Entwicklungshindernis gesehen.

2.3.1 Die erste Entwicklungsdekade – Wachstum als Entwicklung

Nach der Entkolonialisierung verschob sich die Zusammensetzung der Vereinten Nationen stark. Der Großteil der Mitgliedstaaten kam jetzt aus dem Süden, das bewirkte, dass Entwicklungspolitik in den Mittelpunkt ihrer kommenden Aktivitäten gestellt wurde.

1960 riefen die Vereinten Nationen die erste von vier Entwicklungsdekaden mit hochgesteckten quantifizierbaren Zielen und Dekadentragetiken aus (vgl. Nuscheler 2005:78). Die aus den theoretischen Einsichten der neuen Gesellschaftstheorie resultierten Maßnahmen wurden Entwicklungshilfe und -politik genannt.

Die Diskussionen und Maßnahmen dieser Zeit waren, wie sich schon in den Jahren davor, dem entwicklungstheoretischen Paradigma der Modernisierungstheorie verpflichtet. Der Aufbau einer Marktwirtschaft und Einbindung in den Welthandel (*Trade not Aid*) waren bedeutende Ziele. Die lokalen Eliten waren wichtige Kooperationspartner, die mit finanzieller oder unternehmerischer Hilfe von Außen die Modernisierung und das Wachstum einleiten sollten. Es wurden angenommen, dass die ungleiche Hilfe später als Wohlstand in die peripheren Regionen durchsickern und nach und nach von selbst zur Umverteilung führen würd.

Entwicklung wurde mit Wirtschaftswachstum, insbesondere Industrialisierung gleichgesetzt. Die anfängliche, aus Effektivitätsgründen nötige Konzentration der Ressourcen auf einen modernen industriellen Kern würde später zu Ausbreitungs- und Durchsickerungseffekten („trickle down“) in den traditionellen und ländlichen Raum führen (Gruber 2001: 243).

Aus Ermangelung unternehmerischer Schichten als Träger des Prozesses der Industrialisierung wurden der Staat und oft auch das Militär unumgänglicher Partner des Industrialisierungsprozess. Manch autoritäre Systeme und Militärdiktaturen wurden für die staatlichen Rahmenbedingungen des Entwicklungsprozesses herangezogen - „[...] zumal

autoritäre Systeme und Militärdiktaturen als die besten Garanten gegen eine kommunistische Machtübernahme gelten“ (vgl. Nuscheler 2005: 78).

Der bedeutendste Ansatz für ModernisierungstheoretikerInnen war das Stufenmodell von Walt W. Rostow, das besagte, dass sich traditionelle Gesellschaften über drei Zwischenschritte in das „Stadium des Massenkonsums“ „weiterentwickeln“. Diese Theorie eines einheitlichen Entwicklungsprozesses aller Gesellschaften der natürlich mit der komplexesten Phase, die der westlichen industrialisierten modernen Gesellschaft gleich ist, gekrönt ist, lässt neoevolutionistische Züge erkennen. Der traditionelle Subsistenzsektor wird als ein wesentliches Entwicklungshemmnis bewertet. Die Modernisierung des Landwirtschaftlichen Sektors soll mit der Grünen Revolution eingeleitet werden, bei der durch den Einsatz von verbessertem Saatgut die Produktivität gesteigert werden soll (vgl. Menzel 2007a).

Ein weiteres Merkmal der Dekade ist die importsubstituierende Industrialisierung, die durch Protektionismus die eigene Entwicklung sichern will.

Auf der Suche nach den Ursachen von „Unterentwicklung“ sind die 1960er Jahre aber vor allem endogene – kulturelle und mentale - Faktoren herangezogen. Daher sollten „[...] durch gezielte „Hilfe“ der interne Wandel in den traditionellen Gesellschaften gefördert werden“ (Gruber 2001). „*Ökonomischer Stillstand war aus dieser Sicht selbstverschuldet und beruhte immer auf einem Zuwenig: an Motivation, an Bildung, an Rationalität, an Demokratie, an Kapital*“ (Fischer et al. 2007: 35).

Der ganze Fokus dabei liegt auf dem Aufbau des modernen industriellen Sektors, dem eine Geringschätzung der Landwirtschaft gegenübersteht (Fischer et al. 2007:35-36). Das wird sowohl von Modernisierungs- wie Dependenztheorie geteilt. Trotz der Geringschätzung sollte auch die Produktion des Agrarsektors gesteigert werden, worauf die Grüne Revolution abzielte. Durch Technologie, Hybridsaatgut, chemische Dünger und Spritzmittel, sowie Monokulturen - kurz Industrialisierung der Landwirtschaft sollte sich die Produktivität der Landwirtschaft erhöhen.

The translation to cash-cropping, mechanisation and the growing importance of wage labour had a range of social effects, not least of which was increasing polarisation and the proletarianisation of the rural poor. It seemed that the „Green Revolution“ and other modernisation strategies were unlikely, at least in foreseeable future to diminish poverty. (Gardner und Lewis 1999: 54-55).

Die Produktionssysteme waren vor allem dazu da, um *cash crops*⁶ zu produzieren. Ein modernes universelles Landwirtschaftsmodell wurde propagiert. Diese Investitionen kamen vor allem Großbauern entgegen (vgl. Menzel 2007a). Strukturelle Maßnahmen wie Agrarreformen wurden nicht angedacht.

2.3.2 Zweite Dekade - Grundbedürfnisstrategie und eigenständige Entwicklung

Die kritische Bilanz der ersten Dekadenstrategie führte zu neuen Ansätzen, von denen besonders die Grundbedürfnisorientierung, die Forderung nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung (NWO) und die Thematisierung der Abhängigkeitsverhältnisse postkolonialer Gesellschaften von einem unfairen Weltmarkt zu nennen sind.

In der zweiten Entwicklungsdekade zeigen sich erste Zweifel, dass wirtschaftliches Wachstum von selbst zu Entwicklung und verbesserten Lebensstandards führt (vgl. Gruber 2001 und Garder und Lewis 1999:7). Die Diskussionsebene der Entwicklungszusammenarbeit verlagerte sich auf die Systemebene (vgl. Gruber 2001). Es kommen Forderungen nach strukturellen Veränderungen der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf.

Angeführt von der Gruppe der 77, einem Zusammenschluss blockfreier „Entwicklungsstaaten“, wurde die Forderung nach einer gerechteren neuen Weltwirtschaftsordnung, die vor allem eine externe Umverteilung einleiten sollte, propagiert. Faire weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen wurden gefordert (vgl. Menzel 2007b und Nuscheler 2005: 78). Als Gegenreaktion setzte Weltbank Präsident Mc Namara ebenfalls auf Umverteilung, aber auf eine Umverteilung von Innen. Um das zu erreichen, wurden auf stärkere Armutsorientierung, Arbeitsbeschaffung, Grundbedürfnisstrategie, sowie angepasste Technologien gesetzt. Im Sektor der Landwirtschaft wurden Agrarreformen gefordert (vgl. Menzel 2007b).

Die Weltbank, die immer eine Vordenkerrolle in der Entwicklungsdiskussion und Planung hatte, rief den Kampf gegen die Armut aus. Neben wirtschaftlichen Faktoren rückten auch soziale Aspekte auf die Entwicklungsagenda, was zur Grundbedürfnisstrategie führte. Darauf stimmten sich auch die verschiedenen UN Organisationen ein. Das Ziel des Massenkonsums wich dem Vorhaben der Sicherstellung der Befriedigung materieller wie immaterieller Grundbedürfnisse (vgl. Nuscheler 2005: 78-79 und Fischer et al. 2007: 38). Wachstum bleibt

⁶. Zum Verkauf bestimmte Sorten. Im Unterschied zu *food crops* die für den Eigenkonsum angebaut werden.

weiterhin oberstes Ziel, wird aber um Umverteilung ergänzt. Die Grundbedürfnisstrategie erfährt neben breiter Akzeptanz Vorwürfe, dass Bedürfnisse nicht nur von außen definiert, sondern auch vereinfacht und vereinheitlicht werden. Außerdem soll festgehalten werden, dass sich Entwicklungshilfe armutsorientiert, aber kaum gegen existierende politische Strukturen wendet (vgl. Gardner und Lewis 1999: 104).

Neben wirtschaftlichen und politischen Misereen wurde das kapitalistische Weltsystem auch immer stärker theoretisch in Frage gestellt. Ende der 60er Jahre hatten sich schon theoretische Strömungen etabliert, die unter Rückgriff auf klassische Imperialismustheorien strukturelle Faktoren und besonders exogene Faktoren als Ursachen von „Unterentwicklung“ postulieren. Der einflussreichste Ansatz war jener der Dependenztheorien, die die Nachwirkungen der Kolonialisierung und unfairen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen aufgrund asymmetrischer Einbindung in den Weltmarkt thematisierten (vgl. Fischer et al. 2006: 36 und Menzel 2007b).

1972 wies der Club of Rome auf die ökologischen „Grenzen des Wachstums“ hin und brachte so eine neue Dimension in die Entwicklungsdebatte ein. Damit startete der Impuls zum Konzept des nachhaltigen Wachstums, dem aber bald wieder neoliberale Strömungen entgegen gesetzt werden sollten (vgl. Menzel 2007b).

Allerdings galt es weiter, die Grüne Revolution in unveränderter Weise zu verfolgen. Industrialisierung und Exportproduktion stehen weiter in der Landwirtschaft im Vordergrund. Damit verbunden waren ein sehr intensiver Einsatz und Abhängigkeit von externen Betriebsmitteln. In Asien konnten große Ertragszuwächse verzeichnet werden, was aber an der sozialen Situation in den betroffenen Regionen wenig änderte, weil der Großteil der Bevölkerung von der Teilhabe daran ausgeschlossen war. In Sub-Sahara Afrika zeigte sich die Grüne Revolution aber bald als nicht nur sozial, sondern auch ertragsmäßig fehlgeschlagen.

Die Planer glaubten, die Agrarwirtschaften der Dritten Welt durch eine Art technischen Umbau der >modernen< Landwirtschaft der in den USA angleichen zu können, sie ignorierten dabei aber nicht nur die Wünsche und Hoffnungen der Menschen, sondern sie übersahen die Einbindung der einzelnen Landwirtschaftsformen in der Dritten Welt in den jeweiligen kulturellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gesamtzusammenhang. Aus ihrer Verwaltung des Lebens wurde ein Szenarium des Sterbens, durch die Steigerung der Nahrungsmittelerzeugung verschlimmerte sich, in grotesker Verkehrung der Zwecke, die Unterernährung – der Hunger in Afrika zeigte sich besonders drastisch (Escobar 1993: 290).

2.3.3 Dritte Entwicklungsdekade – Strukturanpassungsprogramme und Rückkehr zur Modernisierungstheorie

Prägend in dieser dritten Dekade waren besonders die Zuspitzung des Kalten Krieges und die Verschärfung der Schuldenkrise in den „Entwicklungsländern“. Das schwächte gemeinsam mit internen Konflikten die Bewegungen des Südens sehr (vgl. Gruber 2001:10).

Die antikapitalistischen Strömungen verschwanden Anfang der 80er Jahre wieder aus der Entwicklungsdebatte, die Forderung nach einer Neuen Weltordnung verstummten, bzw. wurden ruhig gestellt. Entwicklungspolitik wurde zur politischen Auflagenpolitik, die die Vergabe von Geldern verstärkt an die Einhaltung von konkreten Auflagen band.

Von der Weltbank und dem Washington-Konsensus wurde die Rückkehr zum neoliberalen Paradigma und der Wachstumsdoktrin propagiert. *„Statt grundbedürfnisorientierter Projekthilfe geht es seitdem unter den Stichworten Strukturanpassung, Deregulierung und Privatisierung um die Änderung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf Kosten der Armen“* (Menzel 2007b). Unter dem Druck ihrer hohen Schulden mussten viele Länder den von IWF und Weltbank geforderten Strukturanpassungsprogrammen nachkommen.

Das bedeutete massiver Abbau des Sozialstaates, verstärkte Exportorientierung, komplette Zurücknahme aller staatlichen Interventionen. Diese einschneidenden Maßnahmen haben gravierende Veränderungen in der gesellschaftlichen Ordnung zur Folge (vgl. Gruber 2001; Fischer et al. 2007: 39).

Zusätzlich wurde die soziale Dimension von Entwicklung vollkommen außer Acht gelassen, was zählte, war Wiederherstellung der Kreditwürdigkeit, die internationale Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität für Investitionen aus dem Ausland.

Wieder wurden in den leitenden Entwicklungsvorstellungen Menschen hinter wirtschaftliches Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit gestellt, auch wenn die vergangenen Jahrzehnte zeigten, welche gravierenden Auswirkungen das auf die Lebensverhältnisse in vielen „Entwicklungsländern“ hatte.

Die Verschuldungskrise verstärkte die soziale Krise. Das gesamte Jahrzehnt stand im Schatten der Verschuldungskrise.

Während die Zahlungsverpflichtungen der Schuldnerstaaten seit dem >>Zinsschock<< 1982 rasch anstiegen, fielen gleichzeitig die Preise für die meisten Rohstoffe, die gerade für die ärmsten Entwicklungsländer noch immer die wichtigste Devisenquelle bilden. Die Rohstoffländer versuchten, die sinkenden Preise durch höhere Exportmengen auszugleichen – mit der Folge, dass das Überangebot aus den Rohstoffmärkten zusätzlich auf die Preise drückte. (Nuscheler 2005: 81).

Der massive Druck der Verschuldungskrise resultierte auch im Raubbau der biologischen Ressourcen und Unternehmungen mit schweren ökologischen Folgen (zB. Import von Giftmüll) (vgl. Nuscheler 2005: 81).

Gegensätzlich zum neoliberalen Vormarsch stand die Fortsetzung der Diskussion um die Grenzen des Wachstums, welche eine ungehemmtes Wachstum, egal ob mit Industrie- oder sozialem Umverteilungsfokus, grundsätzlich anzweifelte (vgl. Menzel 2007b).

Die ökologische Dimension fand verstärkt Eingang in die Entwicklungsdebatte. Das zeigt sich auch im Bereich der konkurrierenden Ansätze nachhaltiger Landwirtschaft und biotechnologischer Lösungsansätze. Die Vorstellung einer Wachstumsbegrenzung wird im Süden aber als Versuch, die bestehenden Verhältnisse aufrecht zu erhalten, abgelehnt (vgl. Menzel 2007b.)

Die Strukturanpassung brachte das Ende aller Ansätze ländlicher Entwicklung (vgl. Pilgram 2005: 3). Der aufgezwungene Exportfokus hatte besonders im Landwirtschaftssektor starke Auswirkungen, da viele „Entwicklungsländer“ vom Export von Primärgütern und Rohstoffen abhängig sind. Es zeigte sich allerdings schon in den Jahren zuvor, dass der internationale Handel mit Primärgütern nicht zuletzt aufgrund der ungleichen *terms of trade* und des Protektionismus im Norden keine gute Devisenquelle war, meist benachteiligend und risikoreich ausfiel. Besonders gravierend war auch die aus der Strukturanpassung resultierende Vernachlässigung der eigenen Nahrungsmittelversorgung. Die Strukturanpassungsmaßnahmen hatten auf die Agrarproduktion gravierende Auswirkungen. Für landwirtschaftliche Entwicklung gab es keine Förderungen. Die Produktion verschob sich stärker von *Food Crops* zu *Cash Crops*. Kleinbäuerliche Produzenten bekamen keinerlei Anreize (vgl. Pilgram 2005: 3).

Besonders war an dieser Dekade ebenfalls, dass sich verschiedene Frauenorganisationen vernetzten und mit EntwicklungsexpertInnen frauenspezifische Themen in die Entwicklungsdebatte einbrachten. Hervorzuheben ist die Organisation DAWN (Development Alternatives for Women for a New Era), die erstmals die Machtfrage in

Entwicklungsnetzwerken ansprechen und mit der Forderung nach Selbstbestimmung das *empowerment*-Konzept aufbrachten(vgl. Maral- Hanak 2007: 182f.).

2.3.4 Vierte Entwicklungsdekade – Nachhaltige Entwicklung und Armutsorientierung

Mit der Beendigung des Ost-West Konflikts und dem Kurs des Neoliberalismus wurde Entwicklung zum Problem des jeweiligen Landes (vgl. Fischer et al. 2006). Manche sprachen euphorisch von neuen Chancen. Tatsächlich folgten, u.a. wegen der Situation und der destabilisierenden Politik der Vorjahre, „[...] weltweit viele neue Konflikte, Kriege und Bürgerkriege, Verletzung von Menschenrechten, Staatszerfall, Flüchtlingselend und Genozid“ (Menzel 2007c). Entwicklungspolitik wurde immer mehr auch zur Sicherheitspolitik. Auch wenn die Entwicklungspolitik nicht alleine für diese Jahrzehnte der Gewalt verantwortlich gemacht werden kann, war sie auf jeden Fall mit Schuld (vgl. Schicho 2006: 117)

Das Ende der großen Theorien wurde bekundet und einige EntwicklungstheoretikerInnen stellen Entwicklung generell als westlichen „Fortschrittsmythos“ in Frage (Fischer et al. 2006: 41) Es kam zu einer Krise der Entwicklungstheorien, da bisher keine Theorie alleine die Ursachen von „Unterentwicklung“ erklären konnte. Genau darin sehen Vertreter der postmodernen Perspektive das Scheitern der einheitlichen Entwicklungstheorien. Postmoderne Strömungen forderten die Betonung von Diversität, des Primats der lokalen Praxis und Erfahrung und der kolonialen Wurzeln des Entwicklungsdiskurses, sowie eine Ablehnung aller Versuche von Generalisierungen (vgl. Gardner und Lewis 1999: 22). Einige entwicklungstheoretische Konzepte versuchten aber auch, soziale und politische Reformorientierung mit den weltwirtschaftlichen Bedingungen zu vereinbaren und einen Mittelweg zu gehen..

Das Scheitern der Neoliberalismus und der Strukturanpassung machte sich ökonomisch und auch mit massiven sozialen negativen Auswirkungen bemerkbar. Weltbank und IWF reagierten bereits Ende der 1980er Jahre mit Kurskorrekturen und stellten Armutsreduzierung wieder in den rhetorischen Vordergrund ihrer programmatischen Ziele (vgl. Menzel 2007c). Das Ende der Strukturanpassungsprogramme und neoliberalen Politik bedeutet das aber nicht. Die Menschenrechte hielten Einzug in die Entwicklungsdebatte, besonders in Form von Konditionalitäten. Neue ordnungspolitische Konzepte strichen jetzt die Notwendigkeit der sozial- und umweltpolitischen Ergänzung der Wirtschaftspolitik hervor (vgl. Nuscheler 2005: 84; Fischer et al. 2007: 40).

Das Leitbild der nachholenden Entwicklung wurde in der vierten Entwicklungsdekade vom dem Schlagwort der nachhaltigen Entwicklung abgelöst. Damit sollen ökologische Grundsätze zentrale Bestandteile des Entwicklungsprozesses werden. Außerdem kam das Konzept der menschlichen Entwicklung auf, das die bisherige rein wirtschaftliche Ebene in der Debatte um wirtschaftliche Entwicklungsindikatoren erweitert, das zeigte sich auch an der Einführung des Human Development Index der UNO (vgl. Gruber 2001).

1996 wurde beim World Food Summit, dem Welternährungsgipfel in Rom die Ernährungssicherung (v.a. in Subsahara-Afrika) in den Mittelpunkt des „Kriegs gegen die Armut“ gestellt und das Recht auf angemessene Nahrung proklamiert (vgl. Nuscheler 2005: 86). Von vielen EntwicklungsexpertInnen wurde auf den Zusammenhang von Ernährungssicherheit und der Entwicklung ländlicher Räume aufmerksam gemacht (vgl. Pilgram 2002: 4). Der Stellenwert der Landwirtschaft und ländlichen Entwicklung änderte sich in der Gebergemeinschaft dadurch für die nächsten Jahre kaum. Aufgrund der Fehlschläge in der Entwicklung der ländlichen Räume bekamen nun Länder größere Aufmerksamkeit, die eine Diskriminierung und Vernachlässigung des landwirtschaftlichen Sektors vermeiden konnten. Diesen Ländern war es gelungen, durch eine agrargestützte Entwicklungspolitik andere Sektoren zu entwickeln, wie etwa in Taiwan, Indonesien und auch China. Die Strategien dieser Länder hatten Gemeinsamkeiten: Neben dem Aufbau einer ländlichen Infrastruktur förderten sie vor allem Familienbetriebe und Technologien, die besonders Kleinbauern und KleinbäuerInnen nutzten (vgl. Pilgram 2002: 3).

2.3.5 Von den Millenium Development Goals und zur Wiederentdeckung der Landwirtschaft

Nach den ernüchternden Jahrzehnten wurde von den Vereinten Nationen keine fünfte Entwicklungsdekade mehr ausgerufen (vgl. Nohlen 2002: 229).

Der 11. September 2001 brachte Entwicklungspolitik und Sicherheitspolitik wieder enger zusammen und vermischte sie. Menzel (2007c) vergleicht die entwicklungspolitische und geopolitische Interessenvermischung zur Zeit des Ost-West-Konflikts Ende der 1950er Jahre.

Die im Jahrzehnt der Entwicklungskonferenzen beschlossenen Kernforderungen und die DAC-Strategie von 1996 wurden gemeinsam zu den Millenium Entwicklungszielen (MDGs) zusammengefasst. Diese umfassen 8 Kernziele, die bis 2015 umzusetzen sind. Die MDGs dominieren seither die Entwicklungsprogramme und die Entwicklungsrhetorik (Nuscheler

2005: 575f.). Als besonders negativ bemängelt Nuscheler, dass ökologische Nachhaltigkeit sehr unterrepräsentiert sei, was besonders im Hinblick auf das Zusammenwirken von ökologischer Nachhaltigkeit und den verwundbarsten (ländlichen) Armutsgruppen bedenklich ist (vgl. Nuscheler 2005: 577f.).

Das siebte Millenniums Entwicklungsziel unterbelichtet diese Herausforderung an die Politik des Armutsbekämpfung, die auch die Wechselwirkung zwischen Armut und Umwelt und die besondere Verwundbarkeit von Armutsgruppen durch Umweltkrisen [auch Klimawandel] beachten (Nuscheler 2005: 577)

Die Forderungen umfassen:

1. Extreme Armut und Hunger beseitigen, 2. Grundschulausbildung für alle Kinder gewährleisten, 3. Gleichstellung und größeren Einfluss der Frauen fördern 4. Kindersterblichkeit senken, 5. Gesundheit der Mütter verbessern, 6. HIV/Aids, Malaria und andere Krankheiten bekämpfen, 7. Nachhaltige Umwelt gewährleisten, 8. Globale Partnerschaft im Dienst der Entwicklung schaffen (UNO 2011).

An der Spitze der hierarchischen MDG stehen Hunger und Armut – somit sind auch Landwirtschaft, ländliche Entwicklung und Ernährungssicherheit wieder verstärkt im Blickfeld. Die Formulierung des Ziels zeigt auch einen Zusammenhang von Armut und Hunger auf. Zu Beginn des letzten Jahrzehnts stellte Pilgrim fest, dass die Trennung von Ernährungssicherung und ländlicher Entwicklung, so auch landwirtschaftliche Entwicklung überwunden werden konnten (vgl. Pilgram 2002: 5).

In der Entwicklungsdebatte wurde die veränderte Aufmerksamkeit für Landwirtschaft, wie die Zusammenhänge mit Ernährungssicherheit besonders mit dem Weltentwicklungsbericht der Weltbank von 2008 unter dem Titel *Agriculture for Development* in den Mainstream gestellt. Darin fordert die Weltbank einen neuen Fokus auf Landwirtschaft (vgl. Weltbank 2008). Anzumerken ist jedoch, dass dabei das Ziel der Einbindung in das *Agribusiness* und gentechnisch verändertes Saatgut eine zentrale Rolle einnehmen. Zusätzlich wird Landwirtschaft nur durch die ökonomische Brille betrachtet, ihre Multifunktionalität, besonders die vielfältigen sozialen und ökologischen Funktionen, kommen zu kurz.

Mit dem sogenannte Weltagrarbericht der International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development (IAASTD) 2008 wurde die wissenschaftliche Grundlage für neue Perspektiven im Mainstream publiziert. Der Bericht fordert im speziellen die Förderung der ökologischen Landwirtschaft und von Kleinbauern und Kleinbäuerinnen. Darüber hinaus werden die grüne Gentechnik, Agrochemie und das

geistige Eigentum von Saatgut (Patente) abgelehnt, was im speziellen mit einem der Sponsoren des Berichts, der Weltbank zu einem Konflikt führte. Die Besonderheit des Weltagrarberichts ist sein Fokus auf Armut im ländlichen Raum, die Einbeziehung von Erfahrungswissen Betroffener sowie das Aufzeigen von Technologien und Institutionen zur Verringerung der Armut (vgl. Beusmann 2008: 345). Bei der Entstehung dieses Berichts waren weltweit 400 WissenschaftlerInnen beteiligt (vgl. IAASTD 2008: 2).

Landwirtschaft bekommt innerhalb der Entwicklungsdebatte und der EZA eine wichtige Stellung. Wie und was dabei anzustreben ist, kann seither, aus der Nachhaltigkeitsdebatte abgeleitet, in zwei starke Strömungen besonders im Hinblick auf Afrika geteilt werden: die Technologie gläubige Alliance for a New Green Revolution in Africa, kurz AGRA und die stärker ökologisch und sozial orientierte Strömung alternativer Landwirtschaftsformen.

2.3.6 Überblick

Von den vergangenen Jahrzehnten der EZA, die hier dargelegt wurden, bleibt vor allem der Eindruck des Scheiterns, in dem auf unterschiedliche und doch oft gleiche Art und Weise versucht wurde, die Lebenssituation von Menschen in „Entwicklungsländern“ zu verbessern. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass EZA und ihre Strategien immer von Vorstellungen von Entwicklung geprägt waren, die normativ, mit Wertvorstellungen aufgeladen sind und diese Werte auch transportieren. Es zeigt sich, dass sich eine Geringschätzung und Vernachlässigung der Landwirtschaft und auch ländlichen Entwicklung durch nahezu alle Jahrzehnte zieht und der Verbindung von ländlichem Raum, Landwirtschaft und Ernährungssicherung erst spät Aufmerksamkeit geschenkt wurde. In der Hierarchie des Zentrum-Peripherie Dualismus wird Landwirtschaft mit Rückständigkeit verbunden.

Die großen Entwicklungstheorien der Modernisierung und der Dependenz, die bis in die 1990er Jahre starken Einfluss hatten und den Entwicklungsapparat entscheidend mitformten, sind beides Wachstumstheorien, die die „moderne“ Industrie weit über den „rückschrittlichen“ Primärsektor stellen. Umgekehrt wurden aber Exporte besonders aus dem Primärsektor auf den Weltmarkt gebracht, auf dem sie aber aufgrund der *terms of trade* und des Protektionismus der „Industrieländer“ kaum Chancen hatten. Die zwei weiteren zentralen Strategien und Konzepte der vergangenen Dekaden, die Grundbedürfnisstrategie und die Strukturanpassungsprogramme können ebenfalls keine positiven Veränderungen bringen.

Wie die Geschichte der EZA Praxis und entwicklungstheoretischen und politischen Debatte zeigt, wiederholen sich die Ansätze immer wieder und verändern sich nur marginal und oberflächlich, die Grundtendenzen blieben immer von den hegemonialen Interessen und Diskursen geprägt. Kritische Stimmen wurden in diese Grundtendenzen aufgenommen, was aber nur oberflächliche kosmetische Korrekturen brachte, die sich oft eher auf der Ebene der Rhetorik abspielten.

Durch die Nachhaltigkeitsdebatte bekommen Landwirtschaft und ländliche Entwicklung größere Aufmerksamkeit, aber zunächst eher mit Umweltproblemen belasteter Problembereich, dessen Produktivität angezweifelt wird, die wachsende Bevölkerung ernähren zu können und nicht als Chance für die ländliche Bevölkerung und Potential für selbstbestimmte Entwicklung. Erst in der Dekade der MDGs kommt es zu einer Neubewertung von Landwirtschaft in der Entwicklungsdebatte.

2.4 The New Green Revolution oder The Real Green Revolution – aktuelle Ansätze der landwirtschaftlichen EZA

Die Debatte über die Ausrichtung ländlicher Entwicklung und Hungerbekämpfung ist neu entbrannt. Unvereinbar scheinen die Positionen der Verfechter eines technologie- und marktorientierten Ansatzes und jene, die lokale Gegebenheiten und strukturelle Aspekte beachten (Herre 2008: 200).

Mit dem Aufkommen des Leitthemas der Nachhaltigkeit innerhalb der Entwicklungsdebatte haben sich über die Jahre zwei große Strömungen herausgebildet, wie die Landwirtschaft der Zukunft aussehen soll, mit der unter den sich verändernden demographischen, klimatischen, ökologischen Bedingungen und der Knappheit von Wasser und fossiler Energie globale Ernährungssicherheit zu schaffen sei. Vereinfacht lassen sich Vertreter, die von ökologischen Kreisläufen und sozialer Nachhaltigkeit geleiteten Landwirtschaftsformen und die Strömung der biotechnologischen Lösung mit dem Einsatz von gentechnisch verändertem Saatgut und neuen Agrochemikalien, die die Produktion in sogenannten „Entwicklungsländern“ fördern möchte, unterscheiden. Umweltzerstörung und Ressourcendegradierung soll mit einer Optimierung der Technik und nicht der Veränderung der Wirtschaftsweisen begegnet werden. Der Agrarwissenschaftler Pieter Pietrowicz (2010) bezeichnet die erste Richtung als die „ökologischen Optimisten“ und die zweite als „neuen Modernisten“. Diese Gruppen unterscheiden nicht nur die propagierten Produktionsmethoden, sondern auch ihr Verständnis globaler ökologischer und sozialer Problemlagen, den einbezogenen Dimensionen von Ernährungsunsicherheit, und dem Verständnis von „Nord-Süd-Beziehungen“. Die

ökologischen Optimisten stehen vor einer weitaus aufwändigeren und komplexeren Arbeit, da sie nicht von einer universalen globalen Patentlösung ausgehen. Produktionssysteme müssen von den Bauern und Bäuerinnen selbst auf lokalen Ressourcen aufbauend mit Unterstützung von Beratungsdiensten entwickelt werden. Es geht nicht nur um Erträge, sondern um weitreichendere Lösungsansätze. Das Landwirtschaftsmodell ist hier auch Teil eines größeren Konzepts. Von den neuen Modernisten werden „Industrieländer“ als „Miternährer“ der „Entwicklungsländer“ betrachtet. Nachhaltige Lösungsansätze betonen dabei eher das Eigenpotential und die Autonomie von „Entwicklungsländern“ und Bauern und Bäuerinnen (vgl. Pietrowicz 1998: 68 f.). Während die neuen Modernisten, wie der Name andeutet, im Entwicklungsdenken der Modernisierungs- und Wachstumstheorie zu orten sind, schlagen die ökologischen Optimisten Wege ein, die mit alternativen Entwicklungsmodellen bezeichnet werden können.

Diese zwei Richtungen zeigen sich auch besonders an den Lösungsansätzen der Ernährungsunsicherheit in Subsahara-Afrika. Das Thema Ernährungsunsicherheit wird häufig am Beispiel Subsahara-Afrika besprochen. Damit hängt oft die Hoffnung auf das große noch schlummernde landwirtschaftliche Potential und andererseits die Schärfe und weite Verbreitung von Ernährungsunsicherheit in Afrika südlich der Sahara zusammen. Des Weiteren findet sich dort eine verhältnismäßig große Anzahl kleinbäuerlicher Betriebe (vgl. Höring 2010). Auch die Mehrzahl der Kooperationsländer der OEZA liegen in Subsahara-Afrika. Die OEZA hat darüber hinaus einen besonderen Schwerpunkt ihrer Aktionen für ländliche Entwicklung und ökologische Landwirtschaft in Subsahara-Afrika.

Seit den späten 1990er Jahren ist die Entwicklungsdebatte in Afrika vom Leitkonzept einer „Neuen Grünen Revolution für Afrika“ bestimmt. Von den UNO initiiert, wird diese heute von vermögenden privaten Wohltätigkeitsstiftungen, vor allem der Rockefeller Stiftung finanziert und von der Weltbank und transnationalen Agrarunternehmen unterstützt (vgl. Buntzel 2008: 9). Die „neue“ Grüne Revolution für Afrika folgt im Wesentlichen der gleichen Formel, die man auf Asien angewendet hat:

ein Technologiepaket für die Landwirtschaft unter der Einbeziehung externer Inputs, massiver Agrarinfrastruktur und modernen Saatguts. Allerdings wurde das Rezept um genetisch verändertes Saatgut ergänzt, um auf die Folgen für die Umwelt zu reagieren, die von der alten Formel verursacht wurden (ebd 2008: 10).

Eine grobe Gegenüberstellung von organischen nachhaltigen Produktionsweisen und dem Modell nach dem Vorbild der Neuen Grünen Revolution im Kontext von bäuerlicher

Landwirtschaft soll einen Überblick über die vorwiegend Ressourcen orientierten Vor- und Nachteile für Kleinbäuerinnen und Kleinbauern der zwei Strömungen zeigen. Ich richte mich in dieser Gegenüberstellung nach der Kosten-Nutzen-Analyse des deutschen Politikwissenschaftlers Uwe Höring (2010):

	Modell der neuen Grünen Revolution	Organische Landwirtschaftsformen
Dünger	Industriedünger abhängig von fossilen Rohstoffen	Selbst hergestellter Dünger aus lokalen und betriebseigenen Ressourcen, besonders „Abfall“ (Kreislaufwirtschaft)
Saatgut	Teures gentechnisch verändertes Hohertragssaatgut, das nicht selbst reproduziert werden kann oder darf, patentgeschützt, Monokulturen	Traditionelles Saatgut, das auf weniger Wasserbedarf basiert, Saatgut kann selbst nachgebaut und getauscht werden. [Saatgut kann trotzdem zugekauft werden], große Vielfalt des Saatguts, Mischkulturen
Bewässerung	Industrielle Bewässerungssysteme, Infrastruktur und Kosten intensiv, hoher Wasserbedarf	Standortgerechtes Saatgut mit geringerem Wasserbedarf, nicht infrastrukturell aufwändige Bewässerung (z.B. Regenwassersammlung)
Produktionssteigerung	Geringerer Bedarf an menschlicher Arbeitskraft, Maschinen, hohe Produktionskosten, Ressourcenintensiv, exportorientiert, hohe	Hoher Bedarf an menschlicher Arbeitskraft (Beschäftigungsmöglichkeiten), niedrige Produktionskosten, selbstversorgungsorientiert, geringere Abhängigkeit vom Markt

	Abhängigkeit vom Markt- und Preisschwankungen	und von Preisschwankungen, Umweltschutz
--	---	---

Abbildung 1: Modellvergleich
Quelle: Eigene Darstellung

Nach dieser Darstellung ist das Modell der neuen Grünen Revolution eine wesentlich teurere Produktionsweise, deren Produktion hauptsächlich auf externen industriellen Produktionsmitteln aufbaut und davon abhängig ist. Es handelt sich dabei um ein „Technologiepaket“, das nur mit der Gesamtheit der vorausgesetzten Komponenten funktioniert. Organische Landwirtschaftsformen sind wesentlich flexibler, weniger von teuren externen Betriebsmitteln abhängig, bedürfen aber einer größeren menschlichen Arbeitskraft, Kreativität und Wissen. Besonders wichtig ist jedoch das Saatgut. Wenige Hohertragssorten müssen immer zugekauft werden, und dieses Saatgut kann nicht selbst hergestellt werden. Demgegenüber steht die Möglichkeit der ökologischen Produktionsweisen, verschiedenste Sorten von Saatgut selbst zu produzieren, weiterzugeben und an sich verändernde Umstände angepasst einzusetzen. Organische Landwirtschaftsformen sind weniger an eine bestimmte Infrastruktur angewiesen als industrielle Modelle. Vernachlässigt wird von Hüring jedoch die wichtige Ressource Boden und Bodendegradierung, sie findet nur im Umweltschutz Erwähnung. Daher möchte ich noch ergänzen, dass sich die Auswirkungen auf den Erhalt der Bodenressourcen und besonders der Bodenfruchtbarkeit erheblich unterscheiden. Für nachhaltige Systeme ist der Boden als die basale Grundlage der Produktion ein zentrales Element der Produktionsweise, das gepflegt werden muss. Der Erhalt der Bodenfruchtbarkeit spielt bei den intensiven Modellen mit industriellem Dünger und anderen chemischen Produktionsmitteln kaum eine Rolle, da diese die Bodenfruchtbarkeit ersetzen (die Pflanzen können auch auf Styropor wachsen), zusätzlich auslaugen und nachhaltig den Boden zerstören (vgl. Pietrowicz 1998: 69f.). Anzumerken ist noch, dass hier die Multifunktionalität (die soziale und kulturelle Dimension) von Landwirtschaft noch keine Beachtung gefunden hat und wesentliche Effekte der Landwirtschaftsformen für Bauern und Bäuerinnen noch nicht erwähnt sind. Das wird erst in späteren Kapiteln ergänzt.

3 DIE ÖSTERREICHISCHEN ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (OEZA) – ORGANISATION UND SCHWERPUNKTE

Nachdem das Feld der EZA abgesteckt und die wesentlichsten Entwicklungsstrategien und –konzepte in der Entwicklungsdebatte besprochen wurden, sollen nun die Grundsätze, Organisation, Ziele und Schwerpunkte der öffentlichen österreichischen Entwicklungszusammenarbeit vorgestellt werden. Dabei sind vor allem die *Austrian Development Agency* (ADA) und die Sektion VII des Außenministeriums (BMeiA) zentral.

3.1 Grundlagen und Organisation der OEZA

Für den gestaltbaren Teil der OEZA sind im Wesentlichen das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMeiA), genauer die Sektion VII, und die Austrian Development Agency (ADA) zuständig.

Seit 1973 gibt es in Österreich ein Entwicklungszusammenarbeitsgesetz, das die wesentlichen Grundzüge der OEZA festlegt. Dieses beginnt mit der Selbstverpflichtung, dass „[d]er Bund Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen seiner internationalen Entwicklungspolitik zu leisten [hat]“ (§ 1.(1) EZA-Gesetz). 2002 wurde das Entwicklungszusammenarbeitsgesetz anstelle des bis dahin geltenden Entwicklungshilfegesetzes wirksam, besonders mit dem Hintergrund der Einrichtung der österreichischen Entwicklungsagentur - Austrian Development Agency (ADA) – einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Im darauf folgenden Jahr wurde es einer Novellierung unterzogen, in der die MDGs und der internationale entwicklungspolitische Rahmen einbezogen wurden.

Im EZA-Gesetz werden die Ziele, welche die österreichische Entwicklungspolitik zu verfolgen hat, festgehalten (§ 1(3) EZA-Gesetz):

- 1. die Bekämpfung der Armut in den Entwicklungsländern durch Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, welche zu einem Prozess des nachhaltigen Wirtschaftens und des wirtschaftlichen Wachstums, verbunden mit strukturellem, institutionellem und sozialem Wandel führen soll,*
- 2. die Sicherung des Friedens und der menschlichen Sicherheit, insbesondere durch die Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und guter Regierungsführung, sowie*
- 3. die Erhaltung der Umwelt und den Schutz natürlicher Ressourcen als Basis für eine nachhaltige Entwicklung.*

Die grundlegenden Prinzipien, welche den Maßnahmen der OEZA zugrunde liegen müssen, werden im EZA-Gesetz ebenfalls beschrieben (§ 1(4) EZA-Gesetz):

- 1. die Zielsetzungen der Regierungen und der betroffenen Bevölkerung in den Entwicklungsländern in Bezug auf Geschwindigkeit und Form des Entwicklungsprozesses, sowie deren Recht auf Wahl des eigenen Entwicklungsweges,*
- 2. die Integration der Maßnahmen in das soziale Umfeld unter besonderer Beachtung kultureller Aspekte und die Verwendung angepasster Technologie*
- 3. die Gleichstellung zwischen Frauen und Männern sowie*
- 4. in sinnvoller Weise die Bedürfnisse von Kindern und von Menschen mit Behinderung zu berücksichtigen.*

Die Gesamtheit aller in Österreich erbrachten öffentlichen Leistungen für EZA, die sogenannten *Official Development Assistance* (ODA), wozu auch Leistungen von Ländern und Gemeinden gehören, wird jährlich statistisch erhoben und von der DAC, dem Entwicklungsausschuss der OECD geprüft. Die Mitglieder der DAC beschließen gemeinsam, was als ODA, als offizielle Entwicklungsgelder angerechnet oder „umgewidmet“ werden kann. Dahinter stehen oft Posten, die mit der EZA kaum in Verbindung zu stehen scheinen. Der größte Teil der ODA Leistungen Österreichs fließt vom Finanzministerium in UN- oder EU-Töpfe für Entschuldungsmaßnahmen, auch die aufgewendeten Mittel des Innenministerium für Flüchtlings- und AsylantInnenbetreuung wie auch Studienplatzkosten für Angehörige von „Entwicklungsländern“ können der ODA angerechnet werden (vgl. Mair 2008: 126 und 140f.). Trotzdem liegt die ODA Österreichs seit Jahren bei zirka der Hälfte der zuletzt bei der Millenniumserklärung erneuerten Selbstverpflichtung der 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens an Entwicklungsgeldern.

Bei dem vom BmeiA verwalteten Teil der ODA, der als Programm- oder Projekthilfe bezeichnet werden kann, handelt es sich nach langjährigem Durchschnitt lediglich um zirka ein Fünftel (18-20%) der bei der DAC als ODA gemeldeten Leistungen. Das bedeutet, dass der Umfang der Mittel, die von Österreich tatsächlich für die EZA aufgewendet werden, noch weitaus geringer ist, als das zunächst die auch zu geringe ODA erkennen lässt. Die vom BmeiA verwalteten Mittel können in zwei Bereiche geteilt werden. Erstens jene die eingesetzt werden können, um Programme oder Projekte, die zwischen einem Partnerland oder einer multilateralen Organisation und Österreich vereinbart werden, zu unterstützen. Andererseits die Pflichtbeiträge an die EU oder an die internationalen Finanzinstitutionen, die keine Vereinbarungen hinsichtlich ihrer Verwendung zulassen (vgl. Mair 2008: 207f.). Hier merkt

auch Manfred Schnitzer an, dass die Sicherstellung und Förderung von Ökologischer Landwirtschaft mit Mitteln der österreichischen ODA ausschließlich auf die gestaltbare EZA beschränkt ist. Die Pflichtabgaben an EU, UN oder internationale Finanzinstitute können auch für konventionelle, biotechnologische und industrielle Landwirtschaftsmethoden verwendet werden. Insofern ist Österreich bei der Förderung der ÖLW in der eigenen Arbeit auch eingeschränkt und kann die Umsetzung seiner Leitlinien nur begrenzt sicherstellen. (vgl. Interview Schnitzer 2011).

Für die Umsetzung und Gestaltung der OEZA sind das strategische BMeiA und die operationalisierende ADA zuständig. Das BMeiA ist für die Planung der strategischen und grundlegenden Ausrichtungen der OEZA zuständig. Die Strategien und Programme sind vom BMeiA in Abstimmung mit dem Finanzministerium im Rahmen der Dreijahresprogramme der österreichischen Entwicklungspolitik festzulegen (vgl. Mair 2008: 125f.). Darüber hinaus werden laufend Landesprogramme und Sektorpolitiken erstellt, die die OEZA mit einer Region oder in einem Themenbereich spezifizieren. Die langfristige Planung soll eine effektive EZA ermöglichen und eine Orientierungsmöglichkeit für alle PartnerInnen darstellen. Zusätzlich werden strategische Leitfäden zur Umsetzung zu ausgewählten Schwerpunktthemen vom BMeiA unter Mithilfe der ADA ausgearbeitet (vgl. OEZA 2012).

Das Dreijahresprogramm ist eines der zentralsten Instrumente der Planung des BMeiA. Darin positioniert sich die OEZA innerhalb der multilateralen Entwicklungspolitik auf Ebene der UN und der EU, sowie auf bilateraler Ebene. Außerdem legt es den inhaltlichen Rahmen für die Umsetzung der Entwicklungsziele durch die ADA fest. Das Dreijahresprogramm ist aber nicht nur Grundlage für die Programmierung der ADA, sondern auch für alle anderen öffentlichen Leistungen der ODA, für deren Kohärenz das BmeiA, laut EZA-Gesetz zuständig ist (vgl. EZA Gesetz §1(5) und §22). Zur Kenntnisnahme ist das Dreijahresprogramm auch der Bundesregierung und dem Nationalrat vorzulegen. (vgl. Mair 2008: 133)

Der Großteil der Programm- und Projekthilfe, auch technische Hilfe genannt, wird von NGOs oder Firmen umgesetzt und entweder ausgeschrieben oder direkt in Form von Kofinanzierungsvorschlägen an die EZA-Verwaltung herangetragen. Eine andere Weise für die Umsetzung der Mittel der technischen Hilfe ist eine direkte Anweisung an ein Partnerland durch das BMeiA und dessen Verwaltung für einen bestimmten Verwendungszweck. Die ADA selbst realisiert keine lokalen Projekte oder entsendet ExpertInnen oder klassische „Entwicklungshelfer“ in Projekte mehr, das wird über andere Institutionen realisiert, wie

durch Horizont 3000. Sehr wohl sendet die OEZA aber Verwaltungspersonen in die Regionalbüros in den Ländern.

Wie bereits erwähnt, ist die ADA für die operativen Aufgaben und die Abwicklung der bilateralen Programme und Projekte zuständig. Die ADA ist somit das Bindeglied zwischen BmeiA und den NGOs und Firmen, die die Projekte umsetzen. Dabei ist die ADA den strategischen und politischen Vorgaben des BMeiA verpflichtet. Die Arbeit der ADA wird im EZA-Gesetz genauer festgelegt:

Aufgabe der ADA ist die Erarbeitung und die Abwicklung von Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit, wobei insbesondere auf deren Wirksamkeit in den Entwicklungsländern zu achten ist. Die ADA führt ihre Aufgaben in Abstimmung mit anderen Einrichtungen, die ebenfalls entwicklungspolitische Maßnahmen setzen, durch (§8 (1) EZA-Gesetz).

Des weiteren gehört dazu die Aufgabe der Vorbereitung von Programmen und Projekten sowie der Abschluss von Verträgen über Maßnahmen im Rahmen der Dreijahresprogramme, wobei besonders auf die nachhaltige soziale, wirtschaftliche und umweltgerechte Entwicklung zu achten ist, unter Nutzung des österreichischen Potentials (sic!), die Mitwirkung an Projekten der multilateralen EZA und die beratende Funktion bei der Erstellung des Dreijahresprogramms. Ebenfalls soll die ADA österreichische ExpertInnen und Entwicklungshelfer bei ihren Einsätzen unterstützen (vgl. EZA- Gesetz § 8).

Es gibt in der ADA vier Abteilungen. Für diese Arbeit ist besonders das gestalterische, entwicklungspolitische Zentrum, die Abteilung Programme und Projekte international relevant. In dieser stehen Landes- und RegionalbetreuerInnen über Regionalbüros direkt mit den Partnerländern der OEZA in Kontakt. Die Büros sind in die Strukturen der diplomatischen Vertretung eingebunden mit dem Zweck, einen direkten Dialog mit allen Partnern vor Ort zu ermöglichen. Die Koordination und Beratungen mit den dafür zuständigen Stellen des Partnerlandes und anderen Geberorganisationen, die Überprüfung der Programme und Projekte, und darüber hinaus auch die Aufbereitung von Information für die Büros in Wien sind Aufgabenbereiche der Regionalbüros. Die Abteilung Programme und Projekte international ist Anlaufstelle österreichischer NGOs und anderer FörderantragstellerInnen (vgl. Mair 2008: 231f. und OEZA Organisation).

Für die kontinuierliche Weiterentwicklung der Bereiche und die Sicherung der Qualität bedarf es einen permanenten Dialogs mit den PartnerInnen, der Abstimmung mit anderen Gebern,

der Evaluierung der eingesetzten Instrumente und der erbrachten Leistungen, die in die nächsten Planungen einfließen sollen (vgl. Mair 2008: 140).

3.2 Schwerpunkte der OEZA

Die Arbeit der OEZA ist aufgrund von Empfehlungen der DAC und der Begrenztheit der bilateralen Mittel Österreichs sehr stark regional und inhaltlich konzentriert. Regional, geographisch konzentriert sich die OEZA auf Schwerpunktregionen, in welchen sich mindestens ein Schwerpunktland mit Koordinationsbüro der OEZA und meist mehrere Kooperationsländer befinden. Thematisch legt sich die OEZA auf Bereiche fest, die gewissen Qualitätsstandards und Kriterien genügen müssen und besonders auch auf den bisherigen Erfahrungen der OEZA aufbauen. (vgl. Mair 2008: 138f.). Die Schwerpunktsetzung der OEZA wird im Dreijahresprogramm festgehalten, allerdings ist diese nicht beliebig veränderbar und nicht zuletzt aus Gründen der Glaubwürdigkeit gegenüber den Partnern zu einer gewissen Kontinuität verpflichtet. Welche Schwerpunktthemen in welchen Ländern zur Anwendung kommen, ist je nach den Anforderungen in den Länderstrategien unterschiedlich postuliert.

„Im Zusammenhang mit der Auswahl eines Schwerpunktsektors (oder Themas) der OEZA werden Relevanz des Sektors für die Entwicklung sowohl des Partnerlandes [...] wie auch hinsichtlich der Ziele und der Prinzipien der OEZA [...], die Übereinstimmung mit dem österreichischen Kooperationspotential [...] sowie die Möglichkeiten, der österreichischen Leistungen in der Kooperation mit den PartnerInnen und anderen Beteiligten zu erbringen, abgefragt“ (ebd. 2008 139f.).

Derzeit ist die Beteiligung der OEZA in Nicaragua, Zentralamerika, Kap Verde, Albanien, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Serbien und Montenegro am Auslaufen. Bestehen bleiben die Zusammenarbeit im Rahmen von Programmen und Projekten in Burkina Faso, Äthiopien, Uganda und Mosambique, Bhutan, Moldau und Kosovo wie in den palästinensischen Gebieten (vgl. OEZA 2010a: 35ff.). Der überwiegende Teil der Kooperationsländer der OEZA liegt in Zukunft in Afrika.

Die inhaltlichen Schwerpunkte der OEZA sind ländliche Entwicklung, Wasser- und Siedlungshygiene, Energie, Governance, Bildung und Wissenschaft, Wirtschaft und Entwicklung, Gender, NGO-Kooperationen, humanitäre Hilfe und entwicklungspolitische Kommunikation und Bildung (vgl. OEZA 2009a). Darüber hinaus betont die OEZA besonders die Synergien zwischen Armutsminderung und Umweltschutz. Umweltschutz ist, wie das Primärziel der Armutsminderung und auch „Gendergerechtigkeit“ ein

Querschnittsthema der OEZA. Als prioritäre Arbeitsfelder an der Schnittstelle zwischen Umwelt und Entwicklung gelten unter anderem nachhaltiges Management der natürlichen Ressourcen, Bekämpfung von Desertifikation, der Erhalt der Biodiversität und Klimaschutz (vgl. OEZA 2009a :8).

Bei dem Primärziel der Armutsminderung wird dem ersten Millenniumsentwicklungsziel der internationalen Gemeinde, der Verpflichtung zur massiven Reduzierung von Hunger und Armut Rechnung getragen. In ihrer Strategieweise zur Armutsminderung stellt die OEZA klar, dass Armut multidimensional verstanden werden muss und das Fundament einer nachhaltigen Armutsreduzierung der Einbezug der Betroffenen selbst ist (vgl. OEZA 2010b: 3). Die OEZA bezieht sich des Weiteren auf klare gesetzliche Vorgaben der österreichischen Entwicklungspolitik und dem EZA-Gesetz.

„Demgemäß soll diese durch nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum verbunden mit einem strukturellen Wandel erreicht werden. Die Förderung demokratischer Strukturen und politischer Institutionen, um eine gute und verantwortungsvolle Regierungsführung in den derzeit häufig schwachen Staatsgebilden zu erreichen, ist dabei zielführend. Unabdingbar ist es aber, eine größere Verteilungsgerechtigkeit sowie mehr Chancengleichheit zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen eines Landes, zwischen Frauen und Männern zu erlangen. Die Betroffenen selbst bestimmen ihren Entwicklungsweg, dabei sind sie zu unterstützen. Deshalb liegt im sogenannten Empowerment große Hoffnung und darf dieses in Strategien der Armutsminderung der OEZA nicht fehlen“ (OEZA 2010b: 3).

Im Dreijahresprogramm 2010-2012 wird angekündigt, dass durch den zur Verfügung stehenden Finanzrahmen Strukturanpassungen der ADA notwendig sind. Kürzungen sollen vordringlich bei der Struktur der ADA und der Budgethilfe erfolgen. Unvermeidliche Kürzungen im programmatischen Bereich sind so zu planen und umzusetzen, dass die Auswirkungen für die Partnerländer möglichst gering gehalten und das bisher mit der OEZA Erreichte möglichst gut abgesichert wird (vgl. OEZA 2010a:10).

4 DAS MENSCHENRECHT AUF NAHRUNG

In diesem Kapitel soll erklärt werden, was das Menschenrecht auf Nahrung ist und welche inhaltlichen Ansprüche es mit sich bringt. Des Weiteren wird sich ein Abschnitt damit beschäftigen, welche Pflichten Staaten durch das Recht auf Nahrung erwachsen. Die inhaltlichen Aspekte des Rechts auf Nahrung und Staatenpflichten stellen ebenfalls spezifische Anforderungen an die Entwicklungszusammenarbeit, an deren strategische Planung sowie an die Konzeption der eingesetzten Strategien und Instrumente. Diesem Bereich wird sich ebenfalls ein Punkt widmen. Außerdem wird dargestellt, welche

Personengruppen tendenziell von Verletzungen des Rechts auf Nahrung vor allem betroffen sind. Das Recht auf Nahrung ist mit den zwei Konzepten Ernährungssicherung und Ernährungssouveränität verbunden, welche überblicksartig aufgezeigt werden.

4.1 Das Menschenrecht auf angemessene Nahrung und seine Inhalte

„*Hunger and Malnutrition are fundamentally questions of justice*“ (Windfuhr 1998: 9).

Das Menschenrecht auf Nahrung findet seine Bedeutung nicht nur in sogenannten „Entwicklungsländern“, Hunger oder Mangelernährung existieren ebenso in sogenannten „Industrieländern“ (vgl. Kent 2005: 4). Das Recht auf Nahrung geht weit über den Bereich der Ernährung hinaus und bezieht sich ebenso auf Aspekte, welche Gesundheit und Gesundheitsdienste sowie politische und soziale Partizipation betreffen. Für die EZA öffnet sich durch den menschenrechtlichen Rahmen über eine politische Dimension hinaus, auch eine andere Selbstwahrnehmung der eigenen Arbeit, weg von einer empfundenen „Wohltätigkeit“ hin zu einer Verpflichtung gegenüber einem Anspruch und Recht der AdressatInnen. Das impliziert auch andere Machtbeziehungen als in der bisherigen EZA und ein anderes Verhältnis zwischen „Gebern“ und „Empfängern“, was sich aber in der aktuellen EZA-Praxis kaum zeigt.⁷

Das Recht auf Nahrung zielt grundsätzlich nicht darauf ab, Menschen „zu ernähren“⁸, sondern viel mehr jedem Menschen die Möglichkeit zu sichern, sich selbst und seine/ihre Familie ernähren und versorgen zu können. Verfügbarkeit von Nahrung (also ausreichendes Vorhandensein) ist dabei nicht genug, es geht um Zugänglichkeit und wie sich diese gestaltet. Das heißt auch, dass jeder Haushalt, jeder Mensch über Mittel verfügen muss, Lebensmittel selbst produzieren zu können oder sich Nahrung mit ausreichender Kaufkraft zu erwerben. In diesem Zusammenhang ist auch Nothilfe von Entwicklungszusammenarbeit scharf zu trennen. In akuten Situationen ist die Bereitstellung von Nahrungsmitteln zielführend und notwendig, jedoch kann die Bereitstellung von Lebensmitteln nicht zur Verwirklichung des Rechts auf Nahrung beitragen, auch wenn es Hilfe in Notsituationen voraussetzt (vgl. Kent 2005: 4). Die von Verletzungen des Rechts auf Nahrung am stärksten betroffenen Gruppen wurden von entwicklungspolitischen Maßnahmen konsequent vernachlässigt, daher sieht Michael Windfuhr „[...] *die Marginalisierung der betroffenen Gruppen [...] besonders [als]*

⁷ Das Recht auf Nahrung beinhaltet außerdem auch das Recht auf Zugang zu sauberem Wasser. Dieses stellt aber einen eigenen weiten Themenbereich dar, der in dieser Arbeit nicht behandelt wird. Weiterführende Informationen unter <http://www.righttowater.info/>

⁸ Damit ist gemeint, ihnen direkt Nahrungsmittel zu Verfügung zu stellen.

eine politische Marginalisierung“ (Windfuhr 2006: 235).

Ursachen von Hunger und Mangelernährung sind sehr vielschichtig und können nicht einfach auf Naturkatastrophen und Kriege zurückgeführt werden. In dieser Arbeit werden besonders Auswirkungen von sozialer, politischer und ökonomischer Exklusion als solche angenommen. Die Betroffenheit von Hunger ist ebenfalls stark verbunden mit der Betroffenheit von Armut.⁹

*[T]he causes of undernourishment and of death from hunger and malnutrition are immensely complex, and they cannot be simply attributed to war or natural catastrophes. They are primarily due to **social injustice**, to **political and economic exclusion** and to **discrimination**. Hundreds of millions of undernourished persons suffer from political and social **exclusion** while their right to food is **violated**.*

(Golay und Özden 2005: 3, Hervorhebung im Original).

Es ist interessant, dass das Recht auf Nahrung individuelle Anrechte für Menschen und Verpflichtungen für Staaten bedingt, die im internationalen und zum Teil auch nationalen Recht festgeschrieben sind. In diesem Sinne ermächtigt das Recht auf Nahrung (theoretisch) unterdrückte Gemeinschaften und Individuen gegenüber Staaten und anderen mächtigen AkteurInnen. Für viele Menschen und Gruppen ist das Recht zu produzieren eng mit dem Recht auf Nahrung verbunden, weil ein Großteil der von Hunger und Mangelernährung betroffenen Menschen weltweit Kleinbäuerinnen und –bauern oder landlose Bäuerinnen und Bauern sind (vgl. Windfuhr und Jonsén 2005: 20f.).

4.2 Inhaltliche Aspekte und rechtliche Instrumente

Das Menschenrecht auf angemessene Ernährung ist Teil der sogenannten „zweiten Generation“ der Menschenrechte. Es wird von mehreren Völkerrechtsinstrumenten anerkannt. Neben der universellen Erklärung der Menschenrechte kommt es besonders in den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechten zum Ausdruck. Der Pakt über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte, auch WSK-Pakt genannt, wurde 1966 international von den Vereinten Nationen beschlossen und 1978 von Österreich ratifiziert. Die Vertragsstaaten akzeptieren in Artikel 11 (1) des WSK-Paktes „[...] the right of everyone to an adequate standard of living for himself and his family, including adequate food, clothing and housing, and to the continuous improvement of living conditions“ (UNO 1966). Des Weiteren heißt es: „The States Parties will take appropriate steps to ensure the realization of this right, recognizing to this effect the essential importance of international co-operation based on free consent“ (ebd 1966). Damit wird schon 1966 die Rolle der internationalen

⁹ Armut wird hier im Sinne Wolfgang Sachs weniger als materielles Defizit, sondern als relatives Defizit von Macht verstanden (vgl. Sachs 2010:22).

Kooperation betont, wobei diese Unterstützung frei zur Verfügung gestellt werden soll. In der Erklärung des *World Food Summit*, also des Welternährungsgipfels 1996 wurde das Recht auf Nahrung erheblich gestärkt und in die FAO-Programmatik integriert (vgl. Windfuhr 2006: 230).

Aufgrund der mangelnden Verwirklichungen und Beachtung durch die Vertragspartner bzw. der internationalen Gemeinde befassten sich verschiedene Gruppen der UNO umfassender mit dem Recht auf Nahrung, mit dem Ziel dieses zu stärken. Im Zuge dessen wurde auch die „Allgemeine Bemerkung Nr. 12“ (*General Comment*) vom Wirtschafts- und Sozialausschuss der Vereinten Nationen 1999 verfasst, in denen erstmals konkrete inhaltliche Beschreibungen des Rechts auf Nahrung zu finden sind. Aufbauend auf diesen Interpretationen wurden im Jahr 2003 von der FAO die „Freiwilligen Leitlinien zur schrittweisen Verwirklichung des Rechts auf Nahrung“ erarbeitet.

In dem *General Comment Nr. 12* (GC 12) nahm sich das UNO-Verwaltungsorgan des WSK-Paktes genauer dem Recht auf Nahrung an und definierte erstmals dessen normativen Inhalt. „*The Right to adequate food is realized when every man, woman and child alone or in community with others has physical and economic access at all times to adequate food and means for its producement*“ (UNO 1999). Das bedeutet, dass sich das Recht auf Nahrung explizit nicht nur auf die Verfügbarkeit von angemessener Nahrung bezieht, sondern den Zugang zu ausreichenden Mitteln für den Kauf von Lebensmitteln und damit inkludiert auch Zugang zu produktiven Ressourcen. „*The definition used in GC 12 also highlights the requirement to ensure access to an income base for each individual either through access to productive resources (land, water, seeds, livestock breeds, fishstocks, etc.) or through work, or, if neither of these is possible,[...]*“ (Windfuhr und Jonsén 2005: 22). Hervorzuheben ist ebenfalls, dass diese Definition nicht eingeschränkt auf eine Minimumgrenze an Kalorienzufuhr interpretiert wird (vgl. Kent 2005: 54). Ernährung wird viel mehr nicht nur als Energielieferant gesehen, sondern als integraler Teil des sozialen und kulturellen Lebens. Des Weiteren würde eine Eingrenzung auf einen Kalorienwert auch die vielen individuellen und vom lokalen Kontext abhängigen Facetten des Anspruchs der „Angemessenheit“ untergraben. Die Anforderungen der angemessenen Nahrung, auf die im GC 12 eingegangen wird, können unter folgenden Elementen zusammengefasst werden: die Nahrungsmittel, die zugänglich sind, müssen kulturell akzeptabel und in Hinsicht der Nährstoffe in Quantität und Qualität genügen sowie sicher und von guter Qualität sein (vgl. Eide 1999: 3).

Wird vom Recht auf Nahrung gesprochen, wird meist davon ausgegangen, dass die mangelnde Verwirklichung des Rechts auf Nahrung nicht daran liegt, dass zu wenig Nahrung produziert werden kann oder vorhanden ist, sondern dass einem Teil der Weltbevölkerung durch verschiedene politische, wirtschaftliche und auch soziale Strukturen der Zugang zu dessen Produktion oder dessen Erwerb verwehrt wird (vgl. Hönicke et al. 2007: 6). Auch die OEZA sieht ein Verteilungsproblem durch „[...] *ungleiche[n] Zugang zu und ungerechte Verteilung von Nahrungsmitteln* [...]“ (OEZA 2011: 6). Damit kann festgehalten werden, dass Verteilungsgerechtigkeit ein essentieller Aspekt bei der Zielsetzung der Verwirklichung des Rechts auf Nahrung sein muss und das Recht auf Nahrung vor allem auf struktureller Ebene umzusetzen ist. Die essentielle Frage stellt George Kent: *„How should future social and economic forces and institutions be reconfigured so that they no longer produce poverty and hunger?“* (Kent 2005: 225).

Die Garantie des Zugangs und die vor allem nachhaltige Form des Zugangs sind auf wirtschaftlicher, sozialer und politischer wie auch auf ökologischer Ebene zu sichern. Das bedeutet, dass biologische Ressourcen zu schützen und zu erhalten und zum Teil auch (sofern möglich) wieder aufzubauen sind. Der faktische Zugang zu Land bringt nichts mehr, wenn der Boden und dessen Fruchtbarkeit durch nicht-nachhaltige Bewirtschaftung, Raubbau, externe Verschmutzung und Umwelteinflüsse oder Klimaveränderungen zerstört worden sind oder nicht genutzt werden können. Die Umsetzung von Nachhaltigkeit im Sinne einer Eindämmung der global fortschreitenden Ressourcendegradierung und Umweltverschmutzung bedarf, wie auch die Verwirklichung des Rechts auf Nahrung, globale strukturelle Veränderungen mit dem Ziel der globalen ökologischen Gerechtigkeit und nicht nur regionale oder lokale Initiativen. Daher muss auf jeden Fall beachtet werden, dass EZA nur ein Teil der relevanten Handlungsfelder für die Verwirklichung des Rechts auf Nahrung, als dieser aber nicht unterschätzt ist.

Im dem GC 12 zum Recht auf angemessene Ernährung (Art.11) heißt es unter Punkt 7:

„Das Konzept der Nachhaltigkeit ist untrennbar mit dem Konzept der ausreichenden Ernährung oder Ernährungssicherheit verbunden und impliziert, dass sowohl die heutigen als auch die zukünftigen Generationen Zugang zu Nahrungsmitteln haben sollen. Was genau unter "Angemessenheit" zu verstehen ist, wird in starkem Maße von den vorherrschenden sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen, klimatischen, ökologischen und sonstigen Bedingungen bestimmt, während der Begriff der "Nachhaltigkeit" den Gedanken der langfristigen Verfügbarkeit und des langfristigen Zugangs enthält“ (UNO 2002: 3).

Das zeigt wiederum nicht nur die Forderung nach Nachhaltigkeit und auch die Komplexität der „Angemessenheit“, die nicht nur individuell unterschiedlich ist, sondern sich auch nach dem lokalen Kontext unterscheidet. Das macht auch deutlich, wie notwendig eine lokale Einbettung und Anpassung der Maßnahmen, die auf das Recht auf Nahrung abzielen, ist. Diese macht nicht zuletzt die Partizipation, den Einbezug der betroffenen Menschen, unbedingt notwendig. Partizipation ist neben ethischen auch aus vielen anderen Gründen entscheidend. Einer davon ist auch, eine politische und soziale Ermächtigung der Menschen nicht zu gefährden, sondern zu fördern, damit sie ihre Rechte auch einfordern und wahrnehmen können.

Das Recht auf Nahrung, wie die WSK-Rechte, erhielten viele Jahrzehnte nicht die ihnen angemessene Aufmerksamkeit (vgl. Windfuhr 1998: 6). *“While the right to food is fully recognized legally, its realization is still highly deficient”* (Kent 2005: 50). Die WSK-Rechte inklusive des Rechts auf Nahrung fanden bisher in Europa eine sehr untergeordnete Rolle. Oft wurden und werden sie lediglich als programmatische und politische Prinzipien und vage Zielvorgaben wahrgenommen (vgl. Künzli 2000).

Michael Windfuhr hält als positiv fest, dass es bei der Entwicklung der „Freiwilligen Leitlinien“ der FAO gelang, Interpretationen von Völkerrechtsexperten und zivilgesellschaftlichen Organisationen aufzunehmen.

Zu diesem Standard [der Freiwilligen Leitlinien] gehört eine umfassende Definition des Rechts auf Nahrung, die die sozialen und wirtschaftlichen Zugangsprobleme von Menschen zu produktiven Ressourcen, wie Land, Wasser, Saatgut, Arbeit, etc. ebenso umfasst wie eine entsprechende Angemessenheit von Nahrung (Windfuhr 2005: 231).

Im dritten Teil der Freiwilligen Leitlinien wird auf internationale Maßnahmen und Verpflichtungen eingegangen. Im Vordergrund steht dabei, dass Staaten zunächst für die Umsetzung des Rechts auf Nahrung im Rahmen nationaler Ernährungssicherheit selbst zuständig sind, allerdings werden die internationale Gemeinschaft und die zuständigen Organe der UNO dringend ersucht, Staaten bei dieser Umsetzung zu unterstützen (vgl. FAO 2004: 25). Die Aufforderung zur technischen Zusammenarbeit wird explizit genannt. „Entwickelte Länder“ sollen „Entwicklungsländer“ partnerschaftlich bei der schrittweisen Verwirklichung unterstützen, einschließlich „des Aufbaus institutioneller Kapazitäten und Technologietransfers“ (FAO 2004: 26). Ein weiterer, auch für die OEZA relevanter Punkt ist, dass Staaten unbedingt das Ziel der bereits 1970 festgelegten 0,7 % des Bruttoinlandsprodukts für Entwicklungsgelder freigeben sollen (vgl. FAO 2004: 25). Diese Vorgabe unterschreitet

Österreich konsequent, zusätzlich fließt der Hauptanteil der Gelder in die Entschuldung und nicht in Programme (vgl. OECD 2009: 37).

Michel Windfuhr schlägt vor, dass die freiwilligen Leitlinien besonders in die Strategien der EZA für den ländlichen Raum einbezogen und von Entwicklungspolitikern und -praktikern angewendet werden sollen (vgl. Windfuhr 2006: 233).

Die Aussage, dass jeder das Recht auf angemessene Ernährung hat, beinhaltet nicht nur eine normative Forderung, sondern auch, dass andere AkteurInnen dadurch bestimmte Pflichten haben: Die Pflichten, sicher zu stellen, dass dieses Recht auch umgesetzt wird. Das bedarf konkreter institutioneller Arrangements, also Maßnahmen, die diese Sicherstellung verfolgen (vgl. Kent 2005: 101). Die OEZA-Strategie der ökologischen Landwirtschaft stellt eine dieser Maßnahmen dar. Grundsätzlich beziehen sich die Verpflichtungen eines Staates gegenüber den Menschen die unter seiner Jurisdiktion stehen. Nicht zuletzt weil Staaten oder dritte Parteien wie Unternehmen unter ihrer Jurisdiktion Auswirkungen auf die Verwirklichung des Rechts auf Nahrung von Menschen auf Territorien anderer staatlicher Zuständigkeit haben, gehen die staatlichen Verpflichtungen über das eigene souveräne Territorium hinaus.

Bei diesen sogenannten extraterritorialen Staatenpflichten gehen die Standpunkte der Vertragsstaaten weit auseinander und lassen die zwei Fronten „Nord“ und „Süd“ erkennen, die in eigenem Interesse gegen oder für umfassende internationale menschenrechtliche Verpflichtungen Position beziehen (vgl. Windfuhr 2006: 228). Soll das Recht auf Nahrung verwirklicht werden, haben „Industriestaaten“, nach aktuellen Interpretationen in unterschiedlichem Ausmaß, sowohl nationale und internationale Verpflichtungen, die durch ihre jeweiligen Kapazitäten und Ressourcen erwachsen. Nationale Bemühungen haben auch nur begrenzte Wirkung, wenn sie vom internationalen Umfeld, Strukturen, AkteurInnen und Vorgängen nicht begünstigt oder sogar noch gehindert werden. Dazu gehören neben fehlgeleiteter EZA auch der Handel, die Investitionsabkommen und der Klimawandel (vgl. de Schutter in Feyder 2010: 121).

4.3 Aufgaben eines Staates durch die Ratifizierung des Rechts auf Nahrung

Erst seit einigen Jahren gibt es eine breitere Debatte darüber, welche menschenrechtlichen Verpflichtungen Staaten gegenüber Menschen haben, die sich außerhalb ihres staatlichen Territoriums aufhalten. Dabei wurde der Fokus im Besonderen auf die menschenrechtlichen Aspekte bei der Kontrolle von Unternehmen und der Ausgestaltung der

Globalisierungsprozesse gelegt. So wird auch das Handeln der Weltbank kritisiert, welche als zwischenstaatliche Organisation über Jahrzehnte hinweg immer mehr Macht über „Entwicklungsländer“ gegeben wurde, ohne dass sie einer menschenrechtlichen Kontrolle unterlag (vgl. Hausmann 2007: 7). Wie sich die Verpflichtungen des Rechts auf Nahrung in der Entwicklungszusammenarbeit von Staaten auswirken sollen, wurde bisher weniger besprochen als die Auswirkungen multinationaler Konzerne und inkohärenter Handels- und Entwicklungspolitiken.

Nach Golay und Özden (2005: 15) bedeutet das Recht auf Nahrung als Menschenrecht für Staaten keine politische Wahlmöglichkeit, sondern vielmehr bringt seine Anerkennung und Ratifizierung Verpflichtungen mit sich. Es zeigt sich deutlich, dass zwischen Konzepten, Auslegungen und Praxis große Unterschiede bestehen. Grundsätzlich legt das Recht auf Nahrung, wie andere Menschenrechte, Staaten drei verschiedene Verpflichtungen auf: „[.../ *eine Achtungspflicht, eine Schutzpflicht und eine Erfüllungspflicht*“ (UNO 1999: 5). Die Staaten müssen diese Pflichten mit dem Maximum ihrer zu Verfügung stehenden Ressourcen realisieren mit dem Ziel der umfassenden Umsetzung des WSK-Pakts (vgl. Eide 1998: 3).

Die Achtungspflicht beinhaltet, dass Staaten keine Handlungen setzen, welche den bestehenden Zugang zu angemessener Ernährung verhindern oder einschränken. Im Besonderen müssen die Landrechte von indigenen Bevölkerungsgruppen und Minderheiten anerkannt werden. Eine Verletzung besteht beispielsweise, wenn es trotzdem zu Vertreibungen von Bauern und Bäuerinnen oder indigenen Gruppen von ihrem Land kommt und das, ohne adäquate Alternativen und Entschädigungen anzubieten, ebenso bei Verschmutzungen von Wasser, das zur Bewässerung von Feldern verwendet wird (vgl. Golay und Özden 2005; Kent 2005: 24).

Für Staaten besteht die Schutzpflicht darin, Maßnahmen zu setzen, die verhindern, dass der Zugang zu angemessener Nahrung oder zu Ressourcen, die den Zugang zu Nahrung für Einzelpersonen oder Gruppen ermöglichen, durch Unternehmen und Einzelpersonen behindert wird. Darunter fällt auch, dass Landrechte von Kleinbauern und Kleinbäuerinnen und Indigenen geschützt werden müssen, ein Mindestlohn garantiert wird – auch bei Privatunternehmen –, sowie ein gleichberechtigter Zugang von Frauen zu Arbeit und Ressourcen besteht. Das beinhaltet ebenfalls die Etablierung sozialer Sicherheitsnetze durch Regierungen, die einen adäquaten Lebensstandard auch in temporären Krisenzeiten ermöglichen (vgl. Golay und Özden 2005; Kent 2005: 105f.).

Die Pflicht der Erfüllung meint, dass sich Staaten tatkräftig dafür einsetzen, Zugänge zu Nahrung und produktiven Ressourcen zur Eigenversorgung, besonders für vulnerable Menschen zu „erleichtern“. Der unmittelbaren Erfüllung, also praktischen Gewährung, ist nachzukommen, wenn Einzelpersonen oder Gruppen aus Ursachen, auf welche sie keinen Einfluss haben, ihr Recht auf Nahrung mit den ihnen zu Verfügung stehenden Mitteln nicht wahrnehmen können (auch Notfallhilfe bei Katastrophen) (vgl. UNO 1999: 5). Hier kann auch zwischen Unterstützung und Verwirklichung von Rahmenbedingungen für Möglichkeiten der selbstbestimmten Eigenversorgung von Menschen und direktem Bereitstellen unterschieden werden (Kent 2005: 106f.) Die Bereitstellung von Nahrungsmitteln bedeutet, dass unter besonderen Umständen, Menschen in Notsituationen direkt mit Lebensmitteln versorgt werden müssen. Damit sind in internationaler Hinsicht Maßnahmen der Nothilfe gemeint. Diese sind streng von der EZA abzugrenzen.

The core task is to create enabling conditions so that everyone has decent opportunity to provide for him or herself. Dignity comes not from being fed but from providing for oneself and one's family. Those involved in subsistence agriculture should have the land, the tools, and the seeds they need to be productive. Those involved in commercial agriculture should face prices and wage rates that allow their productivity to translate into reasonable incomes. Those who work outside agriculture should be assured of a living wage, adequate to support themselves and their families (Kent 2005: 225).

Diese Auslegung von Kent für förderliche Bedingungen für die Verwirklichung des Rechts auf Nahrung bindet sowohl Subsistenz- und Marktwirtschaft, den landwirtschaftlichen Sektor sowie Erwerbsarbeit und andere Einkommensmöglichkeiten ein. Da der Großteil der Menschen, die von Verletzungen des Rechts auf Nahrung betroffen sind, in ländlichen Gebieten leben, wo wenige andere Lebensgrundlagen und Einkommensmöglichkeiten als Landwirtschaft vorhanden sind, kann angenommen werden, dass Landwirtschaft eine essentielle Rolle spielt. Darauf soll später noch genauer eingegangen werden.

Die Menschenrechte unterscheiden sich von Bürgerrechten darin, dass Menschenrechte nicht an eine Staatsbürgerschaft oder einen Aufenthaltsort gebunden sind und diese Rechte jeder Mensch besitzt und nicht verlieren kann, wo auch immer er oder sie sich aufhält. Menschenrechte sind somit kein ortsgebundenes Konzept, was aber in der Praxis der Staaten kaum so gehandhabt wird (vgl. Hausmann 2007: 6). In den letzten Jahren hat sich für die internationalen menschenrechtlichen Verpflichtungen der Begriff „extraterritoriale Staatenpflichten“ durchgesetzt. Bei der Erfüllungspflicht zeigen sich die größten Diskrepanzen zwischen den verschiedenen Auslegungen unterschiedlicher Staaten und

Organisationen. Olivier de Schutter, UNO Sonderbeauftragter zum Recht auf Nahrung, sieht diese Verpflichtungen der Staaten sowohl für die eigenen Bevölkerung, wie auch gegenüber Menschen, die in anderen Staaten leben (vgl. De Schutter 2010: 3). Es gilt aber das Prinzip der Subsidiarität, das bedeutet, dass die übergeordnete Instanz erst zuständig wird, wenn der eigentliche Verpflichtungsträger, in diesem Fall nationale Regierungen, seinen Pflichten nicht ausreichend nachkommen kann. George Kent sieht das Konzept der nationalstaatlichen Verantwortung für das Recht auf Nahrung, besonders durch die Konsequenzen der Globalisierung, als überholt an. *„Human rights imply democratic governance and equality not for states but for people throughout the world. The obligations associated with human rights should not be treated as if they ended at national borders”* (Kent 2005: 223).

Öffentlich staatliche EZA bezieht sich u.a. auf Verantwortung für Menschen auf „außerstaatlichem“, also extraterritorialem Gebiet. So kann festgehalten werden, dass EZA ein Teilbereich der menschenrechtlichen Staatenpflichten darstellt und an sich dem Ziel der Umsetzung des Rechts auf Nahrung als Querschnittsthema verpflichtet ist. Egal wie eng oder weit die staatlichen Verpflichtungen durch das Recht auf Nahrung ausgelegt werden, es kann festgestellt werden, dass das Recht auf Nahrung zur staatlichen EZA verpflichtet und die staatliche EZA umgekehrt im Dienst des Rechts auf Nahrung stehen muss.

4.4 Die Umsetzung des Rechts auf Nahrung als Aufgabe der OEZA

„Satisfying a basic need is one thing; recognizing a human right is another” (De Schutter 2008: 3). Es macht einen Unterschied für die Arbeit der EZA, wenn man sich der Befriedigung eines Grundbedürfnisses oder aber der Verwirklichung eines Menschenrechts verschrieben hat. Dies sind grundlegend unterschiedliche Grundhaltungen, die andere Perspektiven und Ziele, andere Strategien und andere Interventionen und Instrumente fordern oder auch bedingen. Auch wenn Ernährungssicherung ebenso von Vertretern einer Grundbedürfnisorientierung wie auch eines Menschenrechtsansatzes als Zielkategorie verfolgt wird, werden sich der Weg dorthin, die konstituierenden Auffassungen und Haltungen und letztlich auch die Zielvorstellungen selbst unterschiedlich gestalten. Ein menschenrechtlicher Ansatz geht viel weiter und zielt auf eine umfassende Verwirklichung dieses Ziels ab, das über einen materiellen Zugang oder physische Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln hinaus geht. Vor allem steht aber eine politische Haltung dahinter.

Die inhaltlichen Aspekte des Rechts auf Nahrung und der Staatenpflichten wie auch andere Faktoren bilden einen Rahmen für die OEZA, deren strategische Planung sowie die

Konzeption der eingesetzten Instrumente haben. Soll das Recht auf Nahrung in die OEZA integriert werden, bedeutet das nicht nur, dass es ein politisches Ziel sein soll, sondern dass dieses Ziel auch in die Planung und Implementierung von Interventionen einfließen soll, wie auch das Anerkennen, dass EZA ein Mittel ist, das Recht auf Nahrung umzusetzen. Das heißt neben menschenrechtlichen Rahmenbedingungen auch, dass das Recht auf Nahrung (wie andere Menschenrechte) die eingesetzten Instrumente und Strategien der EZA beeinflussen müssen (vgl. De Schutter 2008: 3f.).

Darüber hinaus gelten für die OEZA die Millenniumentwicklungsziele (MDGs). Die gemeinsamen Ziele und gemeinsame Verpflichtung für die Umsetzung der WSK-Rechte kommen auch in der Millenniums-Erklärung zum Ausdruck, durch welche sich die Staaten ihrer Verantwortung auf globaler Ebene wiederholt verpflichteten (vgl. FIAN Schweiz 2011 a). Besonders das erste MDG zur Halbierung von Armut und Hunger ist dem Recht auf Nahrung verpflichtet.

Olivier de Schutter, der UN-Sonderbeauftragte zum Recht auf Nahrung, widmete sich 2008 der Integration des Rechts auf Nahrung in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Er fordert, dass das Recht auf Nahrung mit anderen Menschenrechten eine Querschnittmaterie in der öffentlichen EZA darstellen solle. Gerade das Recht auf Nahrung wurde in der EZA besonders oft vernachlässigt (vgl. De Schutter 2008: 3). *„A human rights framework also requires the participation, as a matter of right, in the design and implementation of development policies, of the ultimate beneficiaries of development“* (ebd. 2008: 4). Partizipation der betroffenen Menschen in die Planung und Umsetzung von EZA ist eine der grundlegenden Anforderungen des menschenrechtlichen Ansatzes.

Die extraterritorialen Achtungs- und Schutzpflichten der WSK-Rechte und im Speziellen das Recht auf Nahrung wurden in den letzten Jahren vermehrt thematisiert und in konkreten Fällen und Verstößen aufgegriffen und öffentlich diskutiert. Anders war das bei der extraterritorialen Umsetzungsverpflichtung von Staaten gegenüber Menschen in anderen Ländern. Diese wurde weitgehend vermieden und auch nicht in konkreten Fällen von Missständen als eine Menschenrechtsverletzung aufgezeigt. Für die Gesamtheit der extraterritorialen Staatenpflichten gilt, dass eine große Lücke bei der juristischen Aufarbeitung der extraterritorialen Staatenpflichten existiert. Um diesem Mangel entgegen zu wirken, wurden bis 2011 von 40 ExpertInnen aus der ganzen Welt in mehrjähriger Arbeit unter der Leitung des *Maastricht Center for Human Rights* der Universität Maastricht und der

International Commission of Jurists über mehrere Jahre hinweg Grundsätze für die extraterritorialen Staatenpflichten ausgearbeitet (vgl. FIAN Schweiz 2011 b).

In den Maastrichter Grundsätzen werden die extraterritorialen Erfüllungspflichten umrissen:

„Jeder Staat muss einzeln und, wo nötig, gemeinsam zur Erfüllung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte außerhalb seines Territoriums beitragen, entsprechend seiner wirtschaftlichen, technischen und technologischen Kapazitäten, seinen verfügbaren Ressourcen, seinem Einfluss in internationale Entscheidungsprozesse u.a.“ (FIAN Schweiz 2011 a).

Das Ausmaß an Aktivitäten und Mitteln sowie Verantwortungsbewusstsein, die ein Staat als „entsprechend der verfügbaren Ressourcen und Kapazitäten“ auslegt liegt in einem großen Spielraum. Zu betonen wäre aber, dass es grundlegend ist, überhaupt eine extraterritoriale menschenrechtliche Umsetzungsverpflichtung wahrzunehmen und anzuerkennen. Wie weiter oben erwähnt, wurde schon 1966 im WSK-Pakt die internationale Kooperation und Verantwortung betont, was bis heute kaum anerkannt noch umgesetzt wurde.

Die Maastrichter Grundsätze halten für die EZA fest, dass das „[...]Recht auf Selbstbestimmung, das Recht auf Teilnahme an Entscheidungen, wie auch die Grundsätze der Nicht-Diskriminierung und Gleichheit, einschliesslich Geschlechtergleichstellung, Transparenz und Rechenschaftspflicht“ (FIAN Schweiz 2011 a) wichtige Grundprinzipien darstellen. Das wird auch von De Schutter unterstrichen (vgl. De Schutter 2008: 8).

Olivier de Schutter (2008: 6) bezieht sich auf die Prinzipien der „Paris Declaration on Aid Effectiveness“. Diese Prinzipien umfassen “[...] national ownership,[...] alignent,[...] harmonization[...], managing for results[...], mutual accountability[...]” (ebd. 2008: 6). Sie sollen durch einen umfassenden menschenrechtlichen Rahmen konkretisiert und operationalisiert werden. Das Recht auf Nahrung im Konkreten soll die Grundlage für die Wahl der Entwicklungsstrategien sein. Darüber hinaus stellt es einen objektiven Bezugspunkt in der Evaluierung der Entwicklungsbemühungen dar, der die Rechenschaft und Verantwortlichkeit sowohl der „Geber“ wie auch der „Empfänger“ verbessern soll (vgl. ebd. 2008:6).

Auch in den Maastrichter Grundsätzen der extraterritorialen Staatenpflichten wird die Einrichtung wirksamer Rechenschaftsmechanismen gefordert und damit eine volle und stetige Überprüfung der eigenen staatlichen Unternehmungen wie auch von Drittparteien unter der Jurisdiktion des Landes. Unter „wirksamer Rechenschaft“ wird ebenfalls verstanden, dass

schadensstiftendes Verhalten und Verstöße gegen die WSK-Rechte nicht nur entschädigt und wiedergutmacht werden, sondern auch eine „Garantie der Nicht-Wiederholung“ garantiert wird (vgl. FIAN Schweiz 2011 a). Das kann im Bereich der EZA auch als eine Verpflichtung ausgelegt werden, dass aus den Fehlern der vergangenen Entwicklungsdekaden, aus Strategien und Maßnahmen, die sich als schädigend herausstellten oder sich für die Bauern und Bäuerinnen nachteilig auswirkten, gelernt wird und diese nicht wiederholt werden dürfen.

Im Zuge der extraterritorialen Verpflichtungen besteht neben der Obligation der Unterstützung auch die Verpflichtung zur Vermeidung von Schäden, zu Folgeabschätzungen und zur Vorbeugung von Menschenrechtsverletzungen durch staatliches Handeln, unabhängig davon, wo diese Folgen auftreten. Ein zentraler Aspekt der Integration des Rechts auf Nahrung in der EZA muss ein Priorisieren der landwirtschaftlichen Entwicklung sein. Das leitet Olivier de Schutter nicht nur aus den rechtlichen Verpflichtungen, sondern besonders aus fehlgeschlagenen nationalen, wie internationalen Entwicklungspraxen der vergangenen Jahrzehnte ab. Gerade in Ländern, die auf dem landwirtschaftlichen Sektor aufbauen, wird die Landwirtschaft kaum öffentlich gefördert (vgl. De Schutter 2008: 8).

Improving [food security] would require introducing some sort of change in local social and institutional arrangements, or providing training or tools or some other resources that could change things over the long run. Nutrition Interventions should be assessed not so much on the basis of their immediate impact but on the effects that they are likely to have over the long run, long after the interventions have ended (Kent 2005: 23)

Interventionen, die das Recht auf Nahrung verwirklichen sollen, müssen sich besonders an den langfristigen Folgen orientieren. Es geht darum, Menschen langfristig die Möglichkeiten zu sichern, sich selbstständig und selbstbestimmt ernähren zu können. Dazu müssen die vermittelten Mittel und Kompetenzen langfristig für die Menschen selbstständig nutzbar und nützlich sein. Darüber hinaus müssen hinderliche lokale soziale und wirtschaftliche Gegebenheiten verändert werden.

Zur Einflussnahme auf politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen wird in den FAO Leitlinien und auch im *General Comment 12* aufgefordert. Diese soll auch für die EZA eine Rolle spielen und als Aufgabe wahrgenommen werden. Dazu müssen Allianzen geschlossen, bewusst gearbeitet und auch arbeitsteilig vorgegangen werden. Eine öffentliche EZA-Organisation soll im Sinn der Verbesserung der Rahmenbedingungen auf andere Entwicklungsorganisationen und -institutionen zur Forcierung nachhaltiger und dem Recht

auf Nahrung förderlicher Ausrichtungen der EZA wirken. Die politische Komponente ist einerseits Teil des Anspruchs des Rechts auf Nahrung und andererseits notwendig, damit Projekte und Programme überhaupt wirksam sein können und das auch langfristig (vgl. Koppensteiner Interview 2012; Hauser Interview 2012).

4.5 Das Recht auf Nahrung und Ernährungssicherung in der Programmatik der OEZA

Die OEZA orientiert sich hinsichtlich der Sicherung der Ernährung und der Strategien für nachhaltige ländliche Entwicklung am Rahmen der nationalen Armutsminderungsstrategien oder an Sektorprogrammen der Partnerländer sowie an lokalen Entwicklungsplänen. Zusätzlich sind Politikkataloge regionaler Organisationen bzw. auf kontinentaler Ebene angelegte Programme wichtig für die OEZA (vgl. OEZA 2011). Die Orientierung an nationalen und regionalen Plänen darf aber nicht eng gesehen werden, da diese oft im Widerspruch mit den Zielen der Intervention und der betroffenen Menschen steht, auch wenn das im Kontext von „Ownership“ ein gewisses Spannungsverhältnis aufbaut. Die Orientierung kann auch bedeuten, dass von einer „Geberinstitution“ ein Alternativkonzept aufgebracht wird oder mit der Zivilgesellschaft (oder Kleinbauern und Kleinbäuerinnen) „Good Practice-Beispiele“ erarbeitet und eingebracht werden. Unumgänglich ist aber eine fundierte Kenntnis der nationalen und regionalen Pläne und Programme (vgl. Koppensteiner Interview 2012).

In einem Fokuspapier stellt die OEZA 2011 eine Strategie zu Ernährungssicherung und Umsetzung des Rechts auf Nahrung vor. Ernährungssicherung wird darin als Verwirklichung des Menschenrechts auf Nahrung ergänzend durch Prinzipien des Ansatzes der Ernährungssouveränität beschrieben. Des Weiteren wird das Recht auf Nahrung von der OEZA besonders als Aufgabe und Ziel im Bereich der ländlichen Entwicklung verortet.

Die Verwirklichung des menschlichen Grundrechts und die Anerkennung des Prinzips der Ernährungssouveränität [...] sind grundlegende Prinzipien für eine nachhaltige Verbesserung der Lebenssituation armer Bevölkerungsgruppen, des Zugangs zu produktiven Ressourcen (besonders Land) sowie der Sicherung der Ernährung im Rahmen von Strategien der ländlichen Entwicklung (OEZA 2011).

Im Fokuspapier werden EZA Initiativen von Nahrungsmittelhilfe unterschieden. Nahrungsmittelhilfe wird nur als vorübergehend wirkendes, kurz- bis mittelfristiges Instrument für gefährdete Gruppen in politisch oder klimatisch bedingten Krisen konzipiert.

Hervorzuheben ist die Konzentration auf die Bedürfnisse, Interessen und Potentiale der in ökonomischer und politischer Hinsicht benachteiligten sowie verwundbaren Bevölkerungsgruppen, die unterhalb der nationalen Armutsgrenze leben, und von ethnischen Minderheiten sowie auf das *Empowerment* dieser Personengruppen. Der Ansatz der Sicherung der Ernährung durch eigene Produktion und der Schaffung von zusätzlichem Einkommen zur Befriedigung der Grundbedürfnisse wird betont, was für die OEZA gezielte Förderungen und Investitionen in die Nahrungsmittelproduktion und -vermarktung bedeutet (vgl. ebd. 2011).

Die Berücksichtigung von sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit im Rahmen der OEZA, wie auch in internationalen Koordinationsforen für die Entwicklung von Landwirtschaftsstrategien, ist unabdingbar. Außerdem gilt die Schaffung eines gleichberechtigten Zugangs zu Land, vor allem für Frauen, als wesentliche Grundbedingung zur Sicherung der Ernährung (vgl. ebd. 2011). Die OEZA positioniert die Verwirklichung des Rechts auf Nahrung also primär im Bereich der ländlichen Entwicklung, dabei werden vor allem die Kapazitäten und Selbstbestimmung der Menschen selbst in den Vordergrund gestellt. In dem Fokuspapier zu Ernährungssicherung (OEZA 2011) wird ein konträrer Kurs zur Linie der Exportförderungs politik eingeschlagen und bewusst auf die hierarchischen und asymmetrischen Machtbeziehungen innerhalb der landwirtschaftlichen Wertschöpfungskette eingegangen. Eine Erhöhung der Wertschöpfung durch die ProduzentInnen und eine höhere Entscheidungs- und Kontrollmacht werden angestrebt.

Es kann angemerkt werden, dass die Strategie der OEZA vor allem von strukturellen Ursachen von Ernährungsunsicherheit und Verteilungsungerechtigkeit ausgeht und ansetzen möchte. Es wird klar von vereinfachenden Ansätzen der Produktionssteigerung zur Ernährungssicherung abgegrenzt. Das Fokuspapier zeigt eine komplexe, multidimensionale, ganzheitliche Perspektive, die maßgeschneiderte und selbstbestimmte Lösungen fordert.

Waltraud Rabitsch und Manfred Schnitzer, die Verantwortlichen für ländliche Entwicklung in der ADA und in der Sektion VII des Außenministeriums, stellen beide den Ansatz der Ernährungssouveränität in den Vordergrund und möchten diesen in der Arbeit der OEZA verwirklicht sehen (vgl. Rabitsch Interview 2011 und Schnitzer Interview 2011).

4.6 Ernährungssicherheit und Ernährungssouveränität

Die Konzepte der Ernährungssicherheit und Ernährungssouveränität können sowohl auf nationaler, regionaler, lokaler oder individueller Ebene sowie auf Haushaltsebene gesehen werden. Für das Recht auf Nahrung sind besonders die lokale Ebene und die Haushaltsebene wichtig, da das Recht für jede Einzelperson besteht und nicht nur auf einer nationalen Ebene, wie oft im Kontext von Ansätzen der Ernährungssicherung vertreten wird. Gerade aber die lokale und individuelle Ebene wie auch die Haushaltsebene sind stark von dynamischen Machtverhältnissen geprägt und nur im konkreten Kontext nachvollziehbar. Diese Aspekte sind mit einem Blick auf die nationale Ebene nicht erfassbar und werden zu linearen Kausalerklärungen vereinfacht. Um wirkliche Aussagen über die lokale Ebene, wie zum Beispiel diejenige des Haushalts zu treffen, braucht es konkrete Feldstudien und Haushaltsanalysen.

Wie bereits angesprochen, wird das Recht auf Nahrung oft mit dem Begriff der Ernährungssicherung in Verbindung gebracht. Ein weiteres wichtiges Konzept ist das der Ernährungssouveränität, das ebenfalls von der OEZA angestrebt werden soll. Es wird auch oft in Verbindung mit der Verwirklichung des Rechts auf Nahrung erwähnt (vgl. Windfuhr und Johnsi 2005). Manche AutorInnen betrachten die beiden Konzepte - das technische Konzept der Ernährungssicherheit und den politischen Ansatz der Ernährungssouveränität - als gegensätzlich, andere wollen die beiden als komplementär verstehen. Die OEZA strebt die Verwirklichung des Rechts auf Nahrung und Ernährungssicherung nach dem Prinzip der Ernährungssouveränität an. Also möchte die OEZA diese drei Ansätze komplementär in ihre Arbeit einbeziehen. Was schon zu Beginn festgehalten werden muss, ist, dass das Konzept der Ernährungssicherheit „*implizit für die Beibehaltung des Status Quo*“ (Hönicke et al. 2007: 7) steht und innerhalb der bestehenden Systeme und Verhältnisse nach Lösungen sucht. Wie schon vorher erwähnt, liegen die Ursachen meist auf struktureller Ebene. Davon geht auch das Konzept der Ernährungssouveränität aus, das von der Kleinbauernorganisation *Via Campesina* 1996 beim *World Food Summit* aufgebracht und bewusst als alternatives Modell zur neoliberalen Politik ausgearbeitet wurde (vgl. Via Campesina 2003).

Das Verständnis von Ernährungssicherheit hat sich seit den 1970er Jahren stark verändert und wurde immer komplexer und umfassender. Heute gibt es viele unterschiedliche Versionen davon (vgl. Pottier 1999:9ff.; Windfuhr und Johnsén 2005: 19ff.). Der Ansatz der Ernährungssicherheit dominiert die Formulierung von politischen Strategien, die sich mit der globalen Ernährungssituation, Hunger und Unterernährung beschäftigen. Dabei muss aber

immer reflektiert werden, auf welches Verständnis von Ernährungssicherheit man sich bezieht. Der Begriff der Ernährungssicherung wurde von der FAO, der UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft geprägt. Beim World Food Summit, dem Welternährungsgipfel in Rom, wurde 1996 Ernährungssicherheit definiert als:

food security, at the individual, household, national, regional, and global level [...] exists when all people at all times, have physical and economic access to sufficient, safe and nutritious food to meet their dietary needs and food preferences for an active and healthy life. [...] [The definition recognizes that poverty is a major cause of food insecurity and that poverty eradication is essential to improve access to food (FAO 1996).

Zum gleichen Anlass wurde auch das Recht auf Nahrung in die Mainstream-Debatte der FAO aufgenommen, was das formulierte Konzept der Ernährungssicherheit beeinflusste. Das anfängliche Konzept der Ernährungssicherheit der FAO ging von einem Problem in der globalen und nationalen Nahrungsversorgung, genauer von Defiziten in Verfügbarkeit und Produktion, im Bezug auf die Relation der Bevölkerungsanzahl und der Verfügbarkeit am nationalen Markt aus. Demnach wurden Strategien und politische Lösungen zur Produktionssteigerung entworfen (vgl. Windfuhr und Jonsén 2005: 21). Da die Lösungsversuche der Produktionssteigerung keine Veränderung brachten und die Ansätze die Dynamiken der Ernährungssituationen nicht erfassen und erklären konnten, wurden sie immer weiter überarbeitet. Die Erklärung von Rom 1996 setzt an mehreren Ebenen an. Sie bezieht sich aber auf die individuelle Person, geht auch auf Unsicherheiten zwischen den Komponenten ein und zeigt ein Bewusstsein, dass die Verbindungen der Haushaltsernährungssicherung durch Zugang, den Elementen von ausgewogener, gesunder Ernährung (auch im Sinne der Nährstoffe) und dem Gesundheitszustand sehr komplex sind (vgl. Pottier 1999: 13).

Auch wenn die Perspektive des Ansatzes immer weiter entwickelt wurde, bezieht sich Ernährungssicherheit weiter generell auf den physischen oder wirtschaftlichen Zugang zu Nahrungsmitteln und nicht zu Ressourcen, um Nahrungsmittel selbst zu produzieren (vgl. Windfuhr und Jonsén 2005: 20). Das ist einer der wichtigsten Unterschiede zwischen Ernährungssicherheit und Ernährungssouveränität.

Der Ansatz der Ernährungssouveränität wurde ebenfalls 1996 bei einem alternativen Welternährungsgipfel, einem Forum verschiedener zivilgesellschaftlicher AkteurInnen präsentiert und von *Via Campesina* vorgebracht.

Food Sovereignty is the Right of individuals, communities, peoples and countries to define their own agricultural, labour, fishing, food and land policies, which are ecologically, socially, economically and culturally appropriate to their unique circumstances. It includes the true right to food and to produce food, which means that all people have the right to safe, nutritious and culturally appropriate food and to food-producing resources and the ability to sustain themselves and their societies (Via Campesina 1996).

Diese Definition macht auch die Verbindung zwischen dem Konzept der Ernährungssouveränität und dem Menschenrecht auf Nahrung deutlich. Ernährungssouveränität ist kein fertiges Konzept, sondern muss per Definition lokal maßgeschneidert operationalisiert werden. Das Konzept rückt die Menschen ins Zentrum nachhaltiger Nahrungsmittelsysteme, Autonomie, Selbstbestimmung und Kontrolle. Es impliziert auch eine Kampfansage an die herrschenden Produktions- und Handelssysteme. Es geht um das Recht, selbst produzieren zu können, und um Entscheidungs- und Kontrollmacht, wie, was, unter welchen Bedingungen und von wem produziert, verarbeitet und gegessen wird (vgl. Gruber 2009: 25). Das schließt nicht nur den Zugang zu produktiven Ressourcen und adäquaten Arbeitsbedingungen ein, sondern auch „die Landfrage, die Eigentums- und Nutzungsrechte zu Boden, [...] Einkommensverteilung sowie [...] Zugangsrechte zu Wasser, Saatgut und Krediten [...]“ (ebd. 2009: 25).

Ernährungssicherheit greift bei der sozialen und politischen Dimension im Vergleich mit dem Konzept der Ernährungssouveränität viel zu kurz. Ernährungssicherheit geht von einem angestrebten Zustand aus, hat aber keine politischen oder rechtlichen Konsequenzen für staatliche AkteurInnen.

While such a modern definition of food security focuses predominantly on the individual's access to food, it does still encompass access to food in general and the purchasing of food. Both right to food and Food Sovereignty debates concentrate instead on access to productive resources. The Food Sovereignty framework specifically includes access and control of resources to produce food (Windfuhr und Jonsén 2005: 22).

Das Konzept der Ernährungssicherheit beschränkt sich auf die Verfügbarkeit und Zugänglichkeit von Nahrungsmitteln. Eine umfassendere Perspektive zeigt das Recht auf Nahrung, das auch Zugang zu Einkommen und produktiven Ressourcen berücksichtigt. Der *rights-based approach* hat den Vorteil, dass er Verpflichtungen und Verantwortliche aufzeigt. „The rights-based language is used to support the political demands by showing that these objectives have to be implemented to fulfill rights that are considered as basic by the affected communities“ (Windfuhr und Jonsén 2005: 22). Ernährungssouveränität ist ebenfalls ein

rights-based Ansatz. Dieser reicht über die enge Auffassung der Sicherung der Ernährung hinaus und bezieht sich auch auf andere relevante Bereiche der Politik, mit denen das Feld der Ernährung und die Entscheidungsmacht darüber in Wechselwirkung steht. Ernährungssicherheit setzt Ziele für Ernährungspolitik, während Ernährungssouveränität einen Rahmen für alternative politische Positionen zur liberalen industriellen Landwirtschaft und den damit verbundenen politischen Bereichen darstellt. Zu erwähnen ist ebenfalls, dass das Konzept der Ernährungssouveränität aus der Perspektive von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern entstanden ist (vgl. ebd. 2005: 21 ff.). „*The rights-based language is used to support the political demands by showing that these objectives have to be implemented to fulfill rights that are considered as basic by the affected communities*” (ebd. 2005: 21). Die Möglichkeit der Verwirklichung der Prinzipien der Ernährungssouveränität ist innerhalb der bestehenden aktuellen politischen Rahmenbedingungen sehr eingeschränkt (vgl. Hönigke et al. 2007: 8).

Windfuhr und Jonsén (2005: 25) sehen auch einen interessanten Zusammenhang zwischen den angestrebten Lösungsstrategien und den Zugängen mit Fokus auf Haushalte oder auf die nationale Ebene. Vertreter des Fokus der globalen und nationalen Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln, zu denen die zentralen meinungsbildenden Institutionen gehören, fordern eindimensionale Lösungsansätze, wie die Erhöhung der Erträge und der landwirtschaftlichen Produktion, verstärkt über den Einsatz neuer agroindustrieller Technologien (vgl. ebd. 2005: 22). Diese Ansätze können auch als neo-malthesianisch bezeichnet werden (vgl. Hauser 2011). In der aktuellen Formulierung der Ernährungsunsicherheit (siehe oben) zeigt sich ein verstärktes Verständnis auf der Ebene von Haushalten und Einzelpersonen. Das verbessert das Verständnis für die Art und die Weise, wie Schlüsselprobleme von Hunger und Mangelernährung bekämpft werden können. Im *Human Development Report* 2000 des UNDP, zeigt sich, dass aber leider die ursprüngliche Bedeutung von Ernährungssicherheit im Sinne eines generellen Vorhandenseins von Nahrungsmitteln auf nationaler und globaler Ebene immer noch die angewendete Interpretation in den meisten internationalen Institutionen ist. Als Indikatoren dienen Daten über die Durchschnittswerte der nationalen Versorgung mit Energie, Proteinen und Fett, der Produktionsindex, Daten über Lebensmittelimporte und Nahrungsmittelhilfe (vgl. Windfuhr und Jonsén 2005: 21). Diese Daten können aber niemals die sozialen Dynamiken, die für die Verteilung von Nahrungsmitteln ausschlaggebend sind, berücksichtigen.

Along with the discussion on household or individual food security, a highly aggregated vision of food security as a global, national or regional issue tends to prevail. Hence the bias towards global, national or regional availability of food, rather than individual access to food by deprived persons or groups (ebd. 2005: 23).

„Access to international markets is not a solution for farmers“ (Via Campesina 2003) ist ebenfalls eine wichtige Aussage des Konzepts der Ernährungssouveränität. Diese Auffassung steht entgegen der neoliberalen Politik und Thesen in der EZA und Entwicklungspolitik, die seit den 80er Jahren, vertreten werden. Da dieses Konzept ebenfalls von der OEZA vertreten wird, sollten sich die OEZA Strategien auch daran orientieren.

4.7 Identifying the hungry?

Auch wenn es ein problematisches Unterfangen ist, eine grobe Kategorisierung der Gruppen von Menschen zu konstruieren, die von Hunger und Mangelernährung besonders betroffen sind, scheint dies für meine Arbeit zweckmäßig. Wie schon weiter oben erklärt, vernachlässigen die Definitionen von Zielgruppen einerseits die große Komplexität der Hintergründe und Ursachen von Hunger und Mangelernährung sowie der Lebensrealitäten, was eine Homogenisierung und Stigmatisierung der Gruppen in sich birgt. Ein weiteres Resultat davon ist auch, dass Bedürfnisse dieser Zielgruppen als einheitlich dargestellt werden. Außerdem impliziert der Begriff Zielgruppe eine Passivität dieser Personen und ist ebenso Ausdruck eines Machtverhältnisses (vgl. Gardner und Lewis 1999: 105f.). Diese Bedenken sind berechtigt, werden aber aus pragmatischen Gründen in Kauf genommen. Um Strategien zu entwerfen, ist es durchaus notwendig, sich über Zielgruppen Gedanken zu machen. Auch die in den Maastrichter Grundsätzen zu den extraterritorialen Staatenpflichten im Bereich der WSK-Rechte wird gefordert, dass „[...]der Verwirklichung der Rechte der benachteiligten, marginalisierten und verwundbaren Gruppen der Vorrang [ge]geben“ (FIAN Schweiz 2011 a) wird. Olivier de Schutter fordert ebenso, dass in nationalen Strategien der Empfängerländer, an denen sich EZA-Kooperationen der Geberländer orientieren müssen, konkrete Prioritäten von „food vulnerability and insecurity“ (ebd. 2008: 7) festgelegt werden sollen. Dies wird auch in den freiwilligen Leitlinien besonders hervorgehoben (vgl. UNO 2004). Michael Windfuhr meint zusätzlich „dass „[...] eine Stärkung eines rechtsbasierten Vorgehens zum Recht auf Nahrung [...] sich gerade aus der besonderen Problemlage der von Hunger und Unternährung besonders betroffenen Gruppen [ergibt]“ (Windfuhr 2006: 231). Daraus kann erschlossen werden, dass sich die Formulierung der Zielgruppen von EZA-Strategien und die Wahl der Instrumente und Strategien an diesen Gruppen orientieren sollen, um auf die Umsetzung des Rechts auf Nahrung abzielen. Diese Formulierungen können in

strategischen Formulierungen nur abstrakter umrissen werden, da diese, wie im Falle der OEZA, auf verschiedene Länder anwendbar sein müssen. Es liegt nahe, dass diese Zielgruppen für eine Operationalisierung konkreter im regionalen Kontext reflektiert, analysiert und adaptiert werden müssen, um den lokalen Gegebenheiten und unterschiedlichen Bedürfnissen gerecht werden zu können, wie das auch bei der „Maßschneidung“ von EZA-Interventionen allgemein gefordert wird. Für die Besprechung der Strategien der OEZA soll im Rahmen dieser Arbeit auf die Typologien von Hunger der *Hunger Task Force* des UNO-Millenniumprojekts eingegangen werden. Diese geht nach einer Analyse vom Ausmaß des Hungers in verschiedenen Weltteilen und verschiedenen Gruppen davon aus, dass Ernährungsunsicherheit ein vornehmlich ländliches Problem ist. Ungefähr 80% der davon betroffenen Menschen leben auf dem Land. Die Hälfte dieser Menschen lebt in kleinbäuerlichen Familien, welche sich mit den verfügbaren und zugänglichen Mitteln nicht adäquat ernähren können. Das bedeutet, dass eine große Zielgruppe aus Kleinbäuerinnen und Kleinbauern bestehen könnte. Des Weiteren sind davon zwei Drittel von Marginalisierung betroffen, wobei hier Marginalisierung besonders auf den Ressourcenzugang bezogen wird. Das verfügbare Land ist oft zu klein oder befindet sich in ökologisch marginalen (ungünstigen) Gebieten; auch der Zugang zu diesem Land kann oft nicht langfristig über einen Landtitel abgesichert sein. Frauen sind nach diesem Bericht besonders davon betroffen, keinen Zugang zu Land und anderen produktiven Ressourcen zu haben (vgl. UNO 2004: 45ff.). Grundsätzlich kann von einer *Feminisierung* der Armut, des Hungers und der Landwirtschaft gesprochen werden (vgl. Nuscheler 2005: 167f.), was Frauen in eine Schlüsselrolle für die Verwirklichung des Rechts auf Nahrung bringt. Abhängigkeiten von wenigen Zwischenhändlern stellen ein weiteres Problem dar, mit dem diese Bauernfamilien verstärkt konfrontiert sind. In den meisten Fällen handelt es sich um eine Kombination mehrerer Faktoren. Gemeinsam ist allen eine markante Anfälligkeit gegenüber externen Einflüssen. Eine weitere wichtige Gruppe sind die Landlosen, die ohne Zugang zu Land auf die Lohnarbeit in der Landwirtschaft angewiesen sind, da in vielen ländlichen Gebieten der landwirtschaftliche Sektor die einzige Beschäftigungsmöglichkeit bietet. Neben der unbedingten Notwendigkeit von Landreformen, die einen gerechteren Zugang zu Land sicherstellen soll, kann der Landwirtschaft zur Schaffung von Arbeitsplätzen in ruralen Gebieten eine wichtige Rolle zukommen. Dies gilt mitunter auch für den Bereich der Verarbeitung und des Handels von lokalen Produkten (vgl. UNO 2004: 53f.). Diese Gruppen sollen nun noch nicht als allgemeine Zielgruppen gesehen werden, können aber einen Orientierungsrahmen für strategische Überlegungen bilden.

Jede wirkungsvolle Strategie zur Reduktion der Zahl der Hungernden und Unterernährten muss [...] mit Maßnahmen beginnen, die die besonderen Zugangsprobleme dieser Gruppen verbessern. Es muss immer gefragt werden, wie sich Maßnahmen gerade auf diese Gruppen auswirken (Windfuhr 2006: 33f.).

In diesem Zusammenhang ist auch relevant anzuführen, dass die Mittel für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung in der öffentlichen EZA aller bi- und multilateralen Geber seit den 1980er Jahren massiv gekürzt wurden. Ländliche Regionen wurden und werden in der Entwicklungspolitik großteils vernachlässigt (vgl. De Schutter 2008: 8). Die zur Verfügung stehenden Mittel wurden von den Agrareliten in „Entwicklungsländern“ nicht selten in Agrarexportplantagen umgelenkt. So kamen viele Infrastrukturförderungen selten der Entwicklung lokaler und regionaler Märkte zu Gute, sondern zielten auf den Zugang zentraler Exportprodukte auf den Weltmarkt ab. Lange konzentrierten sich die internationale und nationale Agrarforschung wie auch agrarpolitische Förderprogramme und Agrarberatung nur auf begünstigte Anbaugelände und wenige zentrale Exportprodukte und somit vorbei an den oben genannten Gruppen (vgl. Windfuhr 2006: 233f.). Hier kann auf das erste Kapitel dieser Arbeit verwiesen werden, da die dominanten Entwicklungsvorstellungen und -strategien der Vergangenheit diese Menschen konsequent vernachlässigten und meist auf Kosten dieser Bevölkerungsgruppen in „Entwicklungsländern“ verwirklicht wurden.

Ergänzend ist festzuhalten, dass Landwirtschaft zwar nicht der alleinige Schlüssel, für eine wirksame Armutsreduktion und Ernährungssicherung sein kann, aber für viele Menschen eine der wenigen Zugangsmöglichkeiten zu Lebensmitteln und Einkommen bietet (vgl. Gruber und Hauser 2010: 87).

4.8 Zusammenfassung - Anforderungen an Instrumente und Strategien der EZA

Nach dem bisher Besprochenen, können folgende Anforderungen an Instrumente und Strategien der EZA für die Verwirklichung des Rechts auf angemessene Nahrung festgehalten werden:

Hunger und Mangelernährung sind vor allem ländliche Phänomene, und es sind überwiegend Frauen davon betroffen. Daher sollte der grundsätzliche Fokus von Interventionen auf der ländlichen Bevölkerung und einer gleichberechtigten Teilhabe von Frauen liegen. Die Literaturstudie zum Recht auf Nahrung zeigt, dass besonders in die Förderung der bäuerlichen

Landwirtschaft große Hoffnungen gesteckt werden, zusätzlich sollten aber auch andere Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden. Die bäuerliche Landwirtschaft wird auch als Motor für ländliche Armutsminderung betrachtet. Diese Perspektive zeigt den Zusammenhang von Ernährungssituation und Armut (das erste MDG) auf. Landwirtschaft ist ein wichtiger Ansatzpunkt, jedoch muss unterstrichen werden, dass sie nicht die alleinige Lösung darstellen kann.

Bei Menschen, die keinen Zugang zu Nahrungsmitteln durch eigene Produktion oder Zukauf wahrnehmen können, handelt es sich meist um marginalisierte Gruppen. Diese Gruppen sind aber nicht nur im regionalen Kontext marginalisiert, sondern auch im Globalen durch wirtschaftliche und politische Strukturen. So ist die ländliche Bevölkerung in peripheren Regionen, die von der (bäuerlichen) landwirtschaftlichen Produktion abhängig ist, oft grundsätzlich sozial, politisch und ökonomisch benachteiligt. Zusätzlich sind gerade diese Gruppen durch Klimaveränderungen und globale Umweltschäden am stärksten verwundbar. Um Rechte wahrnehmen zu können, sind die Interventionen und Strategien auf die Selbstbestimmung, Teilhabe und das *Empowerment* der betroffenen Menschen auszurichten. Die EZA-Interventionen und Strategien sollen ein Mittel mit dem Ziel der politischen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Ermächtigung der PartnerInnen sein. Dieses Ziel sollte sich aber nicht nur auf die Beteiligung in den Interventionen, sondern auf gesamtgesellschaftlicher Ebene beziehen.

Interventionen und Instrumente, die zur Verwirklichung des Rechts auf Nahrung beitragen wollen, müssen Menschen die Möglichkeiten geben, sich selbst (und ihre Familien) erhalten zu können. Dafür müssen sie förderliche Rahmenbedingungen und Möglichkeiten schaffen, welche Diskriminierung und Ausgrenzung entgegen wirken. Das Recht auf Nahrung bezieht sich auch stark die ökonomische Dimension und förderliche Bedingungen ein, die es Menschen ermögliche, am ökonomischen Leben unter fairen Bedingungen aktiv teilnehmen zu können. Dies kann durch die Erschließung des Zugangs zu und der Kontrolle über produktive Ressourcen (wie Boden, Saatgut, Wasser, ...) sowie durch die Fähigkeit, diese auch nachhaltig nutzen zu können, oder durch Zugang zu Lohnarbeit unter fairen Bedingungen geschehen. Das Recht auf Nahrung beinhaltet, so betrachtet, also auch das Recht auf Produktion und das Recht auf Arbeit.

Instrumente dürfen den Zugang und die Kontrolle über Ressourcen zur Produktion von Lebensmitteln oder anderen Einkommensmöglichkeiten für die Zielgruppen (und alle

Personen darüber hinaus) nicht behindern, sondern fördern. Diese Zielgruppen müssen zunächst den am „dringendsten“ bedürftigen Personen im Sinne von Ernährungsunsicherheit entsprechen. Das heißt, dass eine Intervention einer öffentlichen EZA-Organisation den stark benachteiligten und vulnerabelsten Personengruppen in den „Empfängerregionen“ entgegen kommen und für diese ohne große Hindernisse wahrnehmbar sein muss. Darüber hinaus sollen diese Instrumente zur Gendergerechtigkeit beitragen und dürfen nicht diskriminierend wirken. Soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit soll nicht gefördert werden, indem Interventionen ausschließlich Menschen in schon wirtschaftlich und sozial besseren Ausgangslagen zugänglich sind und zugute kommen und dadurch auch soziale Ungerechtigkeit verschärfen. Das heißt auch, dass die Projekte und Programme an den Kapazitäten und Ressourcen der Zielgruppen, Familien und jeder Einzelperson orientiert sein sollen und nicht umgekehrt. Die Maßnahmen und Instrumente der EZA müssen die Autonomie und Selbstbestimmung der Zielgruppen fördern und dürfen keine Abhängigkeiten und Ausbeutungsverhältnisse produzieren (was innerhalb der EZA grundsätzlich in Frage gestellt werden kann). Darüber hinaus geht es nicht nur um den physischen und wirtschaftlichen Zugang zu gesunden Nahrungsmitteln, sondern dieser soll auch angemessen und nachhaltig sein. Angemessenheit wird von den lokalen sozialen, kulturellen, ökonomischen und ökologischen Bedingungen und individuellen Anforderungen bestimmt. Instrumente und Maßnahmen müssen an den lokalen Kontext und die betroffenen Personen, gemeinsam von OEZA und den Betroffenen selbst, angepasst und maßgeschneidert erarbeitet werden. Der Begriff Nachhaltigkeit bezieht sich auf den langfristigen Zugang. Um diesen zu gewähren, müssen die Lebensgrundlagen durch das von der EZA eingesetzte Instrument und die Strategien erhalten und geschützt werden. Das kann durch Risikominimierung und Diversifizierung und über ökologisch nachhaltige Wirtschaftsweisen unterstützt werden. Eine der zentralsten Anforderungen ist der Vorrang der lokalen Produktion zur Ernährung der lokalen Bevölkerung gegenüber der Förderung von Exporten.

Die politischen und institutionellen Rahmenbedingungen sollten auch für die EZA ein Thema sein und so sollte sie sich für strukturelle Veränderungen einsetzen, nur dann kann das Recht auf Nahrung langfristig verwirklicht werden.

5 ÖKOLOGISCHE LANDWIRTSCHAFT IN DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Nachdem nun die wichtigen Zusammenhänge zwischen landwirtschaftlicher Entwicklung und dem Recht auf Nahrung besprochen wurden, bleibt noch offen zu klären, was ökologische Landwirtschaft ausmacht und welche Ideen dieser zugrunde liegen. Ökologische Landwirtschaft wird heute innerhalb der Entwicklungsdebatte als neue landwirtschaftliche Entwicklungsstrategie diskutiert und immer stärker propagiert. Diese Strömungen innerhalb der internationalen Entwicklungsdebatte sollen hier nachgezeichnet werden. Danach werden unterschiedliche Ausformungen der Praxis der Förderung von ökologischer Landwirtschaft in „Entwicklungsländern“ gezeigt. Da innerhalb der Entwicklungsdebatte die Förderung zertifizierter ökologischer Landwirtschaft und damit einhergehend die Integration in globale Märkte immer stärker verfolgt wird, wird auch auf die Auswirkungen dieser Tendenzen auf Kleinbäuerinnen und Kleinbauern und die Rahmenbedingungen für die Umsetzung innerhalb von EZA-Interventionen eingegangen.

5.1 Ökologische Landwirtschaft – Was ist das?

Seit den ersten Vorlesungen über anthroposophische Landwirtschaft des österreichischen Philosophen Rudolf Steiner 1924, die damals eine sehr frühe Kritik der industriellen Landwirtschaft darstellte, hat sich ein großes Spektrum von Ansätzen und unterschiedlichen Konzepten von ökologisch nachhaltiger Landwirtschaft entwickelt (vgl. Kristiansen et al. 2006: 4f.).

Die verschiedensten landwirtschaftlichen Praktiken und Interpretationen von ökologischer Landwirtschaft wurzeln in unterschiedlichen geografischen und klimatischen Bedingungen, Überzeugungen, Verständnissen von Natur, Traditionen, Philosophien, lokalen und globalen Politiken und besonders ökonomischen Interessen. Nach Bernhard Freyer (2008) lassen sich drei Tendenzen unterscheiden:

- Ganzheitliche Konzepte: „*Organic PLUS*“
- Ökologische Landwirtschaft als Standard: „*Practice following strictly Standards and Regulations*“
- Konventionalisierung oder „*Simplification*“

Es gibt heute viele konventionalisierte¹⁰ Ansätze, die ausschließlich auf den Verzicht von agrochemischen Produktionsmitteln, biotechnologischem Saatgut und gentechnisch veränderten Organismen (GMOs) fokussieren (vgl. Freyer 2008: 2).

Demgegenüber stehen unterschiedliche Verständnisse der holistischen ökologischen Landwirtschaftsbewegung, die ganzheitliche, in ihrer Multifunktionalität betrachtete Landwirtschaftssysteme fordern, die sozial, ökologisch und ökonomisch nachhaltig und gerecht sind. Darüber hinaus finden sich auch emanzipatorische Tendenzen, wie die von Allen und Sachs (2009), welche den Anspruch erheben, dass nachhaltige Landwirtschaft vor allem die Bedingungen, die zu nicht nachhaltigen Systemen geführt haben, herausfordern soll, und dies seien *„inequities, the exploitative relationships, and the dependencies that conventional agriculture has been benefited from, but ignored“* (Allen und Sachs in Farnworth und Hutchings 2009: 13). Zwischen diesen beiden Polen finden sich verschiedenste Standardsysteme, die die Basis für die Zertifizierung und Kennzeichnung von landwirtschaftlichen Produkten als „bio“ oder „ökologisch“ bilden. Erst durch die Zertifizierung können diese Produkte dann im jeweiligen Nischensegment einen Prämienpreis erzielen.

Diese große Bandbreite an unterschiedlichen Definitionen und Ansätzen macht es schwierig, ökologische Landwirtschaft zu beschreiben und über ökologische Landwirtschaft zu verhandeln, und dies selbst innerhalb der Entwicklungsdebatte. Da sich die OEZA, wie viele andere Institutionen, vor allem auf die Definition der IFOAM, der internationalen Dachorganisation der ökologischen Landwirtschafts-Bewegung, bezieht, soll das auch für diese Arbeit gelten. Darüber hinaus kann die IFOAM als meinungsbildender und entscheidender „Lobbying“-Vertreter der ökologischen Landwirtschaftsbewegung hinsichtlich des „Entwicklungspotentials“ von ökologischer Landwirtschaft für „Entwicklungsländer“ in der Entwicklungsdebatte bezeichnet werden.

Die IFOAM umreißt ökologische Landwirtschaft folgendermaßen:

Organic agriculture is a production system that sustains the health of soils, ecosystems and people. It relies on ecological processes, biodiversity and cycles

¹⁰ Unter Konventionalisierung der ökologischen Landwirtschaft wird die Etablierung von AkteurInnen und Praktiken in Vertriebs- und Produktionssystemen verstanden, die den Prinzipien der Ökolandwirtschaftsbewegung entgegen stehen. Dadurch werden die „ökologischen“, vermeintlich alternativen, Produktions- und Vertriebskette der konventionellen Landwirtschaft immer ähnlicher. Das Verständnis von ökologischer Landwirtschaft wird ausgehöhlt und vereinfacht und beschränkt sich im Grunde auf rein technische Aspekte (bzw. technische Verbote). Die Standards werden auf ein Minimum reduziert, wie auf das Verbot von Mineraldünger und GMOs.

adapted to local conditions, rather than the use of inputs with adverse effects. Organic agriculture combines tradition, innovation and science to benefit the shared environment and promote fair relationships and a good quality of life for all involved. (IFOAM 2008)

Diese Definition ist positiv formuliert und zeigt eine ganzheitliche Perspektive. Produktionssysteme bestehen nicht nur aus ökologischen Prozessen, Kreisläufen, lebendigen Böden, sondern auch Menschen werden als ein Teil dieses System gesehen. Die Anpassung der Produktionssysteme¹¹ an ökologische, ökonomische, soziale wie kulturelle lokale Gegebenheiten ist hier konstitutiv für die ökologische Landwirtschaft. Durch diese Anpassung haben ökologische Landwirtschaftssysteme auch immer etwas Prozesshaftes. Außerdem zeigt sich die besondere Stellung von Wissen in der ökologischen Landwirtschaft. Dabei soll keine Hierarchie zwischen lokalem und agrarwissenschaftlichem Wissen bestehen, welche gemeinsam zur Generierung von neuem Wissen eingesetzt werden sollen. Ökologische und soziale Gerechtigkeit sollen zentrale Grundbedingungen sein.

Diese einzelnen Aspekte kommen in den IFOAM Prinzipien verstärkt zum Ausdruck, welche aber erst im nächsten Teil des Kapitels vorgestellt werden sollen.

Ergänzend zur IFOAM kann auch das Verständnis von El-Hage Scialabba und Hattam (2002) gesehen werden, die ökologische Landwirtschaft im Gegensatz zu konventionellen Landwirtschaftssystemen als einen reflektierten Versuch, die lokal vorhandenen Ressourcen bestmöglich zu verwenden, beschreiben. Sie sehen ebenfalls ein wichtiges Anliegen von ökologischer Landwirtschaft darin, ganzheitliche, sozial, ökologisch und ökonomisch sinnvolle Landwirtschaftssysteme zu schaffen, die auf lokalen oder farneigenen erneuerbaren Ressourcen sowie dem Management von ökologischen und biologischen Prozessen aufbauen. Die Verwendung von externen Inputs, egal ob ökologisch oder nicht, wird möglichst unterlassen. Es sollen lokale Sorten von Saatgut bevorzugt werden. Ein wichtiger Aspekt ist auch, Landwirtschaftssysteme im Sinne von Agrarkultur und ihrer Multifunktionalität zu verstehen, und nicht nur als einen Bausatz von Technologien zu sehen (vgl. ebd 2002).

Im Kontext des Rechts auf Nahrung werden grundsätzlich ökologisch nachhaltige Landwirtschaftssysteme gefordert, die manchmal als ökologische Landwirtschaft, öfter aber mit dem Ansatz der Agrarökologie (Agroecology) konkretisiert werden. Der Ansatz der Agrarökologie wird besonders vom UN-Sonderbeauftragten zum Recht auf Nahrung, Olivier

de Schutter (2010), gefördert. Einige Ansätze der ökologischen Landwirtschaft können mit Agroökologie verglichen werden. Agrarökologie folgt keinen Standards und keinen Verboten von bestimmten Inputs und Praktiken, sondern bezieht sich viel mehr auf ökologische Managementprozesse, die auch Praktiken beinhalten könnten, die nach ökologischen Landwirtschafts-Standards verboten sind.

Agroecology goes beyond a one-dimensional view of agroecosystems to embrace an understanding of ecological and social levels of co-evolution, structure and function (...). Agroecology is the holistic study of agroecosystems, including all environment and human elements. (Alteri und Nicholls 2005: 29).

Agrarökologie behandelt die soziale Dimension und die ökologische Dimension gleichwertig. Menschen und Umwelt werden als Teile eines gemeinsamen Systems gesehen, was einen Unterschied zu vielen Ansätzen der ökologischen Landwirtschaft ausmacht, welche hauptsächlich den Umweltschutz in den Vordergrund stellen.

[I]t is very complex, it is difficult to achieve, it requires a very good training of farmers into the good techniques which depend on the specific agroecological environment in which they are and for this very reason agroecology is very much about knowledge which is transmitted, it is very knowledge intensive, it is in most cases relatively labour intensive, but it is certainly not input intensive (De Schutter 2010: 7).

De Schutter streicht hier hervor, dass agroökologische Systeme besonders wissens- und arbeitsintensiv sind.

Technisch gesehen stützt sich ökologische Landwirtschaft stärker auf Zwischenfrüchte, Fruchtfolgen, Zwischenfruchtanbau, sowie Kompostierung statt auf chemische Zusätze. Schädlings- und Unkrautbekämpfung durch externe Mittel werden ebenfalls durch biologische Managementpraktiken ersetzt (vgl. SIDA 2009).

Einige AutorInnen unterstreichen, dass ökologische Landwirtschaft nicht nur ein Konzept ist, das in Europa und Amerika entstanden ist, sondern gleichermaßen seine Wurzeln und Ausprägungen im globalen „Süden“ hat (Hauser und Walaga 2005: 66, Parrott und Marsden 2002, Farnworth und Hutchings 2009: 34).

5.2 IFOAM Prinzipien und Standards

Anhand der Prinzipien und Standards der IFOAM zeigt sich ein Dilemma der ökologischen Landwirtschafts-Bewegung, das sich auch besonders für sogenannte „Entwicklungsländer“ nachteilig auswirkt.

Die IFOAM Prinzipien sollen einen Orientierungsrahmen und Zielsetzungen für alle beteiligten Akteursgruppen, besonders auch für Bauern- und Bäuerinnengruppen, Organisationen, Unternehmen und Regierungen darstellen, für die Förderung und den Ausbau ökologischer Produktionssysteme, Programme und Netzwerke. Diese Prinzipien beziehen sich nicht nur auf die Produktion und Weiterverarbeitung, sondern auf die gesamte Wertschöpfungskette. Sie sind als ethische Leitlinien zu sehen, fordern damit aber auch gleichzeitig den Ausbau alternativer Handlungsweisen, Perspektiven auf individueller, gemeinschaftlicher sowie institutioneller und staatlicher Seite.

Im Gegensatz zu den Standards der IFOAM beziehen sich die Prinzipien neben der bedeutenden ökologischen Dimension ebenso auf ökonomische, soziale und implizit auch politische Aspekte, die das Handeln in ökologischen Landwirtschaftssystemen und Netzwerken anleiten sollen. Die Prinzipien sollen ebenfalls als Beispiel für ein Verständnis von ökologischer Landwirtschaft dienen, das über jenes einer Produktionsmethode hinausgeht. Sie umfassen die Bereiche Gesundheit, Ökologie, Gerechtigkeit und Sorgfalt. Es sollen vor allem die nicht-ökologischen Elemente hervorgehoben werden, die ebenfalls eine Bedeutung für das Recht auf Nahrung haben. Wird ökologische Landwirtschaft als landwirtschaftliche Entwicklungsstrategie verstanden, können die Prinzipien als Ziele und Rahmen gelten:

Prinzip der Gesundheit

„Ökologische Landwirtschaft soll die Gesundheit des Bodens, der Pflanzen, der Tiere, des Menschen und des Planeten als ein Ganzes und Unteilbares bewahren und stärken“ (IFOAM 2005 a). Gesundheit ist nicht die Abwesenheit von Krankheit, sondern die Erhaltung des physischen, geistigen, sozialen und ökologischen Wohles. Immunität, Widerstandsfähigkeit und Regeneration sind dabei ihre Schlüsselmerkmale¹². Folglich ist der Einsatz von Düngern, Pestiziden, Tiermedikamenten und Nahrungsmittelzusätzen zu vermeiden, da diese ungünstige Auswirkungen auf die Gesundheit haben können. Dieses Prinzip untermauert, dass

¹² Das sollte in der Praxis widerstandsfähige, risikoresistente und stabile Produktionssysteme bedeuten.

Menschen ein integraler Teil biologischer Systeme sind und nicht davon getrennt betrachtet werden dürfen. Als ein integraler Teil davon sind Menschen von diesen biologischen Systemen abhängig. Das bedeutet auch, dass Schädigungen dieser Systeme negative Auswirkungen auf die Menschen haben können (vgl. Kristiansen et al. 2006: 14).

Prinzip der Ökologie

„Ökologische Landwirtschaft soll auf lebendigen Ökosystemen und Kreisläufen aufbauen, mit diesen arbeiten, sie nachahmen und stärken“ (IFOAM 2005 a).

Das Management der Agrarökosysteme ist an „lokale Bedingungen, Ökologie, Kultur und Maßstäbe“ (IFOAM 2005 a) anzupassen. Durch Kreislaufwirtschaft sollen Auswirkungen auf die Umwelt verringert und Ressourcen geschont werden. Ökologische Landwirtschaft soll den sich selbsterhaltenden ökologischen Systemen als Beispiel folgen. Die meisten pflanzlichen Nährstoffe werden in Ökosystemen kontinuierlich selbstregulativ zirkuliert. Ebenso sollen Agrarökosysteme selbstregulierend und selbsterhaltend in geschlossenen Nährstoffkreisen aufgebaut werden, ohne externe Inputs und ohne Abhängigkeit von Mineralöl. Darüber hinaus sollen, anstatt mit biologischen Pestiziden zu intervenieren, eher „schädlingsbekämpfende“ Pflanzen in die Systeme integriert werden (vgl. Kristiansen et al. 2006: 15).

Prinzip der Gerechtigkeit

Ökologische Landwirtschaft soll auf Beziehungen aufgebaut sein, die Gerechtigkeit sicherstellen, unter Berücksichtigung gemeinsamer Umweltbedingungen und Lebenschancen. Gerechtigkeit wird charakterisiert durch Gleichheit, Achtung, Rechtmäßigkeit und Verantwortlichkeit gegenüber einer von allen geteilten Welt, sowohl unter den Menschen, als auch in deren Beziehungen zu anderen Lebewesen (IFOAM 2005 a).

Hier wird die Forderung nach sozialer und ökologischer Gerechtigkeit gestellt. Ressourcen für Produktion und Konsum sollen sozial und ökologisch gerecht gehandhabt und verwaltet werden. Der sozial gerechte Zugang zu diesen Ressourcen bezieht sich auch auf zukünftige Generationen. Allen beteiligten Personen in der Produktion, der Verarbeitung und im Handel soll durch ökologische Landwirtschaft eine gute Lebensqualität geboten werden. Darüber hinaus soll ein solches Wirtschaften auf Ernährungssouveränität und Armutsreduktion hin wirken. Die adäquate Bereitstellung von qualitätsvollen Nahrungsmitteln ist als eine zentrale Bestimmung zu garantieren (vgl. ebd. 2005 und Kristiansen et al. 2006: 16).

Prinzip der Sorgfalt

„Ökologische Landwirtschaft soll in einer vorsorgenden und verantwortungsvollen Weise betrieben werden, um die Gesundheit und das Wohlbefinden der jetzigen und folgenden Generationen zu bewahren und um die Umwelt zu schützen“ (IFOAM 2005 a). Vorsicht und Verantwortung ist fundamental für den Umgang mit Technologien nach ökologischen Prinzipien. Wissenschaft hat auch eine wichtige Position, die sicherstellen soll, dass ökologische Landwirtschaft gesund, sicher und ökologisch verträglich ist. Dafür werden auch praktische Erfahrungen, gesammeltes Wissen sowie lokales traditionelles Wissen einbezogen, welche ebenfalls als gleichwertig anwendbare Lösungen betrachtet werden. Ökologische Landwirtschaft soll auf unsichere Techniken, wie GMOs, verzichten um schon im Voraus wesentlichen Risiken nicht zuzulassen. Werte und Anliegen der ProduzentInnen wie KonsumentInnen sollen auf transparente und partizipatorische Weise Entscheidungen mitgestalten (vgl. Kristiansen et al. 2006: 16).

Diese ganzheitliche Perspektive spiegelt sich allerdings nicht in den Standards der IFOAM, die als Rahmenbedingungen für Zertifizierungsstandards gelten. Diese Standards beinhalten soziale Standards in vernachlässigbarem Umfang und Tiefe¹³. Es wird nahezu ausschließlich auf technische und ökologische Auflagen Bezug genommen (vgl. IFOAM 2005b: 49f.). Das zeigt, dass das Konzept und die Prinzipien der ökologischen Landwirtschaft nicht in den Standards weitergeführt und für die Praxis aufbereitet werden. Was für die Praxis insofern relevant ist, da die Berücksichtigung der Prinzipien und vor allem ihre soziale Dimension nicht verbindlich für eine Zertifizierung und den Zugang zu Prämienpreisen sind. Hingegen können die Standards als Verbindlichkeiten handlungsanleitend für einen großen Teil der Umsetzung der ökologischen Landwirtschaft verstanden werden.

Die Ausrichtung nach Standards kann auch ein eingeschränktes Verständnis und Bewusstsein für ökologische Landwirtschaft bei den Bäuerinnen und Bauern mit sich bringen, was sich in der Praxis in einer nicht ökologisch nachhaltigen oder einer inkonsistenten Umsetzung zeigen kann. Beispielsweise werden nur die zu zertifizierenden *Cash Crops* ökologisch angebaut und die *Food Crops* für den Eigenkonsum werden konventionell mit Agrochemikalien behandelt (vgl. Koppensteiner Interview 2012).

¹³ Im Grund wird dabei unter dem Schlagwort der sozialen Gerechtigkeit auf die ILO-Leitlinien verwiesen, sich gegen Kinderarbeit ausgesprochen und grundbedürfnisorientiert Mindeststandards der Arbeitsbedingungen gefordert (vgl. IFOAM 2005b: 49f.).

In den Standards, wie oben erwähnt, verbleiben hauptsächlich ökologische und technische Aspekte. Ganzheitlichkeit und das Potential als Gegenkonzept, was im Kontext des Rechts auf Nahrung ausschlaggebende Komponenten sind, finden darin keine Beachtung mehr (vgl. Freyer 2008). Der Mangel an sozialen Standards wird von vielen Seiten kritisiert. Hier könnte der *Fair-Trade*-Ansatz als Beispiel dienen, soziale Aspekte in Standards zu integrieren (vgl. Hauser 2012, Koppensteiner 2012 und Kristiansen et al 2006: 15). Dabei muss aber auch bei *Fair-Trade*-Zertifikaten beachtet werden, dass diese Standards immer noch innerhalb derselben benachteiligenden Markt- und Machtverhältnisse operieren und Ausbeutungsverhältnisse der globalen Arbeitsteilung dadurch nicht aufgehoben werden. Als eine andere Lösung fordert Johannes Kotschi (2004), dass, anstatt Standards immer spezifischer zu definieren, die IFOAM Prinzipien und Leitbilder stärker zum Beurteilungsmaßstab von Zertifizierungen herangezogen werden.

Grundsätzlich können Standards aber wichtige Funktionen einer klar definierten und kommunizierten Linie erfüllen, die einen Vorteil von ökologischer Landwirtschaft gegenüber Ansätzen nachhaltiger Landwirtschaft bedeuten kann. Nachhaltigkeit ist ein sehr offener und sehr unterschiedlich bis widersprüchlich eingesetzter Begriff, unter dem auch GMOs und andere agroindustrielle Praktiken beworben werden (vgl. Kotschi 2002: 61). Standards könnten zusätzlich die Funktion erfüllen Bäuerinnen und Bauern gegenüber dem Markt stärken (vgl. Gruber und Hauser 2010: 94).

5.3 Die Multifunktionalität von Landwirtschaft

Ein wichtiger Begriff im Bezug auf Landwirtschaft ist ihre Multifunktionalität. Diese wird besonders dann interessant, wenn über den Wert von bäuerlicher Landwirtschaft gesprochen wird.

Landwirtschaft ist eingebettet in soziale und natürliche Zusammenhänge. Sie kann auch mit dem Synonym Agrikultur bezeichnet werden. Das deutet an, dass Landwirtschaft mehr bedeutet als Ernteerträge oder finanzielle Einnahmen, sondern eine Tätigkeit mit mehrdimensionalen Bedeutungen und Rollen ist. Landwirtschaft stellt neben einer speziellen Lebensweise auch einen Ausdruck von Weltanschauungen dar. Landwirtschaft ist multifunktional. Sie dient der Existenzsicherung und als Quelle des Lebensunterhalts, erhält Ernährungsgewohnheiten, beeinflusst soziale Beziehungen, Geschlechterverhältnisse und gibt Sinn. „*Unterschiedliche Agrarsysteme tragen zur Herausbildung eines spezifischen sozialen Umfelds bei. [...]Die Herstellung von Wirtschaftsgütern ist meist eng verbunden mit der*

(Re-) Produktion sozialer Gemeinschaftsgüter“ (Sachs und Santarius 2007: 20). Ebenso bedingen sie „[...] die Herausbildung eines spezifischen natürlichen Umfelds [...], d.h. die Herstellung von Wirtschaftsgütern ist eng verbunden mit der (Re-)Produktion des Gemeinguts Umwelt“ (ebd. 2007: 20). Insofern hat Landwirtschaft über die Bereitstellung von Lebensmitteln und Rohstoffen hinaus einen großen Zusammenhang mit dem gesellschaftlichen Wohlergehen (vgl. IAASTD 2008: 51). Ebenso kann Multifunktionalität nicht-ökonomische Vorteile der ökologischen Landwirtschaft betreffen, bei denen Risikominderung, gesundheitliche Vorteile, Erhalt der ökologischen Ressourcen und Produktivität, Förderung der Biodiversität sowie Diversität zwischen und in den Produktionssystemen zu nennen sind (vgl. Parrott et al. 2005: 169).

Diese Multifunktionalität muss bei der Diskussion von Landwirtschaft in Bezug auf soziale Themen wie Ernährungssicherheit und *Empowerment* immer berücksichtigt werden, was bisher jedoch sehr oft nicht der Fall war (vgl. Parrott und Wright 2007). Außerdem zeigt die Multifunktionalität der Landwirtschaft in ihrer soziokulturellen und naturräumlichen Einbettung auch die Wichtigkeit und Sinnhaftigkeit von verschiedenen, lokal verorteten und standortspezifischen Ausprägungen verschiedener Agrikulturen auf.

Wird ökologische Landwirtschaft von Institutionen, wie der OEZA, als Strategie landwirtschaftlicher Entwicklung verwendet und deklarieren sich diese nach der IFOAM, dann können die multifunktionalen und auch multidimensionalen Prinzipien der IFOAM Leitlinien und Ziele dieses Entwicklungskonzept bilden. Umso wichtiger ist es noch einmal zu betonen, dass trotz der Existenz von Prinzipien das Konzept kein fixes Rezept darstellt, sondern individuell an die jeweilige Situation anzuwenden ist. Ökologische Landwirtschaft ist kein fixes Technologiepaket und muss an die jeweiligen agrarökologischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Bedingungen angepasst und eingebettet werden, die sehr spezifisch sein können und sich auch im Laufe der Zeit verändern. Daher ist ökologische Landwirtschaft als Entwicklungsstrategie auch nur als partizipativer Ansatz im Sinne der Prinzipien verwirklichtbar und unterliegt einem ständigen Prozess der Veränderung und Aneignung durch die Menschen in diesem System.

5.4 Ökologische Landwirtschaft als Entwicklungsstrategie in “Entwicklungsländern”?

Ansätze ökologischer Landwirtschaft existieren schon länger als das Schlagwort nachhaltiger Landwirtschaft. Die Forderung einer nachhaltigen Landwirtschaft kam erst in den 1980er

Jahren auf, als die ökologischen Grenzen des ökonomischen Wachstums eine breite Diskussion erfuhren. Die Verbindung von Umwelt und Entwicklung und deren Wahrnehmung im Mainstream führt erstmals deutlich die globale Ungleichverteilung vor Augen. Unabhängig vom jeweiligen Lager in der Nachhaltigkeitsdebatte werden seither Verhaltens- und Kursänderungen sowohl in „Industrieländern“ als auch in sogenannten „Entwicklungsländern“ gefordert (vgl. Hammer 1995: 12 ff.). Dieser generelle Konsens schlägt sich durch verschiedene Sichtweisen und ideologische Hintergründe in unterschiedlichen Strategien und Forderungen nieder.¹⁴ Hinter dem Überbegriff „Nachhaltige Landwirtschaft“ stecken sehr gegensätzliche Ansätze, da sich auch *HighTech*-Advokaten, darunter Verfechter der grünen Gentechnik und neuer Generationen von Agrochemikalien, zu diesen zählen. Was zeigt, dass der Konsens über die Notwendigkeit von Nachhaltigkeit trügerisch ist (vgl. Kotschi 2002).

Ökologische Landwirtschaft hielt in den 1990ern Einzug in die Entwicklungszusammenarbeit. Einerseits kann die Exportstrategie als Reaktion auf die Bedürfnisse des *Bio-Booms* in Europa und Nordamerika gesehen werden, andererseits aber auch als Auswirkung des Nachhaltigkeitsdiskurses in der Entwicklungsdebatte (vgl. ebd. 2002). Gleichzeitig sind aber auch alternative, lokale ökologische Landwirtschafts-Bewegungen in „Entwicklungsländern“ entstanden, die stärker *community-based* orientiert und im lokalen Kontext verortet, an lokaler Entwicklung orientiert sind (vgl. Parrott et al. 2005: 159). Diese Bäuerinnen und Bauern, wie auch zivilgesellschaftliche Organisationen, wurden aber von öffentlichen Institutionen weder durch Beratungsdienste noch durch Forschung unterstützt, was ihre Situation erschwerte.

Ökologische Landwirtschaft als Modell landwirtschaftlicher Entwicklung wurde lange übersehen, daher waren die Investitionen nationaler Regierungen in den ökologischen Sektor auch nur minimal. Von Seiten des Mainstreams in der Entwicklungsdebatte, wie auch von Regierungen in „Entwicklungsländern“, wurde ökologische Landwirtschaft zunächst sehr angezweifelt. Diese waren seit Jahrzehnten vom Modell der konventionellen landwirtschaftlichen Entwicklung, aufbauend auf den Ideen der Grünen Revolution geprägt. Zusätzlich gab es auch starke Gegenbewegungen aus den akademischen Bereichen, die davon ausgingen, dass ökologische Landwirtschaft eine *low input - low output* Variante der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung sei. Ökologischer Landwirtschaft wurde unterstellt, massive Ertragseinbußen zu bewirken, was gerade im Falle von Ernährungsunsicherheit als

¹⁴ So ist die Kursänderung des Nordens im Mainstream ein nobles Ziel ohne tiefgreifende Konsequenzen, und es wird indirekt weiterhin eine Politik der nachholenden Entwicklung, eine Entwicklung, die die globalen Kapazitäten der biologischen Ressourcen nicht tragen können, verfolgt (vgl. Hammer 1995: 12f.).

nicht vertretbar argumentiert wurde. Dem liegt ein falsches Verständnis von ökologischer Landwirtschaft zugrunde¹⁵, was auch Untersuchungen auf Böden in Gunstlagen, die zuvor konventionell bewirtschaftet wurden und durch die konventionellen Methoden noch nicht zerstört waren, zeigten (vgl. Hauser und Walaga 2005: 66). Dass diese Situation mit Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, die in marginalen Gebieten wirtschaften, nichts zu tun hat, wurde erst mit der Zeit anerkannt. Zahlreiche Studien bestätigen, dass gerade auf kleinbäuerlichen Farmen in „Entwicklungsländern“ die Erträge zwischen 50-500% durch ökologische Bewirtschaftungsformen erhöht werden (vgl. Pretty 2001: 14; Parrott et al. 2005: 165). Anfang des neuen Jahrhunderts veränderten sich langsam die Positionen internationaler Organisationen und nationaler Regierungen gegenüber ökologischer Landwirtschaft. Die Anerkennung der ökologischen Vorteile und das wachsende Marktpotential ließen ökologische Landwirtschaft zu einer förderwürdigen Option ländlicher Entwicklung werden. Der *low-yield* Mythos besteht allerdings teilweise bis heute (vgl. Hauser 2011). Öffentliche Institutionen sind stark durch Forschungen im Privatsektor beeinflusst, die vor allem die Effektivität marktorientierter Ansätze von ökologischer Landwirtschaft für die Erhöhung der Haushaltseinkommen und folglich eine Erhöhung der Ernährungssicherheit in den Mittelpunkt stellen. Das führt u.a. dazu, dass die meisten öffentlichen Institutionen vor allem einen markorientierten Ansatz betonen und unterstützen. Dadurch wird ökologischer Landwirtschaft von Regierungen der „Entwicklungsländer“ und einem großen Teil der Gebergemeinschaft primär die Rolle als hochwertige Exportoption zugeschrieben. Dieser Ansatz, so auch der Mainstream der Entwicklungsdebatte, ignoriert die Zugehörigkeit von Hunderten nicht-zertifizierten ökologischen Bauern- und Bäuerinnengruppen zur ökologischen Landwirtschaftsbewegung und die Vision der ökologischen Landwirtschaftsbewegung, gesunde Lebensmittel für die Selbstversorgung von Bauern und Bäuerinnen zu liefern sowie lokalisierte ProduzentInnen-KonsumentInnen-Beziehungen zu erzeugen. (vgl. Parrott und Wright 2007). Das Potential für kommerzielle Erträge und Deviseneinkünfte durch exportorientierte ökologische Produktion bietet mit Abstand die wichtigste Motivation für staatliche Engagements zur Förderung von ökologischer Landwirtschaft in „Entwicklungsländern“ (vgl. Parrott und Marsden 2002: 90).

Auch der Weltagrarbericht des International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development (IAASTD) sieht die Zukunft der Landwirtschaft in den agrarökologischen Konzepten und dem KleinbäuerInnentum. Dieser Bericht wurde von über

¹⁵ Danach bedeutet ökologische Bewirtschaftung nur, keinen mineralischen Dünger und Pestizide zu verwenden.

500 WissenschaftlerInnen, gemeinsam mit VertreterInnen traditionellen Wissens erhoben und formuliert. Durch die Weltbank initiiert, wurde er von FAO, UNDP, UNEP, UNESCO und WHO mitgetragen. Der Bericht zeigt, dass die Art der Lebensmittelproduktion radikal verändert werden muss, sollen auch von Armut, Hunger und Mangelernährung betroffene Menschen daran teilhaben, der wachsenden Anzahl der Menschen und dem Klimawandel begegnet und ein zukünftiger sozialer und ökologischer Zusammenbruch abgewendet werden. Die konventionelle landwirtschaftliche Entwicklung verursachte eine sehr ungleiche Verteilung der Vorteile und hohe ökologische und soziale Kosten. Darum braucht es eine stärkere Förderung ökologischer Landwirtschaft, aber nicht nur in „Entwicklungsländern“ (vgl. IAASTD 2008: 3f.).

5.5 Ökologische Landwirtschaft in sogenannten „Entwicklungsländern“

Zu den verschiedenen Tendenzen der Konzeptualisierung von ökologischer Landwirtschaft in der Entwicklungsdebatte gibt es kaum Literatur. Am häufigsten werden die leicht erkennbaren und schnell wachsenden Strömungen des formell zertifizierten Sektors von der schwerer quantifizierbaren, informellen und agroökologische Richtung, die auch als nicht-zertifizierte ökologische Landwirtschaft bezeichnet wird, unterschieden. Diese unterschiedlichen Formen sind mit verschiedenen Vorstellungen und Erwartungen, institutionellen und bäuerlichen Interessen verbunden. *„Certified organic agriculture tends to be driven by profit interests of the private sector, while non-certified organic agriculture has been a domain of civil society organizations”* (Hauser und Walaga 2005: 75).

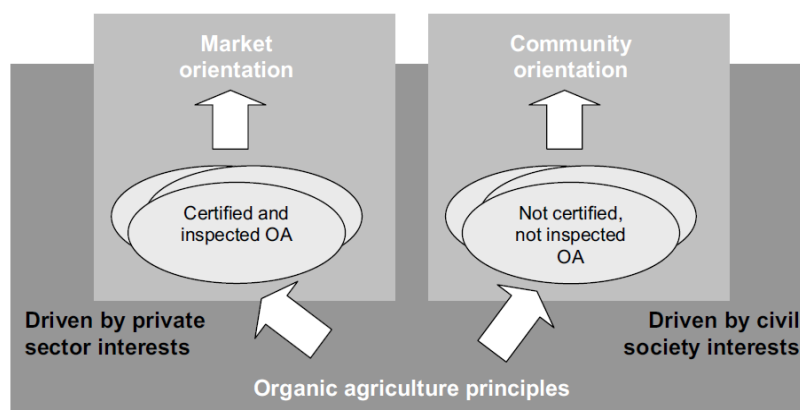


Abbildung 2: nach Walaga und Hauser 2005: 74

Der zertifizierte Sektor ist nach Parrott et al. (2005) und Hauser und Walaga (2005) auch in „Entwicklungsländern“ klar an globalen Warenketten orientiert. Durch zertifizierte

ökologische Produktion sollen Bauern und Bäuerinnen vor allem über Prämien und Einkommenszuwächse profitieren, was Parrott et al. (2005: 153) als neue Form einer ökologischen Modernisierungsstrategie identifizieren. Dieses Feld ist für viele Institutionen sehr interessant, wobei der Fokus aber hauptsächlich auf der für den Export in „Industrieländer“ bestimmten Produktion liegt. Die verschiedenen Formen von ökologischer Landwirtschaft zwischen und innerhalb unterschiedlicher Länder differenzieren sich durch unterschiedliche Größen der Farmen, naturräumliche Bedingungen und spezifische soziokulturelle Bewirtschaftungsformen. *„This suggests that, far from being uniform, the certified farming sector is highly heterogeneous, taking many forms, involving very different practices[...], and ‘meaning’ different things under different circumstances”* (ebd. 2005: 156). Für die Arbeit von EZA-Initiativen ist vor allem die Subsistenz von kleinbäuerlichen Strukturen von Wichtigkeit. Die Konversion zu zertifizierter Produktion unterscheidet sich vom Aufwand her je nach vorangegangener Bewirtschaftung. Mit Sicherheit müssen aber einschneidende organisatorische Veränderungen getroffen werden, um Bauern- und Bäuerinnengruppen mit den internationalen Märkten zu verbinden und ihnen zu ermöglichen, die hohen Marktanforderungen und Standards erfüllen zu können. Bei der Entwicklung der Anbau- und Produktionssysteme wirkt sich die Ausrichtung auf zertifizierte Marktproduktion auf die Diversität der angebauten *Crops*, und so auch indirekt auf die Stabilität der Systeme, aus.

The costs of compliance of certified organic farmers with international production, certification and distribution standards often result in farms characterized by relatively less diversified systems in order to maximize production. These systems are designed to efficiently produce a few high value organic commodities (e.g. coffee, sugar cane) that rely on input substitution (and which are, therefore, highly dependent on organic inputs) (Parrott und Marsden 2002).

Das fordert auch ein anderes Nährstoffmanagement. Im Gegensatz zu größeren Farmen, die stärker auf die Produktion einzelner *Cash Crops* spezialisiert sind, verfolgen Kleinbauern und Kleinbäuerinnen tendenziell mehrere Zielsetzungen. Ein Großteil ihrer Produktion wird nicht für Zertifizierungszwecke angebaut, sondern dient der Subsistenz. Das äußert sich auch in diversifizierteren Produktionssystemen. Die Marktvorteile sind aber auch dort oft das primäre Ziel der Konversion zu ökologischer Landwirtschaft. Für Parrott et al. (2005: 164) repräsentieren diese Entwicklungsstrategien eine neue Version der traditionellen *„trade not aid“*- Ansätze, deren Ziel eine Markteingliederung ist. Auch wenn die unterschiedlichen lokalen Umsetzungen dieser Strategie sehr unterschiedlich ausfallen, haben sie alle gemein,

dass sie auf den globalen ökologischen Markt abgestimmt sind. Die Abhängigkeit vom internationalen Handel wird immer öfter als limitierender Faktor wahrgenommen, weshalb immer mehr Initiativen informelle und alternative Zertifizierungssysteme entwickeln, um lokale und nationale Märkte aufzubauen (vgl. Kotschi 2007: 29). Dies soll in Zukunft auch für die EZA immer wichtiger werden (vgl. Koppensteiner Interview 2012).

Die informelle, nicht zertifizierte bäuerliche ökologische Landwirtschaft in „Entwicklungsländern“ wird von Millionen von Bauern und Bäuerinnen und von Farmergruppen zu Subsistenzzwecken oder für lokale Märkte betrieben.

The ensemble of traditional management practices used by many resource-poor farmers represents a rich experience for the creation of productive agro-ecosystems well adapted to the local agro-ecological and socio-economic circumstances of peasants (El-Hage Scialabba und Hattam 2002).

Neben verschiedenen agrarökologischen Ansätzen können viele traditionelle Landwirtschaftssysteme und Praktiken ebenfalls als „ökologisch“ bezeichnet werden, weil sie agrarökologischen Prinzipien folgen. Allerdings ist nicht davon auszugehen, dass traditionelle Landwirtschaftssysteme, ausschließlich weil sie keine chemischen Inputs verwenden, nachhaltig sind. Traditionelle Systeme, die auf agrarökologischen Methoden basieren, um die Bodenfruchtbarkeit zu erhalten, werden hingegen als ökologisch nachhaltige Systeme verstanden. Viele dieser lokalen Agrarökosysteme und Techniken sind trotz der eigentlichen lokalen Anpassung unter heutigen Bedingungen nicht mehr effektiv oder passend. Diese können dann nicht mehr genügend Lebensmittel für kleinbäuerliche Familien und den lokalen Bedarf produzieren und sind nicht ökologisch nachhaltig. Hier können Modifikationen und Anpassungen ansetzen, die aber weiterhin auf den lokalen Verständnissen und Wissenssystemen aufgebaut sein sollen (vgl. El-Hage Scialabba und Hattam 2002). Durch die Adaption von ökologischen oder agrarökologischen Ansätzen können Bauern und Bäuerinnen oft höhere Erträge und Einkommen erzielen sowie eine Verringerung der Kosten verzeichnen, was zur Stärkung der Ernährungssicherheit und wirtschaftlichen Stabilisierung beiträgt (vgl. Parrott et al. 2005: 153f.). Hier gilt ebenfalls, dass die Techniken verstärkt wissensintensiv und weniger inputintensiv sind. Strategien verteilen das Risiko, der Anbau verschiedener Feldfrüchte und die Haltung unterschiedlicher Tierarten führt zu einer langfristigen Stabilisierung der Erträge. Das Nahrungsmittelangebot wird diversifiziert und die Erträge werden trotz niedrigen Technologielevels und eingeschränkten Ressourcen erhöht (vgl. El-Hage Scialabba und Hattam 2002).

Although economic viability is important to all farmers, non-certified organic farmers, who are not market driven, tend to establish more diversified systems that are managed following the ecosystem approach. The diversity of their produce, including also trees, orphan crops, medicinal plants, etc. are better suited to household needs for food, fuelwood and other products (ebd. 2002).

Ein großer Teil der Bauern- und Bäuerinnengruppen setzen mit ihren Initiativen hier an und optimieren auf verschiedenste Weise, durch partizipative Entwicklungs- und Entscheidungsprozesse, sowie durch neue selbsterprobte, angepasste und agrarökologische Methoden ihre bisher praktizierten Produktionssysteme und den Aufbau von Agrarökosystemen.

Eine Festlegung davon, was hier als ökologisch gelten soll, ist weitaus schwieriger zu treffen als im zertifizierten Sektor. Einige der Bauern und Bäuerinnen dieser Richtungen verstehen sich, der Ökolandwirtschaftsbewegung zugehörig, während andere sich bewusst davon abgrenzen. Ein anderer Grund ist der Unterschied in der ökologischen Nachhaltigkeit und der Ökosystemorientierung der Methoden (vgl. Kotschi et al. 2005: 172). Die Abgrenzungstendenzen auch innerhalb der NGO-Szene werden durch die starke Konventionalisierung, Ökonomisierung und missbräuchliche Instrumentalisierung innerhalb der Bewegung verstärkt (vgl. Hauser Interview 2012).

Beim Verhältnis zwischen zertifizierter und nicht-zertifizierter ökologischer Landwirtschaft in „Entwicklungsländern“ gehen Parrott et al. (2005: 161) von Folgendem aus: “[C]ertified organic land in the developing world might be seen as the ‘tip of an iceberg’ of far more widespread and culturally embedded farming practices that rely upon ecological principles and knowledge”.

Viele marginalisierte ressourcenarme Kleinbäuerinnen und Kleinbauern setzen keine Agrochemikalien ein, weil sie aus finanziellen oder infrastrukturellen Gründen keinen Zugang zu diesen haben. Diese Landwirtschaftssysteme sind meist gekennzeichnet durch geringe Erträge und nicht nachhaltige Praktiken und werden auch als *organic by default* bezeichnet. Gleichzeitig zeigt sich aber, dass der größte Faktor, warum keine ökologischen¹⁶ landwirtschaftlichen Praktiken angewendet werden, der Mangel an Wissen ist (vgl. Parrot et al. 2005: 163). Daher wäre eine Förderung des Wissensaustauschs zwischen Kleinbäuerinnen und Kleinbauern auf horizontaler Ebene sehr vielversprechend.

¹⁶ Ökologische landwirtschaftliche Praktiken werden hier nicht als Methoden der europäischen ÖLW-Traditionen verstanden, sondern als agrarökologische Managementpraktiken, die durch die Verwendung lokaler Ressourcen ein gesundes, stabiles und widerstandsfähiges Produktionssystem bilden.

Im Kontext der Entwicklungsdebatte ist festzuhalten, dass nicht-zertifizierte und subsistenzorientierte ökologische Landwirtschaft oft nicht als zur ökologischen Landwirtschaft zugehörig gesehen wird, was wiederum auf einseitige Auffassungen schließen lässt (vgl. Kotschi 2000).

Eine andere Unterteilung von ökologischer Landwirtschaft in der Entwicklungsdebatte und in der Umsetzung der ökologischen Landwirtschaft als Strategie der EZA unternimmt Michael Hauser, Leiter des *Center for Development Research* der Universität für Bodenkultur Wien (vgl. Interview 2012). Er unterteilt Tendenzen der Ausrichtung nicht nach zertifizierten oder nicht-zertifizierten Sektoren, sondern nach Denkschulen und verschiedenen treibenden Kräften, die jeweils unterschiedliche Dimensionen ökologischer Landwirtschaft betonen. Diese stehen in einem Zusammenhang mit der Ausrichtung von Programmen und Projekten der EZA, und so auch mit den Auswirkungen auf die Praxis und die Situation der beteiligten Bauern und Bäuerinnen. Hauser spricht von mindestens drei¹⁷ Tendenzen.

Es gibt einen starken marktorientierten Zugang, der oft aus der Privatwirtschaft kommt. VertreterInnen dieser Richtung sehen Ähnlichkeiten der bäuerlichen mit der ökologischen Landwirtschaft und verbinden damit die Öffnung neuer Märkte und Marktchancen. In den Ähnlichkeiten der Produktionsweisen sehen sie ein Potential, das für die zertifizierte Produktion der globalen oder nationalen Nischenmärkte genutzt werden soll. Eine Integration der Bäuerinnen und Bauern in den Markt wird angestrebt, um das Einkommen zu erhöhen. Die Betonung der Prämienpreise und (Export-)Marktchancen von ökologischen Produkten sind hier die Argumente für eine Förderung von ökologischer Landwirtschaft als Entwicklungsstrategie. (vgl. Hauser Interview 2012).

Des Weiteren spricht Hauser von der Tendenz, die ökologischen Aspekte in den Vordergrund zu stellen. Die VertreterInnen dieser Richtung sind primär von der Ökologie beeinflusst und zeigen einen starken Umweltschutzgedanken. Ökologische Landwirtschaft wird vor allem als Instrument gesehen, einen Beitrag zum Schutz des Bodens, der natürlichen Ressourcen und der genetischen Vielfalt zu leisten (vgl. Hauser Interview 2012). Wie beim marktorientierten Zugang so kann auch hier argumentiert werden, dass es sich um kein ganzheitliches Konzept von ökologischer Landwirtschaft handelt. Die wichtigen sozialen und kulturellen

¹⁷ Er geht davon aus, dass es noch weitere gibt.

Komponenten von holistischen Sichtweisen betreffend ökologische Landwirtschaft, wie auch die politische Ebene, scheinen vernachlässigt.

Darüber hinaus gibt es viele Initiativen, die *community-based* orientiert sind und vor allem den Ermächtigungsgedanken betonen. Einkommensgenerierung und Ernährungsfragen spielen eine große Rolle, aber im Vordergrund steht das Empowerment der PartnerInnen, wobei ökologische Landwirtschaft ein Teil dieser Strategie ist (vgl. Hauser Interview 2012).

Die Betonung einer Ebene muss nicht unbedingt eine Vernachlässigung der anderen Komponenten von ökologischer Landwirtschaft bedeuten. Grundsätzlich soll aber festgehalten werden, dass alle erwähnten Aspekte für einen ganzheitlichen Ansatz, der alle Potentiale der ökologischen Landwirtschaft für Kleinbäuerinnen und Kleinbauern ausschöpft, eine Rolle spielen. Besonders die sozialen, kulturellen und politischen Kapazitäten der PartnerInnen (vgl. Parrott and Wright 2007) und die jeweiligen Rahmenbedingungen werden oft vernachlässigt, was für das Gelingen von Projekten eine Beeinträchtigung darstellt und ihre Wirksamkeit für die PartnerInnen einschränken kann (vgl. Hauser Interview 2012 und Koppensteiner Interview 2012).

Einkommensaspekte stehen in der aktuellen Entwicklungsdebatte nach Michael Hauser und Petra Gruber im Zentrum (vgl. Gruber und Hauser 2010: 92). Insgesamt lässt sich festhalten,

dass im Rahmen von konventionell denkenden und handelnden Bio-Initiativen weder das ökologische noch das humane, soziale oder Politische Potential von biologischer Landwirtschaft ausgeschöpft wird. [...] Eigenverantwortlichkeit und Autonomie auf lokaler Ebene rücken an die Peripherie; im Vordergrund stehen privatwirtschaftlich dominierte Entwicklungsstrategien der „Geber“ (ebd. 2010: 92)

5.6 Zertifizierung, Standards und Exportmarktorientierung von ökologischer Landwirtschaft und ihre Bedeutung für Kleinbäuerinnen und Kleinbauern

Zertifizierungen und Standards von ökologischen Produkten dienen vordergründig der Qualitätssicherung und der Definition einer klaren Linie. Außerdem schaffen sie Vertrauen bei den KonsumentInnen und legitimieren für höhere Kaufpreise. Die Entwicklungen der Entscheidungsstrukturen und der Praxis der Zertifizierung werden immer häufiger zentral gesteuert. Heute gelten vor allem EU-Richtlinien und der *Codex Alimentarius* als Standards für ProduzentInnen in „Entwicklungsländern“ (vgl. Vogl et al. 2005: 19). Diese stellen aktuell die Rahmenbedingungen für die Produktion und Weiterverarbeitung, wie die Zertifizierung und Inspektionen, dar. Es werden immer mehr regionale Zertifizierungssysteme auch in

„Entwicklungsländern“ entwickelt. Um Produkte in die EU, USA oder Japan zu exportieren, müssen diese nach Standards der Importländer produziert und kontrolliert werden. Davon abweichende Standards der Exportländer werden nicht als gleichwertig anerkannt, und nach diesen Richtlinien erzeugte Produkte dürfen daher nicht als „ökologische“ Produkte eingeführt werden. Neben den ungleichen Machtbeziehungen bringen die geforderten Standards das Problem mit sich, dass diese mit lokalen soziokulturellen und ökologischen Bedingungen oft nicht kompatibel oder praktikabel sind (vgl. Hauser Interview 2012).

Most organic standards have evolved in the industrialised world under specific farming systems and are now being applied to very different farming systems and socio-economic contexts in the South. There is a clear tension here between the desire for flexibility, which reflects local and traditional practices (as advocated by agroecologists), and the need to maintain standards that are respected in destination markets (the organic approach) (Parrott und Marsden 2002: 96).

Das Nicht-anerkennen der nationalen und regionalen Standards der Exportländer bringt nicht nur einen klassischen einseitigen, nicht angepassten Technologietransfer mit sich, sondern steht auch dem Einsatz partizipatorischer Technologieentwicklung entgegen (vgl. Kotschi 2000). Es richtet sich gegen den Ansatz der lokalen Einbettung und Anpassung wie der Selbstbestimmung und der Kreativität der Bäuerinnen und Bauern. Das zeigt eine *top down* Umsetzung, die offiziell vom Großteil der Gebergemeinschaft abgelehnt wird.

Since public interest in organic farming has grown rapidly, the ownership on the process of defining organic farming is no longer in the hands of farmers and [...] aims of the movement seem to be threatened by a bureaucratic view of “recipe”-organic farming (Vogl et al. 2005: 6).

Die Betonung der Marktorientierung und der Fokus auf die Premium-Preise stellen heute eine gängige Strategie in der internationalen EZA dar, dadurch werden oft die Praktiken und Prinzipien, die hinter ökologischer Landwirtschaft stehen, nicht bedacht oder umgesetzt.

Organic farming was established in a bottom-up process as farmers aimed to design sustainable ways of using natural resources. Farmers’ traditional knowledge and their awareness of ecological, as well as, of social affairs was the main base for the development of organic farming (Vogl et al. 2005: 6).

Oft werden die ökologischen Aspekte erst in den Vermarktungsprojekten verankert, weil auf Nischenmärkte abgezielt werden soll. Die Prinzipien gehen dabei unter, und es geht nicht mehr um das Bewusstsein, dass ökologische Produktion für die Bauern und Bäuerinnen selbst und die Umwelt am besten ist und zusätzlich einen ökonomischen Mehrwert bringt. Es ist zu beobachten, dass dabei ökologische Landwirtschaft nur sehr eingeschränkt umgesetzt und verstanden wird (vgl. Koppensteiner 2012). Darüberhinaus kann sich die Förderorientierung

auf Premium-Preise nicht nur auf eine halbherzige Umsetzung der Prinzipien auswirken, sondern auch auf die „Zielgruppen“ und die „Begünstigten“ der Projekte. Die Betonung der Premium-Preise resultiert meist darin, dass ausschließlich zertifizierte ökologische Produktion gefördert und als ökologische Landwirtschaft angesehen wird (vgl. Kotschi 2007: 29). Dieser Zugang schließt alle Bauern und Bäuerinnen aus, welche die Anforderungen und den Ressourcenzugang für eine Zertifizierung nicht mitbringen, von der Förderung nicht-zertifizierter ökologischer Systeme aber sehr wohl profitieren könnten. Abhängigkeit von Exportmärkten durch die verstärkte Marktorientierung bringt vor allem für Kleinbäuerinnen und Kleinbauern einige Risiken mit sich, wie die Vulnerabilität durch Preis- und Marktschwankungen oder auch die Aberkennung von Zertifikaten durch Inspekture. Das wird durch die Spezialisierung auf wenige *Cash Crops* noch verstärkt (vgl. Parrott und Marsden 2002: 91).

Durch die Globalisierungsprozesse, die starke Konzentration der Produktion von ökologischer Landwirtschaft auf die Nachfrage von KonsumentInnen aus „Industrieländern“ und die kaum existierenden Märkten für zertifizierte ökologische Produkte in „Entwicklungsländern“, wird die zertifizierte ökologische Produktion in „Entwicklungsländern“ vor allem durch Interessen und Konzepte des „Nordens“ geprägt. Freyer (2008) und Kotschi (2005) behaupten, dass das Potential von ökologischer Landwirtschaft als alternatives Konzept am Weg in den Mainstream stark eingeschränkt wurde und in der gängigen Praxis verloren gegangen ist. *„In fact, many farmers in developing countries perceive organic agriculture as a product meeting the demand of industrialized country consumers, and incorporated into the systems of trade and distribution that prevail in conventional agriculture”* (El-Hage Scialabba und Hattam 2002). Der Handel mit ökologischen Produkten unterliegt den selben benachteiligenden Bedingungen des Welthandels (*terms of trade*) für „Entwicklungsländer“ und asymmetrischen Machtverhältnissen wie der Handel mit Produkten der konventionellen Landwirtschaft. Es werden nahezu ausschließlich nicht verarbeitete Güter gehandelt, da die Strukturen des globalen Handels es ProduzentInnen in „Entwicklungsländern“ nahezu verunmöglichen, sich mit verarbeiteten Gütern, die eine weit höhere Wertschöpfung erwirtschaften, am globalen Handel zu beteiligen (vgl. Parrott und Marsden 2002: 91). Daher sei auch die gängige Förderpraxis der ökologischen Landwirtschaft in „Entwicklungsländern“ nicht zielführend für Kleinbäuerinnen und Kleinbauern. Johannes Kotschi (2007) diagnostiziert der internationalen Ökolandwirtschaftsbewegung und Förderpraxis, dass essentielle Grundsätze und Bestrebungen der ökologischer Landwirtschaft, wie Sicherung der Ernährung und Schutz der natürlichen Mitwelt, kaum mehr berücksichtigt werden, noch Anerkennung finden. Der Boom

der ökologischen Landwirtschaft, der sich auch in Kleinbäuerinnen- und -bauerninitiativen der Südhalbkugel zeigt, bringt verschiedene AkteurInnen der EZA dazu, mit Premium-Preisen Förderung ökologischer Landwirtschaft in „Entwicklungsländern“ zu betreiben (vgl. Koschi 2007: 29). *„Im Übrigen findet der globale Markt sich selbst und braucht unsere Hilfe nicht. Anders ist es um die regionalen Märkte bestellt“* (Kotschi 2005: 28).

Neben einem hohen bürokratischen Aufwand sind die Kosten für die Zertifizierung bis auf wenige Ausnahmen von Bauern und Bäuerinnen zu übernehmen, was für viele Kleinbäuerinnen und Kleinbauern eine massive Hürde für den Zugang und eine regelmäßige große Belastung darstellt. Auch wenn durch Gruppenzertifizierungen ein Großteil der Inspektionsarbeit durch die Bauern und Bäuerinnen selbst erledigt wird, sind externe Inspektionen¹⁸ trotzdem verpflichtend und kosten um die 300 US\$ pro Tag. Dies macht das Jahreseinkommen der Menschen aus, die inspiziert werden. Ein wesentlicher Teil des Endpreises, der von den Konsument/innen bezahlt wird, geht auf die teure Zertifizierung zurück, kommt also nicht bei den Produzent/innen an. Was bei Produktionskosten durch externe Betriebsmittel eingespart wird, muss für die Inspektionen aufgewendet werden.

The high cost of unnecessary bureaucracy is paid by farmers and consumers, and thus limits the potential of organic farming. Organic farming becomes less interesting because of high costs (no longer for synthetic inputs, but for external consultants and certifiers) and because of high prices for organic produce at the market (Vogl et al. 2005: 22).

Viele der Studien zeigen, dass durch die Prämien zertifizierter ökologischer Produktion die Gewinne für Primärgüter erhöht werden können, besonders im Vergleich zu konventionellen Primärgütern. Allerdings kann gleichzeitig festgestellt werden, dass die meisten Kleinbäuerinnen und Kleinbauern von diesen Vorteilen durch finanzielle, organisatorische oder infrastrukturelle Ursachen ausgeschlossen bleiben und zwar durch die derzeitige Handhabung und Organisation der internationalen Standards und Zertifizierungen (vgl. El-Hage Scialabba und Hattam 2002, Parrott und Marsden 2002: 90, Parrott et al. 2005: 168f.). Gruppenzertifizierungen bieten eine günstigere Variante für Bauern und Bäuerinnen, wobei gleichzeitig Unterstützungsnetzwerke aufgebaut werden können, unterliegen aber trotzdem grundsätzlich denselben Mechanismen.

Ein weiteres Problem ist, dass viele Förderinstitutionen von zertifizierter ökologischer Landwirtschaft, wie auch die EU-Richtlinien, Standards nur auf die zertifizierten *Crops* beziehen. Daher kann, während die *Cash Crops* ökologisch angebaut wird, die für den

¹⁸ Bei Inspektionen werden die Einhaltung der Standards auf den Betrieben überprüft, um die Produkte mit Zertifikaten ausweisen zu dürfen.

Eigenkonsum bestimmte Produktion konventionell bewirtschaftet werden. Wenn ausschließlich aus Gründen der Zertifizierung zu ökologischen Produktionsweisen gewechselt wird, ist ein Bewusstsein der PartnerInnen für ökologische Produktionssysteme oft nicht gegeben. Bei solch einem Fehlen an Bewusstsein werden weder die Produktionssysteme als Ganzes gesehen und ergänzend entwickelt, noch werden innovative Potentiale der Entwicklung ökologischer Produktionssysteme genutzt (vgl. Kotschi 2000).

Auch die Nachhaltigkeit und Stabilität der Produktionsweisen sind an die lokale Einbettung gebunden. *„Sustainable agriculture technologies and practices must be locally-adapted. They emerge from new configurations of social and human capital. Agricultural systems with high social and human capital are able to innovate in the face of uncertainty”* (Pretty 2001: 10). Die Globalisierung der Standards behindert das Potential, lokale angepasste Techniken und Praktiken zu entwerfen, die auf neuen Formen sozialen und menschlichen Kapitals aufbauen. Das widerspricht nicht nur der Einbettung in eine soziokulturellen Sinnhaftigkeit und der Selbstbestimmung der Bauern und Bäuerinnen wie auch den ökologischen Prinzipien, sondern besonders dem Aufbau kreativer Risikostrategien und einer grundsätzlichen ökonomischen und ökologischen Resilienz.

Um diesen Entwicklungen der globalen ökologischen Bewegungen und des globalen ökologischen Handels entgegen zu wirken, fordern Vogl et al. (vgl. 2005: 20), dass die zukünftige Entwicklung von ökologischer Landwirtschaft und ihren Standards lokales ökologisches und technisches Wissen der Bauern und Bäuerinnen anerkennt. Darüber hinaus müssen Regulationen und Evaluierungen die ProduzentInnen in ihrer kulturellen Diversität respektieren und dürfen nicht versuchen, die Verschiedenheit der vielen *Agrikulturen* weltweit zu vereinheitlichen und sich immer weiter von den Bauern und Bäuerinnen zu entfernen (vgl. Vogl et al. 2005: 20). Das sollte einhergehen mit dem Aufbau von lokalen, nationalen und regionalen Märkten, die die Bemühungen der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern fördern, welche in den momentanen Systemen keine Wertschätzung erfahren. *„Dazu wären idealerweise vielfältige Richtlinien und auch Garantiesysteme denkbar, die aus dem jeweiligen natürlichen, kulturellen und sozio-ökonomischen Kontext heraus entwickelt, anstatt „von außen“ vorgegeben werden“* (Kotschi 2005: 28). Unter Berücksichtigung der hier ausgeführten Umstände der gegenwärtigen Praxis kann zertifizierte, ökologische Landwirtschaft nicht als Chance für Ernährungssicherung oder Armutsbekämpfung für

Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in „Entwicklungsländern“ gesehen werden (vgl. Vogl et al. 2005: 21 und Kotschi 2005: 28).

Der Förderung ökologischer Landwirtschaft in „Entwicklungsländern“ wird auch eine Tendenz eines *Ökokolonialismus* vorgeworfen, da diesem einerseits unterstellt wird, „Entwicklungsländern“ Umweltschutz aufzuzwingen und ein Entwicklungshindernis darzustellen, das sich „Industrieländer“ selbst nicht auferlegen (vgl. Swartley 2002). Der andere Grund ist, dass die Definitions- und Entscheidungsmacht der Bedingungen der Praxis bei AkteurInnen und Institutionen der „Industrieländer“ liegt, und Bauern und Bäuerinnen in „Entwicklungsländern“ sich diesen anpassen müssen, wenn sie ihre Produkte in den „Norden“ exportieren wollen. Die Evaluierung der Zertifizierungsstandards und der Praxis wird lediglich nach den Bedürfnissen der Importländern, meist Europa oder Nordamerika, bestimmt. Durch die starke Dominanz der Interessen der Importländer und die asymmetrischen Machtverhältnisse wird die ökologische Landwirtschaft von manchen AutorInnen auch als *Ökokolonialismus* bezeichnet (vgl. Wehrle 1995: 28f.)

6 ÖKOLOGISCHE LANDWIRTSCHAFT IN DER ÖSTERREICHISCHEN ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Nachdem im vorherigen Kapitel auf Konzepte von ökologischer Landwirtschaft generell und im Kontext der EZA Förderung eingegangen wurde, soll in diesem Kapitel die Konzeptualisierung der ökologischen Landwirtschaft als Strategie der OEZA behandelt werden. Das dient einerseits dazu, ökologische Landwirtschaft als Instrument der EZA am Beispiel einer Organisation, der OEZA, zu besprechen. Darüberhinaus soll gezeigt werden, wie die OEZA ökologische Landwirtschaft einsetzen will und welche Bedeutung ihr zugesprochen wird. Die Bedeutung und Konzeptualisierung von ökologischer Landwirtschaft in der OEZA soll anhand der Geschichte und Motivation der OEZA für den Einsatz von ökologischer Landwirtschaft und ausgewählter Eckpunkte der Strategie gezeigt werden. Bei diesen Eckpunkten handelt es sich um die Zielgruppen, die Form der geförderten ökologischen Landwirtschaft, die strategische Orientierung in den Bereichen marktwirtschaftliche Ausrichtung, Eigenversorgung und im Hinblick auf Partizipation und lokales Wissen.

6.1 Landwirtschaftliche Entwicklung als wichtiger Fokus der OEZA

“The concept of organic agriculture can be considered as a thematic field with high poverty relevance on the one side and effects in empowerment as well as social and market integration on the other” (OEZA 2007: 23)

Die OEZA vertritt einen kritischen Standpunkt gegenüber Landwirtschaft nach konventionellem agroindustriellem Vorbild aufgrund des Mangels an ökologischer Nachhaltigkeit und der inhärenten Benachteiligungen von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern (vgl. ebd. 2003 55f. und ebd. 2007: 4f.). Ökologische Landwirtschaft stellt für die OEZA dieser gegenüber eine alternative Strategie landwirtschaftlicher Entwicklung dar. Seit 2008 wird von der OEZA explizit die Förderung von ökologischer Landwirtschaft bevorzugt.

Ökologische Landwirtschaft als Begriff ist aber relativ. Auch schon 1996 wollen wir [OEZA] uns mit ökologisch nachhaltigen Produktionsmethoden beloben. Damals wurde sie ökologisch nachhaltige Landwirtschaft genannt. Wir haben schon immer mehr in diese Richtung versucht zu arbeiten - wenig Einsatz von chemischen Düngemitteln, wenig Pestiziden... Wir waren immer auf der Suche nach möglichen Alternativen. Diese gewissen Grundsätze hat es schon immer gegeben (Rabitsch Interview 2011).

Seit den 1980er Jahren bemüht sich die OEZA verstärkt auf dem Gebiet der naturnahen, kleinbäuerlichen, ökologisch nachhaltigen Landwirtschaft. In den letzten drei Dekaden waren ökologische Prinzipien implizit in vielen Interventionen landwirtschaftlicher und ländlicher Entwicklung vertreten. Diese Leistungen wurden bereits 1996 von der DAC Peer Review gelobt und gleichzeitig eine Empfehlung zur Intensivierung der Bemühungen ausgesprochen (vgl. OECD 2009). Historisch gesehen trifft dies auch mit dem Aufkommen der internationalen Nachhaltigkeitsdebatte zusammen. Manfred Schnitzer, der am Beginn seiner beruflichen Laufbahn in der OEZA selbst im Personaleinsatz in Tansania war, begründet diese „Tradition“ in der OEZA durch einen stärkeren Einblick in ländliche Lebenswelten aufgrund verstärkter institutioneller Ausrichtung auf Personaleinsätze in den Partnerländern in der OEZA. Die „EntwicklungshelferInnen“ waren näher an den Menschen als VertreterInnen in Büros, und haben daher einen individuelleren, nachhaltigeren Weg gegenüber einheitlichen Lösungen bevorzugt. *„Die meisten dieser Leute haben so ein gemeinsames Leitbild geprägt, und das ist nach wie vor in der ADA vorhanden. Diese Tradition lebt weiter fort. Das war ganz klar, dass wir uns nur für den ökologischen Landbau interessieren werden“* (Schnitzer Interview 2011).

Trotz der langen Praxis der Förderung ökologisch nachhaltiger und ressourcenschonender Technologien und Praktiken legte sich die OEZA bis 2008 nicht auf die Förderung von ökologischer Landwirtschaft fest. Neu daran war, dass der Fokus explizit auf ökologischer Landwirtschaft als ein wachsender landwirtschaftlicher Subsektor liegen sollte (vgl. OEZA 2007: 17). Das legt nahe, dass hier vor allem Marktchancen und Prämien-Preise als Motivation der neuen Festschreibung und Selbstzuordnung ausschlaggebend waren. Der Markt für ökologische Produkte wächst rasant, besonders in „Industriestaaten“. Darüber hinaus wurde ökologische Landwirtschaft in der internationalen EZA in den letzten Jahren immer akzeptierter und als „alternativer Weg“ Teil des Mainstreams, was als Hintergrund mitbedacht werden kann (vgl. Kotschi 2007: 28).

Auch in der DAC Paar Review 2009 wird der OEZA im Bereich der ökologischen Landwirtschaft der Ausbau der komparativen Vorteile gegenüber anderen EU-Ländern bestätigt und als Mehrwert für die Umwelt anerkannt. Österreich verfügt im internationalen Vergleich über bedeutende Erfahrungen und Fachexpertise in der Entwicklung des ökologischen Sektors. Darüber hinaus begrüßt die DAC, dass die OEZA die Umwelt in den Mittelpunkt ihrer Programme stellt. Der ökologische Sektor in Österreich ist „sehr gut entwickelt“ und stellt ein wichtiges Potential für die Förderung von ökologischer Landwirtschaft dar. Gleichzeitig ergänzt sich ökologische Landwirtschaft mit den deklarierten Prioritäten der OEZA der ländlichen Entwicklung und des Privatsektors (vgl. OECD 2009: 67). *„With a strengthened and expanded program on organic agriculture for development, Austria could become a leader in this innovative sector“* (ebd. 2009: 68).

Die Förderung der ländlichen Entwicklung scheint mit seit Jahren stabilen 15% des Budgets relativ wenig. Manfred Schnitzer weist darauf hin, *„dass aber mit den 15 % Investition in die ländliche Entwicklung mehr erreicht werden kann, als mit einem teuren Staudammprojekt in Bhutan“* (ebd. Interview 2011). Auch Waltraut Rabitsch berichtet, dass Prozentzahlen in diesem Bereich wenig aussagen können. Mit wenig Geld könnte in der ländlichen Entwicklung oft mehr erreicht werden als in anderen Interventionsbereichen, da die Maßnahmen im ländlichen Bereich meist günstiger sind. Ein großer Teil der 15% fließt in die landwirtschaftliche Entwicklung (vgl. ebd. Interview 2011). Im Vergleich zur internationalen Gesamt-ODA (Official Development Aid), die im Bereich der landwirtschaftlichen Entwicklung in den letzten drei Dekaden von 18% auf 3,5% im Jahr 2004 zurückging, blieb die Förderung der landwirtschaftlichen Entwicklung in der OEZA relativ stabil. Das Thema der Landwirtschaft war in der internationalen EZA lange nicht mehr *„trendy“* (vgl. Schnitzer 2009: 255). In der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit war landwirtschaftliche

Entwicklung aber stark verwurzelt, wenn auch zu Beginn unter der Idee der nachholenden Modernisierung (vgl. Hödl 2003: 40).

Strategisch verankert ist die ökologische Landwirtschaft im Leitfaden Umwelt und Entwicklung, wo ihr eine zentrale Rolle zugeschrieben wird (vgl. OEZA 2009b). Die Förderung von ökologischer Landwirtschaft wird als Aufgabe dem BMeiA und der ADA zugerechnet. Sie sollen die spezifische Förderung von Maßnahmen zur nachhaltigen Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen und zum Schutz der Biodiversität als integrativen Bestandteil von Programmen der ländlichen Entwicklung umsetzen. Gleichzeitig sollen sich die OEZA-VertreterInnen aktiv in Koordinierungsgremien in den Schwerpunktländern für die Stärkung von ökologischer Landwirtschaft einsetzen. Das Finanzministerium hat die Aufgabe der Förderung der *Consultative Group on International Agricultural Research* (CGIAR), der agrarwissenschaftlichen Forschung (vgl. OEZA 2009b: 36). Darüberhinaus wurden 2007 von den Bereichen für ländliche Entwicklung der BMeiA Sektion VII und der ADA ein *Thematic Paper* zu ökologischer Landwirtschaft¹⁹ verfasst, welches die Position und Strategie der OEZA mit ökologischer Landwirtschaft für die Kommunikation mit anderen *Stakeholdern* festlegt und um die Qualität der Operationalisierung durch KooperationspartnerInnen zu steigern. Grundsätzlich wäre sie als Orientierungsrahmen für die Implementierung von Interventionen landwirtschaftlicher Entwicklung gedacht, als solches wurde das Strategiepapier 2008 auch von der ADA gemeinsam mit der NGO FIAN (*Food First Information and Action Network*) Österreich präsentiert. Seither ist das *Thematic Paper*, trotz guter Rückmeldungen, auch von der DAC (vgl. OECD 2009: 68), nach wie vor unveröffentlicht. Das heißt auch, dass es NGOs und anderen möglichen AntragsstellerInnen und KooperationspartnerInnen der ADA, wie auch der OEZA, nicht als Orientierungsrahmen zur Verfügung steht (vgl. Koppensteiner Interview 2012). Da das Definitionschaos der nachhaltigen Landwirtschaft oft sehr irreführend ist, wäre die Publikation des *Thematic Paper* als wichtiger Schritt für eine klare Linie relatable, auch im Hinblick auf die Abgrenzung zu neuen Strömungen des Agrobusiness in der EZA. Außerdem könnte die OEZA damit der selbst postulierten Vorreiterrolle bei der Förderung der ökologischen Landwirtschaft nachkommen und beispielgebend für eine kohärente, nachvollziehbare Position der landwirtschaftlichen Entwicklung für die Gebergemeinschaft sein.

¹⁹ Das Strategiepapier wird zwar als der ADA gehörend ausgewiesen. Da Strategien aber in der Arbeitsteilung der OEZA eigentlich dem BMeiA zugeordnet werden und das Dokument von beiden Abteilungen getragen wird, wird es in dieser Arbeit beiden zugerechnet.

Die Sektorpolitik ländliche Entwicklung (OEZA 2003) bildet die Rahmenbedingungen für den Strategieentwurf zu ökologischer Landwirtschaft und ebenso für alle Programme ländlicher Entwicklung der OEZA. Ökologische Landwirtschaft ist ein wichtiges Feld der Zusammenarbeit für die OEZA im Bereich der ländlichen Entwicklung, sowohl für die strategische Orientierung also auch für die praktische Implementierung von Interventionen. Dabei werden besonders das Potential und der Mehrwert für marginale ländliche Gebiete mit einer großen Abhängigkeit von Landwirtschaft betont. Dafür möchte die OEZA vielfältige standortspezifische Produktionsmethoden fördern. Bisher wurden ökologische Programme vor allem in den Partnerländern in Afrika und Süd- und Mittelamerika gefördert (vgl. OEZA 2007 17ff.). Da in naher Zukunft die Kooperationen mit den Partnerländern in Süd- und Mittelamerika eingestellt werden, wird ökologische Landwirtschaft in Kooperationen mit Partnerländern in Afrika, besonders in der Region Ostafrika eine Rolle spielen. Im Kontext landwirtschaftlicher Entwicklung an marginalen Standorten in südlichen „Entwicklungsländern“ hat die OEZA die Erwartungen, dass ÖLW zu folgenden Punkten beiträgt (ebd. 2007: 27):

- *increased yields in low input areas and soil improvement, especially in the case of subsistence farming, where the application of organic methods contributes to more reliable and better harvests*
- *protection of biodiversity and natural resources as well as improved environment conservation (land, water, air)*
- *increased income and/or reduced costs as well as less risks*
- *the production of safe and varied food and thus access to new niche markets*

Zur Gewährleistung der Operationalisierung der Strategie ist für die OEZA nicht nur eine gute Abstimmung und kohärente Vorgehensweise in der Verwendung der ODA-Mittel, sondern auch eine intensivierte Zusammenarbeit mit anderen AkteurInnen in diesem Umfeld erforderlich. Insofern wäre neben der bereits gegebenen Kooperation mit Instituten der Universität für Bodenkultur Wien, auch jene mit anderen österreichischen und internationalen Institutionen, wie etwa dem Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FIBL) mit Standorten in der Schweiz, Deutschland und Österreich, sowie der IFOAM im Rahmen ihres weltweiten Netzwerks zu vertiefen (vgl. Schnitzer Interview 2011).

Für die OEZA stehen direkte lokale Interventionen im Vordergrund, während die Arbeit auf nationaler und internationaler Ebene nachrangig als komplementär gesehen wird. *For ADC*

direct interventions at local level respectively sub-national level are, because of the higher poverty impact of special importance, whereas involvement at national and international level can mainly be seen as complementary aspects (OEZA 2007: 22).

6.2 Eckpfeiler der Strategien ökologischer Landwirtschaft im Kontext der Sektorpolitik nachhaltiger ländlicher Entwicklung in der OEZA

Für die OEZA ist die Grundvoraussetzung einer nachhaltigen ländlichen Entwicklung die Erhaltung der Gewährleistung des Zugangs zu den vorhandenen natürlichen Ressourcen. Die Förderung von kleinbäuerlichen Familienbetrieben und eines an ökologischen Kriterien ausgerichteten Betriebsmanagements sind prioritär. Die ländlichen Entwicklungsprogramme der OEZA bauen grundsätzlich auf den Prinzipien von ökologischer Nachhaltigkeit und sozialer Gerechtigkeit im Sinne der Verteilung von Lebenschancen auf. Die OEZA unterstützt in diesem Zusammenhang die Versorgung mit sozialen und wirtschaftlichen Dienstleistungen, wie Zugang zu Informationen, landwirtschaftliche Beratung und Forschungsergebnissen. Diese Interventionen stehen im Zusammenhang mit dem Ziel der Erhöhung der lokalen Wertschöpfung (vgl. Schnitzer Interview 2011).

Ökologische Landwirtschaft wird von der OEZA als alternatives Modell für landwirtschaftliche Entwicklung präsentiert. Waltraut Rabitsch umreißt diese Idee des alternativen Modells nicht nur basierend auf unterschiedlichen Methoden und technischen Ansätzen, sondern vor allem daran, dass andere Zielsetzungen im Vordergrund stehen, als die klassische Produktionssteigerung bei konventionellen agroindustriellen Ansätzen.

Ökologische Landwirtschaft als alternatives Entwicklungskonzept bezieht sich auf alternative Zielsetzungen. Eine zentrale Zielsetzung ist eine quantitativ und qualitativ bessere Ernährung für Bauernfamilien. ÖLW bringt auch gesundheitliche Vorteile für Bauern und Bäuerinnen, durch ein gesünderes und vielfältigeres Ernährungsangebot und Produktionsmittel wie –methoden, die nicht gesundheitsschädlich sind. Ökologische Vorteile sind auch, dass die Bodenfruchtbarkeit erhalten und nicht ausgelaugt wird wie bei konventionellen Produktionsmethoden. Ein Bestandteil von ökologischer Landwirtschaft als alternatives Entwicklungskonzept ist die partnerschaftliche Zusammenarbeit und der Austausch von lokalem Wissen und Erfahrungen (ebd. Interview 2011).

Im Strategieentwurf wird ökologische Landwirtschaft als Ansatz für Armutsminderung, unter Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, dem Primärziel der OEZA, und damit als aktiver Beitrag zur ländlichen Entwicklung verstanden. Ebenso soll ökologische Landwirtschaft zur Ernährungssicherung und einer sozial gerechten Verbesserung ländlicher Lebenssituationen

beitragen. Gendergerechtigkeit und die Bekämpfung der Ressourcendegradierung ländlicher Räume soll gleichermaßen damit anvisiert werden. Ökologische Landwirtschaft weist so in der OEZA Aspekte eines Querschnittthemas auf.

“A new dimension of the current strategy, however, is the explicit focus on organic agriculture as a newly emerging agricultural sub-sector” (ebd. 2007:16). Ökologische Landwirtschaft soll nicht mehr eine alternative Randerscheinung sein, sondern ein lukrativer Nischenmarkt, auch für Kleinbäuerinnen und Kleinbauern aus „Entwicklungsländern“. So wird nicht nur diversifizierte, agroökologische und kleinräumige bäuerliche Landwirtschaft gefördert, sondern auch zertifizierte ökologische Produktion für internationale Märkte. Dabei sollte die Förderung von ökologischer Landwirtschaft aber nicht als Selbstzweck gesehen werden, sondern im Kontext der Suche nach bestmöglichen Lösungen in bestimmten Situationen und Bedingungen (vgl. ebd. 2007: 18). Abhängig von spezifischen Umständen eines Landes oder eines Standortes, wie auch den nationalen Sektorpolitiken und Entwicklungszielen, soll nicht-zertifizierte oder zertifizierte ökologische Produktion gefördert werden. Besonders wenn es um die Bedürfnisse und das Potential von Subsistenzbäuerinnen und -bauern geht, sollte nicht-zertifizierten ökologischen Landwirtschaftsformen der Vorzug gegeben werden. In diesem Zusammenhang sind auch lokale landwirtschaftliche Ansätze von hoher Bedeutung. Diese könnten durch die Einführung ökologischer Prinzipien, Technologien und Methoden oft „verbessert“ werden. Bei der Förderung von wohlhabenderen Bauern und Bäuerinnen und in schon elaborierteren Produktionssystemen wird von der OEZA die Zertifizierung ökologischer Produkte empfohlen, besonders, um neue Märkte zu erreichen (vgl. OEZA 2007: 17).

Der Zweck der Projekte und Programme im Bereich der ökologischen Landwirtschaft besteht für die OEZA in der Erhöhung der Effektivität von ökologischer Landwirtschaft, um konkrete und messbare Entwicklungsergebnisse zu erreichen. Mit Projekten und Programmen, die die ökologische Landwirtschaft als Strategie der Armutsminderung fördern wollen, soll nach der OEZA eine systematische Entwicklung des ökologischen Sektors und der Wertschöpfungskette verfolgt werden. Das soll durch die Förderung von landwirtschaftlicher Produktivität, Weiterverarbeitung, Marketing und Investitionen in institutionelle Beratungs- und Trainingsleistungen erreicht werden. Dazu gehören auch Kapazitätenentwicklung und Forschung. Bevorzugt soll die Zusammenarbeit mit lokalen NGOs werden (vgl. ebd. 2007: 20f.)

„Organic agriculture that is being promoted in the framework of rural development programmes of ADC [OEZA] must be designed to unlock their full leverage effect towards organic agriculture development” (ebd. 2007: 20). Die unterstützenden Interventionen finden als technische Unterstützung und sogenannte Prozessbegleitung statt, die jeweils an der lokalen, regionalen oder nationalen Ebene der Partnerländer ansetzen können. Technische Unterstützung beinhaltet alle Formen der technischen Zusammenarbeit und Beratungsleistungen, Trainings oder *Know-How* Transfer, sowie Informationen. Diese technische Unterstützung ist abhängig vom jeweiligen Zusammenhang und kann von lokalen, regionalen sowie nationalen TechnikexpertInnen bereitgestellt werden. Prozessbegleitung umfasst alle Formen der Unterstützung, die nicht technisch sind, und auch Beratungsleistungen, z.B. die Unterstützung von PartnernInnen bei der Formulierung der Entwicklungsergebnisse bei Entscheidungen über passende Strategien und der Aufbringung von Ressourcen, die Strategien umzusetzen. Definitionsgemäß ist diese Form der Unterstützung prozessorientiert und typisch für partizipative Entwicklung (vgl. ebd. 2007: 19).

Ein wichtiger Punkt ist ebenso, dass eine parallele Produktion von konventioneller und ökologischer Landwirtschaft innerhalb eines Familienbetriebes explizit untersagt ist (vgl. ebd. 2007: 15), was bei vielen anderen Organisationen jedoch oft vorkommt, nicht zuletzt weil viele Organisationen grundsätzlich beide landwirtschaftliche Schienen fördern. Außerdem wird die Unterstützung von Großbetrieben und -projekten ausgeschlossen und nur kleinräumige und bäuerliche Programme unterstützt.

Der Ansatz des Strategiepapiers ist sehr breit und zeigt von einer Subsistenzorientierung bis zur Exportförderungsstrategie viele Facetten. Die Strategie soll für viele *Stakeholders* im *Entwicklungsbusiness* verwendbar und auf verschiedenste Situationen anwendbar sein, daher ist eine relativ weite Orientierung nachvollziehbar. Als positiv kann festgestellt werden, dass die OEZA mit diesem Strategieentwurf klar formuliert, was sie unter ökologischer Landwirtschaft und Nachhaltigkeit versteht. Darüberhinaus zeigt sich auch eine ganzheitliche Herangehensweise an Konzepte der ökologischen Landwirtschaft und nicht nur eine Orientierung an Standards. Trotz der ganzheitlichen Perspektive muss angemerkt werden, dass die OEZA in ihrer Strategie auf die sozialen Komponenten von ökologischer Landwirtschaft in ihrem Strategiepapier am wenigsten eingeht, kulturelle Aspekte werden nur angeschnitten. Es wird zwar von Partizipation und *Empowerment* gesprochen, diese werden aber nicht mit dem Ansatz der ökologischen Landwirtschaft verbunden, obwohl diese

innerhalb der ökologischen Prinzipien sehr wohl eine Rolle spielen und besonders auch im Rahmen der geforderten sozialen Gerechtigkeit unumgänglich sind. Im Gegensatz zu konkreten ökologischen und ökonomischen Ansatzpunkten und Operationalisierungsanweisungen, werden Partizipation und Selbstbestimmung nicht in umsetzbaren Strategien und Zusatzaktivitäten konkretisiert. Der Nutzen der Landwirtschaft wird grundsätzlich auf multifunktionale Weise dargestellt, was über eine Betonung der Prämien-Preise und der Marktchancen hinausgeht. Nicht-zertifizierte ökologische Landwirtschaft wird in die Förderstrategien ebenso einbezogen und soll gleichwertig mit zertifizierter ökologischer Landwirtschaft eingesetzt werden. Bei den Förderkriterien zeigt sich aber eine andere Bewertung. Die nicht-zertifizierte ökologische Landwirtschaft wird den Subsistenzbauern zugeschrieben. Im Gegensatz dazu werden zertifizierte Systeme als „*advanced*“ (ebd. 2007: 17) bezeichnet. Dadurch kommt nicht-zertifizierter ökologischer Landwirtschaft tendenziell eine „weniger fortschrittliche“ Besetzung zu. Darüber hinaus folgt es der Logik, dass Bauern und Bäuerinnen bei wachsendem Wohlstand und Erträgen eine Zertifizierung ihrer Produkte und eine Integration in zertifizierte Märkte anstreben werden. Viele Bäuerinnen und Bauern wollen sich jedoch bewusst aus politischen und anderen Gründen nicht der zertifizierten Produktion generell oder aufgrund der aktuellen Praxis anschließen, obwohl sie agrarökologische Prinzipien verfolgen (vgl. Parrott et al. 2005: 158). Darüber hinaus wird vernachlässigt, dass viele Bauern und Bäuerinnen nicht vordergründig durch die Zertifizierung von ökologischer Landwirtschaft profitieren, sondern Mehrwerte für die Bauern und Bäuerinnen sehr vielfältig sind. Der ökonomische Nutzen durch die Zertifizierung wird einer übergeordneten Kategorie zugewiesen.

Die Marktintegration und Zertifizierung der Bauern und Bäuerinnen wird in Folge der „Entwicklung“ der bäuerlichen Betriebe grundsätzlich angestrebt. Da eine Nachfrage für klassisch zertifizierte ökologische Produkte vor allem auf Märkten in „Industrieländern“ besteht und wächst, ist zertifizierte ökologische Landwirtschaft meist exportorientiert. Die Wertschöpfung soll vor allem lokal sein und nicht „abgeschöpft“ werden – internationale ökologische Zertifizierung unter den heutigen Bedingungen spricht der lokalen Wertschöpfung aber weiter entgegen, auch wenn der Erhalt der lokalen Wertschöpfung etwas erhöht werden kann. Nach Parrott et al. (2005) kann der Einsatz von ökologischer Landwirtschaft hier in der angestrebten ökologisierten Effizienzlogik als ökologisierte Modernisierungsstrategie der OEZA beschrieben werden. Auch die Idee des nachhaltigen Wachstums ist passend.

6.3 Zielgruppen und Zugänglichkeit

Für die Verwirklichung des Rechts auf Nahrung als Aufgabe der EZA ist es wichtig, dass sich Interventionen besonders an Menschen richten, deren Realisierungsmöglichkeiten des Rechts auf Nahrung besonders eingeschränkt sind. Nach dem Recht auf Nahrung besteht innerhalb der EZA sozusagen ein Vorrang nach Bedürftigkeit bei der Unterstützung der Produktion von Nahrungsmitteln, dem Zugang zu produktiven Ressourcen, Technologien und Wissen. Diese „Bedürftigkeit“ festzulegen und diese auch noch in Zielgruppen zusammen zu fassen, erscheint als sehr schwieriges Unterfangen. Für eine Operationalisierung von Strategien auf organisatorischer Ebene kann das aber auch als notwendig gesehen werden, da die Komplexität der individuellen Situationen darin nicht darstellbar scheint.

Um ökologische Landwirtschaft zur Minderung der Armut in ländlichen Gebieten zu fördern, konzentriert sich die OEZA auf Klein- und Subsistenzbauern und -bäuerinnen sowie bäuerliche Gemeinschaften als primäre Zielgruppe. Die OEZA bezieht sich bei Bäuerinnen und Bauern nicht auf Einzelpersonen, sondern auf die dazugehörigen Haushalte und Familien. Neben dem Fokus auf Bauern und Bäuerinnen werden für den Ausbau des ökologischen Sektors auch öffentliche und private landwirtschaftliche Beratungs- und Trainingsdienste, wie Käufer und Händler im Privatsektor unterstützt. Zusätzlich werden staatliche Institutionen, Ministerien und Exportförderungsverbände als potentielle Partner gesehen. Als wichtig erachtet werden ebenfalls *community-based* Organisationen (CBOs) und NGOs, die vor allem nicht-zertifizierte ökologische Landwirtschaft forcieren (vgl. OEZA 2007: 22). Genauer soll hier aber nur auf die Zielgruppen der Bauern und Bäuerinnen eingegangen werden.

Angelehnt an das *Framework Enabling pro-poor growth through Agriculture* der OECD (2006) unterscheidet die OEZA vier Formen von Haushalten, die mögliche Zielgruppen für Interventionen im Bereich landwirtschaftlicher Entwicklung sind (ebd 2007: 24):

A) „*High accumulation strategy (affluent households)*“: Rurale Haushalte mit ausgeprägtem Marktfokus und einträglicher Nebenerwerbe.

B) „*Modest accumulation strategy (comfortable households)*“: Rural Haushalte mit Ressourcenzugang und einer Möglichkeit zur Marktproduktion.

C) „*Subsistence strategy (poor households)*“: Ressourcenarme rurale Haushalte ohne Potential eines Zuerwerbs mit mittlerem Existenzrisiko.

D) „*Survival strategy (very poor households)*“: Marginalisierte Bevölkerungsgruppen, Landlose oder mit sehr geringer landwirtschaftlicher Produktion mit sehr hohem Existenzrisiko.

Looking at these four categories it might be possible to give a rating concerning the possibilities and the potential of a promotion of organic agriculture: Given the fact that on the one hand households of type D have the big problem of lack of resources and often even the ability to work and farmers of type A are mostly following a concept of high inputs for increasing productivity it can be assumed that organic agriculture might predominantly help households of type C to move up to B and in some cases might help the ones of type B to come close to an new and alternative interpretation of type A (ebd. 2007: 23).

Im Sektor der ländlichen Entwicklung ist die OEZA vor allem auf KleinbäuerInnen und –bauern mit bestehender marktorientierter Produktion ohne Marktzugang ausgerichtet, zusätzliche auf jene, die vor allem durch eine „*Verbesserung und Optimierung der Subsistenzwirtschaft*“ (ebd 2003: 30)²⁰ profitieren können, was den Haushaltstypen B und C entspricht. ProduzentInnen mit hohem Akkumulationspotential sind keine Zielkategorie der OEZA. Bevölkerungsgruppen die sehr stark von Marginalisierung und Armut betroffen sind werden als AdressatInnen aber in der Regel der Nothilfe zugerechnet, die von EZA-Interventionen zu trennen ist (vgl. ebd 2007: 24 und ebd 2003: 30). Interessant an dieser Einteilung ist auch die lineare aufsteigende Entwicklungsrichtung, die angestrebt und abgebildet wird, an deren Gipfel ein möglichst hohes Einkommen durch Marktintegration steht. Diversifizierung durch Nebenerwerbe wird positiv berücksichtigt. Die Haushalte werden demnach hauptsächlich anhand von Einkommensaspekten betrachtet.

Wie schon unter Kapitel 3.5. besprochen, sind Hunger und Unterernährung ländliche Phänomene. Es sind gerade Kleinbauern und Kleinbäuerinnen wie auch die Gruppe der Bauern- und Bäuerinnen ohne Zugang zu produktivem Land und Landlose, denen das Recht auf Nahrung vorenthalten wird. Daher ist eine höhere Produktion durch angepasste Methoden gerade unter diesen Gruppen für eine gerechte Verteilung sinnvoll (vgl. De Schutter 2010: 3). Vor allem sollte der Fokus auf die Einbeziehung und Förderung von Frauen gelegt werden (vgl. De Schutter 2010: 19), was aber ein generelles Querschnittsthema der EZA sein muss und auch in den IFOAM Prinzipien ein Teil des Prinzips der Gerechtigkeit ist. Die Feminisierung der Landwirtschaft durch die verstärkte Landflucht von Männern ist ein zusätzlicher Grund, dass Interventionen ökologischer Landwirtschaft vor allem auf Frauen

²⁰ „*Unter Transformation der Subsistenzwirtschaft wird [...] ihre Veränderung bzw. Ergänzung, nicht jedoch ihre Beseitigung verstanden. Die Subsistenz bleibt weiterhin als Risikoschwelle und Grundlage der kleinbäuerlichen Existenz bestehen, doch sind nachhaltige Entwicklungsprozesse nur möglich, wenn zusätzliche Chancen und Ressourcen genutzt werden*“ (OEZA 2003: 35).

ausgerichtet sein sollten. Darüber hinaus wirkt sich eine Exportorientierung von Projekten tendenziell besonders negativ für Frauen aus. Sie sind von der Partizipation an solchen Projekten eher ausgeschlossen, als bei Projekten mit einer primären Orientierung auf die Eigenversorgung (vgl. Nuschel 2005: 173f. und Farnworth und Hutchings 2009: 43f.). Genderaspekte sind im Hinblick auf das Recht auf Nahrung und landwirtschaftliche EZA essentiell und ausschlaggebend für die Wirkung von Maßnahmen. Allerdings scheint eine Auseinandersetzung mit diesem komplexen Bereich auf der allgemeinen Strategiebene nicht vertretbar. Deshalb beschränke ich mich in dieser Arbeit auf die Betonung der Wichtigkeit von Genderaspekten in der landwirtschaftlichen EZA.

Es wird häufig argumentiert, dass ökologische Landwirtschaft oder argrarökologische Ansätze billige, wenn auch wissens- und arbeitskraftintensive Produktionsmethoden für ressourcenarme Bauern und Bäuerinnen bieten und aufgrund des Anpassungs- und Resilienzpentials besonders für Bauern- und Bäuerinnengemeinschaften in risikoanfälligen Gebieten geeignet sind (vgl. El-Hage Scialabba und Hattam 2002, Buley 2005: 5 und Johannsen et al. 2005: 15). Trotz der billigen Produktionsweise bleiben viele Bäuerinnen und Bauern von Maßnahmen der Förderung ökologischer Landwirtschaft ausgeschlossen. Auch für die billige Produktionsweise der ökologischen Landwirtschaft, die überwiegend ohne externe Betriebsmittels auskommen kann, bedürfen Bauern und Bäuerinnen einer gewissen Ressourcenausstattung bzw. eines Ressourcenzugangs. *„Auch für ökologische Maßnahmen brauche ich Ressourcen: Ich brauche Land, ich brauche Wasser, ich brauche Arbeitskräfte, ich brauche Saatgut. Das sind ja alles auch Betriebsmittel und wenn die nicht zur Verfügung stehen, dann kann man trainieren, was man will“* (Hauser Interview 2012). Alice Beban, die sich mit *Empowerment* in ökologischen Kleinbauern und –bäuerinneninitiativen in Kambodscha auseinandersetzt, bestätigt ebenfalls, dass

[...] in almost all cases, the organics initiatives attracted the poor people in the community rather than the poorest people. People who lacked resources such as fertile land, manure, seeds and labour were often unable to capture the benefits of the initiatives. All but one farmer I talked with, and all focus groups, said that a lack of resources was one of the main problems they faced in organic farming (ebd. 2009: 38f.).

Viele Initiativen fördern und begünstigen hauptsächlich Bauern- und Bäuerinnen mit einem Minimum an Zugang zu Wasser und produktivem Land. Gleichzeitig können Menschen ohne Zugang zu Land und Wasser die in Ausbildungen erworbenen Fertigkeiten auch nicht umsetzen. Daher sind gerade diejenigen, die besonders vom Recht auf Nahrung

ausgeschlossen sind, auch von vielen Initiativen ökologischer Landwirtschaft aufgrund der materiellen Voraussetzungen ausgeschlossen. Umso kommerzieller der Fokus der Projekte ist, desto mehr verstärken sich die Ressourcenansprüche und die Ausschlussmechanismen. Daher stellt Beban fest: “[*These strategies have*] implications für human rights, as the most vulnerable people may be denied the opportunity to benefit” (ebd. 2009: 39). Ebenso sind Landlose von den Projekten und Programmen ausgeschlossen und können nur bedingt von diesen Interventionen, wie die Schaffung von Arbeitsplätzen in Betrieben oder in der Verarbeitung, profitieren (vgl. Hauser 2009). Das unterstreicht, wie wichtig Veränderungen auf struktureller Ebene sind. Der Weltagrarbericht fordert im Bezug auf Landlose und die Förderung des KleinbäuerInnentums strukturelle Veränderungen nicht nur auf nationaler Ebene, im Sinne von Landreformen, sondern auch Veränderungen in der globalen Handels- und Agrarpolitik (IAASTD 2008: 36).

6.4 Förderung bäuerlicher Landwirtschaft

Die OEZA unterstützt mit ihren Programmen und Projekten auch das Fortbestehen des Kleinbauern- und bäuerinnentums, welches nach dem Weltagrarbericht eng mit sozialer Gerechtigkeit und der Ernährungssituation in ländlichen Gebieten in sogenannten „Entwicklungsländern“ verbunden ist. Kleinbäuerliche Strukturen bieten gemeinsam mit nachhaltigen Wirtschaftsweisen eine Grundlage für widerstandsfähige Anbau- und Verteilungssysteme und zerstören nicht noch weiter die natürlichen Lebensgrundlagen der Bauern und Bäuerinnen (vgl. Haelin 2009: 12).

Während industrielle Produktionssysteme große Mengen an Erträgen mit relativ geringem Arbeitsaufwand erzeugen, haben sie oft negative Auswirkungen auf Gesundheit und Umwelt und sind in ihrem Energieeinsatz meist ineffizient. Abfluss und Versickerung agrochemischer Düngemittel und Gülle aus konzentrierten Viehbeständen schädigen Grundwasserleiter, Flüsse etc. Das wirkt sich auf die Trinkwasserqualität, Fischbestände und die Sicherheit aquatischer Nahrungsmittel aus. Bei der Förderung bäuerlicher Landwirtschaft soll es nicht um eine Romantisierung real existierender kleinbäuerlicher und traditioneller Landwirtschaft gehen, noch um eine Forderung zur Rückkehr in vorindustrielle Zeiten gehen (vgl. ebd. 2009: 12). Industrielle Landwirtschaft ist auf höhere Erträge ausgerichtet, während bäuerliche Landwirtschaft eher im Sinne ihrer Multifunktionalität und Multidimensionalität betrieben wird (vgl. Netting 1993: 147f.). Die Darstellung von Kleinbäuerinnen und -bauern als ineffizient beruht auch auf einer eingeschränkten Sichtweise auf den *Output* von landwirtschaftlicher Bewirtschaftung. Es geht um eine Menge bezogen auf eine Monokultur,

aber bäuerliche Landwirtschaft baut auf verschiedenste Weise mehrere Sorten gleichzeitig an und produziert eine größere Breite an verschiedenen materiellen und immateriellen *Outputs*. Bezogen auf die Produktion von Agrarrohstoffen erzielt bäuerliche Landwirtschaft pro Hektar höhere Erträge als industrielle Produktionssysteme (vgl. Rosset 1999: 5). Darüber hinaus beschreibt auch der Weltagrarbericht, dass Kleinbäuerinnen und –bauern, sofern sie genügend Land, Wasser, Geld und Handwerkszeug haben, einen deutlich höheren Nährwert pro Hektar produzieren und in der Regel mit erheblich geringerem externen Input und Umweltschäden, als dies in der industriellen Landwirtschaft möglich ist.,. Ein weiterer ökonomischer Vorteil ist, dass sie sich besser und flexibler den Erfordernissen und Veränderungen ihrer Standorte anpassen und indirekt auch mehr Existenzen durch Lohnarbeit auf dem Lande sichern können, weil sie arbeitsintensiver sind (vgl. Haelin 2009: 12). Peter Rosset (1999: 3) hebt neben ökologischen und produktivitätsbezogenen Vorteilen der kleinbäuerlichen Strukturen auch hervor, dass sie zu einem *Empowerment* auf kommunaler Ebene beitragen können. Durch dezentrale Landverteilung kann eine sozial gerechtere Verteilung der ökonomischen Chancen unter einer ländlichen Bevölkerung und ein potentiell höheres soziales Kapital gefördert werden. Darüber hinaus sind Bauern und Bäuerinnen im lokalen Kontext so eingebunden, dass sie sich eher für die Auswirkungen ihrer Handlungen auf lokaler Ebene verantwortlich fühlen (vgl. ebd. 1999: 3).

Die Unterstützung von Kleinbauern und –bäuerinnen fördert so eine breitere landwirtschaftliche Entwicklung, die in den letzten 30 Jahren stark vernachlässigt wurde. Private Investitionen, wie nationale und internationale Förderprogramme, flossen in wenige exportorientierte Bereiche und bauten diese aus (siehe auch 3.5). Der Weltagrarbericht spricht deshalb von einer globalen Tendenz zur Dekapitalisierung der Kleinbäuerinnen und -bauern, die es umzukehren gilt (vgl. Haelin 2009: 12).

6.5 Vorrang der Eigenversorgung - kein Ausschluss der Marktorientierung

Besonders in Gebieten, in denen Ernährungsunsicherheit vor allem auch unter Bauern und Bäuerinnen herrscht, sollte die Stärkung der Eigenversorgung des eigenen Haushalts und auf lokaler Ebene mit angemessener Nahrung im Vordergrund stehen. Das hält auch das Fokuspapier der OEZA zur Ernährungssicherheit und dem Recht auf Nahrung (2011: 6) fest. Die Förderung von zertifizierter Exportproduktion ist zwar eine der Möglichkeiten in OEZA Programmen, allerdings weicht das von exportorientierten Ansätzen der *Trade Based Food*

Security (Windfuhr und Jonsén 2005:5) ab.²¹ Die Exportproduktion ist nicht das einzige Ziel der Produktionssysteme. Der Vorrang der Eigenversorgung steht für die OEZA nicht im Widerspruch mit einer Marktorientierung. Bei Subsistenzbauern und -bäuerinnen steht vor allem die Eigenversorgung im Vordergrund. Überschüsse können aber am lokalen Markt abgesetzt und langsam aufgebaut werden. Für den Zugang zu Nahrung ist nicht nur die eigene Produktion eine Möglichkeit, sondern auch die Erwirtschaftung finanzieller Mittel. Darüber hinaus braucht eine Existenzsicherung mehr als nur Nahrung. *„Kein Bauer lebt alleine von der Landwirtschaft, er muss Produkte auf dem lokalen Markt kaufen können, Schulgeld für die Kinder dazuerdienen, oder um sich Kleidung zu kaufen“* (Rabitsch Interview 2011). Einkommensgenerierung ist auch eine wichtige Zielkategorie für viele PartnerInnen selbst (vgl. Hauser Interview 2012 und Koppensteiner Interview 2012).

Ein Fokus auf Eigenversorgung birgt aber oft Schwierigkeiten in sich, wenn Länder von Exporten abhängig sind, einerseits aufgrund der Devisen für die Schuldentrückzahlung und andererseits, weil oft an die Exportproduktion Fördergelder der Geber gebunden sind. Wenn Länder versuchen, die Eigenversorgung durch Rückhaltung von Exporten zu erhöhen, wird von außen schnell politischer Druck einsetzen (Rabitsch Interview 2011).

In der Praxis ist die Trennung von zertifizierter und nicht-zertifizierter Landwirtschaft nicht streng, sondern fließend. Im Fall von Subsistenzbauern wird schrittweise versucht, die Produktionssysteme zu optimieren und die Produktivität aufzubauen. Wenn Überschüsse produziert werden, kann überlegt werden, wie sich diese Bauern und Bäuerinnen einen Marktzugang erschließen können. Bei Subsistenzbauern und -bäuerinnen wird nicht sofort mit einer marktorientierten Strategie gearbeitet. Besonders bei Betrieben von Kleinbauern und Kleinbäuerinnen, die schon eine Marktorientierung verfolgen, findet sich neben der zertifizierten Produktion von *cash crops* auch ein großer Teil der Produktion für die Eigenversorgung (vgl. Schnitzer Interview 2011 und Parrott et al. 2005: 168). Ökologische Systeme profitieren durch die Synergien diversifizierter Produktionssysteme, und daher ist diese Bewirtschaftungsform gut mit ökologischen Prinzipien vereinbar. Dadurch sind die Kleinbäuerinnen und Kleinbauern auch nicht so vulnerabel gegenüber Ernteschäden und Marktfehlern, da sie nicht nur auf die Erträge eines Produkts angewiesen sind. Durch die zusätzliche zertifizierte Produktion kann so zusätzliches Einkommen erwirtschaftet werden. Das führt meist zu einer Integration in internationale Märkte und Zertifizier- bzw.

²¹ Dabei soll die Ernährungssicherung über die Steigerung der Einnahmen durch verstärkte landwirtschaftliche Exportproduktion bestimmter *cash crops*, nach dem ricardianischen Modell der komparativen Kostenvorteile erreicht werden (vgl. Windfuhr und Jonsén 2005: 6).

Inspektionsmechanismen durch internationale Stellen. Hier muss gut bedacht werden, welche Bauern und Bäuerinnen Kapazitäten dafür haben oder welchen eine Marktintegration gefährlich werden kann (vgl. Koppensteiner Interview 2012). Darüber hinaus bedarf eine Markteinbindung begleitender Maßnahmen und einen Fokus auf politische und soziale Ermächtigung der Bauern und Bäuerinnen wie auch *Farmergroups*,

weil das Machtgefälle [in der Wertschöpfungskette] eines ist, das zu Ungunsten der Produzierenden aufgestellt ist, und wenn man da nicht ermächtigend – und letztendlich human- und sozialkapitalbildend arbeitet, dann auch noch politisch aktiv ist – dann setzt man die Bauern und Bäuerinnen einer Supermacht aus, der sie nie gewachsen sein werden (Hauser Interview 2012).

Wie weiter oben erwähnt, werden soziale Aspekte wie auch *Empowerment* im Strategieentwurf der OEZA vernachlässigt und nicht konkretisiert. Daher könnte behauptet werden, dass hier ein strategisches Defizit der OEZA besteht.

Die Nachteile der aktuellen Zertifizierungspraxis für Kleinbauern und Kleinbäuerinnen in „Entwicklungsländern“ wurden bereits unter Kapitel 4.5 ausgeführt. Die Dominanz der Interessen von „Industriestaaten“, wie den nicht angepassten *top down* Standards und die aktuellen Praktiken, haben Auswirkungen auf verschiedenen Ebenen. Sie beeinflussen Produktionssysteme und Produktionsentscheidungen der Bauern und Bäuerinnen, die ökologische und soziokulturelle Anpassung und die Umsetzung partizipativer, selbstbestimmter Entwicklung.

Das Recht von Menschen, ihre Nahrungsmittelkonsumption und Produktion selbst zu bestimmen – Wer bestimmt, was auf zertifizierten ökologischen Farmen angebaut wird? Letztendlich sind das wir, die Konsumierenden – die sind aber für Bauern und Bäuerinnen in Uganda nicht sichtbar. Daher sind es die Exporteure, die das Bio-Zertifikat ihr eigen nennen. Die Exporteure sind letztlich auch diejenigen, die entscheiden, was auf den landwirtschaftlichen Nutzflächen angebaut wird, natürlich können Bauern sagen: „Mach ich nicht“. Aber ich kenne nur wenige Initiativen, wo Bauern selbstständig Marktinformationen einholen und dann eigenständig und autonom ihre Entscheidungen treffen können, für welche Märkte sie produzieren wollen.[...] Ich würde sagen, es [die Produktion] ist primär auf das Wohl der KonsumentInnen ausgerichtet. Gesundheit steht da im Vordergrund, auch genährt durch die Biostandards, die letztendlich Biostandards der EU sind, wenn Produkte aus Afrika in den europäischen Markt eingeführt werden. Also ist die Frage, wessen Standards gelten und wer definiert diese im Zusammenhang mit Wohlergehen? Das ist oft eurozentriert und an unseren Bedürfnissen ausgerichtet. Wem gehört dann Bio? (Hauser 2011).

Dazu kommen die generellen Nachteile des Handels mit Primärgütern, da diese eine wesentlich geringere Wertschöpfung als verarbeitete Güter im internationalen Handel

bringen²² (vgl. Nuscheler 2005: 311). Unter den aktuellen Bedingungen der globalen Marktwirtschaft folgen viele Kleinbauernorganisationen, allen voran *Via Campesina*, eine weltweite Vereinigung von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, dem Vorsatz „*Access to international markets is not a solution for farmers*“ (Via Campesina 2003). Das kann mittlerweile auch für den ökologischen Markt gelten, der aktuell [...] *die klassischen Züge des liberalisierten Marktes trägt* (Kotschi 2007: 29).

Nach Michael Hauser (vgl. Interview 2012) sollen Interventionen ökologischer Landwirtschaft, wie ökologische Landwirtschaft generell, als essentielles Ziel die Autonomie der Bauern und Bäuerinnen fördern. Das ist im Sektor der zertifizierten ökologischen Landwirtschaft, wie oben ausgeführt, kaum möglich. In diesem Zusammenhang kann auch gefragt werden, ob es innerhalb der Machtstrukturen der EZA-Beziehungen und der Konditionalitäten der Förderung grundsätzlich möglich ist, dass Bäuerinnen und Bauern in Programmen und auch geförderte Initiativen selbst entscheiden können, was auf welche Weise und für welche Märkte produziert werden soll.

Die vielfältigen Probleme in Bezug auf zertifizierte exportorientierte Produktion für Kleinbäuerinnen und Kleinbauern werden in die OEZA Strategie nicht einbezogen, abgesehen von der direkt durch die anspruchsvolle Zertifizierung begründeten. Der Ausbau der lokalen, regionalen und nationalen Märkte sowie die Entwicklung alternativer, angepasster Zertifizierungs- und Standardsysteme erscheinen für die Verbesserung der Chancen von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in „Entwicklungsländern“ notwendig. Dies wird von der OEZA angedacht, aber derzeit nicht als dringliche Förderaktivität eingestuft (vgl. OEZA 2011: 21).

Die Betonung der Prämien-Preise resultiert meist darin, dass von vielen Stellen ausschließlich zertifizierte ökologische Produktion gefördert und als ökologische Landwirtschaft angesehen wird (vgl. Kotschi 2007: 29). Dieser Zugang schließt alle Bauern und Bäuerinnen aus, welche die Anforderungen und den Ressourcenzugang für eine Zertifizierung nicht entsprechen, von Projekten der Förderung nicht-zertifizierter ökologischer Produktionsweisen jedoch sehr wohl profitieren könnten. Projekte und Programme, die stark auf Zertifizierung ausgerichtet sind, schließen Bauern und Bäuerinnen aus, die nicht die Kapazitäten und produktive sowie finanzielle Ressourcen haben. Darüber hinaus stellen die hohen organisatorischen Anforderungen und der oft herrschende Analphabetismus Schwierigkeiten dar. Ebenso sind

²² Genauer bei Nuscheler (2005: 308-336)

viele Bauern und Bäuerinnen infrastrukturell vom Marktzugang ausgeschlossen. Dadurch bleibt ein Großteil der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in „Entwicklungsländern“ von der Teilnahme an zertifizierter ökologischer Landwirtschaft ausgeschlossen (vgl. Parrott und Marsden 2002: 96 und Kotschi 2007: 29). Um die Wertschöpfung lokal zu sichern, wird von der OEZA auch die Weiterverarbeitung der Agrarprodukte gefördert (vgl. OEZA 2007: 17), da diese eine höhere Gewinnspanne erreichen kann. „*Adding value to move up the value chain*“ (de Schutter 2010: 19), wird auch von Olivier de Schutter betont, um Kleinbauern und -bäuerinnen zu unterstützen. Dabei muss jedoch bedacht werden, dass auch hier regionale und nationale Märkte sinnvoller erscheinen, da gerade für weiterverarbeitete Produkte höhere Zölle und zusätzliche Exporthindernisse bestehen (vgl. Nuscheler 2005: 308ff.).

Das soll nicht bedeuten, dass kein Marktzugang angestrebt werden soll. Jedoch sollten lokale, regionale und nationale Märkte bevorzugt werden. Kleinbäuerinnen- und -bauern sind nicht nur bei der Produktionssteigerung und nachhaltigen Bewirtschaftung zu unterstützen. Ebenso sind sie beim Marktzugang zu fördern und dass sie davon profitieren können (vgl. De Schutter 2010: 19). Alleine lokale Märkte aufzubauen, reicht jedoch nicht, da diese von globalen Marktinteraktionen beeinflusst werden und von Rahmenbedingungen und Regelungen abhängig sind.

In addition, support for agroecological practices will fail to achieve the desired results if markets are not organized to protect farmers from volatile prices and the dumping of subsidized products on their local markets, which can seriously disrupt local production (De Schutter 2010: 19-20).

Das verweist erneut auf die Notwendigkeit von Veränderungen der nationalen und globalen Handels- und Agrarpolitik.

6.6 Partizipation, Einbezug von lokalem Wissen, angepasste Lösungen?

Die Prinzipien der ökologischen Landwirtschaft scheinen kompatibel mit dem Leitbild der partizipativen Entwicklung, das neben Nachhaltigkeit seit den 1990er Jahren als *good practice* in der internationalen EZA gilt. Das trifft auch auf lokal angepasste Maßnahmen und die Wertschätzung und den Einbezug von lokalem Wissen zu. Diese spielen sowohl in Konzepten der ökologischen Landwirtschaft und der Entwicklungsdebatte eine Rolle.

Ökologische Landwirtschaft kann in Verbindung zu partizipativen Ansätzen gesehen werden, allerdings hauptsächlich auf Projektebene. Ökologische Landwirtschaft soll nach den Prinzipien die Autonomie der Bäuerinnen und Bauern und eine gerechte Verteilung entlang

der Wertschöpfungskette fördern. Darüber hinaus ist ökologische Landwirtschaft ein offenes standortspezifisches Konzept.

Die ökologische Landwirtschaft gibt es nicht - es ist immer ein standortangepasstes System - das sehr Bedacht darauf nehmen muss, welche Ressourcen die Menschen haben, und das sind nicht nur natürliche, sondern das sind auch humane und soziale Ressourcen, das ist die Geschichte, mit der die Leute ökologische Landwirtschaft betreiben - deren Herkunft. Ein Konzept über alle drüber stülpen, ist genauso falsch, wie das, was die konventionelle Landwirtschaft versucht hat (Hauser Interview 2012).

Ebenso wie landwirtschaftliche Methoden sind die wirtschaftenden Menschen in den lokalen physischen und sozialen Raum eingebettet, der von individuellen sowie kollektiven Erfahrungen der Gegenwart und Vergangenheit geprägt ist (vgl. Rachbauer 2010: 30). In agrarökologischen und ökologischen Konzepten werden, wie oben erwähnt, Menschen als integraler Teil der Agrarökosysteme betrachtet.

Ökologische Landwirtschaft basiert nicht *per se* auf lokaler Anpassung und Partizipation der Bauern und Bäuerinnen, das kommt ganz auf die Art und Weise der Umsetzung und das zugrunde liegende Verständnis von ökologischer Landwirtschaft und EZA an. Für die OEZA gilt Partizipation der Bauern und Bäuerinnen und die partizipative Technologieentwicklung als Standard, darüberhinaus hat sie sich den Menschenrechten verpflichtet. *„A human rights framework also requires the participation, as a matter of right, in the design and implementation of development policies, of the ultimate beneficiaries of development“* (vgl. De Schutter 2008: 4). De Schutter spricht sowohl von einer Partizipation im Projektprozess wie auch auf teil- und gesamtgesellschaftlicher Ebene (vgl. Rachbauer 2010: 28). Selbstbestimmte Entwicklung braucht Partizipation der Menschen, die von EZA-Interventionen betroffen sind. Auf der operationalen Ebene müssen soziale und kulturelle Ausgangslagen, Interessen und Organisationsformen berücksichtigt werden (vgl. Kievelitz 1996: 37). Nur in der Lokalität können Lösungen und Alternativen entstehen, die Sinn und Bedeutung in einem gegebenen sozioökonomischen und kulturellen Umfeld haben (vgl. Rachbauer 2010: 30f.). Oft hat die Forderung nach Einbeziehung und Mitbestimmung der Betroffenen in den Projekten pragmatische Hintergründe. Ziel ist, dass die Interventionen und erarbeiteten Ergebnisse von den „Zielgruppen“ der Interventionen besser und nachhaltiger angenommen werden, der lokale Kontext durch die Betroffenen besser in die Intervention eingebracht und berücksichtigt wird und oft auch die Interventionen an sich dadurch legitimiert werden.

Die OEZA betont in ihrer Strategie immer wieder, dass ökologische Landwirtschaft an den lokalen Gegebenheiten aufbauen muss, was eine partnerschaftliche Entwicklung der Produktionssysteme zwischen Bauern und Bäuerinnen mit BeraterInnen, TrainernInnen oder auch WissenschaftlerInnen voraussetzt.

Agro-ecological, economic, social and cultural conditions are different from place to place and tend to change over time. This requires a continued adaptation of agricultural technologies and practices by farmers through experimentation and adaptive learning. For this reason, organic agriculture is not a technology fix and package approach to agricultural development, but a continuous process of social innovation (OEZA 2007: 11).

Um das erreichen zu können, bedarf es eines Ausbaus der Fähigkeiten der Bauern und Bäuerinnen zur selbständigen Beobachtung und Einschätzung der Produktionssysteme, um selbstständig Anpassungen an sich verändernde Gegebenheiten vornehmen zu können, sowie eine Vernetzung und den Austausch der Bauern und Bäuerinnen untereinander (vgl. Farnworth und Hutchings 2009: 54f.). „[Bauern und Bäuerinnen] sollten zur informierten Entscheidungsfindung auf der Produktions-, Konsumptions- und Vermarktungsebene befähigt werden“ (Hauser 2009: 32). Im Strategiepapier der OEZA wird darauf aber nicht eingegangen, außer dass partizipative Methoden ein Standard der OEZA sind. Wie die betonte Partizipation gestaltet sein und wie lokales Wissen einfließen sollen, bleibt von Seiten der OEZA unbehandelt. Auslegungen und konkretere Behandlungen von Partizipation waren in keinem Dokument des öffentlichen Auftretts der OEZA zu finden. Daher bleibt vage, was die OEZA unter Partizipation versteht und wie weit diese gehen soll. Es kann angenommen werden, dass für an die lokale Ausgangslage angepasste ökologische Systeme, wie auch für die Stärkung der Kapazitäten, des *Empowerments* und der Selbstbestimmung der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern eine partizipative Entwicklung von agrarischem Wissen, Methoden und Produktionssystemen erforderlich ist, um auch langfristig stabil und beständig zu sein.

Eine wichtige Verbindung zwischen Konzepten der ökologischen Landwirtschaft und partizipativer Entwicklung ist der bereits erwähnte Einbezug und die Wertschätzung von lokalem Wissen der Bauern und Bäuerinnen. Lokales Wissen ist ortgebunden und bekommt seine Bedeutungen durch den lokalen Kontext. Systeme und Methoden ökologischer Landwirtschaft basieren auf lokalem Wissen, integrieren jedoch ebenso agrarwissenschaftliche Aspekte und Techniken. Bäuerinnen und Bauern können hier als Expertinnen der komplexen lokalen ökologischen Gegebenheiten gesehen werden. Lokales

Wissen wird in diesem Zusammenhang oft auf das agrarökologische Wissen bezogen, auch wenn, wie oben erwähnt, die Einbettung der Produktionssysteme und Methoden ebenso auf kultureller und sozialer Ebene anzustreben ist. Lokale Formen von agrarökologischem Wissen sind nicht mehr überall vorhanden. Lokales landwirtschaftliches Wissen wieder zugänglich zu machen, ist darum auch eine Zielsetzung der OEZA im Bereich ländlicher Entwicklung (vgl. Rabitsch Interview 2011). Mit partizipativen und anwendungsorientierten Forschungs-, Planungs- und Beratungsansätzen kann dort, wo ein Mangel an agrarischem Wissen unter den Bauern und Bäuerinnen besteht, durch Versuche und Anregungen zu Teil Wissen gemeinsam „wieder“ erarbeitet und mit agrarwissenschaftlichen Ansätzen ergänzt werden (vgl. Koppensteiner Interview 2012; Parrott und Marsden 2002: 102; Schnitzer Interview 2011). *Organic agriculture helps farmers return to their local knowledge. It gives them (re)new(ed) possibilities for maintaining and developing their local sustainable farming system* (Parrott und Marsden 2002: 103). Das gilt aber auch, wenn lokale, traditionelle Bewirtschaftungsformen von den Bauern und Bäuerinnen aktiv betrieben werden. Partizipative Ansätze können neue Räume eröffnen, indem Bauern und Bäuerinnen die Möglichkeit zur Reflexion, den Zugang zu Wissen und Fähigkeiten geboten und Möglichkeiten zu Denk- und Handlungsexperimenten in einem „geschützten“ Bereich gefördert werden (vgl. Rachbauer 2010: 31). Umgelegt auf landwirtschaftliche Interventionen kann das die Möglichkeit für die Entwicklung von neuem agrarökologischen Wissens und Praktiken bedeuten, soll sich aber auch nicht nur auf diese Ebene beschränken. Darüberhinaus kann die Wertschätzung lokalen Wissens und lokaler Praktiken diese aufwerten und positiv auf soziale Kapazitäten und die Wertschätzung von Bäuerinnen- und Bauerngemeinschaften wirken (vgl. IAASTD 2008: 38 und Parrott und Marsden 2002: 101). Für Michael Hauser ist die Verbindung von lokalen und wissenschaftlichen Wissenssystemen in der ökologischen Landwirtschaft und das daraus resultierende Management der Agrarökosysteme eine Grundvoraussetzung für die Verwirklichung des Eigenversorgungspotentials und der Versorgungsautonomie mit Nahrungsmitteln. Außerdem erleichtert die Integration neuer Verfahren in existierende Wissenssysteme die institutionelle Nachhaltigkeit (zum Teil neu entwickelter) landwirtschaftlicher Technologien (vgl. ebd. 2009: 29).

In Übereinstimmung mit dem Weltagrarbericht (IAASTD 2008) spricht sich die OEZA in ihrer Strategie gegen standardmäßige Patentlösungen aus. Maßnahmen innerhalb von Interventionen sowie auch Techniken und landwirtschaftliche Praktiken müssen

maßgeschneidert und sozial, kulturell, ökologisch und ökonomisch angepasst sein. Das widerspricht *top down* Strategien. Außerdem ist zu betonen, dass bei maßgeschneiderten Lösungen die „Betroffenen“ und nicht alleine die Ressourcen zu berücksichtigen sind (vgl. Parrott und Marsden 2002: 103). Wenn ökologische Produktionssysteme und Technologien in der Umsetzung von Projekten und Programmen durch die Bauern und Bäuerinnen selbst, aufbauend auf ihrem Wissen in Synthese mit wissenschaftlichen Erkenntnissen geschaffen werden, dann kann auch davon ausgegangen werden, dass dadurch maßgeschneiderte Lösungen produziert werden können, die selbstbestimmt und nachhaltig sind. Das ist aber stark von der Ausrichtung und der Umsetzung durch die Projekte und Organisationen abhängig.

Wenn es wirklich standortangepasst ist - und Standort definiert sich für mich sehr umfassend - dann ist es maßgeschneidert, das Instrument oder die Intervention. Dass das überall so stattfindet, bezweifle ich mal. Ich vermute, dass man öfter ein Instrument hat und sich dann Leute sucht, die darauf passen und nicht, dass man die Leute hat und dann fragt, wie muss ich das Instrument anwenden, damit es wirksam ist (Hauser Interview 2012).

Vor allem im Bereich der zertifizierten Exportproduktion kann, wie schon unter 6.4 besprochen, davon ausgegangen werden, dass die aktuelle Zertifizierungspraxis und Handelsbedingungen der partizipativen *bottom up* Auslegung von ökologischer Landwirtschaft entgegen stehen. Die Rahmenbedingungen sind durch internationale Vorgaben bereits festgelegt, und es bleibt kaum Handlungsraum für die Anpassung an lokale naturräumliche, gesellschaftliche und kulturelle Gegebenheiten, Bedürfnisse und Potentiale.

7 ÖKOLOGISCHE LANDWIRTSCHAFT UND IHR BEITRAG FÜR DAS RECHT AUF NAHRUNG

Strategien und Instrumente, die das Recht auf Nahrung verwirklichen wollen, sollen wie in Kapitel 3 besprochen, vor allem Rahmenbedingungen schaffen, die es Menschen ermöglicht, ihre Rechte wahrzunehmen, durchzusetzen und sich selbst ernähren zu können. Bezugnehmend auf EZA Interventionen bedeutet das, dass das Recht auf Nahrung für potentielle „Zielgruppen“ nicht durch die EZA direkt verwirklicht werden kann, sondern nur aktiv und selbstbestimmt durch die betroffenen AkteurInnen selbst. Die EZA hat dabei die Aufgabe, die Rahmenbedingungen so zu verändern, dass es für die „Zielgruppen“ und Menschen darüber hinaus möglich wird, sich selbst zu ernähren und auch ihre Rechte wahrzunehmen und artikulieren zu können, bzw. auch zu berücksichtigen, ob durch ihre Interventionen und

Maßnahmen Menschen in ihren Verwirklichungsmöglichkeiten beeinträchtigt werden. In wieweit die Anwendung ökologischer Landwirtschaft zur Schaffung solcher Bedingungen geeignet sein kann, soll in diesem Kapitel besprochen werden. Die besprochenen Themenblöcke stammen aus der Analyse der ExpertInneninterviews. Diese werden mit aktuellen Studien und Literatur zu ökologischer Landwirtschaft in „Entwicklungsländern“ verbunden.

Rahmenbedingungen, die das Recht auf Nahrung beeinflussen, liegen nicht nur auf der lokalen, sondern auch auf der nationalen und internationalen Ebene. Daher muss gleich zu Beginn festgehalten werden, dass das Recht auf Nahrung nicht nur durch lokale Veränderungen realisiert werden kann.

*These hundreds of millions of persons are effectively excluded from all decision-making processes, even when their lives are directly affected by the decisions. They have no political power, nobody represents them, and nobody asks them their opinion. They are equally **excluded** from all access to those **resources** that would enable them to lead a **dignified life, free from hunger**. Indeed, although the quantity of food available throughout the world today is more than sufficient to feed the entire world's population, these 852 million persons remain undernourished because they do not have access to sufficient productive resources, (essentially, land, water, seeds, but also fishing) nor an income sufficient to allow them to provide themselves, as well as their families, with a dignified life free from hunger. This situation is intimately linked to the unequal terms of North-South trade (Golay und Özden 2005: 3 Hervorhebung im Original)*

Wird von den Beeinträchtigungen durch die aktuelle Zertifizierungspraxis abgesehen, zeigen einige Studien, dass sowohl zertifizierte, als auch nicht zertifizierte ökologische Landwirtschaft positive Auswirkungen auf die Lebensbedingungen von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in „Entwicklungsländern“ haben können. Zertifizierte, wie nicht-zertifizierte ökologische Landwirtschaft kann unterschiedlich instrumentalisiert und eingesetzt werden, was unterschiedliche Auswirkungen haben kann. Darum wird anschließend nur von Auswirkungen ökologischer Landwirtschaft, unabhängig ob im zertifizierten Sektor oder nicht, gesprochen. Hier möchte ich auf Kapitel 5.4 verweisen, in dem von Michael Hauser verschiedene Ausprägungen von Förderung und Instrumentalisierung von ökologischer Landwirtschaft in der EZA unterschieden werden. Es ist davon auszugehen, dass unterschiedliche Strategien in unterschiedlichen Umsetzungen von ökologischen Interventionen enden und sich je nach spezifischem Kontext der Projekte und der jeweiligen AdressatInnen in ihren spezifischen lokalen Kontexten unterschiedlich auswirken werden

(vgl. Beban 2009: 36). Konkrete Aussagen über Auswirkungen können nur anhand konkreter Feldstudien gemacht werden.

Im Folgenden werden mögliche Potentiale ökologischer Landwirtschaft aus der Perspektive von ExpertInnen aus dem Umfeld der OEZA besprochen und mit aktuellen Studien zu ökologischer Landwirtschaft in „Entwicklungsländern“ in Verbindung gesetzt.

Zum Einstieg möchte ich die Positionen der ExpertInnen zusammenfassen. Die befragten ExpertInnen sind Manfred Schnitzer von der Sektion VII des Außenministeriums, Waltraut Rabitsch von der ADA, Petra Koppensteiner von Horizont 3000 und Michael Hauser vom Center for Development Research an der Universität für Bodenkultur Wien. Alle waren sich einig, dass Verbindungen zwischen der Anwendung von Konzepten ökologischer Landwirtschaft und der Verwirklichung des Rechts auf Nahrung bestehen können.

Manfred Schnitzer (Interview 2011) fasst seinen Standpunkt selbst zusammen:

Ich sehe die Verbindung von ökologischer Landwirtschaft und dem Recht auf Nahrung stark anhand von ein paar Säulen: das ist die Verhinderung von Abhängigkeit und dann die Sicherung von Selbstbestimmung, die Sicherung der eigenen Produktionsfaktoren, Land und Landnutzungsplanung, das ist gerade heute in diesen Tagen das große Problem. Dann geht's um die politische Mitbestimmung und zwar um Mitbestimmung auf lokaler Ebene oder Selbstbestimmung auf lokaler Ebene.[...] Ökologische Landwirtschaft ist die nachhaltigste, unmittelbarste Produktionsmethode, die am wenigsten Abhängigkeit bedeutet. Wenn man das Recht auf Nahrung operationalisiert, entspricht ökologische Landwirtschaft dem am meisten! Das Recht auf Nahrung, und das ist ganz zentral, muss man schneiden mit den Dingen, die unmittelbar zur Verfügung stehen - das ist Land, das ist Wissen und Arbeitskraft - Ich würd nicht einmal sagen, dass Kapital so wichtig ist, weil man kann mit so geringen Mitteln anfangen.

Der Ressourcenzugang ist auch für Waltraut Rabitsch zentral, aber sie stellt ebenfalls die gesundheitlichen Vorteile, durch weniger chemische Inputs und ausgewogener Ernährung und den Zugang zu Wissen ins Zentrum des Beitrags von ökologischer Landwirtschaft. Lokalem Wissen kommt in der ökologische Landwirtschaft mehr Wertschätzung zu, und der Austausch von lokalem Wissen wird dadurch auf horizontaler Ebene gefördert (vgl. ebd. Interview 2011).

Petra Koppensteiner sieht in zertifizierter und nicht-zertifizierter ökologischer Landwirtschaft das Potential, das Kleinbauerntum aufzuwerten und zu erhalten. Durch partizipative Methoden sollen Bäuerinnen und Bauern selbst nachhaltige und für sie passende Produktionssysteme und Methoden erarbeiten, die ergiebig und nachhaltig sind. Sie sollen sehen, dass sie und der Boden gut von ihrer kleinbäuerlichen ökologischen Produktion leben können. Der Einbezug ihres agrarischen Wissens und ihrer Interessen und Situationen kann zur Aufwertung des Selbstbewusstseins beitragen. Auch die gesellschaftliche Wertschätzung für die wichtigen Funktionen der Landwirtschaft kann erhöht werden (vgl. ebd. Interview 2012).

Michael Hauser stellt in den Vordergrund, dass ökologische Landwirtschaft standortspezifische Systeme und autonome Bauern und Bäuerinnen zum Ziel haben soll. Für die Verbindung des Rechts auf Nahrung sieht er besonders die politischen Auslegungen ökologischer Landwirtschaft sinnvoll, da auch das Recht auf Nahrung politische Aspekte beinhaltet. Daher kann für Michael Hauser eine Förderung ökologischer Landwirtschaft in der

EZA nicht nur auf der Ebene von Produktionsweisen und Vermarktung ansetzen, sondern muss auch Kapazitätsaufbau, Bildung, Mobilisierung und Ermächtigung der Bauern und Bäuerinnen beinhalten. Das bedarf vor allem auch des politischen Einsatzes der Entwicklungsorganisationen für eine Veränderung der politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die die Lebensbedingungen von Kleinbäuerinnen und -bauern beeinflussen (vgl. ebd. Interview 2012).

Die Anwendung von Konzepten ökologischer Landwirtschaft kann dem Recht auf eigene Nahrungsmittelproduktion entgegen kommen. Weniger wird von meinen InterviewpartnerInnen der Zugang zu Nahrung, als der Zugang zu Ressourcen und die autonomen Verwirklichungsmöglichkeiten der bäuerlichen Eigenproduktion in den Vordergrund gestellt. Diese Verwirklichungsmöglichkeiten und Ressourcenzugänge werden aber nicht nur von der Ausrichtung bäuerlicher Produktionssysteme bestimmt, sondern besonders auch von institutionellen, nationalen und internationalen Ausrichtungen und Rahmenbedingungen der Politik und Wirtschaft.

7.1 Zugang²³ zu produktiven Ressourcen, Erhalt der Lebensgrundlagen, Klimawandel

Der Zugang zu produktiven Ressourcen ist neben dem Zugang zu adäquaten Nahrungsmitteln grundlegend für die Verwirklichung des Rechts von Menschen, sich selbst ernähren zu können. Diese Ressourcen müssen aber auch in einer Weise eingesetzt werden, die es den Kleinbäuerinnen und -bauern ermöglicht, diese für sich selbst effektiv nutzen zu können.

Externe Betriebsmittel

Die Verwendung von externen Betriebsmitteln, wie Agrarchemikalien²⁴ und Hybrid- oder gentechnisch verändertem Saatgut, bedeuten für viele Bauern und Bäuerinnen erhebliche finanzielle, ökologische und gesundheitliche Gefahren- und Problempotentiale. In ökologischen Produktionssystemen wird weitgehend darauf verzichtet.

²³ Der Zugang zu Produktionsressourcen und auch zu den Vorteilen erhöhter Erträge der Nahrungsmittelproduktion ist innerhalb von Gesellschaften, Communities und Haushalten nicht gleichmäßig verteilt. Der Zugang kommt auf internationaler, nationaler, lokaler Ebene und auch innerhalb von Haushalten aufgrund sozialer Ungleichheit und verschiedener Machtverhältnisse verschiedenen Gruppen und Einzelpersonen in ungleicher Weise zu. Besonders bei der Verteilung innerhalb von Haushalten spielen Macht- und Genderverhältnisse eine wichtige Rolle (vgl. Lewis und Gardner 1996: 79f.). Auf die Verteilungs- und Konsumebene kann nur sehr bedingt eingegangen werden, diese bedarf konkreter Haushaltsanalysen.

²⁴ Düngemittel, Pestizide, Herbizide

Organic agriculture systematically works with what farmers can afford. External inputs are limited and much attention is given to the maintenance and the recycling of on-farm available materials. For example, composting of organic materials and the application of compost as soil fertility enhancing agent is a key practice in organic agriculture. Emphasis is given to local seeds systems and the multiplication of annual and perennial crops through community nursery gardens. (Hauser und Walaga 2005:74)

Einer der in der Literatur am stärksten betonten Vorteile von ökologischer Landwirtschaft ist der Bezug auf lokal vorhandene Produktionsmitteln. Dadurch können Abhängigkeiten von immer teurer werdenden agroindustriellen Betriebsmitteln und damit auch indirekt von dem knapp werdenden Mineralöl weitgehend vermieden werden. Diese Betriebsmittel werden durch den Einbezug lokaler Ressourcen, verschiedener Managementpraktiken, Anbautechniken und physischer Arbeit ersetzt. Das kann die finanziellen Kosten der Bäuerinnen und Bauern verringern und indirekt auch die Gefahr von Abhängigkeiten von Krediten und finanziellen Schulden (vgl. Beban 2010: 38, Johannsen et al. 2005: 16, Scialabba und Hattam 2002, Setboonsarng 2006: 8, UNCTAD/UNEP 2008: 6). Jules Pretty (vgl. 2006: 8) nennt als wichtiges Schlüsselement von nachhaltiger Landwirtschaft die Steigerung der Selbstständigkeit durch die Substitution externer Inputs durch den Aufbau von „Humankapital“. Insofern werden externe Betriebsmittel nicht nur durch lokal vorhandene Ressourcen substituiert, sondern auch durch die produktive Nutzung des Wissens und der Fähigkeiten von Bäuerinnen und Bauern. Darüber hinaus sind viele agroindustrielle Produkte nur als gesamtes Paket, also in der Gesamtheit der einzelnen Komponenten erfolgreich, was ebenfalls ein finanzielles Problem für viele Kleinbäuerinnen und –bauern darstellt. Agroindustrielle Inputs, besonders bei Saatgut dramatisch, werden heute von sehr wenigen Großkonzernen erzeugt und vertrieben. Was indirekt die Produktionsentscheidungen von Bauern und Bäuerinnen sowie ihren Zugang zu externen Produktionsmitteln und ihren Lebensgrundlagen beeinflusst (vgl. Shiva 2009: 50). Manfred Schnitzer betont darum, dass *Machtkonzentrationen und Monopole [...] sowohl die Entwicklung der Landwirtschaft selbst, als auch die Sicherung der Ernährung [gefährden]* (vgl. Schnitzer 2008: 17).

Kleinbäuerinnen und Kleinbauern haben oft sowieso keinen Zugang zu externen Betriebsmitteln, wenn sie nicht subventioniert werden. Also können's mit ökologischen Praktiken die eigene Produktion optimieren. Die Saatgutproduktion kann auf jeden Fall die Kosten vermindern für die Produktion, weil Saatgut oft Abhängigkeit schafft und oft schlechte Qualität zu teuer verkauft wird. Dann kann auch mehr Geld zur Verfügung stehen und Kosten reduziert werden (Koppensteiner Interview 2012).

Dass viele Kleinbäuerinnen und Kleinbauern keinen Zugang zu externen Betriebsmitteln haben, wird auch von Schnitzer (2011), Hauser (2012) und Rabitsch (2011) in den Interviews

erwähnt. Viele Kleinbauern und -bäuerinnen in „Entwicklungsländern“ sind durch finanzielle oder infrastrukturelle Ursachen von dem Zugang der konventionellen Inputs ausgeschlossen. Ökologische Landwirtschaft kann für sie eine günstigere Möglichkeit bedeuten, ihre Produktionssysteme nachhaltig und stabil zu optimieren, ihre Erträge zu erhöhen und zu diversifizieren. Gerade bei Kleinbäuerinnen und -bauern, die ohne chemische Inputs und agroindustrielles Saatgut arbeiten, kann mit dem Einsatz agrarökologischer Methoden eine erhebliche Erhöhung und Stabilisierung der landwirtschaftlichen Erträge erreicht werden (vgl. Johannsen et al. 2005: 16).

Der zusätzliche Bedarf an Arbeitskräften kann positive und negative Auswirkungen haben, er kann einen Beschäftigungseffekt und Arbeitsplätze bedeuten (vgl. Hauser 2009), kann aber unter anderem bei einem Mangel an Arbeitskraft, besonders für „mehrfach belastete“ Frauen problematisch werden (vgl. Scialabba 2007: 6).

Zugang zu Wissen

Ich glaub' nicht, dass bei ökologischer Landwirtschaft da [bei Wissen] wieder die Abhängigkeiten von außen entstehen, [...] weil sehr viel vom lokalem Wissen noch vorhanden ist. Man muss sie oft nur erinnern, die Gemeinschaft oder die Bäuerinnen. Manche Praktiken sind sicher neu, - aber nicht ganz neu, man findet schon immer so Aspekte, wo sie sagen,[...] das ist ihnen bekannt . Zum Beispiel Intercropping im Senegal - da wird Mais, Bohnen und Sorghum auf einem Feld kombiniert. Das haben Bauern selbst ausprobiert und ihre eigenes Wissen und ihre eigene Erfahrung eingearbeitet. Da haben die Bauern und Bäuerinnen gesagt, diese drei Produkte bauen wir an, davon kann der Boden gut leben, und wir können gut davon leben. Da besteht die Möglichkeit, neues Wissen zu schaffen und das dann in der Gemeinschaft bleibt - sollte nicht sein, dass da wieder ein Institut kommt, und die verbreiten es [das Wissen] - Also der klassische Ansatz wär schon, [...] dass die Bevölkerung Teil davon ist, wenn man sowas erarbeitet (Koppensteiner Interview 2012).

Ökologische Landwirtschaft ist im Vergleich zu konventioneller Landwirtschaft weniger Kapital und Input-intensiv, sondern bedarf vor allem einen Zugang zu Wissen. „*Organic management is a knowledge-based approach requiring understanding of agro-ecological processes. Access to knowledge is the major bottleneck when converting to organic management*“ (Scialabba 2007: 6). Wissen ist ein bestimmender Faktor für das Gelingen von ökologischer Landwirtschaft. Daher ist die Schaffung des Zugangs zu Wissen durch Interventionen von ökologischer Landwirtschaft und durch Ausbau der landwirtschaftlichen Beratung eine zentrale Aufgabe (vgl. Koppensteiner Interview 2012). Dabei ist wichtig festzuhalten, dass es hierbei nicht nur um wissenschaftliches Wissen geht, sondern auch um

verschiedene Formen lokalen Wissens,²⁵ die miteinander verbunden werden sollen. Agrarökologisches lokales Wissen soll innerhalb der Initiativen und *Communities* geteilt werden und die Basis für den Aufbau agrarökologischer Produktionssysteme bilden (vgl. Rabitsch Interview 2011). Frauen sind sehr oft wichtige Trägerinnen von lokalem agrarökologischem Wissen. Frauenspezifisches Wissen ist von großer Bedeutung für die ökologische Landwirtschaftsbewegung und wurde aber sehr lange innerhalb dieser ignoriert (vgl. Farnworth und Hutchings 2009: 32). Die Marginalisierung und Abwertung von lokalem Wissen und Fähigkeiten, besonders von Frauen, in der Landwirtschaft steht direkt in Verbindung mit den ungleichen Machtverhältnissen, die den Ideologien von Kolonialismus, Kapitalismus und Globalisierung inhärent sind (vgl. ebd. 2009: 14). Die Aufwertung von lokalem Wissen von Bäuerinnen und Bauern durch ökologische Landwirtschaft hat eine wichtige Bedeutung für viele andere Komponenten agrarökologischer Systeme, wie der Selbstständigkeit und Selbstbestimmtheit der Bauern und Bäuerinnen.²⁶

The goal of organic agriculture is not to replace local knowledge by modern scientific knowledge, but to design farm management strategies that build on the experiences, cultures and institutional arrangements of farmers and farming communities. Local knowledge is an important source of information in organic agriculture. Farmer and community participation in technology development and experimentation enhances local innovativeness and the ability to adapt technologies and practices to rapidly changing environments (Hauser und Walaga 2005: 75)

Der Einbezug von lokalem Wissen der Bäuerinnen und Bauern ist für die Anpassung an die lokalen Bedingungen und die soziale, ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit der Interventionen und landwirtschaftlichen Systeme unumgänglich. Die gemeinsame Entwicklung von Technologien und Generierung von Wissen ist auch wichtig für die Selbstständigkeit und die Aneignung langfristiger Handlungskompetenzen durch die Bäuerinnen und Bauern, durch die sie die agrarökologischen Produktionssysteme an verändernde Bedingungen anpassen können. „*Agroecology is highly knowledge-intensive, based on techniques that are not delivered top-down but developed on the basis of farmers' knowledge and experimentation*“ (De Schutter 2010: 6). Der Einbezug von lokalem Wissen kann dem Erhalt des spezifischen Wissens dienen und vor allem anderen Bauern und Bäuerinnen zugänglich gemacht und geteilt werden. Anzumerken ist erneut, dass

²⁵ Lokales Wissen verstehe ich hier nach Farnworth und Hutchings (2009: 15): “*Local and traditional knowledge generally refers to locally bounded knowledge that is site-specific and embedded in the culture, activities and cosmology of particular peoples. [...] Local and indigenous knowledges can be seen as systematic bodies of knowledge that are tested through experience, through precise observation, and through informal experimentation.*”

²⁶ In Vermarktungsprojekten ist ebenfalls wirtschaftliches Wissen und kompetenz zentral und sollte Teil der Projekte sein (vgl. Koppensteiner Interview 2012), darauf wird hier aber nicht eingegangen.

Interventionen ökologischer Landwirtschaft nicht selbstverständlich auf lokalem Wissen aufbauen und Bauern und Bäuerinnen einbeziehen, das ist immer abhängig von dem jeweiligen Verständnis und der Instrumentalisierung von ökologischer Landwirtschaft und dessen Umsetzung (vgl. Hauser Interview 2012). Auch der Weltagrarbericht argumentiert, dass der Einbezug des lokalen Wissens und die partizipatorische Wissensentwicklung nicht nur in Agrarberatungsdiensten, Trainings und Schulen, sondern auch im Bereich der institutionell-wissenschaftlichen Technikentwicklung große Bedeutung haben muss, um zukünftige nachhaltige, sozial- und umweltgerechte Agrarsysteme, die den Standortbedingungen angepasst und dynamisch sind, erarbeiten zu können. *„Überliefertes traditionelles und lokales Wissen stellt einen reichen Fundus von gesammeltem Praxiswissen sowie von Möglichkeiten der Wissenserweiterung dar, der zum Erreichen von Nachhaltigkeits- und Entwicklungszielen nötig ist“* (IAASTD 2008: 38).

Zugang zu fruchtbarem Land

Dieser Punkt bezieht sich nicht darauf, dass ökologische Landwirtschaft auf die gerechtere Verteilung der Landrechte einwirken kann, das muss vor allem durch politische Veränderungen, wie Land- und Agrarreformen passieren (vgl. IAASTD 2008: 91). Ökologische Landwirtschaft kann jedoch beitragen, den Boden des für Kleinbäuerinnen und Kleinbauern zugänglichen Landes zu erhalten, nicht zu zerstören und sofern es möglich ist, wieder zu „rehabilitieren“ (vgl. Interview Schnitzer 2011). Nicht nachhaltige Wirtschaftsweisen haben Böden ausgelaugt und zerstört, giftige Stoffe in die Ökosysteme eingebracht, sowie verstärkte Bodenerosion verursacht. Bodenfruchtbarkeit wurde durch Dünger ersetzt. Ökologische Managementmethoden können eine weitere Degradierung des Bodens verhindern und Bodenfruchtbarkeit wieder aufbauen. Natürliche Nährstoffkreisläufe werden durch bestimmte Fruchtfolgen, Beimengung von Kompost oder Gründünger nachgeahmt und die Bodenfruchtbarkeit erhöht. Durch die Integration von Bäumen in die Produktionssysteme und andere Methoden, kann der Bodenerosion entgegengewirkt werden. Ein weiterer Effekt von gesunden Böden ist nicht nur eine bessere Nährstoffversorgung der Pflanzen, sondern auch dass der Boden Wasser besser speichert. Dadurch können höhere Ernten auch unter schwierigen Bedingungen erzielt und über einen langfristigen Zeitraum angebaut werden (vgl. UNCTAD/UNEP 2008: 12). Das ermöglicht, das Land für die Bäuerinnen und Bauern lange bei besserer Produktivität zu erhalten, zu pflegen und das auch für zukünftige Generationen.

Zugang zu Wasser

“[Food] security, in light of regional water scarcity, will ultimately require “more crop per drop”. Organic agriculture can increase water use efficiency through improved soil management and by reducing pollutants” (Niggli et al. 2007: 5f.). Den ungerechten Zugang zu Wasser zu verändern, bedarf es ebenfalls weitgehender Landreformen (vgl. IAASTD 2008: 91). Die zukünftige Wasserknappheit wird auch durch globale Umweltverschmutzung, Klimawandel und ausbeuterische Wirtschaftsweisen vorangetrieben, betroffen sind davon besonders vulnerable Menschen in vielen Regionen in „Entwicklungsländern“. Ökologische Landwirtschaft hat durch Managementmaßnahmen der Vegetation und des Bodens das Potential, weniger Wasser zu verbrauchen und das verwendete Wasser effizienter zu nutzen (vgl. Niggli et al. 2007: 4-6). Durch den Anbau von Sorten, die standortangepasst sind und mit wenig Wasser auskommen, kann Wasser effizient genutzt werden. Durch ökologische Praktiken können der Wasserabfluss und die Verdampfung vermindert werden (vgl. Pretty 2006: 19). Auch auf Land mit schlechterem Zugang zu Wasser kann so nachhaltiger und ertragreicher angebaut werden, was für viele Kleinbäuerinnen und –bauern essentiell ist. Ökologische Landwirtschaft kann Verschmutzungen des Grundwassers vermeiden, besonders durch den Abfluss von chemischen Inputs. Auch der geringere Einsatz von organischen Düngern, durch die Pflege der Bodenfruchtbarkeit durch Synergien der Pflanzen in den Anbausystemen, kann weniger Stickstoffabgaben ins Grundwasser bedeuten. Dadurch können zusätzlich Verschmutzungen des Grundwassers vermieden werden, dem die lokale Bevölkerung und die Umwelt bei konventionellen Methoden ausgesetzt wären. Hiermit kann lokal grundsätzlich mehr Grund- und Trinkwasser zur Verfügung stehen (vgl. UNCTD/UNEP 2008: 18, Pretty 2006: 19).

Zugang zu Saatgut (Biodiversität)

„Die Kleinbauern haben noch ihre eigenen Saatmittel und das wird auch sehr von Geberseite gefördert, dass es eine Multiplikation von Saatmitteln auf dieser lokalen Ebene gibt, also um sie gar nicht in Abhängigkeiten von diesen [agroindustriellen] Importen kommen zu lassen“ (Rabitsch Interview 2011).

Der Zugang zu angepasstem, lokal verfügbarem Saatgut, das durch klassische Saatgutgewinnung durch die Bäuerinnen und Bauern selbst verbessert und nachgebaut wird, ist essentiell. Im Gegensatz zu genetisch verändertem oder Hybridsaatgut, können und dürfen²⁷ diese Sorten von Bauern und Bäuerinnen selbst nachgebaut, getauscht und verkauft werden. Agroindustrielle Produkte sind gerade für Kleinbäuerinnen und –bauern in

²⁷ Aufgrund von Patenten ist die private Vervielfältigung agroindustriellem Saatguts verboten (vgl. IAASTD 2008: 27)

„Entwicklungsländern“ risikoreich und bringen, neben Abhängigkeiten, für sie kaum Nutzen mit sich (vgl. IAASTD 2008: 27, OEZA 2003: 8, Schnitzer 2008: 17f.). Als ökologisch, ökonomisch und kulturell angepasstes offenes System braucht ökologische Landwirtschaft Biodiversität. Diese ist ein wichtiger Faktor der Stabilität diversifizierter Agrarökosysteme und des integrierten Schädlings- und Krankheitsmanagements. Um Systeme an sich verändernde Gegebenheiten anzupassen, bedarf es einem Zugang zu einem breiten Spektrum an verschiedenen Sorten an Saatgut. Im Vergleich zu konventionellen Landwirtschaftssystemen basieren ökologische Anbausysteme verstärkter auf dem Einsatz verschiedener Kulturen und Sorten von Saatgut (vgl. Niggli et al. 2007: 8). Auch wenn ökologische Landwirtschaft nach einem holistischen Verständnis diversifizierte Kulturen und Anbausysteme als Grundlage benötigt, heißt das aber nicht, dass es auch so umgesetzt wird. Die Studie der UNCTAD und UNEP unterstreicht, dass Monokulturen, die mit zugekauftem ökologischem Dünger ohne andere ökologische Techniken angebaut werden, nach manchen Standards trotzdem als „ökologisch“ gelten. Das heißt, dass durch verkürzte Verständnisse von ökologischer Landwirtschaft, diversifizierte Systeme und die Förderung der Biodiversität nicht umgesetzt werden (vgl. UNCTAD/UNEP 2008: 13). Durch den Eigennachbau von Saatgut sind Bauern und Bäuerinnen nicht auf teures agroindustrielles Saatgut angewiesen, dass nur einmal verwendet werden kann oder dessen eigene Reproduktion untersagt ist. Das kann einerseits eine Kostenersparnis für Bäuerinnen und Bauern bedeuten, darüber müssen keine existenzbedrohenden Schulden aufgenommen werden. Die Bauern und Bäuerinnen haben die weitgehende Kontrolle über ihr Saatgut. Durch den Erhalt an verschiedenen lokalen Sorten kann aus einem großen Pool an angepassten Möglichkeiten für sich verändernde klimatische und ökonomische Bedingungen geschöpft werden. Darüber hinaus wird Saatgut durch die *in situ* Reproduktion laufend an die bestehenden ökologischen Verhältnisse angepasst (vgl. IAASTD 2008: 212).

Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen

Bäuerinnen und Bauern sind neben anderen Faktoren auf die ökologischen und naturräumlichen Ressourcen angewiesen, um ihre Existenz durch die landwirtschaftliche Produktion sichern zu können, sei es durch eigene Lebensmittelproduktion, oder über die erwirtschafteten Einkommen.

Die Welternährung nach den Prinzipien des Menschenrechts auf Nahrung und der Ernährungssouveränität ist nur durch die Förderung von Bäuerinnen und Bauern zu erreichen, die im Einklang mit der Natur und daher nachhaltig produzieren und damit ihren eigenen Lebensunterhalt sowie den ihrer Kinder sichern können. Das Problem

kann nicht – und schon gar nicht in Entwicklungsländern – einer hochgezüchteten Agrarindustrie übertragen werden, welche die meisten mit einer umfassenden Landwirtschaft verbundenen Funktionen gar nicht erfüllen kann oder will (Schnitzer 2009: 260).

Ökologische Landwirtschaft kann dazu beitragen, Ökosysteme und natürliche Grundlagen der Bauern und Bäuerinnen für die eigene Sicherung ihrer Existenz und Ernährung nicht zusätzlich zu zerstören, teilweise wieder zu rehabilitieren. Darüberhinaus bietet sie eine Möglichkeit zur Verbesserung der Lebenssituationen der Bauern und Bäuerinnen, ohne dabei den nächsten Generationen durch Vorantreiben des Verlusts der Biodiversität, der Zerstörung und Verschmutzung von Böden und Wasser und den natürlichen Ressourcen für landwirtschaftliche Produktion die Möglichkeit der eigenen Versorgung mit Lebensmitteln zu verhindern (vgl. De Schutter 2010: 4-5). Dafür ist grundlegend, dass die Umsetzung von ökologischer Landwirtschaft nach ganzheitlichen Prinzipien und nicht nur als Marktchance und nach minimalen ökologischen Standards verstanden und praktiziert wird.

Die Vermeidung der weiteren Degradierung der lokalen natürlichen Ressourcen ist unmittelbar (neben globalen Umweltfaktoren) von der lokalen Bewirtschaftungsform der Ressourcen abhängig. Intensive, konventionelle Landwirtschaft, nach dem Rezept der Grünen Revolution hat auf verschiedene Weisen dazu geführt, Ökosysteme und als Teile davon Böden, Wasserquellen und andere Grundlagen für die landwirtschaftliche Produktion langfristig zu zerstören.

Im Gegensatz zu hauptsächlich auf hohe Outputs ausgerichtete konventionelle Systeme, gehen ökologische Systeme, nach einem ganzheitlichen Verständnis, über diese Zielsetzung hinaus und können zum Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen beitragen.

Der nachhaltige Umgang mit Ressourcen, also Boden und Wasser - was ja ein Teil der ökologischen Landwirtschaft ist – garantiert, dass langfristig in den Regionen Lebensmittel vorhanden sind, was ansonsten nicht gesichert wäre. Da sehe ich den Konnex zwischen ökologischer Landwirtschaft und Recht auf Nahrung sehr stark (vgl. Interview Koppensteiner 2012).

Klimawandel

Für Waltraut Rabitsch (vgl. Interview 2011) besteht ein wichtiger Zusammenhang zwischen ökologischer Landwirtschaft, den Herausforderungen durch die Veränderungen durch den Klimawandel und der Verwirklichung des Rechts auf Nahrung. *„Ökologische Landwirtschaft kann besser an die Folgen des Klimawandels angepasst werden und sich besser an Veränderungen anpassen. Dadurch können Lebensgrundlagen erhalten werden und Erträge langfristig erhalten bleiben“* (ebd. Interview 2011). Auch Petra Koppensteiner (vgl. Interview

2012) und Manfred Schnitzer (vgl. Interview 2011) sehen diesen Zusammenhang. Die negativen Folgen des Klimawandels zeigen sich besonders in „Entwicklungsländern“ der südlichen Hemisphäre und betreffen und gefährden vor allem die verwundbarsten Bevölkerungsgruppen und bäuerliche *Communities* am stärksten²⁸. Der Klimawandel und seine Folgen für die Landwirtschaft zeigen sich besonders durch häufigeres Auftreten von extremen Wetterereignissen, erhöhtem Wassermangel und Dürren, Desertifikation, sowie klimatischen Veränderungen. Die negativen Effekte für die landwirtschaftliche Produktion verstärken sich je schlechter die Produktionssysteme durch Bauern und Bäuerinnen an die Bedingungen angepasst werden. Ökologische Landwirtschaft hat ein Potential als Kombination einer Anpassungsstrategie an Gefahren für Bauern und Bäuerinnen die durch den Klimawandel entstehen und zur Verminderung der Vulnerabilität der Bäuerinnen und Bauern zu fungieren (vgl. De Schutter 2010: 13f.; Muller 2009: 1- 4). Die Adaption an die Bedingungen durch den Klimawandel wird nach Muller weniger als technische, sondern als soziokulturelle Anpassung verstanden, um eine höhere Resilienz zu erreichen (vgl. ebd. 2009: 2).

[...] OA [Organic Agriculture] reduces the vulnerability of the farmers to climate change and variability. First, OA comprises highly diverse farming systems and thus increases the diversity of income sources and the flexibility to cope with adverse effects of climate change and variability, such as changed rainfall patterns. This leads to higher economic and ecological stability through optimized ecological balance and risk-spreading. Second, OA is a low-risk farming strategy with reduced input costs and, therefore, lower risks with partial or total crop failure due to extreme weather events or changed conditions in the wake of climate change and variability.[...] The coping capacity of the farms is increased and the risk of indebtedness is lowered. Risk management, risk-reduction strategies, and economic diversification to build resilience are also prominent aspects of adaptation. (Muller 2009: 3)

Diese Chancen der ökologischen Landwirtschaft als Anpassungsstrategien an den Klimawandel finden bisher weniger Beachtung als den Beitrag, den sie leisten kann, um eine weitere Forcierung des Klimawandels durch landwirtschaftliche Produktion zu verhindern (vgl. ebd. 2009: 8). „*We have to reduce emissions and ecological agriculture helps to do this, while industrial agriculture adds emissions*“ (Shiva 2009: 48). Die landwirtschaftliche Produktion nach ökologischen Prinzipien unterstützt nicht nur die Reduktion der Emission von Treibhausgasen, sondern auch auf die Vermeidung von weiteren Beiträgen zum Klimawandel durch positive Effekte auf die Speicherung von Kohlenstoff im Boden (vgl. de

²⁸ Dabei ist zu erwähnen, dass der Klimawandel großteils von „Industrieländern“ verursacht wird, aber „Entwicklungsländer“ am stärksten von den negativen Konsequenzen betroffen sind, besonders stark in Subsahara-Afrika (vgl. Sachs und Santarius 2005: 46 ff.)

Schutter 2010: 13). Das Recht auf Nahrung bezieht sich auch auf die Erhaltung der Lebensgrundlagen für zukünftige Generationen. Daher sollen landwirtschaftliche Produktionssysteme, die das Recht auf Nahrung stärken, indem sie die eigenen Ressourcen, wie den Boden und so das Land, den Zugang zu Wasser und Biodiversität, ganze Ökosysteme nicht nur für die eigene Existenzsicherung erhalten und pflegen, sondern auch zukünftigen Generationen die Möglichkeit geben, sich selbst zu ernähren und nicht zu zerstören (vgl. ebd. 2010: 3).

7.2 Abhängigkeiten, Selbstbestimmung, Empowerment

Ökologische Landwirtschaft hat das Potential, an verschiedenen relevanten Punkten für die Verwirklichung des Rechts auf Nahrung gleichzeitig anzusetzen, die über den Erhalt der natürlichen Ressourcen hinaus gehen.

A rights-based approach provides the powerless with leverage to address the causes of food insecurity and poverty. It strengthens local communities to take care of their own members. Besides its market pull, organic agriculture upgrades traditional knowledge through interactive learning, strengthening farmers' analytical abilities and creativity. Organized rural communities stand-up for their rights and extend entrepreneurial skills. In doing so, organic management revalorizes indigenous knowledge and community structures which have eroded for a variety of reasons (e.g. land alienation, population pressure, migration) and empowers social systems to control their own food supply. (Scialabba 2007: 15)

Für die Verwirklichung des Rechts auf Nahrung, bedarf es mehr als den Zugang zu landwirtschaftlichen Produktions- und Nahrungsmitteln, da Hunger und Armut vor allem als soziale, politische und wirtschaftliche Exklusion gesehen werden können (vgl. Golay und Özden 2005: 3f.). Daher müssen Rahmenbedingungen verändert, wie auch die Ermächtigung der betroffenen Menschen unterstützt werden.

Um ihren Zugang zu und Kontrolle über Ressourcen zu fördern, ist gleichermaßen die Stärkung der Kleinbäuerinnen und -bauern auf sozialer, politischer und wirtschaftlicher²⁹ Ebene notwendig, um ihre Rechte und Vorstellungen artikulieren und einfordern zu können. Auch wenn zwischen Ressourcenzugang und –kontrolle und einem gesteigertem *Empowerment* aufgrund der komplexen Verbindungen oft keine linearen Kausalzusammenhänge behauptet werden können, bestehen zwischen diesen wichtige

²⁹ Wirtschaftliches Empowerment darf nicht zu einer Einkommenserhöhung verkürzt werden, was aber in der Debatte um ökologische Landwirtschaft in der EZA oft festgestellt werden kann.

Wechselwirkungen³⁰. So sind Verfügungsrechte über Land stark mit sozialem Status, wie auch sozialem *Empowerment* verbunden (vgl. Farnworth und Hutchings 2009: 29).

Eine umfassende Definition von ökologischer Landwirtschaft nimmt auf ein politisches und soziales Empowerment Bezug oder unterstützt dieses auch. Politisches und soziales Kapital zu entwickeln ist das einzige Mittel für Bauern und Farmer-Groups, sich langfristig auf Märkten zu behaupten (Hauser Interview 2012).

Die Generierung eigener Kapazitäten, Kompetenzen und Widerstandskräfte wird nicht gefördert und das Potenzial von ökologischer Landwirtschaft dies bezüglich vernachlässigt, wenn auch im Bereich der Beratungsdienste kaum soziokulturelle, alleine ökonomische und ökologische Dimensionen behandelt werden. „Aktive Mitgestaltung und Kreativität sind deshalb besonders wichtig“ (Johannsen et al. 2005: 23). Ebenso sollte politische Bildungsarbeit in der landwirtschaftlichen Beratung eine wichtige Rolle spielen, besonders wenn es um die Verwirklichung von Rechten geht (vgl. Hauser Interview 2012; Kotschi 2009: 205).

Ökologisierung ist nicht zuletzt eine Machtfrage. Landwirtschaft ist mit großen wirtschaftlichen Interessen verbunden, Interessen, die den Diskurs um den richtigen Intensivierungsweg stark prägen. Deshalb ist auf der Produzentenebene landwirtschaftliche Beratung, Lobbying und mit Rechtsbeistand zu verbinden (Kotschi 2009: 205).

Das würde das Potential von ökologischer Landwirtschaft für politische und soziale Ermächtigung verstärkt nutzen.

Empowerment bedarf auch des Ausbaues eines förderlichen Umfelds auf lokaler und nationaler Ebene. Ebenso sind weltwirtschaftliche und weltpolitische Rahmenbedingungen notwendig, die *Empowerment* von Kleinbäuerinnen und –bauern zulassen und fördern (vgl. Gruber und Hauser 2010: 90).

Soziales und politisches Empowerment

Auf der sozialen Ebene kann ökologische Landwirtschaft zur qualitativen und quantitativen Verbesserung der Ernährungssituation und einer Sicherung der sozialen Grundbedürfnisse, wie Gesundheit und Bildung beitragen. Durch das Einkommen können Schulbesuche und zusätzliche Projekte ermöglicht werden, aber auch die selbstständige Weiterentwicklung, im Sinne eines besseren Bewusstseins für den nachhaltigen Umgang mit und die Erhaltung von Umwelt und Land. Andere soziokulturelle und politische Faktoren, die mit ökologischer Landwirtschaft verbunden sind, wären eine stärkere Beteiligung der Bäuerinnen und Bauern an Entscheidungsprozessen, Empowerment und Partizipation. Die Beteiligung der Bauern und Bäuerinnen ist wichtig, damit die Maßnahmen an die Bedürfnisse und

³⁰ *Empowerment* bedeutet nicht zwingend auch mehr Ressourcenzugang- und kontrolle.

Prioritäten der Menschen angepasst werden, besonders an die der verwundbarsten Bevölkerungsgruppen. Als öffentliche staatliche Organisation hat die OEZA gewissen Einschränkungen gegenüber NROs [Nichtregierungsorganisationen], da sie vorwiegend mit staatlichen Strukturen zusammenarbeiten und von staatlicher Seite wird kaum Empowerment als Aufgabe wahrgenommen. Dieser Blockade ist sich die ADA auch bewusst (Rabitsch Interview 2011).

Soziales Empowerment, bei dem es stark um den sozialen Status innerhalb einer Gesellschaft geht, betrifft auch vor allem Frauen. Es geht um die Möglichkeit von Frauen, ihre Meinung einzubringen und an Entscheidungen teilhaben zu können (Rabitsch Interview 2011). Gerade die Position von Frauen kann in der partizipativen Entwicklung nachhaltiger Landwirtschaftssysteme und Wissensgenerierung gestärkt werden. Frauen und ihr Wissen wurden durch die Förderung als „modern“ geltender, exportorientierter Landwirtschaftssysteme abgewertet und von ihren oft wichtigen Rollen in der Landwirtschaft ausgeschlossen (vgl. Johannsen et al. 2005: 20, De Schutter 2010: 19). Aus einer Genderperspektive kann der Wechsel zu ökologischer Landwirtschaft Einfluss auf soziale Strukturen und Entscheidungsprozesse haben. Bakewell-Stone et al. (2008: 27) argumentieren, dass ökologische Landwirtschaft gerade den Potentialen und Anforderungen von Frauen, die oft verstärkt vom Zugang zu Ressourcen ausgeschlossen sind, durch wenige externe Inputs und Verwendung der ihnen zugänglichen Ressourcen entgegenkommt und von ihnen genutzt werden kann, was positiv auf die lokale Gendergerechtigkeit wirken kann.

Die **Vernetzung und Zusammenarbeit** von Bäuerinnen und Bauern in der ökologischen Landwirtschaft ist, besonders auf lokaler Ebene, ein wichtiges Schlüsselement für die Selbstständigkeit, langfristige Existenzsicherung und Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft (vgl. Pretty 2006: 8). *„In poor countries, where financial support is limited and markets weak, then people rely even more on the value they can derive from the natural environment and from working together to achieve collective outcomes”* (Pretty 2006: 15). Nachhaltige Landwirtschaftsformen können zu einer stärkeren sozialen Organisation auf lokaler Ebene, zu neuen Regeln der Verwaltung der kollektiven natürlichen Ressourcen und besserer Verbindung zu politischen Institutionen beitragen (vgl. Pretty 2006: 14). Johannsen et al. ziehen eine Verbindung von der Vernetzung und der Organisation durch Bäuerinnen- und Bauerngruppen und der Stärkung ihres politischer Engagements und Einflusses, der Durchsetzungskraft eigener Rechte. Dabei können auch alternativen Formen der Interessensvertretung entstehen. Johannsen et al gestehen der politischen Mobilisierung und Vernetzung der Bäuerinnen und Bauern ein großes Potential zu, dass in *„[...]einigen*

Fällen bereits eine Änderung der politischen Rahmenbedingungen zu ihren Gunsten bewirken[...]“ konnte (Johannsen et al. 2005: 21). Die gemeinschaftlichen Anforderungen können zu einer höheren Eigenverantwortung, Eigeninitiative und Kreativität in der Gemeinschaft beitragen (vgl. Johannsen et al. 2005: 15). Der Erfahrungsaustausch über die Herstellung von Saatgut, verbesserte Anbaumethoden, Verarbeitungsmöglichkeiten und lokale Vermarktungsstrategien kann den Zusammenhalt zwischen den Bäuerinnen und Bauern fördern und zu einer verstärkten Zusammenarbeit in der *Community* führen. Soziale Netzwerke bieten besonders in schwierigen Zeiten, wie Krankheitsfälle oder Dürre eine wichtige Quelle der Unterstützung (vgl. Gruber und Hauser 2010: 98). Darüber hinaus kann die Vernetzung und der Austausch von Wissen und Informationen unter den Bäuerinnen und Bauern zur Steigerung der Problemlösekapazitäten und so auch zur Ernährungssicherung auf lokaler Gemeinschaftsebene führen (vgl. UNCTAD 2008: 37).

Indem ökologische Landwirtschaft auf gestärktem lokalem Wissen und den eigenen Potentialen, Fähigkeiten und Möglichkeiten der Menschen aufbaut, werden ihr Selbstvertrauen, die Selbstbestimmung und Selbsthilfekapazitäten gefördert. (vgl. Gruber und Hauser 2010: 98).

Agrarökologische Praktiken und Systeme sind für die Bäuerinnen und Bauern verstärkt nützlich und akzeptabel, wenn sie **von ihnen selbst mitentwickelt** wurden. Bäuerinnen und Bauern sollen sehen,

„dass sie sehr wohl auch ForscherInnen sein können. Da bin ich dann immer überrascht, wie schnell dann Bauern und Bäuerinnen etwas aufgreifen, wenn sie es selbst ausprobieren. Wenn jemand kommt und sagt: „das ist gut“ - heißt das noch lange nicht, dass es für mich gut ist. Wenn ich aber etwas ein Jahr gemacht habe und wirklich seh’ was sich ändert, dann mach ich das auch“ (Koppensteiner Interview 2012).

Partizipative, aktionsorientierte Wissensentwicklung in der landwirtschaftlichen Beratung und Forschung ist ein Schlüsselement für die Realisierung des Rechts auf Nahrung und zentral für agrarökologische Ansätze (vgl. De Schutter 2010:18). Sie soll im speziellen Kleinbäuerinnen und -bauern dazu ermutigen, in Zusammenarbeit mit ExpertInnen, innovative Lösungen und Möglichkeiten zu erarbeiten, die vor allem ihnen zu Gute kommen und ihren Bedürfnissen und Potentialen entsprechen, anstatt nur bereits wohlhabendere Bauern und Bäuerinnen zu bevorzugen. Daher gilt partizipatives Lernen auch für AgrarwissenschaftlerInnen, die gerade von den Erfahrungen von Kleinbäuerinnen und

Kleinbauern lernen sollen, um agrarwissenschaftliches Wissen zu verbreiten, dass Relevanz für verwundbare Kleinbäuerinnen und -bauern hat, anstatt an den Bedürfnissen landwirtschaftlicher Eliten orientiert zu sein (vgl. IAASTD 2008: 217). Wichtig ist besonders, dass eine Zusammenarbeit in der Wissensentwicklung die Position der Bauern und Bäuerinnen im „Hilfesystem“ aufwertet und sie nicht als bloße „Nutznießer“ gesehen werden.

Grundsätzlich können Bäuerinnen und Bauern in nachhaltigen Landwirtschaftssystemen andere Rollen zukommen als in konventionellen Systemen. Konventionelle Landwirtschaft unterliegt überall ähnliche Abläufen. In nachhaltigen Landwirtschaftssystemen, wie ökologischer Landwirtschaft können durch partizipative Bildungsmaßnahmen und aktionsorientierte Technologieentwicklung, wie Forschung und einem verstärkten Einbezug lokalen Wissens Bäuerinnen und Bauer befähigen, ihre agrarökologischen Produktionssysteme selbstständig je nach Bedürfnissen und Bedingungen zu transformieren. Ihre Analysefähigkeiten werden ausgebaut. Mit steigendem Selbstwertgefühl lernen die Bäuerinnen und Bauern, zunehmend wieder auf eigene Lösungswege zu setzen und Neuerungen kritisch zu überprüfen (vgl. Johannsen et al. 2005: 20). Die Aufwertung des lokalen Wissens und der zentrale Stellenwert der diesem in ganzheitlichen Konzepten von ökologischer Landwirtschaft zukommt, kann darüber hinaus den Selbstwert der Bäuerinnen und Bauern stärken. Die Fähigkeiten und das Wissen der Bauern und Bäuerinnen „ersetzen“ chemische Betriebsmittel konventioneller Systeme und haben daher einen besonderen Stellenwert in nachhaltigen Landwirtschaftssystemen. Der Ausbau der eigenen Kapazitäten zu selbstständigen Experimenten und Problemlösungsstrategien ist für die Nachhaltigkeit der Agrarökosysteme essentiell (vgl. Pretty 2006: 14), und so auch für die Sicherung einer stabilen Produktion und Eigenständigkeit der Bäuerinnen und Bauern.

Für Schnitzer (Interview 2011) und Koppensteiner (2012) besteht ein förderlicher Zusammenhang zwischen partizipativer Wissensgenerierung und der Weitergabe von Wissen auf der horizontalen Ebene zwischen Bauern und Bäuerinnen. Multiplikationseffekte des Wissens und der Erfahrungen können besonders bei Bäuerinnen und Bauern beobachtet werden, die *„Teil des Erkenntnisprozesses sind – das Wissen gehört dann mir“* - (Schnitzer Interview 2012) und bei jenen, die *„sich als aktive AkteurInnen wahrnehmen“* (Koppensteiner Interview 2011). Die lokale Weitergabe verändert auch die Qualität und die Bedeutung des Wissens für die Position der Bäuerinnen und Bauern in den Lebensmittelsystemen. „An

improved dissemination of knowledge by horizontal means transforms the nature of knowledge itself, which becomes the product of a network” (De Schutter 2010: 18).

Entscheidungsautonomie und Abhängigkeiten

In der konventionellen Landwirtschaft gibt es enorme Abhängigkeit von Zulieferanten der Inputs. Die entscheiden über die Produktionsform, über die Kosten und zum Teil auch über die Abnahmen. Diese Abhängigkeit von Lieferanten von Inputs kann man mit ökologischer Landwirtschaft weitgehend umgehen, weil man wirklich „low inputs“ hat oder naturnah arbeitet und da kann man alles selber produzieren oder zumindest im lokalen Kontext erwerben. Auf der Inputseite habe ich weniger Abhängigkeiten, aber auf der Outputseite habe ich immer noch Abhängigkeiten vom Markt (Schnitzer Interview 2011).

Ökologische Landwirtschaft kann dazu beitragen, dass Bauern und Bäuerinnen mehr Kontrolle über ihre produktiven Ressourcen und ihre Produktionssysteme haben (vgl. Beban 2009: 38). *Gerade die Verwendung lokaler, erneuerbarer Ressourcen in der ökologischen Landwirtschaft (...) geht [einher] mit der Kontrolle über die eigenen Betriebsmittel [...], die vor Anhängigkeiten und Verschuldung bei Händlern und Agro-Unternehmen schützt* (Johannsen et al. 2005: 15). Darüber hinaus sind Bäuerinnen und Bauern weniger auf staatliche Subventionen angewiesen (vgl. De Schutter 2010: 9). Die steigenden Lebensmittelpreise der letzten Jahre sind eng verbunden mit steigenden Erdölpreisen. Ökologische Landwirtschaft kann sich durch weniger Energieverbrauch und Inputabhängigkeit auch weitgehend von der Abhängigkeit von fossilen Energiequellen distanzieren (vgl. UNCTAD 2008: 39). Ergänzend kann auch hier hinzugefügt werden, dass Pretty (2006: 8) in nachhaltigen Systemen externe Produktionsfaktoren durch den Ausbau der Fähigkeiten und Kompetenzen der Bäuerinnen und Bauern ersetzt sieht. Was als zusätzliche Quelle der Kontrolle über die Produktionssysteme gesehen werden kann, neben der Kontrolle über die lokal verwendeten Ressourcen.

Allerdings bedeutet das noch nicht, dass Bäuerinnen und Bauern auch ihre eigenen Produkt-, Produktions-, Markt-, und Konsumententscheidungen treffen können. Nach Michael Hauser kann ökologische Landwirtschaft nicht nur einer Autonomieerhöhung dienen,

sondern soll einer Autonomieerhöhung dienen - einer Entscheidungsautonomie vor allem – was, wann und unter welchen Bedingungen produziert wird und auch was wann durch wen konsumiert wird, vor allem auf Haushalts- und Kommunalebene. Das schaffen vor allem jene Initiativen, die einen starken community based Ansatz haben und das schaffen umgekehrt jene nicht, die nur auf Kommerzialisierung, Einkommensgenerierung und Marktanbindung setzen (vgl. Interview 2012).

Bäuerinnen und Bauern werden durch die zentralisierte Zertifizierungspraxis ökologischer Landwirtschaft Zulieferer von in den Importländern festgelegten Bedürfnissen und Bedingungen, die die Entscheidungen vorgeben (vgl. Gruber und Hauser 2010: 101; Hauser Interview 2012). Die Standards und Rahmenbedingungen zertifizierter ökologischer Landwirtschaft sind an ökologischen und soziokulturellen Lebensbedingungen, Bedürfnissen und Potentialen der Bäuerinnen und Bauern, die sie anwenden, anzupassen und sollen von diesen selbst entwickelt werden (vgl. Gruber und Hauser 2010: 101, Kotschi 2007, Vogl et al. 2005).

Die Förderung des zertifizierten Sektors unter den aktuellen Bedingungen widerspricht nicht nur den Forderungen der OEZA nach Selbstbestimmung, sondern auch den Mitbestimmungs- und Ermächtigungsansprüchen eines menschenrechtlichen Rahmens (*rights based*) in der EZA (vgl. De Schutter 2008:4f.). Durch die aktuelle Praxis zertifizierter ökologischer Landwirtschaft könnten sich die Bäuerinnen und Bauern lediglich für oder gegen Angebote von Händlern entscheiden. Eine andere Feststellung findet sich bei Beban (2009: 36); *“Many people felt that their ability to negotiate terms of trade with buyers had improved due to organising into cooperative selling groups and organic certification”*. Wenn auch unter Bedingungen der aktuellen ökologischen Zertifizierungspraxis kaum eine umfassende Autonomie über die Produktion erreichbar scheint, kann nach Beban zumindest eine gestärkte Verhandlungsmacht über die Bedingungen von Handelsvereinbarungen mit Händlern durch die Organisation in Bäuerinnen- und Bauerngruppen und auch durch die Zertifizierung erreicht werden.

Widerstandsfähigkeit und langfristige, stabile Produktionssysteme

Den für das Recht auf Nahrung relevanten Gruppen ist eine markante Vulnerabilität gegenüber externen Faktoren gemeinsam (vgl. Windfuhr 2006: 34). Insofern sollte die Vulnerabilität der Bäuerinnen und Bauern verringert und ihre Widerstandskraft gestärkt werden. Ökologische Landwirtschaft erhält und stärkt die Leistungen der Ökosysteme als Lebensgrundlage der Bäuerinnen und Bauern (vgl. IAASTD 2008: 177). Außerdem kann die Krisenanfälligkeit und Vulnerabilität der Bäuerinnen und Bauern vermindert werden. Einkommen und Erträge können nicht nur erhöht, sondern stabilisiert werden. Ökologische Produktionssysteme sind besser geeignet, durch Diversifizierung und integrierte Managementpraktiken unter schwierigen und sich verändernden Bedingungen der Umwelt und des Marktes weniger verwundbar und besser anpassbar zu sein. Dafür darf aber nicht nur die Erhöhung von Erträgen von wenigen *Cash Crops*, sondern Intensivierung nach ökologischen Prinzipien im Vordergrund stehen. Die Stabilität und Widerstandsfähigkeit

ökologischer Produktionssysteme bauen auf der lokalen Anpassung, der Diversifizierung der angebauten Sorten und Produktionskulturen und den Kompetenzen und Selbstständigkeit der Bäuerinnen und Bauern auf. Daher ist eine Ausrichtung an nicht lokal sinnvollen³¹ Standards und auch einer verkürzten Interpretation der ökologischen und sozialen Aspekte der ökologischen Landwirtschaft kaum imstande, Ausgangspunkt für stabile und diversifizierte, selbstständige und produktive Agrarökosysteme zu sein.

In der Arbeit der EZA kann es oft weniger um die Verbesserung der Lebensbedingungen, wie -standards von von Armut betroffener Bevölkerungsgruppen gehen, hingegen aber „[...]eher um eine Stabilisierung des geringen Wohlstands, sowie die Vermeidung einer weiteren Marginalisierung und Verelendung“ (OEZA 2003: 8).

Michael Hauser (2009) sieht die Produktionsrisikominimierung besonders wichtig, da ein großer Teil der Kleinbäuerinnen und -bauern in „Entwicklungsländern“ an marginalen Standorten lebt und arbeitet, die landwirtschaftlichen Hochrisikozonen gleichen. Neben der ökologischen Widerstandsfähigkeit und den stabileren Erträgen kann durch die Diversifizierung der Produktionssysteme ebenfalls die Palette an vermarktbareren Produkten erweitert werden, was positiv auf das Einkommen wirken kann und auch weniger anfällig auf Marktveränderungen macht (vgl. Setboonsarg 2006: 8). Die Diversifizierung der angebauten Kulturen und Sorten reduziert auch das Risiko gegenüber Ernteaussfällen.

In rural areas, food shortage is usually the direct outcome of crop failures due to calamities and pests. Farmers who practice monoculture tend to be the most affected when their crops fail, suffering losses in income and difficulty in purchasing food. Such problems would be less daunting in the case of farmers practicing integrated system advocated in organic farming. (Setboonsarg 2006: 10)

Als eine Säule des ökologischen Pflanzenschutzes und des Nährstoffmanagements werden in ökologischen Produktionssystemen eine größere Diversität an verschiedenen widerstandsfähigen Sorten und Kulturen angebaut. Eine größere Bandbreite an krankheits- und schädlingsresistenten Sorten soll eingesetzt werden. Durch die Möglichkeiten des eigenen Nachbaus des Saatguts durch Bäuerinnen und Bauern unter den spezifischen lokalen Bedingungen kann eine widerstandsfähigere und besser angepasste Saat erzeugt werden (vgl.

³¹ Sinnvoll ist hier nicht nur im Sinne einer erfolgreichen ökologischen Anpassung gemeint, sondern auch dass die Standards zu den Bauern und Bäuerinnen in Bezug stehen und die Standards an den Situationen und Bedürfnissen der Bauern und Bäuerinnen im jeweiligen lokalen Kontext angepasst sind und sie dabei ein Mitgestaltungsrecht haben.

Setboonsarg 2006: 8). „*In most organic crops [...], the use of this genetic diversity is part of the economic strategy to control pests, diseases and parasites*” (Niggli et al. 2007: 6). Diese Biodiversität in den Anbausystemen kann eine Stabilität der Produktionssysteme und Anpassung an sich verändernde Umweltbedingungen unterstützen. Niggli et al. (2007: 6) merken aber an, dass dieses Potential selten wahrgenommen und umgesetzt wird, besonders weil sich bei der Auswahl der Saat oft an der Marktnachfrage (Exportmärkte) orientiert wird. Johannes Kotschi (2007: 32) geht davon aus, dass die Agrobiodiversität eine entscheidende Ressource für Anpassung und somit ausschlaggebend für die Stabilität der Nahrungsmittelversorgung ist. Aber auch andere Managementpraktiken tragen zur Stabilität der Produktionssysteme und somit der lokal produzierten Lebensmittel bei.

Soil quality management, tillage practices (e.g. conservation tillage), host plant resistance, crop rotation and intercropping³² are important additional measures to lower risks of pest and disease outbreaks. (...) Organic farmers strive for the protection of a diverse landscape with habitats managed to host and attract beneficial organisms. They use a broad crop rotation with a large set of tolerant varieties on a healthy, diverse soil to get the most stability possible. This stability is based on biodiversity (below and above ground) and is the best guarantee for stable production in organic, lowinput agriculture. As a result, this biodiversity-driven stability leads to a more stable food supply (Niggli et al. 2007: 6-7).

Die Studie der UNCTAD/UNEP (2008) stellt fest, dass ein Wechsel zu ökologischer Landwirtschaft zwar nicht die Einwirkungen bewaffneter Konflikte, des Klimawandels oder politischer Probleme, wie Korruption aufheben kann, aber trotzdem stabilisierend auf die Auswirkung von externen Faktoren auf Bäuerinnen und Bauern wirken kann. „*The increased human and social capital associated with organic farming improves farmers’ ability to respond more effectively to these challenges*” (UNCTAD/UNEP 2008: 15). Bessere Kenntnisse und ausgebaute Fähigkeiten ökologischer Zusammenhänge und verschiedener Techniken der Bauern und Bäuerinnen können den Umgang mit Naturkatastrophen und Umweltproblemen positiv beeinflussen, sowie Bäuerinnen und Bauern befähigen, ihre Produktionssysteme an drohendem Schädlings- und Krankheitsbefall schützend anzupassen.

Gleichzeitig erholt sich der Boden von Effekten von Fluten und Erosion besser, wenn dieser passend ökologisch bewirtschaftet und gepflegt wird. Ebenso kann auch die Verwundbarkeit gegenüber Dürreperioden besser begegnet werden als mit konventionellen Methoden, dadurch können Produktionssysteme weniger anfällig sein (vgl. ebd. 2008:15).

³² Crop Rotation bedeutet Fruchtfolge. Intercropping bezeichnet die Anbaumethode bei der verschiedene Früchte auf einer Fläche gemeinsam synergetisch angebaut werden.

Aufwertung des BäuerInnentums und Verfügbarkeit lokal produzierter Lebensmittel

Die Erhaltung und Förderung bäuerlicher Landwirtschaft hat neben einer möglichen Zukunftsperspektive und Arbeitsplätzen für Menschen in ländlichen Gebieten der „Peripherie“ auch die wichtige Funktion, auf dezentralisierte Weise Lebensmittel zu produzieren, wo sie gebraucht werden.

Kleinbäuerliche Strukturen, vor allem in Asien, Afrika und Lateinamerika, sind die wichtigsten Garanten und die größte Hoffnung einer sozial, wirtschaftlich und ökologisch nachhaltigen Lebensmittelversorgung [von künftig 9 Milliarden Menschen] und die beste Grundlage hinlänglich widerstandsfähiger Anbau- und Verteilungssysteme (Hearlin 2009: 12).

Der Erhalt kleinbäuerlicher Strukturen, mitunter durch die Aufwertung und Unterstützung durch Ansätze ökologischer Landwirtschaft, hat weiters die essentielle Bedeutung für den Erhalt, die Verteidigung und den Ausbau der Nutzungsrechte und der Kontrolle über Land. Das ist besonders durch die aktuelle Tendenz des Ausverkaufs enormer landwirtschaftlich nutzbarer Landflächen (in Gunstlagen) an internationale Investoren und Regierungen, auch *Landgrabbing*³³ genannt, in vielen „Entwicklungsländern“, besonders in Subsahara Afrika, relevant. Diese Flächen können dadurch von der lokalen Bevölkerung nicht mehr genützt werden und das Potential dieser Flächen fließt ins Ausland ab.

Eine erfolgreiche Praxis ökologischer Landwirtschaft kann zur gesellschaftlichen Wertschätzung der multifunktionalen Leistungen des BäuerInnentums und der Ausbildung von Perspektiven auf kleinbäuerlicher Landwirtschaft als eine anzustrebende, umsetzbare Möglichkeit der Existenzsicherung beitragen.

Ich vergleiche das auch immer mit der Situation in Österreich - da wird einem sehr viel von Selbstbewusstsein und Selbstvertrauen oft runtergeschraubt, wenn man Bauer oder Bäuerin ist. Wenn man will, dass die kleinbäuerliche Landwirtschaft in diesen Ländern überlebt, dann muss man ihnen den Status zurück geben, den sie haben für das Land, für die Ernährung von dem Land und ihnen das Vertrauen dafür geben (Koppensteiner Interview 2012).

Ökologische Landwirtschaft kann den Fortbestand des KleinbäuerInnentums unterstützen. Kleinbäuerliche Landwirtschaft hat viele wichtige Funktionen, eine davon ist die Sicherstellung der Verfügbarkeit von gesunden Nahrungsmitteln auf lokaler Ebene (vgl. Rabitsch Interview 2011). Projekte mit ökologischer Landwirtschaft können den Wertschätzungsfaktor der Bauern und BäuerInnen in der *Community* stärken und zeigen, dass

³³ Genauerer bei FIAN 2010 Landgrab Study

mit kleinbäuerlicher Landwirtschaft Nahrungsmittel gut und effizient produziert werden können, unabhängig ob mit oder ohne Vermarktung. Das kann den Selbstwert der Bauern und BäuerInnen, wie auch die soziale Wertschätzung in der Gemeinschaft des KleinbäuerInnentums heben (vgl. Koppensteiner Interview 2012).

Zur Aufwertung der Bauern und Bäuerinnen, kann auch partizipative Agrarforschung und Technologieentwicklung beitragen. Durch Erarbeitung des Wissens durch die Bauern und BäuerInnen sind sie selbst auch von den Praktiken und Methoden überzeugt, diese sind an den lokalen ökologischen Gegebenheiten angepasst, wie auch für die Situation und Potentiale der Bauern und BäuerInnen selbst. Das kann einen Beitrag zur ökologischen, ökonomischen und sozialen Nachhaltigkeit der Produktionssysteme leisten (vgl. ebd. Interview 2012).

Kleinbäuerlichen Landwirtschaft kann durch den Einbezug agrarökologische Ansätze als Möglichkeit der Existenzsicherung aufgewertet werden, wenn Bauern und Bäuerinnen sehen, dass sie von ihrer eigenen Produktion leben können, sehen, dass sich der Boden wieder bessert und sie wieder nachhaltig und langfristig damit wirtschaften können. Agrarökologische Praktiken bringen oft langfristig bessere Erträge als traditionelle Landwirtschaftsformen und degradieren die Böden nicht, wie beim Einsatz von Düngemitteln. Wenn traditionelle Praktiken langfristig nicht mehr ergiebig sind und durch Düngemittel und Übernutzung die Böden zerstört werden, sehen viele Bauern und BäuerInnen keinen Wert mehr darin, als Bauern und Bäuerinnen zu leben. Das führt oft dazu, dass das Land an staatliche Stellen oder Unternehmen verpachtet oder verkauft wird. Ökologische Programme können so auch indirekt zur Senkung der Tendenz, das Land zu verpachten oder zu verkaufen beitragen, wie auch in urbane Gebiete abzuwandern (vgl. Koppensteiner Interview 2012)

7.3 Gesundheit

Die gesundheitlichen Vorteile beziehen sich nicht nur auf die ProduzentInnen, sondern können indirekt auch für die lokale Bevölkerung zutreffen.

Gesündere, ausgewogenere Ernährung

Die Förderung ökologischer Landwirtschaft kann dazu beitragen, dass Bauernfamilien ein qualitativ und quantitativ hochwertigeres Angebot an Lebensmitteln zur Verfügung steht. Einerseits wird potentiell diversifizierter angebaut und Monokulturen vermieden, dadurch wird selbst eine größere Palette an Lebensmitteln und Nährstoffen im eigenen Betrieb produziert und zugänglich. Wenn durch einen Zuwachs der Erträge und durch Marktzugang mehr Einkommen erwirtschaftet werden kann, besteht auch die Möglichkeit, andere Lebensmittel, die selbst nicht produziert werden, zuzukaufen (vgl. Rabitsch Interview 2011, Koppensteiner Interview 2012, Pretty 2001: 17, Beban 2009: 37). „*Most farmers reported greater nutritional diversity due to the ability to grow more vegetables for eating and from selling premium-priced and/or larger amounts of farm produce, which allowed families to buy more protein-rich food that they previously could not afford*” (Beban 2009: 37). Nicht nur die Menge an Nahrungsmitteln ist für das Recht auf Nahrung ausschlaggebend, sondern auch, dass diese alle notwendigen Nährstoffe enthalten. Einseitige Ernährung hat ebenfalls Mangelernährung und gesundheitliche Schäden zur Folge. Darüber hinaus soll ökologische Landwirtschaft alle Technologien und Maßnahmen vermeiden, die potentiell gesundheitsschädlich sind für ProduzentInnen, ArbeiterInnen und KonsumentInnen (vgl. IFOAM 2005 a). „*Regarding health, organic agriculture contributes to better and improved health conditions through an often more balanced diet, better nutrient content and the production of safer food*” (OEZA 2007: 19).

Weniger Wasserkontamination

Ökologische Landwirtschaft kann die Verschmutzung des Grundwassers durch chemische Inputs verringern. Außerdem kann ökologische Landwirtschaft auch zu einem besseren Abfallmanagement beitragen (vgl. Setboonsarng 2006: 18). Dadurch kann zusätzlich Verschmutzung des Grundwassers vermieden werden, dem die lokale Bevölkerung ansonsten ausgesetzt wäre. Besonders Kinder sind anfällig auf die hohen Nitratkontaminationen im Trinkwasser durch konventionelle Landwirtschaft (vgl. Setboonsarng 2006: 13). Darüber hinaus können Agrarökosysteme mit weniger Wasser auskommen. Dadurch kann lokal grundsätzlich mehr Grund- und Trinkwasser zur Verfügung stehen (vgl. UNCTD/UNEP 2008: 18, Pretty 2001: 19).

Vermeidung von Risiken chemischer Produktionsmittel

Die Verwendung von chemischen Pestiziden, Herbiziden und Düngern konventioneller Landwirtschaft haben neben der Kontamination des Wassers und der Böden verschiedene negative Auswirkungen auf die Gesundheit für Bauern und Bäuerinnen, wie LandarbeiterInnen und ihre Familien (vgl. Rabitsch Interview 2011 und Koppensteiner Interview 2012). Die Risiken durch den Kontakt mit giftigen Chemikalien machen die Landwirtschaft zu einem der gefährlichsten Berufsfelder weltweit (vgl. IAASTD 2008: 32). Menschen, die in konventioneller Landwirtschaft tätig sind, sind potentiell sehr giftigen Stoffen ausgesetzt, das wird dadurch verstärkt, dass oft keine adäquaten Schutzmaßnahmen praktiziert werden. Außerdem bleiben diese Stoffe auch in der naturräumlichen Umwelt vorhanden und kontaminieren diese. Pestizidvergiftungen, Krebs und Beeinträchtigungen von Schwangerschaften und der Entwicklung von Kindern sind die Folgen (vgl. Setboonsarng 2006: 12f.). Diese Risiken können durch ökologische Produktionsweisen massiv reduziert werden. *“Moreover farmers and other people involved with transformation, conservation and handling of organic products are not exposed to chemical pesticides and other risky material. It is self-evident that safe and clean food has huge benefits for the consumers”* (OEZA 2007: 28).

Die Risikominderung für ProduzentInnen gilt aber nur, wenn die gesamte Produktion ökologisch geführt wird. Werden nur die *Cash Crops* ökologisch angebaut, um sie zertifiziert verkaufen zu können und die eigenen Lebensmittel konventionell mit Agrarchemikalien, gehen diese Vorteile potentiell verloren und auch die Vorteile einer gesünderen Ernährung werden so nicht realisiert (vgl. Koppensteiner Interview 2012).

Initiativen ökologischer Landwirtschaft können auch das Bewusstsein für gesunde Ernährung und einen sichereren Umgang mit chemischen Inputs und landwirtschaftlichen Betriebsmitteln fördern (vgl. Hauser und Walaga 2005: 80; Koppensteiner Interview 2012).

7.4 Politisches Engagement und Rahmenbedingungen

Dieser Punkt steht nicht in direkter Verbindung mit den Zusammenhängen vom Einsatz ökologischer Landwirtschaft in der EZA und dem Recht auf Nahrung, sondern stellt wichtige Zusatzbedingungen an die OEZA dar, damit ihre Maßnahmen überhaupt wirkungsvoll sein können.

Zur Einflussnahme auf politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen wird in den FAO Leitlinien zum Recht auf Nahrung und auch im General Comment 12 aufgefordert. Diese soll auch für die OEZA eine Rolle spielen und als Aufgabe wahrgenommen werden. Dazu müssen Allianzen geschlossen und auch arbeitsteilig vorgegangen werden. Eine öffentliche EZA-Organisation soll im Sinn der Verbesserung der Rahmenbedingungen auf andere Entwicklungsorganisationen und -institutionen zur Forcierung nachhaltiger und dem Recht auf Nahrung förderlicher Ausrichtungen der EZA wirken. Die politische Komponente ist einerseits Teil des Anspruchs des Rechts auf Nahrung und andererseits notwendig, damit Projekte und Programme überhaupt wirksam sein können und das auch langfristig (vgl. Interview Koppensteiner 2012 und Interview Hauser 2012). Alle Maßnahmen der EZA, so auch im landwirtschaftlichen Bereich, sind in ihrem Wirkungsmaß und ihrem Nutzen für die lokalen PartnerInnen von bestehenden Rahmenbedingungen abhängig (vgl. Johannsen et al. 2005: 24). Ein essentieller Aspekt ist dafür der gleichberechtigte und gesicherte Zugang zu fruchtbarem Boden, Wasser, Wäldern, zu Saatgut und anderen angepassten Produktionsmitteln, sowie zu Märkten und Finanzleistungen (vgl. Gruber und Hauser 2010: 103). Dabei ist besonders die Agrarpolitik gefragt (vgl. Johannsen et al. 2005: 24).

Soll die Arbeit der OEZA zur Verwirklichung des Rechts auf Nahrung und der Nutzung der ökologischen Landwirtschaft für diesen Zweck beitragen, muss sie sich auch politisch für eine Veränderung der Rahmenbedingungen einmischen und engagieren. Das bezieht sich einerseits auf Rahmenbedingungen, die die sozial- und ökologisch gerechte Förderung von lokalisierten Formen ökologischer Landwirtschaft unterstützen und forcieren und ebenso auf politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf nationaler und internationaler Ebene die die Teilhabe von Menschen in „Entwicklungsländern“ beschneiden (vgl. Johannsen et al. 2005: 24). Es sollen förderliche Rahmenbedingungen zur Verwirklichung geschaffen werden, dabei sind nicht nur lokale Bedingungen zentral, sondern ebenso institutionelle, nationale und internationale welche die Lebensbedingungen vom Recht auf Nahrung Ausgeschlossener beeinflussen.

Wenn es um das Recht auf Nahrung geht, muss auch auf der strategischen und politischen Ebene angesetzt werden. Der Mehrwert des Rechts auf Nahrung ist auch, dass auf der politischen Ebene angesetzt werden muss und jemand dafür zuständig ist. Wenn es keine rechtlichen Rahmenbedingungen gibt um es einzufordern, dann bringen auch Projektarbeiten wenig. Der rights-based Approach zeigt zwei Seiten in der EZA, die sich mit der lokalen Ebene und dem Aufbau individueller Kapazitäten beschäftigt, auf die oft vergessen werden. Diese sind die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen, die aber einen großen Einfluss auf den Erfolg der Projekte haben. Dabei muss eine EZA-Organisation nicht für beide Ebenen zuständig sein,

aber es sollte nach Akteuren und Institutionen in den Partnerländern gesucht werden die diese Komponenten übernehmen können. Darum ist Vernetzung und Dialog wichtig! EZA-Organisationen können hier ansetzen. Öffentlichen EZA Organisationen ist der politische Zwang oft hinderlich, NGOs haben hier mehr Spielraum.[...] EZA-Organisationen können auch zivilgesellschaftliche Organisationen unterstützen. Aus vielen EZA-Interventionen sind starke zivilgesellschaftliche Organisationen hervorgegangen. Dieses Potentiale sollte nicht unterschätzt werden. Wenn diese Gruppierungen oder lokalen NGOs auch internationale Kontakte pflegen und nutzen, hat die EZA sehr wohl ein Potential zu einem politischen und sozialen Empowerment und auch Lobbying (Koppensteiner Interview 2012).

Waltraut Rabitsch (Interview 2011) äußert sich in der Hinsicht auf die Einwirkung der EZA auf politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen weniger optimistisch:

[In]der Realität wissen wir auch, dass wir hinsichtlich der Rahmenbedingungen sehr wenig verändern können. Rahmenbedingungen kann man wirklich eigentlich nur dann verändern, wenn man auf Ebene eines nationalen Sektorprogramms tätig ist, sektorale Budgethilfe, wo man was bewegen kann. Dies verlangt wirklich intensiven politischen Dialogaustausch. Das kann man mit einem kleinen Projekt gar nicht machen. Auf lokaler Ebene „jein“. Wir versuchen die lokale Verbreitung und natürlich die Zuständigen, z.B. Extension Officers einzubeziehen und entweder durch einfache Involvierung der Leute, durch Dialog, durch Training oder Ausbildung kann man auf lokaler Ebene schon einiges bewirken. Natürlich beabsichtigt man eine langfristige Entwicklung und Veränderung in den Leuten selber, nur das sind längerfristige Projekte und die Programme sind eher immer kurzfristig.

Wirtschaftliche, politische und institutionelle Barrieren für die Verbreitung von ökologischer Landwirtschaft und auch Missstände und Misskonzeptionen ökologischer Landwirtschaft in „Entwicklungsländern“ behindern, dass Kleinbäuerinnen und –bauern auf faire Weise von ihrer landwirtschaftlichen Produktion profitieren können. Oft fehlt es auch an der nationalen Förderung von ökologischer Landwirtschaft.

Organic agriculture is not directly and specifically supported by agricultural policy in most African countries; indeed it is sometimes actively hindered by policies advocating the use of high input farming management practices. If organic agriculture and its positive side-effects are to be scaled up, an enabling policy environment is crucial (UNCTAD 2009: 39).

Auch innerhalb der bestehenden Förderpraxis der ökologischen Landwirtschaft gibt es unterschiedlich geeignete Ansätze, daher sollte sich die OEZA für eine Anpassung der Förderpraxis an die Interessen der Kleinbäuerinnen und –bauern und ganzheitlicher Konzepte ökologischer Landwirtschaft einsetzen. Das beinhaltet ein Engagement für eine Lokalisierung von ökologischer Landwirtschaft, Zertifizierungssysteme und Standards innerhalb des ökologischen Sektors zu schaffen die von den jeweiligen Bäuerinnen und Bauern

miterarbeitet wurden und ihnen ermöglichen, selbst über ihre Produktionssysteme entscheiden zu können. Wichtig ist ebenso eine Bevorzugung des Ausbau regionaler und lokaler Märkte für ökologische Produkte und eine Stabilisierung der Preise auf Basis von realen Kosten (vgl. Gruber und Hauser 2010: 103).

Darüber hinaus verfügt Österreich über einen großen Erfahrungsschatz in ökologischer Landwirtschaft, der im Interesse der Kleinbauern und –bäuerinnen in die Arbeit OEZA eingebracht werden sollte. Gerade Österreich hat das Potential einer starken Ökolandwirtschaftsbewegung. Dieses sollte durch den Einbezug der österreichischen Ökolandwirtschaftsbewegung und Förderung der Vernetzung von Bäuerinnen- und Bauerngruppen in Österreich und Partnerländern der OEZA genutzt werden. Diese sollen besonders auf politischer Ebene von einander lernen (vgl. Hauser Interview 2012).

Pretty kritisiert, wie viele andere AutorInnen, dass die aktuelle Agrarforschung *“is increasingly being privatised and driven to specialise in farming systems of the rich, rather than address the needs for sustainable intensification of farming for the employment-intensive poor”* (Pretty 2006: 26). Die aktuelle Forschung konzentriert sich darauf Beiträge für die zweiten Grünen Revolution zu liefern, die Nachhaltigkeit ohne strukturelle Veränderungen verspricht.

Daher muss sich die agrarwissenschaftliche Forschung in Zukunft verstärkt mit kleinbäuerlicher ökologischer Landwirtschaft befassen, deren Probleme sich wesentlich von denen industrieller Landwirtschaft unterscheiden (vgl. Koppensteiner Interview 2012; IAASTD 2008: 25).

Am grundlegendsten wäre die Einrichtung von auf umfassende Nachhaltigkeit und Fairness ausgerichtete internationale wirtschaftliche, speziell handelsbezogene Bedingungen. Dies ist auch eine zentrale Forderung des Weltagrarberichts, der leider bisher kaum Resonanz hervorruft (vgl. Gruber und Hauser 2010: 103f.; IAASTD 2008: 36).

8 ZUSAMMENFASSUNG UND CONCLUSIO

In diesem Kapitel möchte ich abschließend die in der Einleitung aufgeworfenen Fragestellungen zusammenfassend beantworten und meine Ergebnisse darlegen.

8.1 Zusammenfassende Beantwortungen der Forschungsfragen

Welche Strategie(n) verfolgt die OEZA mit dem Instrument der ökologischen Landwirtschaft?

Die OEZA grenzt sich explizit von intensiven Formen der Landwirtschaft, der Agroindustrie und den Modellen der Grünen Revolution ab, da diese für die negativen Konsequenzen für die Ernährungssituation von Menschen in „Entwicklungsländern“ mit verantwortlich betrachtet werden. Als Alternative zu diesen sollen mit angepassten Formen der ökologischen Landwirtschaft gerechter verteilte und faire Ergebnisse landwirtschaftlicher Interventionen für die PartnerInnen in „Entwicklungsländern“ erzielt werden.

Ökologische Landwirtschaft hat sich als Strategie der OEZA seit den 1980er Jahren, mit dem Aufkommen der Nachhaltigkeitsdebatte entwickelt und etabliert. Seit Mitte der 1990er Jahre wird der Einsatz der OEZA für „nachhaltige“ ökologische Landwirtschaft von der OECD positiv als Engagement für ökologische Nachhaltigkeit bewertet. Explizit wird die Art der geförderten Landwirtschaft aber erst ab 2007 als ökologische Landwirtschaft bezeichnet, was in Verbindung mit den wachsenden internationalen Marktchancen ökologischer Produkte steht.

Die OEZA fördert sowohl zertifizierte ökologische wie auch nicht-zertifizierte Formen agrarökologischer Landwirtschaft. Meistens kommen dabei Mischformen von zertifizierter und nicht-zertifizierter ökologischer Landwirtschaft auf einem Betrieb vor. Die OEZA setzt ökologische Landwirtschaft zur Förderung von Kleinbauern und Kleinbäuerinnen und einer kleinräumlichen, diversifizierten und ökologischen nachhaltigen Landwirtschaft ein. Ökologische Landwirtschaft soll die Erträge und Einkommen von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern besonders an marginalen Standorten erhöhen. Dazu werden einerseits die Stabilisierung und Diversifizierung der Produktionssysteme angestrebt, andererseits die Erhaltung der natürlichen, ökologischen Lebensgrundlagen (Boden, Wasser, Saatgut – Biodiversität und Ökosystemleistungen).

Ein grundsätzliches Ziel, dem ein besonders hoher Wert beigemessen wird, ist die Marktintegration, die für zertifizierte ökologische Produktion auch die Integration in den Weltmarkt beinhaltet. Der Export scheint gegenüber dem Aufbau lokaler Märkte und alternativer Zertifizierungssysteme in der Strategie und Förderung der ökologischen Landwirtschaft in der OEZA einen höheren Stellenwert zu bekommen, da der Weltmarkt eine stark wachsende Nachfrage an zertifizierten ökologischen Produkten aufweist. Damit orientiert sich die OEZA an den dominanten Verständnissen von ökologischer Landwirtschaft in der Entwicklungsdebatte, bei denen vor allem die Premiumpreise und Marktchancen sowie die ökologische Nachhaltigkeit betont werden. Das Verständnis der OEZA geht aber über eine reduktionistische ökonomische Konzeption von ökologischer Landwirtschaft hinaus und zeigt einen ganzheitlichen Ansatz nach den Prinzipien ökologischer Landwirtschaft. Soziales und politisches *Empowerment*, Partizipation und Autonomie der Kleinbäuerinnen und -bauern, Bezug auf lokales Wissen und Gendergerechtigkeit werden in den ausgearbeiteten Strategiedokumenten berücksichtigt und angestrebt. Es kann jedoch behauptet werden, dass die soziale, politische und kulturelle Ebene im Gegensatz zu ökonomischen und ökologischen Aspekten von ökologischer Landwirtschaft weniger Aufmerksamkeit innerhalb der OEZA bekommt, vor allem was die Ausarbeitung und Konkretisierung dieser Bestrebungen für die Operationalisierung betrifft. Das kann das Potential von ökologischer Landwirtschaft als alternative Strategie der ländlichen Entwicklung³⁴, wie sie von der OEZA gesehen wird, beeinträchtigen und einschränken.

Zu bemerken ist ebenso, dass der Ausbau lokaler Märkte und alternativer Zertifizierungssysteme für ressourcenarme und marginalisierte Bauern und Bäuerinnen ein risikoärmeres und stabileres Potential bieten kann, da besonders lokale Kompetenzen und Netzwerke gestärkt werden. Hierbei zeigt sich in den Dokumenten der OEZA ein ambivalentes Verhältnis zwischen dem Bekenntnis zu lokalen Märkten, lokaler Nahrungsmittelproduktion und Ernährungssouveränität bei einer gleichzeitig bevorzugten Forcierung der Integration in internationale ökologische Märkte. Diese sind jedoch, wie konventionelle globale Märkte, für Kleinbäuerinnen und -bauern risikoreicher und benachteiligend im Vergleich zu lokalen und regionalen Märkten.

Ökologische Landwirtschaft wird von der OEZA darüber hinaus als kein fertiges Set an Techniken und Methoden verstanden, sondern als ein offenes Konzept, das je nach ökologischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Bedingungen angepasst werden muss

³⁴ Diese geht über eine ökonomische, einkommensorientierte Strategie hinaus.

(oder müsste). Daher soll nach der OEZA ökologische Landwirtschaft bevorzugt in partizipativen, selbstbestimmten Entwicklungsinterventionen umgesetzt werden. Ein wichtiger Faktor ist dabei, wie ökologische Landwirtschaft verstanden und eingesetzt wird. Werden nur die ökonomischen und ökologischen Aspekte von ökologischer Landwirtschaft betont, kann ökologische Landwirtschaft kaum ganzheitlich nach ökologischen Prinzipien eingesetzt werden.

Welchen Beitrag kann ökologische Landwirtschaft als Strategie landwirtschaftlicher Entwicklung für die Umsetzung der extraterritorialen Verwirklichungspflichten des Rechts auf Nahrung der OEZA leisten?

Sowohl die befragten ExpertInnen als auch der Großteil der Literatur zeigen durchwegs positive Zusammenhänge auf zwischen ökologischer Landwirtschaft und der Verwirklichung des Menschenrechts auf Nahrung. Auch hier ist zu betonen, dass diese positiven Zusammenhänge von der jeweiligen Instrumentalisierung und Umsetzung von ökologischer Landwirtschaft abhängig sind. Es stehen vor allem ökologische Vorteile der Ressourcenerhaltung und die Nutzung lokal zugänglicher Ressourcen im Zentrum. Risikominderung und Stabilität von angepassten, diversifizierten ökologischen Produktionssystemen können zu mehr ökonomischer und sozialer Sicherheit beitragen. Ökologische Landwirtschaft kann den Zugang zu Land und Wasser kaum direkt beeinflussen, allerdings kann ein bestehender Zugang erhalten bleiben, anstatt Boden und Wasserquellen zu degradieren. Außerdem kann mit weniger Land und weniger Wasser an ungünstigen Standorten oft effizienter und ergiebiger angebaut werden als mit konventionellen Methoden. Der Zugang zu Saatgut kann bei ökologischen Formen der Landwirtschaft als tendenziell offen eingestuft werden, da lokal angepasste Sorten und verschiedene Kulturen angebaut werden sollen, anstatt teures, patentiertes, agroindustrielles Saatgut zu verwenden. Das gilt auch für den Zugang zu anderen Betriebsmitteln, für welche lokal vorhandene Ressourcen herangezogen werden sollen. Dadurch sind Betriebsmittel ökologischer Landwirtschaft für viele Kleinbäuerinnen und -bauern eher zugänglich als der Zukauf von agroindustrieller Mitteln.

Auch die stärkere Autonomie der ProduzentInnen in der ökologischen Landwirtschaft steht in Zusammenhang mit der Verwirklichung des Rechts auf Nahrung der ProduzentInnen,

allerdings scheint Letzteres nur schwer zu realisieren zu sein. Das vielfach angeführte Argument der geringeren Abhängigkeit von externen Betriebsmitteln scheint vielversprechend für Kleinbäuerinnen und Kleinbauern. Ebenso kann der Ausbau der Kompetenzen der Bäuerinnen und Bauern ihre Selbstständigkeit und Entscheidungsmacht erhöhen. Jedoch bleiben Abhängigkeiten der ProduzentInnen von Märkten, besonders bei zertifizierter exportorientierter ökologischer Produktion, weiter bestehen und können sich auch verstärken. Durch eine soziale, wirtschaftliche und politische Stärkung der Kleinbäuerinnen und –bauern, die durch ökologische Landwirtschaft unterstützt werden kann, besteht die Möglichkeit, Landwirtschaft als Lebensgrundlage für die ProduzentInnen aufzuwerten und als eine Quelle der Existenzsicherung für sie zu erhalten. Lokale kleinbäuerliche Lebensmittelproduktion schafft eine lokale Verfügbarkeit von und dezentralisierte Zugangsmöglichkeiten zu Lebensmitteln. Ein unterstütztes soziales, ökologisches und politisches *Empowerment* der Bäuerinnen und Bauern kann förderlich sein, die eigenen Rechte verstärkt wahrnehmen und einfordern zu können. Außerdem kann ökologische Landwirtschaft auf Ebene der Gesundheit, sowohl bei der Produktion als auch Konsumtion durch weniger Schadstoffkontaminationen und einer breiten Nahrungsmittelpalette beitragen.

Ergänzend muss festgehalten werden, dass viele Menschen von ökologischen Interventionen ausgeschlossen bleiben, weil sie aufgrund verschiedener sozialer, ökonomischer oder ökologischer Hindernisse keinen Zugang zu den grundlegendsten Produktionsmitteln wie Land und Wasser haben. Das deutet auf die Notwendigkeit von Veränderungen der Rahmenbedingungen hin, die die Grundvoraussetzungen für Bauern und Bäuerinnen verändern können.

Darüber hinaus wird von der OEZA eine starke marktwirtschaftliche Orientierung verfolgt, welche auf eine internationale Marktintegration, Zertifizierung und Export abzielt. Trotz der Premiumpreise findet der internationale Handel mit ökologischen Produkten derzeit hauptsächlich unter für die ProduzentInnen benachteiligenden und asymmetrischen Marktbeziehungen statt. Darüber hinaus sind viele Bauern und Bäuerinnen durch die Zertifizierung organisatorisch und finanziell überfordert. Dadurch sind die Beteiligungsmöglichkeiten an diesen Interventionen für viele Menschen, die vom Recht auf Nahrung ausgeschlossen sind, eingeschränkt.

Im Bezug auf die Umsetzung der extraterritorialen Staatspflichten die Österreich durch das Rechts auf Nahrung erwachsen ist festzuhalten, dass der OEZA weitaus weniger finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden, als in den Freiwilligen Leitlinien der FAO und durch die Selbstverpflichtung Österreichs geforderten 0,7% des Bruttoinlandsprodukts.

8.2 Conclusio

Ökologische Landwirtschaft kann als mehr als ein klassischer technischer Ansatz von Ernährungssicherung gesehen werden, wenn, wie bei ganzheitlichen Konzepten, nicht ausschließlich auf Produktionssteigerung abgezielt wird, sondern ebenso auf soziale, wirtschaftliche und politische Veränderungen zu Gunsten der ProduzentInnen. Ein ganzheitliches Verständnis von ökologischer Landwirtschaft setzt eine Lokalisierung und eine aktive selbstbestimmte ökologische, ökonomische, soziale und kulturelle Anpassung und Aneignung agrarökologischer Produktionssysteme durch die Bäuerinnen und Bauern, sowie einen Ausbau ihrer Kompetenzen voraus. Somit sollten das System der Produktion sowie die produzierten Lebensmittel für den Eigenkonsum den Anforderungen der ProduzentInnen und ihren Lebenskontexten entsprechen und in die lokalen Gegebenheiten integriert werden. In der aktuellen Entwicklungsdebatte herrscht allerdings ein verkürztes ökonomisch und ökologisch dominiertes Konzept vor, welches eine verkürzte Förderung und Umsetzung von ökologischer Landwirtschaft in der Entwicklungszusammenarbeit begünstigt. Hauptsächlich Einkommenseffekte werden in der Debatte den Vordergrund gestellt. Darüber hinaus wird dadurch die Konventionalisierung der ökologischen Landwirtschaft in „Entwicklungsländern“ vorangetrieben, was die Möglichkeiten von ökologischer Landwirtschaft als eine tatsächliche Alternative für Kleinbäuerinnen und –bauern obsolet werden lässt. In diesem Kontext wird die Förderung zertifizierter ökologischer Landwirtschaft auch als neue Form einer ökologischen Modernisierungsstrategie bezeichnet. Dazu ist die Positionierung der OEZA sehr ambivalent, sie strebt zwar einen ganzheitlichen Ansatz von ökologischer Landwirtschaft an, richtet sich aber besonders nach den dominanten Argumenten in der Entwicklungsdebatte. Das resultiert auch in einer wenig reflektierten Bevorzugung zertifizierter exportorientierter Produktion, die kaum mehr im Sinne der ökologischen Prinzipien steht und Kleinbäuerinnen und –bauern in „Entwicklungsländern“ kaum an den Entscheidungen und der Wertschöpfung teilhaben lässt. Trotz der Anerkennung nicht zertifizierter ökologischer Landwirtschaft, der Bedeutung lokaler Märkte und alternativer Zertifizierungssysteme wird ihre Förderung in den Strategiedokumenten der OEZA kaum beabsichtigt. Das steht im Gegensatz zum von der

OEZA verfolgten Ziel der Ernährungssouveränität und der Einbindung der vulnerabelsten Gruppen.

Die OEZA geht davon aus, dass ökologische Landwirtschaft kein fertiges Set an Techniken und Methoden ist, sondern partizipativ lokal angepasst und entwickelt werden soll. Unter den aktuellen internationalen Zertifizierungssystemen und Standards, die derzeit zentralisiert und *top down* entwickelt, verbreitet und durchgesetzt werden, scheint dies kaum möglich umzusetzen. Ebenso stehen diese Tendenzen auch den Prinzipien ökologischer Landwirtschaft, dem Recht auf Nahrung immanenten Recht auf Selbstbestimmung und Teilhabe an Entscheidungen und den partnerschaftlichen Grundsätzen und *bottom-up* Strategien der OEZA entgegen. International einheitliche unflexible Standards behindern auch das kreative Potential der partizipativen Schaffung neuen Wissens und lokaler Anpassung.

Abschließend kann trotzdem gesagt werden, dass ökologische Landwirtschaft als eine ganzheitlich verstandene Strategie, dem Recht auf Nahrung von Kleinbäuerinnen und –bauern in „Entwicklungsländern“ auf verschiedenen Ebenen entgegen kommen kann. Besonders auch weil tendenziell weniger Behinderungen des Rechts auf Nahrung für in die Projekte und Programme involvierten, wie nicht involvierten Menschen verursacht werden, als durch agrarindustrielle Patentlösungsansätze.

Jedoch kann selbst eine holistische Strategie den Menschen nur so weit nutzen, wie es die Rahmenbedingungen zulassen. Unter den aktuellen Gegebenheiten und den aktuellen Einschränkungen durch die konventionalisierenden Zertifizierungssysteme scheint ökologische Landwirtschaft eher eine Möglichkeit der Überlebenssicherung, als eine selbstbestimmte Ermächtigungsstrategie für Bäuerinnen und Bauern zu sein. Um dieses Potential nutzen zu können, scheint ein Einsatz der OEZA für ganzheitliche und politische Konzepte von ökologischer Landwirtschaft, die über wirtschaftliche Interessen hinausgehen, sowie ein politischer Einsatz und Vernetzung der OEZA innerhalb und außerhalb der internationalen Gebergemeinschaft notwendig.

In Anbetracht der immer stärker schrumpfenden OEZA-Budgets, besonders für Projekt- und Programmhilfen bei denen direkt mitgestaltet werden kann, scheint vor allem das politische Engagement der OEZA für die Verwirklichung des Rechts auf Nahrung und dafür wirkungsvolle politische und ganzheitliche Strategien ökologischer Landwirtschaft als zukunftssträchtiger.

9 QUELLENVERZEICHNIS

9.1 Monografien, Sammelbände, Artikel und Lexika

ALTERI, Miguel & NICOLLIS, Clara. 2006: Agroecology and the Search for Truly Sustainable Agriculture. University of California. Berkeley.

BAKEWELL- STONE, Petra, LIEBLEIN, Geier & FRANCIS, Charles. 2008: Potentian for organic agriculture to sustain livelihoods in Tanzania. In: International Journal of Agricultural Sustainability 6(1), p. 22-36.Earthscan.

BEBAN, Alice. 2009: Reclaiming Human Rights. The Right to Food and the role of Organic Agriculture. In: The Tokyo Foundation (Hrsg.): Human Rights and Creative Leadership. SYLFF. Tokyo: 31- 42

BEUSMANN, Völker. 2008: Kein Konsens über begründeten Dissens. Der Streit um die Gentechnik in der Erstellung des Weltagrarberichts. In: GAIA 17/4. Oekom Verlag. München: 345 -346

BULEY, Marion. 2004: Ökologische Landwirtschaft – Ein nachhaltiger Beitrag zu einer fairen Globalisierung”. GTZ. Frankfurt am Main.

BUNTZEL, Rudi. 2008: Die Enthüllung der Grünen Revolution für Afrika Motive, Akteure und Kräftespiel. EED. Bonn.
PDF http://www.eed.de//fix/files/doc/eed_gruene_revolution_08_deu.pdf
[16.01.2012]

DE ABREU FIALHO GOMES, Bea. 2003: Entwicklungszusammenarbeit (EZA): ein Werkzeug zur Gestaltung der Nord-Süd Beziehungen. In: De Abreu Fialho Gomes, Bea, Hanak, Irmi & Schicho, Walter (Hrsg.): Die Praxis der Entwicklungszusammenarbeit. Akteure, Interessen und Handlungsmuster. Mandelbaum Verlag. Wien: 13-25.

DE SCHUTTER, Olivier. 2010: Agroecology and the Right to Food. Report presented at the 16th Session of the United Nations Human Rights Council.
PDF http://www.srfood.org/images/stories/pdf/officialreports/20110308_a-hrc-16-49_agroecology_en.pdf
[25.05.2012]

DE SCHUTTER, Olivier. 2008: Integrating the right to adequate food in development cooperation. Meeting of the Global Donor Platform for Rural Development on ‘The global food challenge – our coordinated response’. UNO. Genf.
DOC www2.ohchr.org/english/issues/food/docs/Integratingtherighttoadequatefood.doc
[05.09.2012]

EIDE, Asbjorn. 1998: The human right to adequate food and the freedom from hunger. In: Food and Agriculture Organisation (FAO): The Right to Food. In Theory and Practice. Rom.

EL-HAGE SCIALABBA, Nadia. 2007: Organic Agriculture and Food Security. Food and Agriculture Organization of the United Nations (FAO). Rome.

PDF <ftp://ftp.fao.org/paia/organicag/ofs/OFS-2007-5.pdf>
[26.07.2012]

ENGLERT, Birgit, GRAU, Ingeborg und KOMOLSKY, Andrea. 2006: Nord- Süd-
Beziehungen. Kolonialismen und Ansätze zu ihrer Überwindung. Madelbaum Verlag. Wien.

ESCOBAR, Arturo. 1993: Planung. In: Sachs, Wolfgang (Hrsg.): Wie im Westen so auf
Erden. Ein polemische Handbuch zur Entwicklungspolitik. Rowolth. Reinbeck bei Hamburg:
274-298.

ESCOBAR, Arturo. 1997: Anthropology and development. In: Anthropology – Issues and
Perspectives: II Sounding Out New Possibilities. International Social Science Journal, No.
154/1997, UNESCO: 497- 513

EZA Gesetz. 2003: Entwicklungszusammenarbeitsgesetz inklusive EZA-Gesetz-Novelle
2003.

PDF http://www.entwicklung.at/uploads/media/EZA_Gesetz.pdf
[05.11.2011]

FOOD AND AGRICULTURE ORGANISATION (FAO). 1996: World Food Summit.
November 1996 in Rome: Declaration
on World Food Security.
PDF http://www.fao.org/wfs/index_en.htm
[12.12.2011]

FARNWORTH, Cathy und HUTCHINGS, Jessica. 2009: Organic Agriculture and
Womens' Empowerment. IFOAM-Study.
PDF [www.ifoam.org/growing_organic/1_arguments_gesellschaftlichen Wohlergehen
for_oa/social_justice/pdfs/Gender-Study-090421.pdf](http://www.ifoam.org/growing_organic/1_arguments_gesellschaftlichen_Wohlergehen_for_oa/social_justice/pdfs/Gender-Study-090421.pdf)
[25.05.2012]

FERGUSON, James. 2005. Anthropology and Its Evil Twin: 'Development' in the
Constitution of a Discipline. In: Edelman Marc & Haugerud Angelique (Hrsg.). The
Anthropology of Development and Globalization. From Classical Political Economy to
Contemporary Neoliberalism. Blackwell Publishers. Malden: 140-155.

FERGUSON, James. 1996: Development. In: Barnard, Alan & Spencer, Jonathan (Hrsg.):
Encyclopedia of Social and Cultural Anthropologie. Routledge, London, New York: 154-160.

FEYDER, Jean. 2010: Mordshunger. Wer profitiert vom Elend der armen Länder?. Westend.
Frankfurt/Main.

FISCHER, Karin, HÖDL, Gerald & PARNREITER, Christof. 2006: Entwicklung – Eine
Karotte, viele Esel? In: Fischer, Karin. Hödl, Gerald & Parnreiter, Christof (Hrsg.):
Entwicklung und Unterentwicklung. Eine Einführung in Probleme, Theorien und Strategien.
Mandelbaum Verlag. Wien.

FOOD FIRST INFORMATION AND ACTION NETWORK (FIAN) 2010: Landgrab Study.
PDF <http://fian.org/resources/documents/others/report-on-land-grabbing/pdf>
[14.11.2011]

FOOD FIRST INFORMATION AND ACTION NETWORK (FIAN) Schweiz . 2011a: Die maastrichter Grundsätze zu den extraterritorialen Staatenpflichten im Bereich der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte.

PDF <http://www.fian-ch.org/wp-content/uploads/ExtraterritorialeStaatenpflichten.pdf>
[14.11.2011]

FREYER, Bernhard. 2008: The Differentiation Process in Organic Agriculture (OA) - between Capitalistic Market System and IFOAM Principles. 16th IFOAM Organic World Congress, Cultivating the Future Based on Science, 16.-20. Juni 2008, Modena.

GARDNER, Katy & LEWIS, David. 1997: Anthropology, Development, and the Post-Modern Challenge. Pluto Press. London.

GARDNER, Katy & LEWIS, David. 2005: Beyond Development? In: Edelman, Marc & Haugerud, Angelique (Hrsg.). The Anthropology of Development and Globalization. From Classical Political Economy to Contemporary Neoliberalism. Blackwell Publishers. Malden: 352-359.

GOLAY, Christophe und ÖZDEN, Melik. 2005: The Right to Food. A fundamental human right affirmed by the United Nations and recognized in regional treaties and numerous national constitutions. CETIM. Genf.

Pdf unter:<http://www.cetim.ch/en/documents/Br-alim-A4-ang.pdf> [16.01.2012]

GRUBER, Petra und HAUSER, Michael. 2010: Ermächtigung und Biologische Landwirtschaft. Von Ernährungssicherheit zu Ernährungssouveränität. In: Gruber, Petra (Hrsg.): Wie wir überleben. Ernährung und Energie in Zeiten des Klimawandels. Verlag Barbara Budrich. Opladen: 87-109.

GRUBER, Petra. 2009: Die Zukunft der Landwirtschaft ist biologisch! Eine Hinführung. In: GRUBER, Petra (Hrsg.). Die Zukunft der Landwirtschaft ist biologisch! Verlag Barbara Budrich. Opladen: 11-37.

GRUBER, Petra. 2001: Armut und Entwicklung im Wandel der Zeit. In: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.) : Nach der Jahrtausendwende; Zur Neuorientierung der Friedensforschung. Friedensbericht 2001. Münster: 238-260.

HAERLIN, Benedikt. 2009: Wege aus der Hungerkrise. Die Erkenntnisse des Weltagrarberichtes und seine Vorschläge für eine Landwirtschaft von morgen. Weltagrarbericht.

PDF http://www.weltagrarbericht.de/downloads/Wege_aus_der_Hungerkrise_2.4MB.pdf
[25.05.2012]

HAMMER, Thomas. 1999: Nachhaltige Entwicklung im Lebensraum Sahel: ein Beitrag zur Strategietheorie nachhaltiger ländlicher Entwicklung. London.

HAUSER, Michael & WALAGA, Charles. 2005: Achieving household food security through organic agriculture? Lessons from Uganda. In: Journal für Entwicklungspolitik XXI/3/2005. Mandelbaum Verlag. Wien: 65-84.

HERRE, Roman. 2008: Produktive Kleinbauern. In: E+Z. Entwicklung und Zusammenarbeit. Nr. 5 2008. Frankfurt am Main: 200-211.

PDF http://www.dandc.eu/articles/070218/index_p.de.shtml

[25.05.2012]

HÖDL, Gerald. 2003: Die Anfänge – vom Empfänger – zum Geberland. Archäologische Untersuchungen zur österreichischen Entwicklungshilfe. In: De Abreu Fialho Gomes, Bea, Hanak, Irmi & Schicho, Walter (Hrsg.): Die Praxis der Entwicklungszusammenarbeit. Akteure, Interessen und Handlungsmuster. Mandelbaum Verlag. Wien: 27-44.

INTERNATIONAL FEDERATION OF ORGANIC AGRICULTURE MOVEMENT (IFOAM). 2005a : Prinzipien des ÖKO-Landbaus: Präambel. Bonn.

PDF unter:http://www.ifoam.org/about_ifoam/pdfs/POA_folder_german.pdf

[25.05.2012]

INTERNATIONAL FEDERATION OF ORGANIC AGRICULTURE MOVEMENT (IFOAM). 2005 b: The IFOAM Norms for Organic Production and Procession:

PDF

http://www.ifoam.org/about_ifoam/standards/norms/norm_documents_library/Norms_ENG_V4_20090113.pdf [25.05.2012]

INTERNATIONAL FEDERATION OF ORGANIC AGRICULTURE MOVEMENT (IFOAM). 2008: Definition of Organic Agriculture.

PDF http://www.ifoam.org/growing_organic/definitions/doa/index.html

[25.05.2012]

INTERNATIONAL ASSESMENT OF AGRICULTURAL KNOWLEDGE, SCIENCE AND TECHNOLOGY FOR DEVELOPMENT (IAASTD). 2008: Weltagrarbericht: Synthesebericht. Hamburger University Press. Hamburg.

PDF www.oapen.org/download?type=document&docid=354210

[26.06.2012]

JOHANNSEN, Julia, MERTINEIT, WILHELM, Birgit & SCHÖNE, Florian. 2005: Ökologische Landwirtschaft. Ein Beitrag zur nachhaltigen Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern?. Forum Umwelt & Entwicklung. Bonn.

KENT, George. 2005: Freedom from want. The human right to adequate Food. Georgetown University Press. Washington DC.

KIEVELITZ, Uwe 1996. Partizipation, soziale Prozesse und „Empowerment“. In: Ethnologische Beiträge zur Entwicklungspolitik 3. Hrsg. von Frank Bliss und Stefan Neumann. Bonn: 37-51.

KILCHER, Lukas. 2005: Bio-Landbau als Chance für nachhaltige Entwicklung In: Ökologie und Landbau. Schwerpunkt: Ernährungssicherung und Ökolandbau. Nr. 135 (3). Oekom Verlag. München:14-19.

KOTSCHI, Johannes. 2004: Mehr Ökologie - weniger Hunger? In: Hunger im Überfluss. Politische Ökologie 22/90. Oekom Verlag. München: 59-61.

KOTSCHI, Johannes. 2005: Überregulierung im Ökolandbau - Eine Herausforderung für die Biobewegung In: Ökologie & Landbau 2005/1. Oekom Verlag. München: 27-29

KOTSCHI, Johannes. 2000 : Poverty Alleviation in the South - can Organic Farming help? In: Proceedings 13th International IFOAM Scientific Conference IFOAM 2000 - The World Grows Organic. 28 to 31 August 2000. Basel.
PDF http://www.agrecol.de/dokumente/ifoam_jk.pdf
[25.05.2012]

KOTSCHI, Johannes. 2007: Hindernisse von Kleinbauern im Biohandel. In: Grosse, Meike und Juliane, Löwen (Hrsg.): Welternährung ökologisch und fair. Dokumentationsband. Universität Kassel. Kassel: 30-34.

KOTSCHI, Johannes. 2009: Die Rolle des Ökolandbaus für die Welternährung. In: GAIA. Ökologische Perspektiven für Wissenschaft und Gesellschaft. 2009/3. Oekom Verlag. München: 200-205.

KRISTIANSEN, Paul, TAJI, Acram & REGANOLD, John. 2006. Organic Agriculture. A Global Perspective. CSIRO Publishing. Collingwood Victoria.

KÜNZLI, Jörg. 2000: Das Recht auf Nahrung als Menschenrecht: Die Verpflichtung der Schweiz.
PDF http://www.humanrights.ch/upload/pdf/001012_kuenzli.pdf
[25.05.2012]

HÖNICKE, Mireille, REICHERT, Tobias, THOMSEN, Berit & BUSCH, Anika. 2007. Ernährungssouveränität – Ansätze im Umgang mit dem Konzept in Deutschland. Germanwatch. Berlin/Hamm.

MULLER, Adrian. 2009: Benefits of Organic Agriculture as a Climate Change Adaptation and Mitigation Strategy for Developing Countries. Environment for Development.
PDF <http://www.rff.org/RFF/Documents/EfD-DP-09-09>
[25.05.2012]

NETTING, Robert. 1993: Smallholders, Householders. Farm Families and the Ecology of Intensive, Sustainable Agriculture. Stanford University Press. Stanford.

NOHLEN, Dieter und NUSCHELER, Franz. 1993: Handbuch Dritte Welt. Rowohlt Taschenbuch Verlag. Reinbek bei Hamburg.

NOHLEN, Dieter. 2002: Lexikon Dritte Welt. Länder, Organisationen, Theorie, Begriffe, Personen. Rowohlt Taschenbuch Verlag. Reinbek bei Hamburg.

NUSCHELER, Franz. 2005: Entwicklungspolitik. Lern- und Arbeitsbuch. Dietz Verlag. Bonn.

MEUSER, Michael & NAGEL, Ulrike. 2009: ExpertInneninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion. In: Bogner, Alexander (Hrsg.): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung. Verlag für Sozialwissenschaft. Wiesbaden: 35 -61.

ORGANISATION FOR ECONOMIC CO-OPERATION AND DEVELOPMENT (OECD).
2009: Austria - Development Assistant Committee Peer Review. OECD. Paris.
PDF http://www.oecd.org/document/32/0,3343,en_2649_34603_42797984_1_1_1_1,00.html
[25.05.2012]

ORGANISATION FOR ECONOMIC CO-OPERATION AND DEVELOPMENT (OECD).
2006: Promoting Pro-Poor Growth: Agriculture. OECD. Paris.
PDF <http://www.oecd.org/dataoecd/9/60/37922155.pdf>
[25.05.2012]

ÖSTERREICHISCHE ENTWICKLUNGS- UND OSTZUSAMMENARBEIT (OEZA).
2003: Ländliche Entwicklung. Sektorpolitik der Österreichischen
Entwicklungszusammenarbeit. Wien.

ÖSTERREICHISCHE ENTWICKLUNGS- UND OSTZUSAMMENARBEIT (OEZA).
2009a: Armutsminderung. Leitlinien der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit.
Wien.

ÖSTERREICHISCHE ENTWICKLUNGS- UND OSTZUSAMMENARBEIT (OEZA).
2009b: Strategischer Leitfaden Umwelt und Entwicklung der österreichischen
Entwicklungspolitik. Wien.

ÖSTERREICHISCHE ENTWICKLUNGS- UND OSTZUSAMMENARBEIT (OEZA).
2010a: Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik 2010-2012. Wien.

ÖSTERREICHISCHE ENTWICKLUNGS- UND OSTZUSAMMENARBEIT (OEZA).
2010b: OEZA-Bericht 2009. Thematische Schwerpunkte. Wien.

ÖSTERREICHISCHE ENTWICKLUNGS- UND OSTZUSAMMENARBEIT (OEZA).
2011: Fokus Ernährungssicherheit - International vereinbartes Ziel und Menschenrecht. Wien.

PARROTT, Nicholas, OLESON, Jorgen & HOGH-JENSEN, Henning. 2005: Certified and non-certified organic farming in the developing world. In: Halberg, Niels, Alrøe, Hugo, Knudsen, Marie und Kristensen, Erik (Hrsg.) :Global Development of Organic Agriculture: Challenges and Promises. CAB International, Wallingford. Oxon: 153-177

PARROTT, Nicholas & WRIGHT, Julian. 2007: Influencing attitudes of public institutions towards organic agriculture as a means of promoting food security. International Conference on Organic Agriculture and Food Security 2007. FAO. Rome.

PARROTT, Nicholas & MARSDEN, Terry. 2002: The Real Green Revolution. Organic and agroecological farming in the South. Cardiff University. Greenpeace Environmental Trust. London.
PDF <http://www.greenpeace.org/israel/PageFiles/245513/realgreenrevwhole.pdf>
[25.05.2012]

PIETROWITCZ, Pieter. 1998: Bodenfruchtbarkeit: Stiefkind der Diskussion um ökologische Landwirtschaft in der Entwicklungszusammenarbeit? In: AGRECOL-ZwischenErnte. Oktober 1998. Bonn.
PDF <http://www.agrecol.de/dokumente/1pietrov.pdf>
[23.5.2011]

- PILGRAM, Klaus. 2002: Fünfzig Jahre ländliche Entwicklung. Wandel der Moden oder Fortschritt der Einsichten? In: E+Z. Entwicklung und Zusammenarbeit. Nr. 3 2002: 86-88.
PDF <http://www.inwent.org/E+Z/zeitschr/ez302-9.htm>
[02.12.2011]
- POTTIER, Johan. 1999: Anthropology of food - the social dynamics of food security. Polity Press. Oxford.
- PRETTY, Jules. 2001: Reducing Food Poverty with Sustainable Agriculture: A Summary Of New Evidence. University of Essex. Colchester.
- PRETTY, Jules. 2006: Agroecological Approaches to Agriculture. Rimisp-Latin American Center for Rural Development.
PDF <http://www.rimisp.org/getdoc.php?docid=6440>
[03.03.2012]
- RACHBAUER, Dieter. 2010. Partizipation und Empowerment. Legitimationsrhetorik und Veränderungspotential entwicklungspolitischer Schlüsselbegriffe. ÖFSE. Wien.
- RAYNOLDS, Laura. 2004: the globalization of organic agro-food networks. In: World Development Vol. 32, No. 5. Elsevier Ltd. Great Britain: 725–743.
- ROSSET, Peter. 1999: The Multiple Functions and Benefits of Small Farm Agriculture. In the Context of Global Trade Negotiations. Food First. Institute for Food and Development Policy. Oakland.
PDF <http://www.foodfirst.org/files/pb4.pdf>
[25.05.2012]
- SACHS, Wolfgang und SANTARIUS, Tilman. 2007: Slow Trade – Sound Farming. Heinrich-Böll-Stiftung. Berlin.
- SACHS, Wolfgang und SANTARIUS, Tilman. 2005: Fair Future. Begrenzte Ressourcen und Globale Gerechtigkeit. Verlag C.H.Beck. Köln.
- SACHS, Wolfgang. 2010: Gastrecht für alle – Über ein minimales kosmopolitisches Leitbild. In: Gruber, Petra (Hrsg.): Wie wir überleben. Ernährung und Energie in Zeiten des Klimawandels. Verlag Barbara Budrich. Opladen: 21-37.
- SCHNITZER, Manfred. 2008: Landwirtschaftliche Entwicklung und Ernährungssicherung – Zielidentität oder Widerspruch? In: agrarische Rundschau. Zeitschrift für Agrar- und Wirtschaftspolitik mit Agrar- und Umweltrecht. (1)2008. Wien: 15-18
- SCHNITZER, Manfred. 2009: Die Nahrungsmittelkrise. Eine neue Chance für nachhaltige Wege in die Zukunft? In: GRUBER, Petra (Hrsg.). Die Zukunft der Landwirtschaft ist biologisch! Verlag Barbara Budrich. Opladen: 247- 263.
- SHIVA, Vandana. 2009: Monocultures of the minds create Monocultures on the field. The inevitable shift or why organic farming is the answer. In: Gruber, Petra (Hrsg.): Die Zukunft der Landwirtschaft ist biologisch!. Verlag Barbara Budrich. Opladen: 37-57.

SWARTLEY, Lynn. 2002: Inventing indigenous knowledge. Archaeology, Rural Development, and the Raised Field Rehabilitation Project in Bolivia. Routledge. London.

UNITED NATIONS ENVIRONMENT PROGRAMME - UNITED NATIONS CONFERENCE ON TRADE AND DEVELOPMENT (UNEP- UNCTAD). 2010: Organic Agriculture Opportunities for Promoting Trade, Protecting the Environment and Reducing Poverty. Case Studies from East Africa. UNCTAD-UNEP.

PDF

<http://www.unep.ch/etb/publications/Organic%20Agriculture/OA%20Synthesis%20v2.pdf>
[12.01.2012]

UNITED NATIONS. MILLENIUM PROJECT TASK FORCE ON HUNGER. 2004: Halving Hunger by 2015: A Framework for Action. Interim Report. Millennium Project. New York
PDF <http://www.unmillenniumproject.org/documents/tf2interim.pdf>
[12.01.2012]

NIGGLI, Urs, EARLEY, Jane & OGORZALEK, Kevin. 2007: Issue Paper: Organic Agriculture and Environmental Stability of the Food Supply. FAO. Rome.

PDF <ftp://ftp.fao.org/paia/organicag/ofs/OFS-2007-3-rev.pdf>
[25.05.2012]

VIA CAMPESINA. 1996: The Right to Produce and Access to Land.

PDF

<http://www.voiceoftheturtle.org/library/1996%20Declaration%20of%20Food%20Sovereignty.pdf>
[16.01.2012]

VOGL, Christian, KILCHER, Lukas und SCHMIDT, Hanspeter. 2005: Are Standards and Regulations of Organic Farming Moving Away from Small Farmers' Knowledge?. In: Journal of Sustainable Agriculture. Volume 26(1). The Haworth Press. London: 5- 26.

WEHRLE, Andres. 1995: Biocolonialism in Latin America? Small farmers and trading with organic produce. In: gate. GTZ. 1995 Vol.3. GTZ. Eschborn: 28-31

WELTBANK. 2008: World Development Report 2008. Agriculture for Development. Weltbank. Washington DC.

PDF <http://siteresources.worldbank.org/INTWDR2008/Resources/2795087-1192111580172/WDROver2008-ENG.pdf>
[12.12.2011]

WINDFUHR, Michael und JONSÈN, Jennie. 2005: Food Sovereignty. Towards democracy in localized food systems. FIAN-International. ITDG Publishing. Chippenham.

WINDFUHR, Michael. 1998: NGOs and the right to adequate food. In: Food and Agriculture Organisation (FAO): The Right to Food. In Theory and Practice. FAO. Rom.

WINDFUHR, Michael. 2006: Freiwillige Leitlinien zum Recht auf Nahrung. Bedeutung, Reichweite und Chancen des Rechtsinstruments. In: Deutsches Institut für Menschenrechte: Jahrbuch der Menschenrechte. Freiheit in Gefahr. Strategien für Menschenrechte. Suhrkamp. Berlin: 227-236.

9.2 Internetressourcen

EL-HAGE SCIALABBA, Nadia & HATTAM, Caroline. 2002: Organic agriculture, environment and food security. Environment and Natural Resources Series 4. Food and Agriculture Organisation of the United Nation (FAO), Rome.

URL <http://www.fao.org/docrep/005/y4137e/y4137e00.htm>

[26.07.2012]

FOOD FIRST INFORMATION AND ACTION NETWORK (FIAN) Schweiz. 2011b: Ein neues und wichtiges Instrument: Grundsätze zu den Extraterritorialen Staatenpflichten

URL <http://www.fian-ch.org/ein-neues-und-wichtiges-instrument-grundsätze-zu-den-extraterritorialen-staatenpflichten-1799.html>

[16.01.2012]

HAUSER, Michael. 2009. Mit ökologischer Landwirtschaft gegen den Hunger.

URL www.bpb.de/system/files/pdf/S3KEQP.pdf

[25.05.2012]

ÖSTERREICHISCHE ENTWICKLUNGS- UND OSTZUSAMMENARBEIT (OEZA): Organisation.

URL <http://www.entwicklung.at/akteure/ada/organisation/>

[25.05.2012]

SWEDISH INTERNATIONAL DEVELOPMENT COOPERATION AGENCY (SIDA): Organic Agriculture Development.

URL

[https://itp.sida.se/itp/Programcatalog.nsf/0/5637DD479D81474BC125753400299A55/\\$FILE/95_Organic2009web.pdf](https://itp.sida.se/itp/Programcatalog.nsf/0/5637DD479D81474BC125753400299A55/$FILE/95_Organic2009web.pdf)

[25.05.2012]

UNITED NATIONS CONFERENCE ON TRADE AND DEVELOPMENT (UNCTAD): Organic Agriculture

URL <http://www.unctad.org/templates/Page.asp?intItemID=3757&lang=1>

[25.05.2012]

UNITED NATIONS ORGANISATION (UNO). 2012: Millenium Development Goals.

URL <http://www.un.org/millenniumgoals/>

[25.05.2012]

VIA CAMPESINA: Food Sovereignty.

URL http://viacampesina.org/en/index.php?option=com_content&view=article&id=47:food-sovereignty&catid=21:food-sovereignty-and-trade&Itemid=38

[25.05.2012]

9.3 Andere Dokumente

ÖSTERREICHISCHE ENTWICKLUNGS- UND OSTZUSAMMENARBEIT (OEZA).
2007: Organic Agriculture –An approach for reducing poverty and safeguarding the
environment -Thematic paper of the Austrian Development Co-operation. Wien. Draft.
Unveröffentlicht.

9.4 Interviews und Vorträge

Interview Manfred Schnitzer	am 14.12.2011, Wien
Interview Waltraut Rabitsch	am 15.12.2011, Wien
Interview Petra Koppensteiner	am 09.02.2012, Wien
Interview Michael Hauser	am 12.02.2012, Wien
Vortrag Uwe Höring (auch unter iufe.podspot.de)	am 15. April 2010, Wien
Vortrag Michael Hauser	am 9. Juni 2011, Wien

10 ANHANG

10.1 Abstract

Organic Agriculture in the Austrian Development Cooperation.

Strategies and Effects on the Realization of the Human Right to Adequate Food.

This Thesis is about the instrumental use of Organic Agriculture (OA) in the official Austrian Development Cooperation (ADC). Its Aim is to reveal and describe the strategies and position of OA used in the ADC and its influences on the realization of the right to adequate food for its beneficiaries and in general. Organic Agriculture in the development discourse is used with very different approaches, concepts and targets which should be achieved with it, so it is likely to assume that this, once put into practices, has different outcomes and effects in relation to the realization of the right to food.

This Thesis is based on literature research, analysis of documents of the ADC and semi-guided expert interviews, which were conducted with experts involved with the ADC. To describe the conceptualization of strategies and instrumental use of Organic Agriculture within the ADC, categories were formed from a synthesis of the literature about the right to food and the promotion and practices of organic agriculture in so called „developing countries“. These categories were used to investigate the strategies of the ADC shown in the ADC documents and interviews. For the interview's analysis the concept of Meuser und Nagel (2009) was used to build relevant categories to show the interrelations between the use of Organic Agriculture as a strategy for rural development in international development cooperation and the right to food. The results of the categories were then discussed with current literature in the fields of organic agriculture and the nutritional situation in „developing countries“.

It will show that discussing about the general use of OA in international development cooperation is not enough, but there is a need to distinguish different approaches in the use and promotion of OA in “developing countries” in politics and practice. Only this makes it possible to use the full potential of OA as a self-determined, multifunctional and “alternative” development strategy, which it could be.

10.2 Lebenslauf

Curriculum Vitae

Julia Jestl

Glasergasse 17/6
1090 Wien
Österreich
12.01.1984
ichbinjulia@gmx.at

Studienverlauf

seit 2011	Soziale Arbeit FH Campus Wien Schwerpunkt interkulturelle Soziale Arbeit
2005- 2009	Umwelt- und Bioressourcenmanagement BOKU Wien
seit 2002	Kultur- und Sozialanthropologie Universität Wien Studienschwerpunkte: Entwicklungszusammenarbeit, Cultural Studies, Medienanthropologie, Rassismus und Ostafrika

Ausbildung

1998-2002	Oberstufenrealgymnasium Oberpullendorf
1994-1998	Bundesrealgymnasium Oberpullendorf
1990-1994	Volksschule Lockenhaus

Praktika und Berufserfahrungen

seit September 2010	Teilbetreutes Wohnen Verein GIN (Gemein wesenintegration und Normalisierung)
---------------------	---

September 2009- September 2010	Vegetarisches Café Rupp's
April 2009 - November 2009	FIAN (Food First Information and Action Network) Österreich
Oktober 2008- Juni 2009	Kinderfreunde Wien
August 2006	Bildungshaus Puchberg
Februar- August 2004	NGO Jabulani Durban/Südafrika
Juli 2003	Kinderfreunde Burgenland

Studienrelevante Auslandsaufenthalte

Juli und August 2008	Auslandsexkursion Tansania; Schwerpunkt: HIV-Projekte, Volunteer Tourismus, Nachhaltiger Tourismus
Juni 2009	Erasmus Intensive Program „Organic Agriculture - Innovation for a Sustainable Agriculture, Food Safety and Public Health“ an der Mendel Universität in Brno/Tschechien